Heft 9 September 1989 6,– DM

C 4143 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Erbgesund und rasserein: Die Deutschen auf dem Weg zurück in die Zukunft
- Streit: Wer hört auf die Öffentlichkeit?
- Linke am Computer
- REPs suchen Grips
- Die braun-grüne Option
- China: War da was?

in konkret September 1989

Von Konkret

An Konkret

Option in grün-braun von Hermann L. Gremliza

Eine kleine Volkspartei von Bernd Siegler

Um für die CDU/CSU koalitionsfähig zu werden, mühen sich die »Republikaner« derzeit um eine »Intellektualisierung« ihres Parteiprogramms. Prominente Rechte wie Günter Rohrmoser und Hellmut Diwald haben Unterstützung zugesagt. Aber auch Sozialdemokraten wie Peter Glotz tragen durch öffentliche Streitgespräche mit Franz Schönhuber dazu bei, des Renommee der Rechtsextremen zu erhöhen. Wie schnell diese herrschaftsfähig werden, wird unter anderem auf dem CDU-Parteitag im September entschieden

Briefe rein Leute raus! von Oliver Tolmein

Die Haftbedingungen der politischen Gefangenen haben sich seit dem Abbruch des Hungerstreiks nur in wenigen Fällen verbessert. Drei der Haftunfähigen sind noch wie vor inhaftiert, nur in Köln und Lübeck wurden neue Kleingruppen eingerichtet. Die Auseinandersetzung zwischen drinnen und draußen kommt allerdings in die Gänge: zwar nur langsam, aber seit vielen Jahren zum ersten Mal mit politischer Perspektive – trotz tiefgreifender Differenzen

Noch ist Polen nicht verloren von Ingrid Strobl

Am 1. September jährt sich zum 50. Mal der deutsche Überfall auf Polen. Inzwischen hat die erneute Eroberung des Landes schon längst wieder begonnen

Eigentlich Venezolaner von Georg Fülberth

Wie die Debatte über das »Deutsche Reich in den Grenzen von 1937« die Oder-Neisse-Grenze neu befestigte

Buch des Monats - Die »Welt der Verneinung« von Susanne Willems

Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-45. Mit einem Vorwort von Walter Laqueur. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1989, 1057 Seiten, 98 Mark

Nach dem Massaker von Martin Friedrich

Die Kompromißkoalition, die nach dem Blutbad vom 3. und 4. Juni die Führung der chinesischen KP übernommen hat, sieht sich nicht nur mit einer Reihe ökonomischer Schwierigkeiten und der ablehnenden Haltung der Bevölkerung konfrontiert – im Ausland formiert sich eine »Front für ein demokratisches China«

Wie '78 im Iran von Jochen Hippler

Was sind die Gründe dafür, daß nach dem Abzug der sowjetischen Truppen vor sechs Monaten der erwartete Zusammenbruch der afghanischen Regierung ausgeblieben ist und diese nun fest im Sattel zu sitzen scheint?

Seife statt Demokratie von Heinz Thüer

Hirnvolumen + Geburtskanal von Regine Geraedts

Sie haben den nationalsozialistischen Ausmerze-Programmen den Schein wissenschaftlicher Seriosität geliefert und nach 1945 lediglich das Vokabular gewechselt: Noch immer treiben deutsche Anthropologen Rassenkunde, Humanbiologie und Evolutionsgeschichte, um sowohl die »Höherwertigkeit der weißen Rasse« als auch die »Minderwertigkeit« von Behinderten zu begründen und Frauen auf ihren »Brutpflegeinstinkt« festzulegen. Vom 19. bis 23. September

werden sie sich zur 21. Tagung der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik in Bremen treffen und unter anderem ein Diagnosesystem diskutieren, das anhand von Fingerabdrücken das genetische Risiko bestimmter Krankheiten ermitteln soll

Olga Mariechens Menschenwürde von Günther Schwarberg

Weil der Deutsche Bundestag das Erbgesundheitsgesetz der Nazis noch immer nicht aufgehoben hat, mußte sich in Hamburg ein Amtsgericht als Erbgesundheitsgericht konstituieren

Termine

»Saubere Selektion« von Udo Sierck

Mit Hilfe des »Gesetzes über die Betreuung Volljähriger«, das im nächsten Jahr in Kraft treten soll, wollen bundesdeutsche Humangenetiker, Ärzte und Juristen die Zwangssterilisation »Erbkranker« legalisieren – ganz in der Tradition des nationalsozialistischen »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«

Konkret-Streitgespäch:»Was wollen Sie denn, wir senden das doch!«

von Klaus Bednarz, Heide Gerstenberger, Oliver Tolmein, Georgia Tornow

Wozu taugt die Öffentlichkeit? – Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion: Klaus Bednarz, Leiter der »Monitor«-Redaktion beim Westdeutschen Rundfunk in Köln; Heide Gerstenberger, Professorin für Sozialwissenschaften an der Universität Bremen; Oliver Tolmein, KONKRET-Redakteur; Georgia Tornow, Chefredakteurin der »tageszeitung«

Sinn ohn´ Form - interim, intersport, interskop

Stammheim - Düsseldorf von Michael Weisfeld

Die RAF hat ausgedient. Der Generalbundesanwalt hat einen neuen Hauptfeind der Inneren Sicherheit der BRD ausgemacht: ausländische Terroristen. Die ersten Opfer seiner Strategie sind 14 inhaftierte Kurden, denen er vorwirft, innerhalb der PKK eine »terroristische Vereinigung« gegründet zu haben. Im Oktober soll der Mammut-Prozeß in Düsseldorf unter Bedingungen eröffnet werden, die Stammheim als freundlichen Ort erscheinen lassen

Dieser Scheitel, das ist die DDR von Ronald M. Schernikau

Seit September 1986 studiert der Westberliner Schriftsteller Ronald M. Schernikau Literatur am Johannes R. Becher Institut in Leipzig. Seine Erfahrungen mit diesem »Grenzübertritt« haben ihn veranlaßt, ein Buch zu schreiben »darüber, daß die DDR und die BRD sich niemals verständigen können, geschweige mittels ihrer Literatur.« Aus dem Text, der Anfang September unter dem Titel »Die Tage in L.« im Konkret Literatur Verlag erscheinen wird, drucken wir das Kapitel »BRD sieht DDR. Die Langeweile« leicht gekürzt vorab

Rostock, Tbilissi von Uwe Klußmann; Otto Reinhold

Während Aufstände und Militäraktionen von Armenien bis China Länder des realen Sozialismus erschüttern, proklamiert die SED in der DDR in deutlicher Distanz zur sowjetischen Perestroika einen »Sozialismus in den Farben der DDR« und beschwört die Stabilität ihrer Politik. Prof. Otto Reinhold, geboren 1925, gelernter Schreibmaschinenmechaniker und 1946 Gründungsmitglied der SED, ist seit 1962 Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und gehört seit Mai 1967 dem Zentralkomitee der SED als Mitglied an. Reinhold gehört zu den Beratern des SED-Generalsekretärs Erich Honecker und gilt als einer der »Chefideologen« der Partei. KONKRET-Mitarbeiter Uwe Klußmann sprach in Berlin (DDR) mit Otto Reinhold über den Zustand des realen Sozialismus, die Massenmedien in der DDR, die Entwicklungen in China und Ungarn und die Stalinzeit

Links, Bits, Bytes von Martin Fischer

Der Computer ist über die Linke gekommen. Aber gefragt ist nicht Kritik, sondern Know how. Ein Streifzug durch die digitale Welt der GenossInnen

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Arteigen von Berndt W. Wessling

Der Komponist Hans Pfitzner galt nicht zu unrecht als »dem großen Führer seelenverwandt«. Er war ein übler Denunziant und fanatischer Anhänger der Nazis. Jetzt versucht eine neue Biographie ihn weißzuwaschen

Platte des Monats - Ein Stück vom Kuchen von Diedrich Diederichsen

Boogie Down Productions: Ghetto Music: The Blueprint of HipHop

»Die Fahrt hinaus« von Eberhard Hübner

Die Texte der englischen Schriftstellerin Virginia Woolf markieren den Übergang zur literarischen Moderne: Sie beschreiben die Welt, »als sähe man sie zum ersten oder letzten Mal«. Die ersten Bände einer neuen Ausgabe der Gesammelten Werte Woolfs sind jetzt erschienen

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Eine Art Neger von Reinhold F. Bertlein

»Cinema and New Thinking«: Auf dem 16. Moskauer Filmfestival, das Anfang Juli stattfand, hat sich gezeigt, daß die Filmwirtschaft das Experimentierfeld bietet, auf dem jene Reformen getestet werden, die es der Sowjetunion ermöglichen sollen, mit den kapitalistischen Staaten ins Geschäft zu kommen

SBZ von A bis Z von Thomas Neumann

konkret 09/89, S. 4

Von Konkret

Nach dem Hungerstreik politischer und sozialer Gefangener, darüber waren sich alle Unterstützergruppen einig, kommt es jetzt darauf an, die Auseinandersetzung zwischen drinnen und draußen zu führen, Erfahrungen zu vermitteln, zu debattieren. Der Kreis radikaler Linker, in dem ÖkosozialistInnen, Radikalökologen, Autonome, KommunistInnen und freischwebende Linke vertreten sind, hat deswegen an etwa hundert Gefangene einen Brief und ein Diskussionspapier geschickt, in dem es nicht um den bewaffneten Kampf, sondern um die Krise der Linken und z.B. die Entwicklungen in den realsozialistischen Ländern geht. Brief und Diskussionspapier sind bei vielen Gefangenen nicht angekommen, weil, wie z.B. das OLG Stuttgart ausführt, »es sich um ein Rundschreiben handelt«, dessen Kontrolle »einen zu hohen Zeitaufwand erfordern (würde)«.

Wir wollen den Leserichtern zwar nicht das Geschäft erleichtern, wohl aber den AdressatInnen den Brief zukommen lassen und uns prinzipiell mit derartigen Zensurmaßnahmen nicht abfinden – deswegen drucken wir ihn hier:

Liebe Genossinnen und Genossen –

Dieses Wochenende (1./2.Juli) hat sich das zweite mal unser Kreis radikaler Linker getroffen, um die vor einigen Wochen in Hamburg begonnene Diskussion über die Grundlagen einer linken Opposition gegen den Konsens der kapitalistischen Modernisierung fortzuführen. Auf diesem Treffen haben wir erfahren, daß ihr ein Interesse daran habt, euch an dieser Debatte zu beteiligen. Einige von euch haben auch schon in ihren Erklärungen zum Hungerstreik und in den Erklärungen zum Abbruch das »Projekt der freien politischen Kommunikation mit draußen« (Christian Klar) skizziert. Wir begrüßen das und wollen diese Diskussion über die Möglichkeiten und Grundlagen einer Neuentwicklung radikal linker Politik mit euch führen. Wir wollen diese Diskussion nicht um ihrer selbst willen, sondern weil die Erfahrung der Leute, die in den bewaffnet kämpfenden Gruppen waren, in dem jetzt angestoßenen Prozeß für uns genauso ein Stück Geschichte und Erfahrungen der westdeutschen Linken bedeuten, wie die Erfahrungen der Linken, die in den Gewerkschaften aktiv sind, die in die Grünen gegangen sind, um dort radikale Politik zu machen, die kommunistische Organisationen gegründet haben, manchmal sogar darin geblieben sind, oder die in sozialen Bewegungen arbeiten. Manche von uns, das hat sich in der zweistündigen Diskussion herausgestellt, haben mit einigen von euch ein Stück konkreter gemeinsamer Geschichte, waren z. B. in der gleichen Organisation aktiv. Bei allen verschiedenen Entwicklungen und grundsätzlichen Differenzen, die Ursache waren für die so unterschiedlichen Wege, die seitdem gegangen worden sind, ist das gemeinsame Ziel geblieben: eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hier zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Euch und eure Beiträge als Teil unserer Diskussion zu sehen, heißt auch die Haftbedingungen zu thematisieren, die diese Diskussion zusätzlich schwer machen werden. Während wir hier draußen selbstverständlich in Gruppen und mit FreundInnen über die Papiere und Diskussionsbeiträge reden können, sind von euch viele noch isoliert, die anderen können sich direkt nur in Kleingruppen austauschen. Es gibt Briefzensur, die meisten von euch dürfen keine Kopien beziehen. Die Zusammenlegung durchzusetzen und langfristig zu erreichen, daß ihr alle rauskommt und hier draußen direkt mit uns diskutieren könnt, ist auch ein wichtiges Ziel. Wie wir dem näher kommen können, das sollte ein zusätzlicher Punkt in unserer Auseinandersetzung werden. Fürs erste ist es uns wichtig, daß ihr uns mitteilt, wie ihr euch die Teilnahme an unserer Diskussion praktisch vorstellt. Wir schicken euch zusammen mit diesem Brief das Papier von R. Trampert und Th. Ebermann, das Grundlage für die Diskussion an diesem Wochenende war, an dem es in der mehrstündigen Diskussion allerdings auch viel grundsätzliche und einige detaillierte Kritik gab. So bestand Einigkeit darüber, daß in diesem Entwurf bisher feministische Analysen fehlen. Außer an euch, die Gefangenen, die am Hungerstreik beteiligt waren, wollen wir auch an Klaus Viemann, Ralf Reinders, Ronny Fritzsch und Stefan Wisniewski schreiben, weil wir denken, daß sie an dieser Diskussion Interesse haben könnten.

Die Knastzensur soll aber nicht nur die Diskussion mit Gefangenen verhindern, sie erschwert in einigen Fällen auch die Zusammenarbeit mit ihnen. Jeder Brief von uns an Ingrid Strobl geht erst durch die Zensur, jeder Text von ihr wird vor der Drucklegung von den Düsseldorfer Oberlandesrichtern gelesen. Das ist nicht nur an sich ärgerlich, sondern dauert auch bis zu vier Wochen pro Brief. Darüberhinaus wird Ingrid Strobl die Arbeit dadurch erschwert, daß sie keine Fotokopien und nur ein limitiertes Kontingent von Zeitungen beziehen darf.

KONKRET bietet einen neuen Service für AbonnentInnen: ein EDV-Newcomertraining. Weil sich gezeigt hat, daß das Interesse unserer LeserInnen an Computern groß, das Angebot an Einführungskursen aber klein ist, bieten wir an: zwei mal sechs Stunden Einführung in EDV-Basiswissen mit MS.DOS am Wochenende für 80 Mark (Nicht-AbonnentInnen: 160 Mark) – ohne Übernachtung und Verpflegung. Eine Anmeldekarte befindet sich im Heft.

Aufgrund zahlreicher Nachfragen müssen wir die exakten bibliographischen Angaben zu der von Karlheinz Deschner in KONKRET 8/89 besprochenen Kirchengeschichte nachtragen: Michel Clévenot, Bd. 1: Von Jerusalem nach Rom –

Geschichte des Christentums im 1. Jahrhundert, 193 S., 36.50 Mark; Bd. 11: Die Christen und die Staatsmacht – Geschichte des Christentums im 2. und 3. Jahrhundert, 222 S., 39.50 Mark; Bd. 111: Der Triumph des Kreuzes – Geschichte des Christentums im 4. und 5. Jahrhundert, 234 S., 39.50 Mark, alle erschienen in der Edition Exodus, Schweiz.

konkret 09/89, S. 6

An Konkret

Gelungen

KONKRET 7/89: »Glück in Deutschland«, KONKRET 8/89: »Wenn die Justiz zweimal klingelt« von Günther Schwarberg

Selten habe ich solch gelungene Gerichtsreportagen gelesen: subtil, aber nicht zu larmoyant, parteiisch, aber nicht verurteilend, und zu guter letzt noch ein Schuß Ironie. Thomas Mrasek Ostfildern

Kiki im Wald

KONKRET 8/89: »Völlig neues Universum«, Gero von Randow widerspricht Karl-Heinz Roths Thesen zur Arbeiterklasse (KONKRET 6/89)

In Gero von Randows Artikel stehen zwei Sätze aus dem Katechismus der Erneuerer, die Einblick in ihre Denkungsart geben.

1. »Die russischen Arbeiter und Bauern machten die Oktoberrevolution nicht etwa deswegen, weil sie den Sozialismus endlich mal real erleben wollten, sondern weil sie nicht mehr hungern und nicht mehr in den Krieg ziehen wollten.« Eine Perle, würde Lenin sagen. Aber man muß nicht die Internationale Leninschule besucht haben, um zu wissen, daß es bislang keiner Gesellschaft gelungen ist, Sattheit und Frieden für alle zu sichern. Das ist der Sozialismus, wäre der Sozialismus, und nicht mit Arbeitslosen- oder Rentenversicherung erreicht. Doch stellt sich mehr und mehr heraus, daß unsere Marxisten nur Sozialpolitiker waren, deren tiefste Erkenntnisse von sogenannten fortschrittlichen Gewerkschaftern formuliert werden.

2. »Wenigstens in den entwickelten Industrieländern des Westens kann ich eine besondere Klasse von Ausgebeuteten als historische Akteurin nicht mehr ausmachen, auch nicht im Sinne, daß sie es wenigstens an sich sei.« Das »Nicht-Mehr« in diesem Satz angesichts der Jugendlichkeit des Verfassers ist lieblich. Das »Ich« Gero von Randows, das die Klasse »nicht mehr ausmachen kann«, hat für sich die Wahrscheinlichkeit, seine Fähigkeit mit der Mehrheit hiesiger Ichs zu teilen. Es gibt aber noch eine andere Wahrscheinlichkeit. Um das, wie der Autor, ebenfalls bildhaft zu umschreiben: Wenn Ludwig Ganghofer der jungen Gräfin Kiki ein großes Gefühl anhängen will, läßt er sie mit dem Rücken zu einem Wald durch die Natur streifen und kann dann schreiben: »Hinter ihr rauschte der Bergwald.« Ist Kiki dann wieder zurück im Schloß, wo um sie her der Graf Tassilo rauscht, so daß sie nun ganz andere große Gefühle hat, rauscht der Bergwald dennoch fort. Aber Ganghofer, die Gräfin Kiki und die Millionen Leser sind nun so auf Tassilos Rauschen konzentriert, daß sie nicht mehr »ausmachen« können, was der Bergwald – ohnedies und keineswegs ihretwegen – tut. Das ist das Geheimnis des Erfolgs von Ganghofer beispielsweise. Glücklich ist, wer vergißt...

Thomas Neumann

Düsseldorf

»Den grundlegenden Widerspruch des Kapitalismus, daß die produktiven Fähigkeiten der Menschen und ihre Kommunikationsbeziehungen zunehmen, gesellschaftliche Leitentscheidungen jedoch an die Interessen einer bürgerlichen Elite gebunden bleiben. . .«

Ogottogott – Hermann Lanzelot – sowas habe ich in Deinem Blatt bisher immer auf der drittletzten Seite erwartet – aber, wie Väterchen Franz schon vermutete: Da müssen wir durch.

Gerd Hellenkamp

Bielefeld

Feminist

KONKRET 7/89: »Piwitts kleines Feuilleton«

»...Kinder sind schmutzige Mistviecher...«, dann folgen Frauen, Schamhaare, Spinnen, weiblicher Selbsthaß –

»...Und dann erst die Weiber...«

»...Die gleichen Frauen, die einem früher auf entsprechendes Drängen alsbald an den Lümmel gegangen wären. . .Der Dame Großhirn ist entzückt/Das Stammhirn ist längst eingenickt...«

Fazit: Unverbesserlicher Raucher, der überall seine Kippen hinwirft, haßt Kinder und Frauen und hat sexuelle Probleme. »Rummms«, »erstes Kriterium für Gesocks«. Dies nun alles für DM 6,-- geteilt durch 82 Seiten mal 2 also für rund -,15 DM. Den Maßstab setzt offensichtlich »Lilliy« auf Seite 2 von »Bild«.

Dies nun alles unter einem Herausgeber, der sich selbst als Feminist der ersten Stunde bezeichnet.

Dies nun alles unter einem Herausgeber, der an Schriftsteller die Meßlatte von Karl Kraus anlegt – »...Im Ernst: vielleicht erklärt mir das mal jemand...«

Uwe Kruse

Hamburg

Kastriert

KONKRET 8/89: »Heissa, das macht Spaß!« Erica Fischer zur Frage: Haben Frauen Bündnispartner?

Weder stößt die Phantasie der Autorin bei den KONKRET-Lesern auf Unverständnis noch gibt es für linke Feministinnen keine Bündnispartner, die private und politische Konsequenzen aus Analysen zu ihrem eigenen Anteil an dem mörderischen Herrschaftssystem ziehen. Ich sehe als eine mögliche Konsequenz die Sterilisation des Mannes an, die ich an mir habe vornehmen lassen, als eigenen Beitrag nicht nur zur Empfängnisverhütung, sondern darüber hinaus zur Bekämpfung des menschenfeindlichen Patriarchats mit seiner verheerenden Geschlechterideologie.

Ich rufe deshalb alle Männer auf: Wenn Ihr glaubwürdig und konsequent sein und eine eigene politische Moral entwickeln wollt, laßt Euch sterilisieren; wenn Ihr Euch dabei »unmännlich« oder »kastriert« vorkommt, liegt noch ein weiter Weg vor Euch!

Jürgen Karasch

Lohmar

KONKRET lügt. Erica Fischer schreibt in ihrem Bericht über die Anhörung der SPD-Fraktion, daß die Männergruppen von der »Krise des Mannseins«, von »Brüchen im Mannsein«, von einem »diffusen Unbehagen« geredet hätten, nur von Macht und Herrschaft nicht.

Wie ist es zu erklären, daß in unseren Referaten (Georg Brzoska/Gerhard Hafner »Strategien zur Veränderung der Männer und die Ambivalenz von Männern gegenüber einer antisexistischen Veränderung« und Matthias Bisinger »Die Krise des Mannes als Chance für seine Veränderung«) unsere persönliche und politische Auseinandersetzung mit Männerherrschaft zentrales Thema war, aber von Eurer Berichterstatterin schlicht nicht gehört werden wollte. Es ist dann mehr als ärgerlich, wenn sie uns meint sagen zu müssen, »die eigene Teilhabe an den Privilegien des Tätergeschlechts zu problematisieren.« Der Beifall, uns in die Ecke der larmoyanten, harmonisierenden Selbstbespiegler gestellt zu haben, sei Euch von Euren 85 Prozent KONKRET-Lesern gewiß.

Georg Brzoska

Berlin

Wenn schon ein Foto von mir diesen überaus eifrigen Bericht ziert, dann will ich auch dazu schreiben:

Es tut mir leid, daß Fischer uns leidenden Männern aus Männergruppen so aufgesessen ist. Eigentlich wollen wir gar nicht unbedingt angenommen werden und haben kein überdimensional ausgeprägtes Harmoniebedürfnis. Wir zeigen es halt ausnahmslos. Die von ihr festgestellte Larmoyanz bei der Aufzählung von Leiden und »Brüchen im Mannsein« diente dann doch nicht der Verneinung von Gewalt gegen Frauen, wie sie es behauptet.

Wenn es für Erica Fischer der folgerichtige Schritt ist, gegen alle Männer zu kämpfen, mag ich das ja noch verstehen. Aber mit ihrer so klaren und einfachen Argumentation, bei der alle Männer unbesehen gleich sind, ist mein Mannsein ja wieder ganz leicht: Ich kann keine Position gegen andere Männer mehr beziehen. Ich bin nur noch einer von ihnen.

Daß wir es in der »Alltagsferne« von Veranstaltungen und Männergruppen zu wenig vorantreiben, daß die Empörung über patriarchale Gewalt bei vielen Männern wächst und sie aus ihr heraus handeln, kann ich als Vorwurf ernstnehmen.

Christian Raschke aus einer ewigen Männergruppe

Berlin

Neckermann

KON KRET 8/8 9: »Wie Hitler den Krieg gewonnen hat« von Hermann L. Gremliza

Mit Deiner Analyse, die (West-) Deutschen seien die eigentlichen Gewinn(l)er des Zweiten Weltkriegs, bin ich sehr einverstanden. Nur am Ende Deines Artikels unterläuft Dir eine kleine Unterlassungssünde: Nicht nur die Dir neuerdings so suspekten »Randvölker« Ungarns, Polens und der SU produzieren unseren Billigkram. Das wichtigste Billiglohnland für die BRD ist die linientreue DDR. Sie gleicht inzwischen (als Ganzes gesehen) einem auf den Westmarkt fixierten kapitalistischen Unternehmen. Ich sage nur Neckermann. Thomas Thron

Berlin

konkret 09/89, S. 8

Hermann L. Gremliza

Option in grün-braun

Eigentlich hat es Nazis nie gegeben. Mag sein, daß da mal ein »Verbrecherstaat« war, das will der SS-Mann nicht leugnen, »aber die Menschen, die darin lebten, waren keine Verbrecher, zumindest zu 98 Prozent«. Die waren nämlich bloß Arbeitslose, Verführte oder »Idealisten«, verstärkt um einige Selbstlose, die vorübergehend Nazis wurden, um das Schlimmste, das die verführten arbeitslosen Idealisten anzurichten drohten, zu verhindern. Wenn das der Führer gewußt hätte!

Und so ist es *eigentlich* geblieben. »In der Tat ist es richtig«, antwortet der Sozialdemokrat Peter Glotz dem SS-Mann Schönhuber beim Plausch in der Redaktion der »Welt«, »daß hunderttausende Wähler, die die Republikaner wählen, keineswegs rechtsradikal sind, sondern auf real bestehende Defizite in unserer Gesellschaft, wie die katastrophale Wohnungsversorgung für Leute mit kleinem Einkommen beispielsweise, reagieren. Diese Leute zu beschimpfen, ist absurd und falsch.« Wenn der Mann mit dem kleinen Einkommen nämlich die Partei wählt, deren Vorsitzender sagt: »Der Zentralrat der Juden ist die fünfte Besatzungsmacht«, reagiert er bloß auf die hohen Mieten und auf das real bestehende Defizit in unserer Gesellschaft: daß keiner sagt, wer daran schuld ist – außer eben der Schönhuber, der ausspricht, was diesem Volk tümlich ist, deshalb von Glotz »Populist« genannt und vor dem Vorwurf, Faschist oder Nazi zu sein, in Schutz genommen wird. Auch Schönhuber zu beschimpfen ist absurd und falsch, denn, sagt Glotz, es könnte ein Schlimmerer kommen, der »diese Partei einmal als Hülse benutzen könnte«, und das »könnte in der Tat gefährlich werden«. Wenn das der Führer wüßte! (Aber er weiß es jetzt, Glotz hat ihn gewarnt.)

Nein, *eigentlich* gibt es keine Nazis, wie es *eigentlich* nie welche gegeben hat. Darin herrscht Einigkeit der Demokraten, zumindest zu 98 Prozent ihrer populären Politiker. Denn nachdem Glotz, der Klabautermann auf dem »Tanker« SPD, den letzten SS-Mann entnazifiziert hat, entlassen ihn auch seine Rangen, die realo existierenden Grünen, aus der Uniform: Nicht Antisemitismus und Rassismus bestimmten Schönhubers Wähler, sondern der Aufstand gegen die korrupte »politische Klasse«, gegen »Patronage, Klientelismus, Nepotismus, Postenschieberei und Filz, Selbstbedienung und Selbstgerechtigkeit« (eine Aufzählung, deren Prioritäten den Verdacht wecken, die Autoren seien nichts geworden oder doch nicht das, was sie zu verdienen glauben; »in der Tat« heißen sie Udo Knapp und Winfried Kretschmann). Jedenfalls, und wieder spürt man, wie gut sie das verstehen und warum, seien Schönhubers Nazis geradezu alternative Rebellen: »Erstmal haben die Republikaner uns den Protest geklaut.« Sie sind »wie unser negatives Spiegelbild«.

Was das ist? Die Beurkundung der finalen Pleite des »grünen Projekts« und sein Endsieg zugleich: Der »Protest« gegen den »Augiasstall« (Knapp/Kretschmann) wechselt den Eigentümer und kann ihn wechseln, weil der Vorbesitzer des Geländes den Widerspruch gegen die gesellschaftliche Herrschaft heruntergebracht hat aufs gesellige Gerede, in dem jeder, der »irgendwie betroffen« war und zum Beweis seine Innereien hörbar grummeln ließ, *eigentlich* recht hatte und jedenfalls als »glaubwürdig« galt, was nie mehr besagte, als daß er mit dem Quatsch, den er anderen erzählte, auch seine einsamen Stunden füllte: Selbstfindung in der Landkommune, nationale Frage auf makrobiotisch, christliche Ökologie, neue soziale Bewegungen, neuer Politikansatz, neue Mütterlichkeit, neue Mittelschichten (= Schichten, die neulich zu Mitteln gekommen sind; siehe unter Parvenüs), konsumbewußter Citoyen..., ach, wer weiß das alles noch, wer will es noch wissen? Die »Republikaner«, die diesen Protest »geklaut« haben, genießen die Beute und würden weinen vor Lachen, wenn sie lesen könnten, wie die Bestohlenen die Diebe bestehlen wollen: »Tod, Trauer, Verdrängung, entfremdete Umwelt, Reduktion natürlicher Vielfalt, soziale Nähe, Demokratie als Prozeß, Sinnsuche, Kultur, Mentalitäten und die Schönheit sollten für uns Grüne wesentlicher als die Tyrannei der Ökonomie in der Politik der Industriegesellschaften sein!« Die Schönheit und der Tod, Eros und Thanatos, Arno und Breker, drunter tuns grüne Fraktionsassistenten heute nicht mehr, wenn sie nach einer Antwort auf die neue Nazipartei gefragt werden.

Aber was sollten sie auch dazu sagen, daß sich eine Gesellschaft, der die Grünen ein Jahrzehnt lang ihre »politische Kultur« talkshowbeherrschend aufgeprägt haben, im Handumdrehen als jene alte Volksgemeinschaft erweist, die auf Mieterhöhungen am liebsten mit einem Pogrom reagiert? Die Betreffenden sind ja Betroffene, und darum sagen Knapp/Kretschmann ganz offen: »Zusätzlich befördert eine Politik der Offenen Grenzen den Rassismus, weil sie die verständlichen Wünsche vieler Menschen nach Abgrenzung und Abwehr gegen Unbekanntes und Neues einfach zu Fremdenhaß erklärt und verurteilt.« Am Antisemitismus waren ja auch die vielen Juden schuld.

Die Deutschen waren und sind es, zumindest zu 98 Prozent, nie gewesen, auch diesmal nicht: »Die meisten Menschen wissen über die verworrenen Ideen der Republikaner wenig oder nichts. Es interessiert sie wahrscheinlich auch gar nicht. Aber sie sind davon überzeugt, daß alle Politiker die gleiche Mischpoke sind.« Die meisten Menschen sind bloß verführte idealistische Mietpreisopfer, die hoffen, Schönhubers Gang werde ihnen die Artfremden und die Roten vom Hals schaffen;

und die Politiker. Daß die grünen Autoren an dieser Stelle das jiddische Wort für Familie setzen, beweist ihr Gespür für die Bedürfnisse der deutschen Menschen.

Diese aber sind gut. »Der ganze aufgeregte Gestus der Linken bei den Grünen«, sagen die beiden Rechten bei den Grünen, »ruht auf der überheblichen Selbsteinschätzung als die besseren Menschen, die dem Rest zeigen müssen, wie gefährlich die Neofaschisten und das System, das sie stützt, schon wieder oder immer noch ist« (oder, in der Landessprache: sind). »Der Widerwille der Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik gegen rechtsextreme Lösungen jedenfalls scheint uns größer und stärker als viele Helden des antifaschistischen Kampfes uns glauben machen wollen. Diese Politik bornierten alt linken Antifaschismus liefert Geißler und Waigel die Bestätigung für das Argument Republikaner gleich grün!«

Und alle (deutschen) Menschen sind gleich (gut), ob Faschist oder Ökologe, Gegner der »fünften Besatzungsmacht« oder Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Halt, nein, es gibt *eine* Sorte, deren überhebliche Selbsteinschätzung moralische Minderwertigkeit beweist: die bornierten alt linken Antifaschisten, die das System, in dem der konsumbewußte Citojäng sich eingerichtet hat, für gefährlich halten. Der Feind steht links. Und so trägt, mit der Verzögerung, die biodynamischem Wachstum eigen ist, die Saat des Historikerstreits endlich auch grüne Früchte: Die Faschisten sind eine Reaktion auf den Antifaschismus (wie der Antisemitismus eine Reaktion auf die Juden ist).

Das kommt dabei heraus, »wenn unsere Fragen und unsere Vorschläge den politischen Diskurs... durcheinanderwirbeln« (Knapp/Kretschmann) und jenen minimalen Anstandskodex zerstören, der den guten deutschen Menschen einmal verbot, in Anwesenheit der überlebenden Opfer ihre beste, ja allerwerteste Seite zu zeigen, und sie darauf verwies, das Braune unter ihren Nägeln nur hervorzupulen, wenn sie glaubten, allein oder unter sich zu sein.

Daß die Schweine auch arme Schweine sind, war vor Glotz und Knapp bekannt. Damals wußte man sogar in jenen Kreisen, die heute das theorielose Geschwätz (oder meinetwegen: den wirbelnden Diskurs) führen, was es mit den »real bestehenden Defiziten in unserer Gesellschaft« auf sich hat und warum vom Faschismus schweigen soll, wer vom Kapitalismus nicht reden will. Dieses Wissen zu liquidieren, war der ganze Sinn des »grünen Projekts«. Nun können sich die Protestanten aller Richtungen vereinigen.

konkret 09/89, S. 10

Bernd Siegler

Eine kleine Volkspartei

Um für die CDU/CSU koalitionsfähig zu werden, mühen sich die »Republikaner« derzeit um eine »Intellektualisierung« ihres Parteiprogramms. Prominente Rechte wie Günter Rohrmoser und Hellmut Diwald haben Unterstützung zugesagt. Aber auch Sozialdemokraten wie Peter Glotz tragen durch öffentliche Streitgespräche mit Franz Schönhuber dazu bei, des Renommee der Rechtsextremen zu erhöhen. Wie schnell diese herrschaftsfähig werden, wird unter anderem auf dem CDU-Parteitag im September entschieden

Hurra, es geht wieder »normal« zu in diesem Lande. Alt-68er Politologen, »taz«-Leitartikler und die Grüne Antje Vollmer sind sich in ihrer Diagnose mit dem CDU-Vordenker Biedenkopf und dem rechten Unionskritiker Rohrmoser einig. Endlich hat die Bundesrepublik Anschluß an die westlichen Demokratien gefunden und eine starke rechtsradikale Partei bekommen. Der »Normalisierer« Franz Schönhuber hat mit seinen Forderungen nach einer Normalisierung des Verhältnisses der Deutschen zu ihrer Vergangenheit und ihrer völkischen Identität bei den Europawahlen bundesweit über zwei Millionen Wähler mobilisieren können, in Bayern gar 14,6 Prozent. Am stärksten wilderten die REPs in den Gefilden der Union, 750.000 christdemokratische und -soziale Wähler stimmten diesmal rechtsextrem. Gerade in den High-Tech-Bundesländern mit der geringsten Arbeitslosigkeit, Bayern und Baden-Württemberg, konnten die Rechtsextremen überdurchschnittliche Gewinne verzeichnen. An den bisher viel bemühten »Modernisierungsverlierern« kann es also nicht gelegen haben.

Während die Wahlforscher über die schlüssige Erklärung des »Phänomens« noch immer keine Einigkeit erzielt haben, spitzt sich der unionsinterne Zwist über den Umgang mit der »neuen Kraft für Deutschland« zu. »Bekämpfen und Ausgrenzen« (CDU-Generalsekretär Heiner Geißler) oder »Umarmen und aufsaugen« (Verkehrsminister Friedrich Zimmermann, CSU) – das ist die Frage. Beim CDU-Bundesparteitag in Bremen vom 11. bis 13. September wird mit der Wahl des Generalsekretärs und der Entscheidung über den Antrag der CDU-Sozialausschüsse gegen jegliche Koalitionen und gegen jede Form der Zusammenarbeit mit den REPs dieser Konflikt möglicherweise zum Ausbruch kommen. Eines steht aber jetzt schon fest: Mit dem Kanzler ist ein Unvereinbarkeitsbeschluß nicht zu machen. Auch bei vielen seiner Unionsfreunde steht der »Modernisierer« Geißler mit dieser Forderung im Regen. Nach dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Wagner und dem ehemaligen West-Berliner Innensenator Lummer hält auch der niedersächsische CDU-Chef Hasselmann eine künftige Zusammenarbeit mit den REPs für denkbar. Die klarsten Worte hat bisher die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der Union (OMV) gefunden: »Der Verzicht auf ein Bündnis mit den Republikanern bedeutet, das Schicksal in die Hände von SPD und Grünen zu legen.«

Vor der Europawahl, als den REPs noch eine kurze Lebensdauer prophezeit wurde, war alles anders. Der Leiter der Grundsatz- und Planungsabteilung des Konrad-Adenauer-Hauses, Wulf Schönbohm, forderte eine stärkere Distanzierung der CDU von den REPs. In einem 51seitigen Papier bediente sich die CDU-Bundesgeschäftsstelle sogar Informationen aus KONKRET und »taz«, um die REPs des Rechtsextremismus bezichtigen zu können. »Rechtsradikale Politik und christlich-demokratische Politik sind wie Feuer und Wasser«, resümierten die CDU-Analytiker zum allgemeinen Wohlgefallen und ohne in der Partei auf nennenswerten Widerstand

Nach dem Wahldebakel am 17. Juni hat die Motivation der Löschkommandos stark nachgelassen. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung wendet sich jetzt dagegen, die REPs durch »Protest auf breiter politischer und gesellschaftlicher Grundlage« ausgrenzen zu wollen. Die REPs seien gerade keine rechtsextremistische Partei. Schönhuber hat also recht, wenn er behauptet, seine Partei habe »die Republik verändert, ohne im Parlament zu sitzen« .

Insbesondere in der CSU, die zum ersten Mal seit 1966 ihre absolute Mehrheit verloren hat und bei den Landtagswahlen im Herbst 1990 um ihre Alleinherrschaft bangen muß, hat sich die Doppelstrategie »verbal ausgrenzen und tatkräftig aufsaugen« durchgesetzt. Der gerade von linksliberalen Publizisten als »Querdenker« hochgeschätzte einstige CDU-Generalsekretär Biedenkopf will da nicht nachstehen. Er verlangt einen »unbefangenen Umgang mit der Vergangenheit« und meint: Schluß mit den lästigen Schuldgefühlen .

Wenige Tage nach den Europawahlen gibt die Bundesregierung den Plan bekannt, abgelehnte, aber geduldete AsylbewerberInnen für drei Monate als SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft einzusetzen. In der Bevölkerung werde es als Ärgernis empfunden, daß Asylbewerber nicht arbeiteten und vom Staat Sozialhilfe bekämen. Der hessische Ministerpräsident Wallmann fordert noch vor ihrer rechtskräftigen Verurteilung die sofortige Abschiebung von Flüchtlingen, die im Verdacht der Drogenkriminalität stehen. Bayerns Innenminister Stoiber, der schon vorher wortgleich mit den REPs Schnellrichter für Flüchtlinge an den Grenzen gefordert hatte, will die Liste der bislang bekannten Schikanen für Flüchtlinge in Bayern, wie z.B. Einweisung in Lager und Gemeinschaftsverpflegung, erweitern: um die Verkürzung des Rechtsschutzverfahrens auf nurmehr eine Instanz sowie die Einführung von Zwangsarbeit in den Berufszweigen, in denen sich Deutsche schon lange nicht mehr die Finger schmutzig machen, vornehm ausgedrückt: in »Mangelberufen«.

Doch die Tatsache, daß z.B. in der Oberpfalz regierungsamtlich für einen Flüchtling nur vier Quadratmeter Wohnfläche vorgesehen sind, während ein im Freien gehaltener Hund immerhin Anspruch auf sechs Quadratmeter hat, konnte zweistellige Ergebnisse für die REPs nicht verhindern. Auch die Erhebung des CSU-Hardliners Spranger in den Stand eines Bezirksfürsten in dem für REPs besonders anfälligen Mittelfranken oder gar das von der CSU betriebene Comeback des Scharfmachers Gauweiler haben nichts mit dem Bekämpfen der REPs zu tun. Das Terrain für die zukünftige Zusammenarbeit soll bereitet werden. Der neugekürte CSU-OB-Kandidat für die Landeshauptstadt München, in der die REPs satte 15 Prozent erzielt hatten, heißt nicht von ungefähr Johnny Klein. Der Sprecher der Bundesregierung, der schon mit seiner Verteidigung der Waffen-SS bemerkenswerte Schönhuber-Nähe bewiesen hat, sprach sich gleich nach seiner Nominierung gegen eine »zusammengemanschte Einheitskultur« aus und sah sich als wackeren Kämpfer gegen »Scheinasylanten«. Während CSU-Fraktionschef Alois Glück vor einer Zusammenarbeit von CSU und REPs bei den im März 1990 anstehenden Kommunalwahlen warnt, kann es sich der christsoziale Fraktionschef im Münchener Rathaus, Zöller, bereits gut vorstellen, einen REP zum Referenten zu haben. Sein Ansbacher Kollege Schaudig warnt gar öffentlich vor einer »widerwärtigen Hetze« gegen die REPs, wo doch diese Partei immerhin das »Bewußtsein des deutschen Volkes artikuliert, das nicht immer als Volk der Schuldigen dastehen will«.

Auch die REPs bereiten die Kooperation vor. Für Schönhuber ist die CDU zwar die »Partei der Lüge, der Scheinheiligkeit und der Volksverdummung«, doch das hinderte ihn nicht daran, am Aschermittwoch in Cham klarzustellen, daß die REPs nicht »eine Oppositionspartei um jeden Preis« sein sollten: »Wir dürfen uns nicht verweigern, wenn die Stunde kommt.«

Für die Stunde der Wahrheit wollen die REPs gut gerüstet sein. Ausgestattet mit 16,5 Millionen Mark Wahlkampfkostenerstattung macht sich das ehemalige Mitglied der »Leibstandarte SS Adolf Hitler« auf, die Parteiorganisation der REPs auszubauen. Die Zentrale wird im Januar 1990 standesgemäß in die Bundeshauptstadt verlegt, Kreisverbands- und Ortsvereinsgründungen insbesondere im Norden der Republik stehen an. Schönhuber hat erkannt, daß die Bundestagswahl im bevölkerungsreichsten Bundesland entschieden wird, und sein Intimus Harald Neubauer kann den Erfolg vermelden, daß bereits dreiviertel von Nordrhein-Westfalen »organisatorisch erfaßt« seien. Neubauer ist stolz auf seine Partei: »Wir sind eine kleine Volkspartei geworden.« Sowohl in Arbeiter-, wie Villenvierteln, sowohl in protestantischen wie katholischen Gebieten, sowohl in Großstädten wie auf dem Land erzielten die REPs erstaunliche Stimmengewinne. Und der Mitgliederboom hält weiter an. Zum Jahresende sollen es 30.000 werden, Durchschnittsalter derzeit 28 Jahre. Schönhuber triumphiert, es sei wieder »schick, auf der rechten Seite zu stehen«. »Die Wiedervereinigung ist wieder die Vision der jungen Deutschen geworden«, strahlt Neubauer, und sein Chef droht, daß die nächsten Wahlkämpfe »nicht mehr nach Armenrecht« bestritten würden.

Doch wer Wahlen gewinnen will, braucht nicht nur Mitglieder und Millionen, sondern auch vorzeigbare potentielle Mandatsträger. Das Stichwort der »Intellektualisierung« macht bei den REPs die Runde. Aufgebracht hat es Günter Rohrmoser von der rechten Denkfabrik »Studienzentrum Weikersheim«. In diesem thinktank unter Führung des Ex-Marinerichters Hans Filbinger war erst Ende Juli der Pressesprecher der baden-württembergischen REPs, Rolf Schlierer, publikumswirksam aus dem Präsidium entfernt worden, um davon abzulenken, daß sich Chefdenker Rohrmoser und andere Kuratoriumsmitglieder, wie z.B. Prof. Karl Steinbuch, längst auf den Weg zur »Sammlungsbewegung demokratischer Patrioten« (REP) gemacht haben. Als geeignetes Verbreitungsorgan hat Rohrmoser die in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erscheinende Zeitschrift »Junges Forum« auserkoren, die von einem als gemeinnützig anerkannten »Förderverein zur Wiedervereinigung Deutschlands Unitas Germanica« herausgegeben wird. Rohrmoser sieht in einem Beitrag für das »Junge Forum« die entscheidende Schwäche der REPs darin, daß sie »nicht im entferntesten eine Theorie« und auch »kein wirklich attraktives Angebot an Führungspersonal« besitzen. Die CDU hat der Weikersheimer Chefideologe längst abgeschrieben. Sie sei »als Resultat einer politischen, geistigen und moralischen Knochenerweichung zu einer Allerweltspartei« geworden. Rohrmoser fordert, die Frage »der nationalen oder multikulturellen Zukunft Deutschlands« zum Wahlkampfthema Nummer eins zu machen. Das soll aber mit Niveau geschehen. Deswegen verlangt Rohrmoser einen Ausgleich des »Intellektualisierungsdefizits« der REPs. »Es ist die Frage, ob Schönhuber die intellektuelle Kapazität, die ihm in der Bundesrepublik zur Verfügung stehen könnte, auch für sich mobilisieren kann. Das hängt entscheidend davon ab, ob es ihm gelingt, die gegen ihn geführte Faschismuskampagne zu überstehen.«

Da hat der REP-Chef gute Chancen, denn schon hat der Bayerische Rundfunk auf einer internen Redaktionskonferenz »empfohlen«, die REPs künftig nicht mehr als rechtsradikal zu bezeichnen. Auch die ihm von der Staatsanwaltschaft München attestierte weiße Weste in Sachen Parteienfinanzierung weiß Schönhuber geschickt zu nutzen. »Wir sind die einzige Partei, die durch die Staatsanwaltschaft bescheinigt bekommen hat, daß die Verwendung ihrer Gelder ordnungsgemäß erfolgte«, tönt er in der neuesten Ausgabe der Parteipostille »Der Republikaner« .

Als Speerspitze der Intellektualisierung der Partei versteht sich der im Mai gegründete »Republikanische Hochschulverband« (RHV). Als Bundessprecher wurden der Sohn des »Criticon«-Herausgebers, Alexander von Schrenck-Notzing, Hans-Ulrich Kopp von der rechtsradikalen Burschenschaft »Danubia« und Alexander Wolf gewählt. Schon im Herbst 1976 kandidierte Baron Alexander in Starnberg für die Landtagswahlen auf der Liste der REPs. Der feine Baron geizte im Wahlkampf nicht mit starken Worten. »Wir wollen nicht die Asche, sondern das Feuer der Vergangenheit

übernehmen«, verkündete er und bezeichnete Flüchtlinge »als schädlich für den Fremdenverkehr«. Jetzt fühlt sich der Jurastudent zu Höherem berufen. Der RHV soll unter seiner Führung das Erscheinungsbild der REPs verändern. Experten und Wissenschaftler für die Programm- und Parlamentsarbeit der REPs sollen an den Universitäten rekrutiert werden, um »das Niveau der Partei zu heben«. Die REPs müßten das Spektrum vom »bayerischen katholischen Konservatismus bis hin zur national geprägten Neuen Rechten« umfassen, fordert Schrenck-Notzing.

Auch der hauptsächlich in Nordrhein-Westfalen ansässige »ring freiheitlicher studenten« (r.f.s.), der nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Münster als »neofaschistisch« bezeichnet werden darf, hat die Zeichen der Zeit erkannt. Manfred Rouhs, r.f.s.-Generalsekretär hat längst sein Blättchen »Europa vorn«, für das Autoren wie Diwald, Hupka und Mohler schreiben, umgetauft – vom einstigen »Nachrichtenmagazin der neuen Rechten« in »Republikanisches Nachrichtenmagazin«. Marcus Beisicht, bis 1987 r.f.s.-Vorsitzender, sitzt heute im Bundesvorstand der REPs und kandidiert auf Platz I der REP-Liste für die Kommunalwahlen in Köln. Baron Alexander will zwar mit Rouhs und Konsorten »überhaupt nichts« zu tun haben, stimmt jedoch mit ihnen überein, daß die REPs eine Koalition mit der Union suchen sollten. Schrenck-Notzing geht davon aus, daß die Basis der Union die Parteispitze zwingen werde, eine Koalition mit den REPs einzugehen. Um es der Spitze zu erleichtern, müßten die REPs »politik-, koalitions- und damit regierungsfähig werden«. Ministrable Kandidaten, »mit denen man sich nicht blamiert«, müßten ebenso her, wie eine »klare Abgrenzung gegenüber Extremisten«. Ein totales und unbefristetes Aufnahmeverbot für DVU-, NPD- und FAP-Mitglieder habe bereits den Bundesvorstand passiert, verkündete Schönhuber. Die »geläuterten« Alt- und Neonazis wollen also künftig unter sich bleiben, um »vorzeigbare Menschen« (Schönhuber in der »Welt«) für sich zu gewinnen.

Vorzeigbar wären in erster Linie die Historiker, die bereits seit Jahren die Renaissance der nationalen Frage sowohl in CDU-nahen Publikationen (»Politische Meinung«), als auch in rechtsintellektuellen (»Criticon«) oder rechtsextremen Organen (»MUT«) betreiben. Erfolgsmeldung Nummer eins: Hellmut Diwald, Professor für Mittlere und Neue Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg. Mit Diwald, den Schönhuber einen »geistigen Wegbereiter« der REPs nennt, hat der Parteichef einen Historiker geworben, der seit Ende der 70er Jahre systematisch Geschichtsrevisionismus der übelsten Sorte betreibt. Der Schönhuber-Freund soll nun »den Duktus des Deutschland-politischen Teils des Parteiprogramms verbessern« (Neubauer). Wie das aussehen wird, hat Diwald in seinen Büchern sowie in Beiträgen für die rechtslastigen Arndt- und sinus-Verlage zur Genüge ausgeführt. Diwald wendet sich gegen die »nationale Impotenz der Deutschen« und fordert »Mut zur Geschichte«. Auschwitz prangert er nicht wegen des Holocausts an, sondern weil es »eine Hauptfunktion bei der völligen moralischen Herabwürdigung der Deutschen erfüllt« habe. Deutschland in den Grenzen von 1937 ist dem Erlanger Professor längst zu klein, er phantasiert von Mitteleuropa, dem »großen geschlossenen Gebiet als Substrat der deutschen Geschichte«, von einem Mitteleuropa, »das seit einem Jahrtausend zum Volk der Deutschen gehört«. Derlei Träume haben Konjunktur. Diwalds Bochumer Professorenkollege und REP-Sympathisant Bernhard Willms nimmt Anleihen beim »Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation«, um die Bildung einer »zentraleuropäischen Föderation« unter Einschluß von BRD, DDR, CSSR und Österreich zu fordern. Die Alpenrepublik hat es Diwald ebenfalls angetan. Ihn quält die Frage, ob sich »die Österreicher im Laufe der Jahre ethnisch, sprachlich und kulturell verändert haben, also nicht mehr Deutsche sind«.

Erfolgsmeldung Nummer zwei: General a.D. Franz Uhle-Wettler. Der ehemalige Kommandant der Nato-Verteidigungsakademie in Rom soll die sicherheitspolitischen Vorstellungen der REPs zu Papier bringen. Mit Uhle-Wettler haben sich die REPs gemäß der neurechten Ideologie gegen die Westbindung der Bundesrepublik ausgesprochen. Vorrang hat die Wiedervereinigung zu einem Großdeutschland, das der General in einem »Criticon«-Beitrag schon deutlich vor Augen hat: »Ein wiedervereinigtes Restdeutschland würde etwa 80 Millionen Einwohner, ein großes wirtschaftliches Potential, ein nennenswertes intellektuelles Potential, vielleicht etwas mehr Selbstbewußtsein als die Bundesrepublik und eine erhebliche konventionelle Kampfkraft haben. Das ist nicht ganz so leicht zu finnlandisieren.« Den General treibt die Angst vor dem »Russen« um, dementsprechend hält er es für eine »böse Lage«, daß die Schaffung einer eigenen nuklearen Abschreckung für die Bundesrepublik wie für den »Gesamtstaat Deutschland« unvorstellbar sei. Doch er sieht eine Möglichkeit, den status quo zu verändern. Die BRD sei ja immerhin das »Herzstück« der Nato und das sei ein »hoher Trumpf«, der auch eingesetzt werden will. »Eine Regierung, die fortwährend die Westbindung als unaufhebbar bezeichnet, gleicht demjenigen, der in einem Spiel auf Leben und Tod lauthals verkündet, er besitze die Trumpfkarte, werde sie aber niemals ausspielen.«

Erfolgsmeldung Nummer drei: Tilman Ziegler. Der ehemalige Münchner ÖDP-Vorsitzende soll bei der Programmrevision das Kapitel »Umwelt- und Lebensschutz« zubereiten. In »Criticon« gibt Ziegler zum Besten, daß es ihm auf eine »wertbezogene und verantwortliche konservative Politik« ankomme. Die Dekadenz aufzuhalten sei seit jeher Sache der Konservativen gewesen. Für den Ex-ÖDP-Funktionär sind »Maßlosigkeit und Gleichgültigkeit gleichermaßen Kennzeichen des moralischen Niedergangs und Ursache für die Vernichtung der Lebensgrundlagen«. In der Juli-Ausgabe der REP-Parteipostille wird Ziegler deutlicher. Ökologische Probleme führt er auf nationale bzw. völkische Ursachen zurück. Die Deutschen müßten sich wieder als Volk begreifen, um der Umweltzerstörung zu wehren, bedürfe es einer »nationalen Selbstbesinnung«, von einer »anonymen multikulturellen Gesellschaft« sei keine Solidarität im Umgang mit

der Umwelt zu erwarten. Ohne die REPs, so hofft Ziegler nicht ohne Eigennutz, werde es in absehbarer Zukunft »keine bürgerliche, geschweige denn konservative Regierung mehr geben«.

Mit Diwald, Uhle-Wettler und Ziegler, mit Beratern des Weltwirtschaftsinstituts in Kiel und anderen Koryphäen, die »noch nicht genannt werden wollen« (Neubauer), soll das Programm für die Bundestagswahl 1991 so umgestaltet werden, daß es sich sehen lassen könne (Schönhuber). »Bisher ist es ja noch nicht das Gelbe vom Ei«, gibt der Parteichef zu, aber er habe ja Gott sei Dank seine Experten.

konkret 09/89, S. 13

Oliver Tolmein

Briefe rein Leute raus!

Die Haftbedingungen der politischen Gefangenen haben sich seit dem Abbruch des Hungerstreiks nur in wenigen Fällen verbessert. Drei der Haftunfähigen sind noch wie vor inhaftiert, nur in Köln und Lübeck wurden neue Kleingruppen eingerichtet. Die Auseinandersetzung zwischen drinnen und draußen kommt allerdings in die Gänge: zwar nur langsam, aber seit vielen Jahren zum ersten Mal mit politischer Perspektive – trotz tiefgreifender Differenzen

»Jetzt wird es so: Alles muß sich fortbewegen über das Projekt der freien – politischen Kommunikation mit draußen. Organisiert!« Seit der Erklärung Christian Klars zum Abbruch des Hungerstreiks sind mehr als drei Monate ins Land gegangen. In den Archivmappen häufen sich seitdem zwar die »Offenen Briefe« von linken Gruppen, Hungerstreikplena und Einzelpersonen an die Gefangenen – organisiert hat sich dagegen bisher nichts. Und von freier politischer Kommunikation kann keine Rede sein. »In der Strafsache gegen Erik Prauss: 1. Die Aushändigung des Schreibens von . . . wird genehmigt. 2. Die dem Schreiben beigefügte Anlage 'Entwurf einer politischen Grundlage. . . ' wird zur Habe des Gefangenen genommen. 3. Ebenfalls zur Habe zu nehmen ist das Angehörigen Info 20 vom 3.8.1989«. In den baden-württembergischen Knästen kommt ebenso wie in den bayerischen und den niedersächsischen kaum etwas von der Korrespondenz an, die die Auseinandersetzung zwischen »drinnen« und »draußen« ermöglichen soll. Selbst die Korrespondenz der Gefangenen untereinander wird seit Ende des Hungerstreiks massiv behindert. Insbesondere Briefe von Gruppen an mehrere Gefangene werden von den Leserichtern und KnastjuristInnen angehalten. Aber auch ein Brief der Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag, Oesterle-Schwerin, hat Eva Haule in Stammheim nicht erreicht, weil er angeblich Sicherheit und Ordnung in der Anstalt gefährdete. Für den schwerkranken Günter Sonnenberg in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, dessen Freilassung durch den Hungerstreik erreicht werden sollte, haben sich die Justizbehörden nach dem Ende des Hungerstreiks besondere Schikanen ausgedacht: Er darf z.B. für seine gesamte Post, inklusive der Anwaltspost, monatlich nur noch 20 Mark für Porto ausgeben. Schwierigkeiten haben die Gefangenen zwar in besonderem Ausmaß mit den Justizbehörden in den CDU/CSU-regierten Bundesländern – aber nicht nur: dem in Köln-Ossendorf einsitzenden Stefan Wisniewski werden schon seit langem Besuche bestimmter Personen verboten, weil er sich von revolutionären politischen Konzepten nicht losgesagt hat, in Westberlin wird der während des Hungerstreiks für die Frauen aus der JVA Plötzensee versprochene »Kommunikationstreff«, zu dem auch Gruppen von draußen Zugang haben sollten, nicht eingerichtet.

Daß das, was der Schriftsteller Christian Geissler »Arbeitskorrespondenz« und was Eva Haule in Stammheim »Stoffwechsel« genannt haben, nur so vereinzelt, zäh und unorganisiert in Gang kommt, hat seinen Grund aber nicht nur darin, daß das Ziel des Hungerstreiks, die Zusammenlegung, nicht erreicht wurde. In den Wochen nach dem 1. Februar konnten die in den Jahren der heftigen Kontroversen zwischen radikaler Linker und Gefangenen aus der RAF ausgehobenen Gräben zwar notdürftig überbrückt werden – als Basis für einen großen Schritt nach vorne taugt, was dabei geschaffen wurde, aber offensichtlich nicht. Zudem ist unklar und umstritten, mit welcher Orientierung die Debatte geführt werden soll und welche Rolle die verschiedenen Fraktionen in ihr haben sollen: Steht das Verhältnis von »drinnen« und »draußen« im Zentrum der Auseinandersetzung? Oder sind die Gefangenen in der Debatte über neue linke Formierungen bloß eine Gruppe wie andere auch – mit anderen, aber keineswegs wichtiger zu nehmenden Erfahrungen als GewerkschafterInnen oder Frauenbewegte? Ist die vordringlich zu klärende Frage die, ob der »bewaffnete Kampf« als aktuell notwendig oder kontraproduktiv, als grundsätzlich falsch oder grundsätzlich richtig angesehen wird? Oder gilt es, die theoretischen Ansätze der gesamten Linken seit 1967 zu überprüfen und die seitdem gesammelten praktischen Erfahrungen zu analysieren?

Ohne eine Vorstellung vom möglichen Ziel einer Auseinandersetzung führt der Dialog aber ebenso unweigerlich in die Sackgasse, wie wenn sein Ergebnis bereits im Vorhinein bestimmt wird, etwa durch die »taz«: das Abrücken der Gefangenen vom Konzept des bewaffneten Kampfes.

Daß das schnell zu erreichen sei, hoffen derzeit zwar viele KommentatorInnen in den bürgerlichen Medien, und auch die diversen Verfassungsschutz-Ämter versuchen mit gezielt gestreuten Informationen über die Zerstrittenheit unter den Gefangenen, ihre Quasi-Distanzierung vom bewaffneten Kampf draußen und ihre Kritik am militanten Lager, den Versuch der Neubestimmung als einen Zerfallsprozeß erscheinen zu lassen. Mit der Realität in den Knästen scheint das allerdings wenig zu tun zu haben. »Diese Tendenz, den Zusammenhang der Gefangenen als im Auflösungsprozeß begriffen darzustellen, hat zum Ziel hier draußen zu verunsichern und die Diskussion dadurch in eine bestimmte Richtung zu bringen«, meinen dazu ehemalige Gefangene, die seit dem Abbruch des Hungerstreiks etliche ihrer inhaftierten GenossInnen besucht und mit ihnen diskutiert haben. Auch die bislang präzisesten Texte zum Projekt des »Stoffwechsels«, die von Eva Haule, geben für die Deutung, die Gefangenen wollten sich vom Konzept des bewaffneten Kampfes insgesamt lösen, wenig her – vorausgesetzt, man liest z.B. ihren Briefwechsel mit Christian Geissler komplett (in der »clockwork 129a/ Nr.10«) und nicht in der massiv gekürzten Fassung in der »taz«. Haule schreibt: »geissler sagt in seinem buch oft 'es

geht'...es ist möglich hier anzugreifen, um den revolutionären prozeß zu organisieren. abgesehen davon, daß das konkret und für jeden einzelnen immer die wichtige frage ist, ist es aber grundsätzlich politisch, was uns und den bewaffneten angriff im zentrum betrifft, heute nicht mehr die frage. wir wissen: es geht. die herrschenden haben es mit ihrem ganzen, historisch beispiellosen repressionsapparat nicht geschafft, den revolutionären faktor hier zu liquidieren – und sie werden es auch nicht mehr schaffen (...) die neu entstehende revolutionäre bewegung kann aus dem selbstbewußtsein kämpfen, daß sie immer alle mittel hat (und braucht) für ihre ziele. daß das möglich ist, dafür hat unser kampf in den ganzen jahren die grundlage geschaffen, und es ist jetzt immer nur die entscheidung, wie und wann – also mit welchen präzisen bestimmungen im und für den umwälzungsprozeß die mittel eingesetzt werden.«

Neu scheint dagegen, daß die Gefangenen dem bewaffneten Kampf draußen und ihrem drinnen keine Avantgarde-Funktion mehr zuschreiben, daß sie es offenbar für denkbar halten, daß auf das Mittel des bewaffneten Kampfes aufgrund »präziser Bestimmungen« auch zeitweilig verzichtet werden kann, und daß sie sich nicht als Zentrum im Neuformierungsprozeß der Linken, sondern als einen gleichwertigen, integralen Bestandteil verstehen. Bemerkenswert ist dabei die Diskrepanz, die sie zwischen Radikalisierungsprozeßen in oppositionellen Gruppen einerseits und der Durchsetzungsfähigkeit des Staatsapparats andererseits feststellen: »Es hat sich gezeigt, daß es gegenüber dieser reaktionären, harten Macht (des Staates) keine politisch wirksame, durchschlagende Kraft hier gibt. Das betrifft alle Zusammenhänge im Widerstand im weitesten Sinn, genauso wie gewerkschaftliche, christliche, antifaschistische Gruppen. Und es betrifft nicht nur unseren Kampf und die harte Haltung des Staates uns gegenüber. Das ist nur ein besonders zugespitzter Punkt in der Auseinandersetzung, wo Menscheninteressen zusammenstoßen mit denen von Staat und Kapital«, formuliert Eva Haule in ihrer Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks. Auch ehemalige Gefangene sehen eine Entwicklung, in deren Verlauf selbst Teile der Friedens- und Ökologiebewegung aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Wirkungslosigkeit punktueller Oppositionsarbeit auf einen radikalen Bruch mit dem System hinsteuern. Hier intervenieren zu wollen, Erfahrungen aufzugreifen und sich zu beteiligen, das geht auch aus anderen Texten hervor, scheint ein wesentliches Moment der Neuorientierung der Gefangenen aus der RAF zu sein.

Aufgrund ihrer Interpretation der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung als Radikalisierungsprozeß messen die Gefangenen aus der RAF Bündnissen und einer »breiten Diskussion« erhebliche Bedeutung bei. Das erweist sich gleichzeitig aber als mögliche Bruchstelle für ihr bisheriges autonomes und antiimperialistisches UnterstützerInnenspektrum. Autonome kritisieren nämlich, daß die Gefangenen die gesellschaftliche Entwicklung zu positiv einschätzten: eine Differenz, die vor allem bei der Frage Folgen hat, mit wem welche Bündnisse eingegangen werden können, welchen Stellenwert diese haben und ob militante Aktionen wie z. B . die Besetzung des Büros von Walter Momper während des Hungerstreiks Sinn machen. Von ehemaligen Gefangenen wird zumindest Teilen der Autonomen attestiert »nicht über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen und deswegen die gesellschaftliche Entwicklung nicht verstehen zu können«. Sie hätten aus den Erfahrungen der Anti-IWF-Kampagne, deren erfolgreichste Aktionen von ganz anderen als den traditionell militanten Gruppen geprägt worden seien, nichts gelernt. Auch die in Köln-Ossendorf in einer Kleingruppe zusammengelegten Frauen haben zu verstehen gegeben, daß sie »an einer Szenediskussion« nicht interessiert sind.

Die Gefahr ist groß, daß diese Hoffnung der Gefangenen enttäuscht wird. Nicht zuletzt die Kampagne für die Zusammenlegung hat gezeigt, daß zwar eine Vielzahl von Einzelpersonen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen bereit waren, sich mit den Gefangenen zu solidarisieren, daß aber nicht einmal die Humanistische Union oder das Komitee für Grundrechte und Demokratie, geschweige denn Gewerkschaften oder Kirchen bereit waren, die Zusammenlegungsforderung vorbehaltlos, also ohne Verknüpfung mit einer scharfen Ablehnung der Politik der RAF, zu unterstützen. Daß die Unterstützung durch vereinzelte Menschen oder mehr auf dem Papier als in der Praxis präsente Gruppen wie dem Bundeshauptausschuß der Grünen eben keine Radikalisierung auf breiter Ebene bedeutet und deswegen gegenüber dem Staatsapparat ziemlich wirkungslos bleibt, ist eine der Lehren, die aus dem Hungerstreik so gut wie aus der Solidaritätsarbeit zum Strobl-Prozeß gezogen werden muß. Bis heute gibt es, das paßt in dieses weniger hoffnungsvoll zu zeichnende Bild, auch kaum Initiativen für die Auseinandersetzung mit den Gefangenen, die über den Rahmen der linksradikalen Szene hinausgehen: zwei, drei Papiere aus dem grünen Spektrum geben nicht mehr wieder als die individuelle Meinung der Autoren und reichen auch nicht weiter als bis zum ganz allgemein und unspezifisch gehaltenen Wunsch nach dem »Weiterführen des Dialogs«.

Die Kritik der Autonomen, die in der Unterstützung der Hungerstreiks trotz politischer Differenzen zu den Gefangenen regelmäßig das aktivste und mobilisierungsfähigste UnterstützerInnenspektrum darstellten und auch heute noch darstellen, setzt aber nicht nur an der neuen Orientierung der Gefangenen aus der RAF an, sondern thematisiert auch, wie »unvermittelt« und plötzlich diese zustande gekommen ist. So schreibt das autonome Hungerstreiktreffen Rhein-Main in einem »Offenen Brief an die Gefangenen der RAF und aus dem antiimperialistischen Widerstand«: »insgesamt (wurde) eine genauere bestimmung des hungerstreiks, der grenzen in der mobilisierungsbreite von uns hier draußen nie wirklich diskutiert. die unklare vorgabe von euch gefangenen, der unvermittelte sprung von der letzten (84/85) zur jetzigen hungerstreikerklärung war eine der ursachen dafür. zum sogenannten dialogangebot etliche monate vor dem hungerstreik

gab es beiträge von gefangenen, in denen sich die ablehnung von leuten wie vollmer und co. deutlich ausdrückte. während des hungerstreiks gab es zwar noch eine absage an ein gesprächsangebot eines von braunmühl-bruders, ansonsten sahen wir – erst recht in der zuspitzung des streiks – alle grenzen verschwimmen (...) wir zumindest haben den eindruck, daß über ein von uns erstmal sehr positiv aufgenommenes ziel hinausgeschossen wurde«.

Daß die gravierenden Veränderungen in den politischen Vorstellungen der Gefangenen im Vergleich zum Hungerstreik 84/85 unvermittelt gekommen seien, wird von den ehemaligen Gefangenen, die in diesen Jahren noch im Knast waren, bestritten: Sie verweisen auf die Antworten aus dem Knast auf die Vollmer-Käsemann-Dialoginitiative, auf das Papier zu Peter Jürgen Boock, die Prozeßerklärung von Eva Haule und verschiedene Briefe, die die neue Orientierung angekündigt hätten. Der Hungerstreik 1989 sei insofern der am sorgfältigsten und längsten vorbereitete gewesen. Eingestanden wird allerdings, daß der Abschied vom Konzept, den Aufbau der »westeuropäischen Front« zum Ziel des Hungerstreiks zu machen und damit die humanitäre Forderung nach Zusammenlegung mit den politischen Zielen der RAF eng aneinanderzukoppeln, nicht ausdrücklich erfolgt ist: »Diese Auseinandersetzung mit dem Front-Konzept ist noch zu leisten, da gibt es bisher erst Fragmente«. Um die gravierenden Unterschiede zwischen dem Vorgehen 84/85 und heute zu erklären, wird auf die damalige Situation verwiesen: »Kurz vorher sind sechs Leute in Frankfurt und eine woanders eingefahren, gleichzeitig lief der Prozeß gegen Rolf Clemens Wagner, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar und Heidi Schulz, in den Medien wurde überall triumphiert 'die RAF ist tot', und gleichzeitig wurden in den Knästen die Haftbedingungen dramatisch verschärft. Da war es wichtig, den Hungerstreik so zu machen, wie es mit den wenigen Kräften nur möglich war, anders hätten wir es nicht geschafft, unsere revolutionäre politische Konzeption präsent zu halten und ein Fundament für die heutigen Kämpfe zu legen«. In einer Situation wie der heutigen, in der die Gefangenen schon vor Beginn des Hungerstreiks als politischer Faktor anerkannt gewesen seien, habe es dagegen ganz andere Möglichkeiten gegeben, sich zu entscheiden, wer angesprochen und einbezogen werden sollte.

Ein gravierender Unterschied zu den letzten Hungerstreiks war der Versuch, die Forderung nach Zusammenlegung nicht als Sonderforderung der politischen Gefangenen zu stellen. Deswegen wurde der Hungerstreik auch von etlichen sozialen Gefangenen unterstützt und zum Teil, um eigene Forderungen ergänzt, selbst aufgenommen. Dadurch wurde die Spaltung zwischen Gefangenen aus der RAF, anderen politischen Gefangenen und den sogenannten sozialen, also wegen »normaler« Delikte verurteilten Gefangenen zumindest ansatzweise überwunden. »Wir sind nicht die einheit aller politischen gefangenen«, erinnert Andreas Semisch, der aus autonomen Zusammenhängen des Startbahn-Widerstands kommt und sich am Hungerstreik beteiligt hat, deswegen in einer ersten Reaktion auf einen »Offenen Brief«. Und er kritisiert: »Die aufmerksamkeit der linken zu den politischen gefangenen war auch ihr schweigen zu den sozialen. knäste werden allerdings größtenteils von denjenigen bevölkert, die die verheißungen des kapitalismus und seiner verkaufsagenturen etwas zu ernst genommen haben. auch wenn der sogenannte verwahrvollzug noch die regel ist, bedeutet knast auch immer experimentierfeld für die entwicklung neuer kontrollmechanismen zur erfassung sozialer und politischer lebenszusammenhänge«. Wie diese Auseinandersetzung in den Knästen – wie kann gemeinsam gegen die Perfektionierung des Vollzugs vorgegangen werden – in die Auseinandersetzung zwischen »drinnen« und »draußen« integriert werden kann, ist ebenfalls noch unklar: daß es passieren soll, wird gerade von autonomen Gruppen aber gefordert, und auch der Brief der »radikalen Linken« ist an alle Gefangenen, die sich am Hungerstreik beteiligt haben, gesendet worden. Die Schwierigkeiten, die sich hier ergeben werden, liegen allerdings auf der Hand: Mit den sozialen Gefangenen haben die verschiedenen Fraktionen der Linken gerade keine gemeinsame Geschichte. Diese besteht aktuell in wenig mehr als der insgesamt zwar gemeinsamen, konkret aber äußerst unterschiedlichen Erfahrung staatlicher Repression.

Was der Hungerstreik 1989 bewirkt hat, läßt sich Monate nach seinem Abbruch noch nicht sagen. Die Hoffnung auf schnelle« Erfolge« in der Diskussion zwischen »drinnen« und »draußen« ist enttäuscht worden, sie war allerdings, berücksichtigt man die Dimension der Differenzen auf der einen und die Isolationsstrategien des Knastsystems auf der anderen Seite, auch nicht realistisch. Auf jeden Fall ist so klar wie schon seit langem nicht mehr ein Interesse an der gemeinsamen Diskussion artikuliert worden, in der die Gefangenen zwar als Kollektiv (»Jeder ist das Kollektiv« Helmut Pohl), aber nicht als Institution oder Einheit sich beteiligen wollen. Das Knastsystem, seit Mitte der Siebziger Jahre ein blinder Fleck für die legale Linke, ist wieder ein, aber nicht das zentrale Thema für viele geworden – dazu trägt sicher auch die ausufernde Kriminalisierungsstrategie der Bundesanwaltschaft bei, die im Prozeß gegen Ingrid Strobl oder in den Startbahn-Prozessen demonstriert hat, wie groß der Personenkreis ist, dem hohe Haftstrafen wegen »Unterstützung« oder »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« drohen.

konkret 09/89, S. 16

Ingrid Strobl

Noch ist Polen nicht verloren

Am 1. September jährt sich zum 50. Mal der deutsche Überfall auf Polen. Inzwischen hat die erneute Eroberung des Landes schon längst wieder begonnen

Wer Warschau besucht, kann dort ein Buch erstehen mit dem Titel – »Warschau 1945«, einen Bildband, dessen Papier ebenso dürftig ist wie sein Druck. Doch das macht nichts, denn was auf diesen Fotos zu sehen ist, erfordert keine große technische Schärfe. Zu sehen sind: Steine. *Steine, Steine, Steine.* Nicht Ruinen ausgebombter Häuser in einem Meer von Trümmern, wie in Köln, Berlin, Hamburg, sondern ausschließlich Trümmer. Die Deutschen haben die aufständische Stadt nicht verlassen, ohne tabula rasa zu machen.

Der Generalplan Ost, dessen endgültige Erfüllung die Rote Armee verhinderte, hatte vorgesehen, Polen und Russen nur soweit in ihren Heimatgebieten zu belassen, als sie dort als Arbeitssklaven verwertbar waren. Der »Rest« sollte umgesiedelt und/oder (sofort) ermordet werden. Himmler war überzeugt, daß es im »Osten« 30 Millionen Menschen zu viel gab, minderrassiges, nichtverwertbares, jüdisches, bolschewistisches oder gar jüdisch-bolschewistisches Gesindel. Mit dessen Beseitigung sollte zügig begonnen werden.

Das Plansoll wurde erfüllt. 20Millionen SowjetbürgerInnen, darunter die sowjetischen Juden in den von den Deutschen eroberten Gebieten, kostete der Einfall der Herrenmenschen das Leben. Sechs Millionen PolInnen, darunter drei Millionen polnische Juden, wurden während der Besatzung ermordet.

Junge polnische Männer und Frauen, an denen das selektierende Auge Vernutzbarkeit konstatierte, wurden als Zwangsarbeiter ins Reich verschleppt. Polnische Kinder, die das Unglück hatten, allzu arisch auszusehen, wurden entführt, um dem deutschen Volkskörper zugeführt zu werden. Alles in allem eine Bilanz, die sich sehen lassen kann: Das Volk auf der Suche nach Raum hinterließ ein Land, dessen Ressourcen ausgeraubt waren, dessen Erde ausgelaugt oder im wahren Sinne des Wortes verbrannt, dessen Infrastruktur zerstört und das überdies noch – bis auf einen kleinen Rest – »judenfrei« war.

Aber nun wurde ja das deutsche Reich zuletzt doch noch in die Knie gezwungen, aus den besetzten Ländern vertrieben und schließlich selbst besetzt. Und es gibt in der Geschichte durchaus Beispiele dafür, daß der Verlierer eines Krieges bezahlen muß – an den Sieger und gelegentlich auch an seine vormaligen Opfer. Demnach hätte Deutschland eine ganze Weile die Konsequenzen seines Eroberungs- und Vernichtungsfeldzuges tragen und Polen (die SU, die Tschechoslowakei, etc.) soweit »entschädigen« müssen, daß es sich hätte halbwegs erholen können. Bekanntlich kam alles ganz anders. Deutschland, beziehungsweise sein westintegrierter Teil, wurde immer fetter, während Polen sich noch immer nicht von den Folgen der deutschen Besatzung erholt hat.

Die Misere des heutigen Polen resultiert nicht nur aus Fehlern stalinistisch-bürokratischer Planwirtschaft. Diese Misere wurzelt in einer jahrhundertealten Geschichte der Fremdherrschaft, der Kolonisierung und Ausbeutung und zuletzt in der von den Deutschen hinterlassenen Zerstörung. Das hindert allerdings niemanden daran, so zu tun, als habe das »kommunistische Regime« quasi ein blühendes Land in den Ruin getrieben. Selbst die polnische Opposition strickt mit an dieser Geschichtsverfälschung, nach dem Motto: Alles Schlechte kommt aus Moskau.

Heute, 50 Jahre nach dem Einmarsch, können wir zusehen, wie sich die ehemaligen Opfer deutscher Aggression vor dem Kriegsgewinnler BRD (die deutsche Niederlage war eine rein militärische und auch als solche zeitlich begrenzt) auf die Knie werfen und um Brosamen betteln. Und wie das von den imperialistischen Siegerstaaten zum neuen Machtzentrum gemästete Westdeutschland dem Bettler seine Bedingungen diktiert: Kein Geld ohne die Garantie, daß es zur Abschaffung des Kommunismus verwendet wird.

In diesem Punkt sind sich alle einig, von der CDU über die SPD bis zu Solidarnosc. Differenzen bestehen allenfalls darüber, welcher Weg der effektivste ist und wieviel man gleich zu Anfang fordern kann. Die alte Politik wird mit neuen Mitteln fortgesetzt, die Nato- und EG-Macht Bundesrepublik muß Polen nicht mehr militärisch besetzen, um es zu ihrer Kolonie zu machen. Die BRD ist jetzt schon sowohl der größte Schuldner Polens, als auch sein wichtigster Handelspartner (was logisch zusammengehört).

Hans Dietrich Genscher hat die Angelegenheit trefflich auf den Punkt gebracht: »Polen muß geholfen werden, und Polen wird geholfen werden«, drohte er in einem »stern«-Interview. Wart nur Freunderl, dir werden wir schon helfen. Herr von Weizsäcker drückte sich nicht minder deutlich aus: Die neue Ostpolitik charakterisierte er als »systemsprengende Zusammenarbeit«, wobei jeder weiß, welches System hier gesprengt werden soll. Und auch von wem: Die c Bundesrepublik, so deren Präsident anläßlich ihres 40jährigen Bestehens, spiele bei dieser Zusammenarbeit auf Grund ihrer »hervorragenden Stellung eine besondere Rolle«.Wir sind schließlich wieder wer.

Deutschland, das mit seinen Versuchen, sich Kolonien zu erobern, fast immer gescheitert ist, hat jetzt verstanden, wie man das heutzutage macht. Man legt sich (zusätzlich zur Mitnutzung des imperialistischen Jagdreviers Trikont) einen eigenen Hinterhof zu. Den dürfen zwar die anderen mit ausbeuten, aber man hat doch Pionierstatus. Dem dürfen zwar auch IWF und Weltbank die Bedingungen diktieren, aber zum einen hat man da schließlich selbst ein gewichtiges Wort mitzureden, und zum anderen gehen die eigenen Banken da noch eigene Wege.

Bevor man aber so richtig loslegen kann, muß man sich den unbeschränkten Zutritt erst noch erobern. Denn an dessen Pforte stehen ja immer noch diese lästigen Kalaschnikows. Alle Parteien und Kapitalfraktionen sind sich darüber einig, daß dieses Hindernis beseitigt werden muß. Aber wie? Durch direkte Erpressung, sagen die einen: Kommunismus oder Kohle. Durch behutsames Vorgehen, sagen andere, die darauf bauen, daß der gezielte Einsatz der harten Mark den weich gewordenen »Realsozialismus« erledigen hilft. Und dann gibt es noch eine dritte Gruppe, die wieder einmal alles will und zwar dalli: Wiedervereinigung plus Ostgebiete. Dagegen würden sich auch die anderen nicht gerade wehren, aber sachte, sachte! Nicht so vorpreschen, die Herren! »Das Revanchismus-Gespenst«, verkündete die »Süddeutsche Zeitung« im Namen des fortschrittlichen Kapitals, »(muß) den kommunistischen Hardlinern wie ein Geschenk aus dem Bayerischen Himmel erscheinen. Es war gerade die Revanchismus-Furcht, mit der sie jahrzehntelang innenpolitische Prozesse abblockten«.

Auch SPD-Chef Vogel zeigte sich bestürzt über Waigels Übereifer, da dieser doch den »Friedens- und Reformprozeß in Osteuropa« beeinträchtigen könnte. Die Türen zu unserem Hinterhof, die Solidarnosc bereits entriegelt hatte, könnten wieder verrammelt werden. Aber selbst diese Angst scheint übertrieben. Die Bereitschaft der polnischen Opposition, sich dem Kommando des Imperialismus zu unterwerfen, ist offenbar so groß, daß sie sogar über deutsche Gebietsansprüche schweigend hinweggeht.

Nein, noch ist Polen nicht verloren. Wir sind gerade dabei, es wieder zu erobern. Und solange wir drinnen noch nicht nach Gutdünken fuhrwerken können, holen wir uns wenigstens ein paar fähige Arbeitskräfte heraus. Der sozialdemokratische Innenminister von NRW, Schnoor, hatte die geniale Idee, fünfzigtausend arbeitswillige und billige Polen ganz legal zwecks einjähriger Auspressung ins Land zu holen. Das ist natürlich wesentlich effektiver, als sich von polnischen Asylanten überschwemmen zu lassen, die man womöglich so schnell nicht mehr los wird, und die man überdies – zumindest legal – (noch) nicht als Billiglohnarbeiter einsetzen kann.

Während sich die Herren in Politik und Wirtschaft noch darüber zanken, welches der erfolgreichste Weg ist, um die westliche Hegemonie auf Osteuropa auszudehnen und dieses neue Jagdrevier für den Weltmarkt zu erschließen, funktioniert ein Marktzweig bereits ebenso reibungslos wie unauffällig: Der Handel mit der Ware Frau. Unverblümt wird diese Ware im Annoncenteil bundesdeutscher Zeitungen angeboten, und die Nachfrage, vor allem im ländlichen Raum, scheint zu steigen. Das häusliche polnische Nutztier wird vorzugsweise von deutschen Bauern erworben, die häufig keine deutsche Frau mehr finden (die bereit ist, die Schufterei auf einem Hof in Kauf zu nehmen), und die auch mit der zartgliedrigen Erotik-Exotik der Asiatin nicht so viel anfangen können, wie ihre großstädtischen Geschlechtsgenossen. Eine Hofsklavin muß im Gegensatz zur Haussklavin *noch* mehr leisten und aushalten als Waschen-Putzen-Kochen, die Pantoffeln bringen und die Beine breit machen. Da bietet sich die robuste polnische Ware eher an als das eventuell zerbrechliche Zeugs made in Manila.

Sage noch einer, uns ginge es nicht besser als je zuvor ! Unsere Industrie zeigt den Polen, was eine Wirtschaft ist, unsere Banken machen den Zloty zum Spielgeld, unsere Höfe und Ställe werden von polnischen Hausmütterchen auf Zack gehalten, unsere Scholle wird von polnischen Fremdarbeitern bearbeitet, und unsere Produktion gegebenenfalls von polnischen Streikbrecher-Trupps am Laufen gehalten. Und das alles, ohne daß auch nur ein einziger deutscher Landser durch die polnischen Sümpfe waten und sich womöglich von bolschewistischen Untermenschen totschießen lassen muß.

konkret 09/89, S. 18

Georg Fülberth

Eigentlich Venezolaner

Wie die Debatte über das »Deutsche Reich in den Grenzen von 1937« die Oder-Neisse-Grenze neu befestigte

Das Sommerloch 1989 brachte drei Ereignisse: erstens die von Matthias Bröckers in der »taz« ausgelöste Vorhaut-Debatte, zweitens die Auseinandersetzung um Waigels Äußerungen zur Oder-Neisse-Grenze und Adenauers angeblichen frühen Verzicht auf die »deutschen Ostgebiete«; drittens das SPD-Dokument »Zukunft '90«, Joschka Fischers Buch »Der Umbau der Industriegesellschaft« und die Sondierungsgespräche zwischen Grünen und Sozialdemokraten auf Schloß Crottorf.

Zum ersten Thema äußere ich mich – als Betroffener – nicht. Ich wende mich ausschließlich der Waigel-Debatte zu, kündige aber an, daß das dritte Thema, die Vorbereitung einer Koalition des Irgendwie, noch der Behandlung in diesem Blatt bedarf.

Waigel und die anderen guten Deutschen

Der Vorsitzende der CSU, Theo Waigel, hat Anfang Juli auf dem Schlesier-Treffen erklärt, mit der Niederlage 1945 sei das Deutsche Reich nicht untergegangen, sondern es bestehe mitsamt seinen Grenzen von 1937 fort. Es gebe »keinen völkerrechtswirksamen Akt, durch den die östlichen Teile des Deutschen Reiches von diesem abgetrennt worden sind«.

Für diese Rede wurde der Mann scharf angegriffen: zum Teil sogar aus der CDU, vor allem aber aus der SPD, der FDP und von den Grünen. Er hat aber nichts anderes gesagt als das, worauf sich Sozialdemokratie, Union und FDP ihrerseits längst festgelegt haben. Am 17. Mai 1972 haben sie im Bundestag in einer »Gemeinsamen Entschließung« folgendes verkündet:

»Die Verpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland in den Verträgen eingegangen ist, hat sie im eigenen Namen auf sich genommen. Dabei gehen die Verträge von den heute tatsächlich bestehenden Grenzen aus, deren einseitige Änderung sie ausschließen. Die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen «

Im Klartext heißt das: Die Unverletzbarkeit der Grenzen gilt nur solange, wie die Bundesrepublik besteht. Schließt diese sich irgendwann einmal etwa mit der DDR zusammen, dann ist die Regierung des so entstehenden neuen Gebildes zu nichts verpflichtet. Ein Verzicht auf die Gebiete östlich der Oder und der Neisse wäre allenfalls von einem Friedensvertrag zu verlangen, den es aber noch nicht gibt.

1973 stellte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR fest, »daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist«. Es besitze »nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.« Die BRD sei »also nicht 'Rechtsnachfolger' des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat 'Deutsches Reich', – in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings 'teilidentisch', so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht . «

Sämtliche damals im Bundestag vertretenen Parteien, also auch SPD und FDP, haben dieses »Kyffhäuser-Urteil« (Helmut Ridder) begrüßt. Sie haben sich also dazu bekannt, daß a) das Deutsche Reich von 1937 noch fortbestehe, b) die Bundesrepublik auf kein Fitzelchen von dessen Territorium verzichten dürfe. Die Ostverträge seien mithin nur eine Zwischenlösung, ein »modus vivendi«, bis irgendwann wieder mehr möglich ist.

Der Unterschied zwischen Waigel und seinen Kritikern besteht darin, daß der Bayer – die »Republikaner« im Nacken – die von allen geteilte fundamentalistische Position zur operativen Tagespolitik erklären möchte, während die SPD der Ansicht ist, man müsse nicht jeden Tag darüber reden.

Adenauer als Partisan?

Der sozialdemokratische Politik-Professor Kaiser ist seinen Genossen mit der Behauptung beigesprungen, Konrad Adenauer selbst habe Anfang der fünfziger Jahre schriftlich auf die Gebiete östlich der Oder-Neisse-Grenze verzichtet. Die Suche nach einem solchen Papier hat allerdings nichts gebracht – oder sogar das Gegenteil. Man stieß auf einen »Gesprächsvermerk« aus dem Jahr 1951, der zweierlei enthält: Erstens sei es Adenauer gelungen, die US-Amerikaner von einer Bekräftigung der Oder-Neisse-Linie abzuhalten. Zweitens: Für den Fall eines Friedensvertrages habe er einen solchen Verzicht in Aussicht gestellt. Ein völkerrechtlich verbindliches Dokument ist das also nicht, sondern ein weiterer Beleg für Adenauers Taktik: Entscheidungen, die aufgrund eines schlechten Kräfteverhältnisses in der Gegenwart nur zu Ungunsten »deutscher« Ansprüche hätten ausfallen müssen, in eine Zukunft zu verschieben, in welcher das Geschwätz von gestern nicht mehr zu interessieren braucht, weil die stärkeren Bataillone dann wieder auf der richtigen Seite sind.

Und so blieb es: Die polnische Westgrenze ist bis heute nicht durch einen endgültigen Verzicht des deutschen Imperialismus auf Schlesien und Ostpreußen gesichert, sondern durch ein bislang nach anhaltendes militärisches

Unvermögen, seine Ziele im Osten durchzusetzen. Niemals war die Bundeswehr stark genug, um bis Breslau und Königsberg durchzumarschieren, und ihre Verbündeten im Westen, Süden und Norden hätten dies aus Gründen des aufgeklärten Eigeninteresses auch nicht zugelassen. Diese Hinderungsgründe müssen aber nicht ewig bestehen: Gibt der Sozialismus auf und gewinnt die BRD in der EG ein solches Übergewicht, daß die anderen sich nicht mehr getrauen, ihr etwas in den Weg zu legen, kann Schlesien wieder deutsch werden. Dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, um eine Vision Adenauers zu realisieren: »Aber ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen. Dann wird man auf der einen Seite Deutschland die Furcht nehmen müssen, die es hat. Dann wird man auch Sowjetrußland klarmachen müssen, daß es so nicht geht, daß es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann, und daß im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, sondern im Weg einer friedlichen Auseinandersetzung die Verhältnisse in Europa neu geklärt werden müssen.«

Dies verkündete er in einer Rede 1952, und im selben Jahr stellte sein Staatssekretär Hallstein fest, die Westintegration müsse bis zum Ural gehen.

Vielleicht sind demnächst die Voraussetzungen hierfür endlich gut. Eine Wiedergewinnung der ehemals deutschen Ostgebiete könnte dann auch kaum noch durch jene moralischen Bedenken verhindert werden, welche zu Zeiten ungünstiger militärischer Verhältnisse vor allem in evangelischen Kreisen formuliert wurden: Das Unrecht der Vertreibung ab 1945 sei durch vorangegangene deutsche Schuld verursacht worden. Hier schafft vielleicht die gegenwärtige Diskussion um den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939 Remedur. Zwar ist die Grenze zwischen der UdSSR und Polen völkerrechtlich einwandfrei. Doch zur Vorgeschichte gehört eben auch der Vertrag von 1939 mit seinem Zusatzprotokoll . Am 27. Juli 1989 nahm die »Frankfurter Rundschau« Maß: »Die UdSSR hat schon Ende September 1939 Ost-Polen besetzt und im Juni 1940 die baltischen Staaten ultimativ zum Anschluß an die UdSSR gezwungen. Diese Protokoll-Frucht der Verträge wird nicht herausgegeben. Das Vorgehen ist juristisch fragwürdig, moralisch anrüchig und löst die 'baltische Frage' nicht – es wirft sie erst auf.«

Das Blatt beschränkt sich auf die »baltische Frage«, die polnische läßt es ruhen, da es einst die Ostverträge unterstützte. Doch nach seiner Logik ließe sich rechtfertigen, daß Waigel Schlesien bekommt und Walesa Teile der westlichen Sowjetunion. Ein Problem besteht darin, daß die Polen das nicht wollen.

Oder-Neisse – Eine Grenze der neuen Freundschaft

In Wirklichkeit aber ist die Oder-Grenze heute sicherer als je zuvor – nicht trotz, sondern gerade wegen der veränderten Kräfteverhältnisse. Ihr bester Schutz besteht darin, daß der »Westen« sich sehr über den polnischen Wandel freut. Auf ihrem Pariser Gipfel haben sich die Häupter der sieben führenden kapitalistischen Staaten auf eine »Unterstützung der beiden Reformen zugeneigten Länder Osteuropas verständigt« (»FAZ«, 18.7.1989). Was wiegt schon Schlesien, wenn man stattdessen ganz Polen und Ungarn bekommen kann? Solche Perspektiven würden durch deutsche Gebietsansprüche gewiß zerstört. Ulf Fink, CDU, erklärt, es komme doch vor allem darauf an, »die Demokratiebewegung in Polen zu unterstützen. Das kann man nicht, wenn man den Kommunisten, die dort eine verheerende Abfuhr erhalten haben, ein willkommenes Instrument in die Hand gibt (zu zeigen), daß sie die Wahrer der Interessen Polens sind« (»Die Welt«, 11.7.1989). Unmittelbar nach dem Warschauer Vertrag wurde 1970 Gomulka durch eine Volksbewegung gestürzt: Die deutsche Drohung war schwächer geworden. Erst unter dieser Voraussetzung wurde später »Solidarnocs« möglich. Kommen die Deutschen jetzt aber wieder mit neuen Land-Forderungen, dann zeigt diese Organisation gar irgendwann einmal ein zweites Gesicht. Dies könnte so zugehen:

Generalsekretär, Zentralkomitee und Regierung garantieren seit Jahren den westlichen Banken Zins und Tilgung. Deshalb muß der Konsum eingeschränkt werden, wichtige Gebrauchsgüter werden exportiert. Das Volk murrt nicht über den Kapitalismus, der das alles bekommt, sondern über die kommunistische Obrigkeit. Wollen die westlichen Zinsherren jetzt aber plötzlich wieder Breslau, wird bei dieser Gelegenheit auch manches andere klar. Hinter dem Generalsekretär erscheint ein schlimmerer Feind, der eigentliche. Die Polen merken dann, daß sie eigentlich Venezolaner sind. Dann doch lieber Oder-Neisse-Grenze. Sie ist ein antisozialistischer Schutzwall.

konkret 09/89, S. 20

Susanne Willems

Buch des Monats - Die »Welt der Verneinung«

Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-45. Mit einem Vorwort von Walter Laqueur. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1989, 1057 Seiten, 98 Mark

Fast haben wir uns daran gewöhnt, von Auschwitz als dem Unvorstellbaren, dem Unfaßlichen, ja dem »Zivilisationsbruch« zu sprechen und zu denken. In seinem autobiographischen Bericht »Ist das ein Mensch?« hat Primo Levi das Lager einmal »weiter nichts als die uns zugedachte, unbefristete Existenzart innerhalb des deutschen Sozialgefüges« genannt. Das von der Historikerin Danuta Czech verfaßte Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-45 erinnert uns an über viereinhalb Jahre profaner Geschichte dieses Ortes.

Zunächst dachte ich, das Kalendarium sei kein Buch, das sich lesen lasse. Für den 17. August 1942 ist dort etwa festgehalten:

»In den Gaskammern der Bunker Nr. I und 2 wird ein weiterer Transport des RSHA aus Sosnowitz mit 2000 jüdischen Männern, Frauen und Kindern getötet.«

»Mit dem dritten Transport des RSHA aus Belgien sind 1000 Juden aus dem Lager Malines eingetroffen. Mit dem Transport sind 342 Männer und 86 Jungen sowie 486 Frauen und 86 Mädchen angekommen. Nach der Selektion werden 157 Männer, die die Nummern 59344 bis 59500 erhalten, sowie 205 Frauen, die mit den Nummern 17317 bis 17521 gekennzeichnet werden, als Häftlinge in das Lager eingewiesen. Die übrigen 638 Menschen werden in den Gaskammern getötet.«

»Die Nummern 59512 bis 59598 erhalten 87 männliche und die Nummern 17522 bis 17544 24 weibliche von der Sipo und dem SD für den Distrikt Krakau in das Lager eingelieferte Häftlinge.«

»Im Stärkebuch werden 249 Todesfälle verzeichnet.«

Tag für Tag, von der Einrichtung des Konzentrationslagers Auschwitz im April 1940 bis zur Befreiung durch Soldaten der Roten Armee, die am 27. Januar 1945 mehr als siebentausend entkräftete und kranke Häftlinge in verschiedenen Teilen des Lagers auffinden, ist im Kalendarium zusammengestellt, was sich im Lager ereignet hat. Die Entstehung des Kalendariums selbst ist mit der Widerstandsarbeit von Häftlingen verbunden: Zwischen dem 13. und 21. September 1944 fertigten wenige, in der Politischen Abteilung des Lagers eingesetzte Häftlinge Abschriften der Zugangslisten seit dem 20. Mai 1940 an. Nach der Befreiung des Lagers wurden über ein Jahr lang die Beweise für die dort von der SS und dem deutschen Staat begangenen Verbrechen gesichert. Aus diesen Vorarbeiten für die gerichtliche Verfolgung der Täter in den Prozessen in Nürnberg, Warschau und Kraków entstand schließlich das Archiv des 1947 gegründeten Staatlichen Museums in Oswieçim, der Gedenkstätte Auschwitz.

So wie SS-Einheiten noch bis zum 27. Januar 1945 versuchten, im Lager Auschwitz-Birkenau und seinen 40 Nebenlagern die bei der Evakuierung des Lagers seit dem 18. Januar zurückgebliebenen Häftlinge als mögliche Zeugen des Verbrechens umzubringen, so hatte die SS seit Dezember 1944 die Beseitigung der Spuren ihres Verbrechens vorbereitet: Gaskammern und Krematorien wurden gesprengt, Lagerakten vernichtet. Nur noch Fragmente sind also erhalten, die als Zugangslisten, Stärkebuch, Karteien, Totenbücher, Bunkerbuch, Leichenhallenbuch, Hauptbücher des Zigeunerlagers, Quarantänelisten über Tage, Monate, manchmal mehrere Jahre täglicher Häftlingsschicksale Auskunft geben. Dazu gehören Befehle, Arbeitsanweisungen für die Verwaltung des Lagers durch die mehreren tausend SS-Angehörigen, jeweils für mehrere Monate, sowie 'zig laufende Meter Akten aus Schreibstuben, der Bauabteilung und dem SS-Hygieneinstitut. Neben den Abschriften der Zugangslisten bis zum 20. September 1944 sind aus der Widerstandsarbeit von Häftlingen ca. 2000 Dokumente aufgefunden worden. Sie zeugen von dem Versuch, die Hilfsorganisation im Krakauer Untergrund über die Verhältnisse im Lager zu informieren und von den durch Zwangsarbeiter auf den Baustellen, insbesondere des Buna-Werkes der IG Farben, oder durch geflohene Häftlinge vermittelten Kontakten zu Widerstandsgruppen und Zivilisten.

Die Gedenkstätte Auschwitz als Dokumentations- und Forschungsstätte sammelt die Aufzeichnungen und Berichte ehemaliger Häftlinge; bislang ca. 37.000 Blatt von mehreren tausend Menschen. Gegenüber der ersten, stenogrammartigen Veröffentlichung des Kalendariums in den laufenden »Heften von Auschwitz« bis 1964 (seit 1958 auch deutschsprachig vom Staatlichen Museum in Oswieçim herausgegeben, gehören sie nichtmal zur selbstverständlichen Ausstattung zeitgeschichtlich ausgerichteter wissenschaftlicher Bibliotheken) wurde die jetzt vorgelegte Buchausgabe erheblich erweitert und verbessert: Danuta Czech hat, mit fachkundiger Unterstützung bei der Übersetzungs- und Redaktionsarbeit, den Mitteilungen des Kalendariums eine Sprache gegeben. Neue Zugänge des Archivs der Gedenkstätte, insbesondere aus der eigenen Forschungsarbeit im Kontakt mit den Organisationen der ehemaligen Häftlinge und aus Abgaben und Verfilmungen einschlägiger Bestände anderer Archive, sind in das Kalendarium aufgenommen worden. Darunter Aufzeichnungen von jüdischen Häftlingen der Sonderkommandos über das Geschehen in den Gaskammern und

Krematorien, von denen Teile zuletzt im Jahr 1981 auf dem Gelände von Auschwitz-Birkenau, der heutigen Gedenkstätte, aufgefunden worden sind. Beinahe Satz für Satz sind den genannten Ereignissen die jeweiligen Archivalien und sonstigen Überlieferungen zugeordnet – eine große Hilfe für die wissenschaftliche Nutzung des Kalendariums, das schon in seiner vorläufigen Form in den vergangenen 25 Jahren Hilfsmittel bei der Beweisführung der Gerichte in den Auschwitz-Prozessen war. Das neue Kalendarium könnte auch der bundesdeutschen Forschung über die Geschichte des Lagers, das Schicksal der Häftlinge und die vereinzelte gerichtliche Verfolgung von Tätern einen neuen Impuls geben. Danuta Czech hat es als Gedenkbuch den Menschen, die in Auschwitz-Birkenau gelitten haben, die gekämpft haben, und denen, die einen namenlosen Tod gestorben sind, gewidmet.

Das Blättern und Lesen in den tausend Seiten des Buches ruft Bilder von Orten in der heutigen Gedenkstätte ins Gedächtnis: Sie verbinden sich mit Erzählungen damaliger Häftlinge, die dem Verbrechen entkommen sind, und mit Erinnerungen an autobiographische Berichte, die an einem Tag und in einer Nacht gelesen sind. Fast hatte ich sie wieder vergessen, meine Nachbarin, alle nannten sie »die Zigeunerin«, die, ohne Anerkennung und Entschädigung als Verfolgte des Naziregimes, alleingelassen ihrer in Auschwitz ermordeten Angehörigen gedachte, abends, vor alten Fotos im Schein der Kerzen. Die Gedenkstätte Auschwitz ist heute noch Ort der Begegnung mit Überlebenden und bleibt Ort der Konfrontation mit der eigenen Geschichte, die einer Enkelin von Deutschen, die gelernt hatten, von nichts gewußt zu haben. Und da ist das Mahnmal in Birkenau, an dem ich gewahr werde, daß ich nie zuvor versucht hatte zu begreifen, was es heißt, an diesen Ort zu reisen und am Grabmal von vier Millionen der einen hier ins Gas getriebenen Mutter, des Vaters, der Geschwister, der Frau zu gedenken. Wie leicht macht es sich die etablierte Geschichtswissenschaft, für die Auschwitz nur noch verkürzt auf ein interpretationsbedürftiges Ereignis von Interesse ist.

Hinter den kargen Zeilen des Kalendariums stehen die Schicksale hunderttausender lebender und sterbender Menschen. Als ein Buch über Millionen einzelne Menschen der von Deutschen geknechteten Völker Europas läßt es sich so wenig beiseiteschieben wie die Aufforderung, die Lebenswege und Identitäten der hier in ihrer Vielzahl nur noch als Nummern registrierten Menschen zu erinnern. Das Kalendarium ist ein Buch, mit dem wir arbeiten müssen:

Die »Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg« hat die Geschichte der Prostituierten J., die als 23jährige nach Auschwitz deportiert wurde, schon recherchiert (Gaby Zürn: A. ist Prostituiertentyp, in: Verachtet-verfolgt-vergessen, Hamburg 1986). Sie war seit Herbst 1940 mehrfach von den Hamburger Gesundheitsbehörden und der Polizei aufgegriffen, in Hamburger Krankenhäusern vermutlich für medizinische Experimente mißbraucht, im Herbst 1941 zu zwei Monaten Zuchthaus verurteilt und nach vier Monaten von dort ins KZ Ravensbrück deportiert worden. Das Kalendarium verzeichnet den Transport, mit dem sie nach Auschwitz kam, unter dem 26. März 1942: »Sie sind die ersten Häftlinge in der Frauenabteilung, die zunächst der Kommandantur des KL Ravensbrück untersteht. In dem Transport befinden sich 999 deutsche weibliche Häftlinge, die als asoziale, kriminelle und einige, die als politische Häftlinge eingestuft worden sind. Sie erhalten die Nummern von I bis 999 und werden in dem durch die Mauern abgetrennten Teil des Stammlagers in den Blöcken I bis 10 untergebracht.« Unter dem 21. Juli 1942 berichtet das Kalendarium – anders als noch in der Erstfassung vor fast 30 Jahren – von der gemeinsamen Flucht zweier Frauen aus der Strafkompanie im Nebenlager Budy; eine der beiden ist »Greta Jaskulski (Nr. 253)... Sie wird in Hamburg ergriffen, It. dem Telegramm der Gestapo vom 9. September 1942, und erneut in das KL Auschwitz überstellt.« In Hamburg wird sie zu einer, diesmal sechsmonatigen Zuchthausstrafe verurteilt. Erkundigungen der Hamburger Sozialbehörde ergeben, I. sei wieder nach Auschwitz deportiert worden. Das Kalendarium hält für den 16. April 1943 fest: »Die Nummern 115551 bis 115573 erhalten 23 männliche und die Nummern 41237 bis 41253 erhalten 17 weibliche mit einem Sammeltransport eingelieferte Häftlinge. Mit diesem Transport wird der weibliche Häftling mit der Nummer 253 erneut in das Lager eingeliefert; die Frau war bereits zuvor im Frauenlager Auschwitz-Birkenau inhaftiert.«

Vom Mai 1944 an berichtet das Kalendarium fast täglich von hunderten und tausenden Häftlingen, sowjetischen und polnischen und den als sogenannte Depot-Häftlinge aus den Transporten ungarischer Juden selektierten Arbeitsfähigen, die an die Konzentrationslager Buchenwald, Mauthausen und Neuengamme überstellt werden. Auch in der Stadt Bochum, wo - die Bochumer Eisen- und Hüttenwerke und der Bochumer Verein seit dem Sommer 1944 je ein Konzentrationslager auf dem Firmengelände unterhalten, kommen KZ-Häftlinge zum Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie. Über den Bochumer Verein ist heute bekannt, daß am 26. Juni 1944 aus dem KZ Buchenwald 300 Häftlinge eintrafen. Im November 1944 mußten 1659 KZ-Häftlinge in der Geschoßfabrikation des Bochumer Vereins arbeiten. Das Kalendarium bestätigt, daß es im Jahr 1944 zwischen Bochum und Auschwitz direkte Verbindungen gab: 4. August – »Mit der freien Nummer 189676 wird ein aus Bochum eingelieferter Häftling gekennzeichnet.« 20. August – »270 Häftlinge – ungarische Juden – werden aus dem KL Auschwitz in das KL Buchenwald, Nebenlager Bochum, überstellt.«

Das Gedenken an zu Tode geschundene Auschwitz-Häftlinge führt auch in Bochum auf die städtischen Friedhöfe. Viele von ihnen waren aus Ungarn. Das Kalendarium erinnert auch an Begebenheiten wie die telegraphische Mitteilung des Generalbevollmächtigten in Ungarn, Dr. Edmund Veesenmayer, am 11. Juli 1944 an das Auswärtige Amt. daß 437.402 Personen aus Ungarn deportiert worden seien. Noch am 17. Juni hatte Dr. Veesenmayer dem Außenminister die Deportation von 900.000 Juden ins Reichsgebiet in Aussicht gestellt. Es ist hilfreich, in dieser Edition des Kalendariums

auch die von Charles Schüddekopf zusammengestellten Täterskizzen zur Hand zu haben: So läßt sich schnell in Erinnerung rufen, daß Dr. Veesenmayer, 1949 als Kriegsverbrecher zu 20 Jahren Haft verurteilt und 1951 aus der Haft entlassen, es in der Bundesrepublik als Geschäftsmann zu einem Millionenvermögen bringen konnte. Bei den 48 Täterskizzen ist auf Quellenhinweise allerdings verzichtet worden; sie entsprechen, nur in Einzelfällen aktualisiert, den Angaben der Edition »Auschwitz in den Augen der SS« (hrsg. vom Staatlichen Museum in Oswieçim) und denen in Jörg Friedrich's Buch »Die kalte Amnestie« (Frankfurt 1984).

Das Kalendarium verlangt, eine weitere Dimension in das Nachdenken über Auschwitz zu integrieren: Von mehreren Millionen Menschen, die zwischen Mai 1940 und Januar 1945 ins Lager Auschwitz-Birkenau deportiert wurden, wurden 404.222 registriert und ins Lager aufgenommen. Zwecks Zwangsarbeitseinsatz in Auschwitz-Birkenau, den 40 Nebenlagern, anderen staatlichen KZ's im Deutschen Reich und deren Außenlagern in Betrieben der Rüstungsindustrie. Das Kalendarium ist der zusammengetragene Rest des Logbuches einer zeit ihres Bestehens verdrängten Stadt, in der zunächst wenige hundert, nach Monaten mehrere tausend und schon vor dem 2. Jahrestag der Stadtgründung mehr als hunderttausend Menschen leben mußten. Die Befreiung dieser Stadt zu erleben war den meisten versagt. Doch: Über viereinhalb Jahre – wer wollte bestreiten, daß es sich bei den Konzentrations- und Vernichtungslagern um eine dauerhafte Einrichtung handeln sollte? Welche Lebenschance war dem am 18. September 1944 in Auschwitz-Birkenau geborenen und mit der Nummer 199531 gekennzeichneten Jungen, dessen Mutter aus Minsk deportiert worden war, zugedacht?

»Ein großes Lager hat die gleichen Probleme wie eine Stadt, selbst wenn die Aufgabe der Stadtväter in diesem Fall nicht das Wohlbefinden der Bürger, sondern die Tötung der Einwohner ist«, schreibt Walter Laqueur im Vorwort zum Kalendarium. Es stimmt, zwischen fünf- und zehnmal mehr Deportierte als je im Lager als Häftlinge registriert wurden, wurden ohne Aufenthalt, ohne Tage, Wochen, Monate oder Jahre des Arbeitseinsatzes nach ihrer Ankunft in den Gaskammern ums Leben gebracht und nur besserenfalls auf eine Nummer und ihre noch verwertbare Arbeitskraft reduziert. Ein etwas günstigeres Arbeitskommando, etwas mehr Essen, etwas bessere Kleidung, etwas passenderes Schuhwerk konnten die Lebenserwartung eines Häftlings steigern. Die Selektionen unter den Häftlingen entschieden über Leben oder Tod. So waren in der Erfahrung der Häftlinge Arbeit und Vernichtung einander gegenläufige, ja im Augenblick der Selektionen einander ausschließende Ereignisse. Für die Lagerverwaltung beinhalteten die Selektionen der nicht mehr Arbeitsfähigen Reste von Rationalität, die ausreichten, ihnen ihr verbrecherisches Werk vernünftig erscheinen zu lassen. Und wenn die Selektionen nicht immer die Gebrechlichsten trafen, so mochte die Lagerverwaltung dennoch zufriedengestellt sein, wenn nur schnell und in vorher festgelegtem Ausmaß Platz für Neuankömmlinge geschaffen wurde. »Vernichtung durch Arbeit« bestimmte über die Menschen nicht durch den Akt des Mordes, sondern durch die Verhinderung der Heranbildung und das Verbot der Wiederherstellung der enteigneten, unter Zwang, Hunger und Obdachlosigkeit ausgebeuteten Arbeitskraft. Solche »vorsätzlich auferlegten Lebensbedingungen für eine Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen«, sind durch die »Völkermord-Konvention« der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1948 als Völkermord-Handlung geächtet und mit dem Paragraphen 220a des bundesdeutschen Strafgesetzbuches unter Strafe gestellt worden.

Das Programm der »Vernichtung durch Arbeit« war eben nicht Kompromiß, etwa als Ergebnis eines Machtkampfes zweier Agenturen, der SS als der der Vernichtung und der Industrie als der des Arbeitseinsatzes. Die SS selbst war industrieller Unternehmer geworden und hatte noch in den Jahren vor Kriegsbeginn als Träger der staatlichen Konzentrationslager die Zahl der von den Organen der Verfolgung – von der Gestapo bis zu den Gesundheitsämtern – für die Häftlingsarbeit zu rekrutierenden Menschen ihrem Bedarf an Arbeitskräften entsprechend gesteigert. Walter Laqueurs Empörung darüber, daß wahrscheinlich Millionen Menschen noch während des Krieges von Auschwitz gehört hatten, zumindest von einem Ort irgendwo im Osten, von dem die Deportierten nicht mehr zurückkehrten, ist nicht neu aber noch immer berechtigt. Die Verdrängung des Wissens um die Politik des Völkermordes begann, während sie exekutiert wurde und wich nach 1945 öffentlich einer systematischen Relativierung. Doch der Schlüssel zur Erklärung der Gleichzeitigkeit von verbreitetem Wissen und der Teilnahmslosigkeit der Deutschen gegenüber dem Schicksal der Deportierten liegt vermutlich darin, daß diese Deutschen die Heranziehung ganzer Bevölkerungsgruppen zu zwangsweisem Arbeitseinsatz und deren Verbringung in Wohnbarackenlager akzeptabel, eben »in Ordnung« fanden. Der Völkermord an den Juden, Sinti und Roma im deutsch beherrschten Europa in den Jahren von 1941 bis 1945 steht am (vorläufigen) Ende des Weges einer Gesellschaft, die auf Arbeitszwang baut und jeden Begriff vom Recht auf Arbeit und seinem emanzipatorischen Charakter verloren hat. Noch Mitte 1943 konnte das Naziregime davon ausgehen, daß bei einer öffentlichen Behandlung der »Judenfrage« die Erwähnung, »daß die Juden geschlossen zu zweckentsprechendem Arbeitseinsatz herangezogen werden«, Akzeptanz in der Bevölkerung sichern und eine öffentliche Erörterung der Vernichtungspolitik verhindern werde.

Aus der Perspektive der Häftlinge war das Lager die »Welt der Verneinung«. Die auch von Primo Levi überlieferte Räson des Überlebens im Lager, »nicht zu begreifen suchen«, »nichts zu fragen, auch sich selbst nichts zu fragen«, kann die unsere nicht sein. In seinem Bericht »Ist das ein Mensch?« aus der Welt des Lagers, in der die Menschenverachtung System geworden war, hat er von dem Erinnertwerden daran geschrieben, »daß noch eine gerechte Welt außerhalb der unsern existiert:...eine entfernte Möglichkeit des Guten, für die es sich immerhin lohnt, sein Leben zu bewahren« . Wie nun

ist diese Welt, in die Primo Levi, wie viele andere, die wir kennen und die wir nicht kennen, zurückkehrte, unsere Gesellschaft also, beschaffen, die ihn schließlich, wie vor ihm Josef Wulf und Jean Améry, doch noch umbrachte?

Das Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau ist ein gutes Geschichtsbuch. Es täuscht nicht vor, abgeschlossenes, reproduzierbares Wissen zu präsentieren. Es hat Mängel, auch Fehler haben sich eingeschlichen. Bereits bekannte Herkunftsorte der mit Transporten des Reichssicherheitshauptamtes deportierten Juden sind nicht vermerkt. Es gibt auch sonst nicht stets den aktuellsten Forschungsstand wieder, verzichtet etwa darauf, weiteres, in den vergangenen vierzig Jahren in der Gedenkstätte Auschwitz erarbeitetes und archiviertes Wissen über die Stätte des Völkermordes und seiner Opfer weiterzugeben. Wie sollte auch ein einzelnes Buch beschaffen sein, das alles Wissen um Auschwitz versammelt? Wenn wir erst – wie beispielhaft die Hamburger Projektgruppe – die Forschungen vor Ort nachgeholt haben, wäre es sinnvoll, das Kalendarium um ein Ortsregister zu erweitern und das Personenregister zu ergänzen.

Aus diesen Mängeln auf eine generelle Unzulänglichkeit dieser Neuausgabe des Kalendariums zu schließen, ist nicht gerechtfertigt: Seine Defizite korrespondieren nur mit denen bundesdeutscher Forschungsorganisation und Publikationspolitik im Schatten der Verlage. Natürlich, der Verlag könnte ein Moratorium beschließen vor der weiteren Vermarktung des Buches. Der Verlag könnte von sich aus dafür sorgen, die jetzt vorgelegte Ausgabe zu erweitern. Insbesondere durch Auswertung neuerer Literatur, durch öffentliche Diskussion mit hiesigen Forschungseinrichtungen und einschlägigen Archiven, in Zusammenarbeit mit den Geschichtswerkstätten und den Komitees der ehemaligen Häftlinge könnten Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß das Archiv der Gedenkstätte Auschwitz alle Informationen zur Geschichte des Lagers und zur Geschichte der Menschen, deren Schicksale mit dem Lager verbunden bleiben, erhält. Wir können dies aber auch eigenständig tun, statt auf den Verlag zu warten. Jetzt sollten wir das Kalendarium nehmen als das, was es ist: Die Zusammenstellung der aufgefundenen Teile des Logbuches einer verdrängten Stadt; ein Gedenkbuch für die ermordeten Menschen; die dringende Aufforderung, die Geschichte des Lagers um die Geschichte der Verfolgten zu erweitern. Das Kalendarium ist anstößig genug und sollte jedenfalls keiner öffentlichen Bibliothek erspart bleiben. Denn wer einmal begonnen hat, in diesem Fragment der Geschichte des Lagers Auschwitz-Birkenau zu lesen, wird sich auf neue Fragen einlassen müssen.

konkret 09/89, S. 24

Martin Friedrich

Nach dem Massaker

Die Kompromißkoalition, die nach dem Blutbad vom 3. und 4. Juni die Führung der chinesischen KP übernommen hat, sieht sich nicht nur mit einer Reihe ökonomischer Schwierigkeiten und der ablehnenden Haltung der Bevölkerung konfrontiert – im Ausland formiert sich eine »Front für ein demokratisches China«

Seit dem Pekinger Massaker vom 3. und 4. Juni sind mehr als zwei Monate vergangen. Die bürgerliche Presse in der BRD ist wieder zur »Normalität« übergegangen, d.h. »Abscheu« vor den »furchtbaren Verbrechen der Kommunisten« wird nur noch sporadisch und auf den hinteren Seiten geäußert – ansonsten gibt es wieder »business as usual«. Das ist genau das Verhalten, das die Pekinger Führung erwartet hat und nun auch begrüßt. Die Protesterklärungen aus dem Westen wurden von chinesischer Seite mit so harmlosen Vokabeln wie »unsinnig« und »unvernünftig« beantwortet, und auch die etwas komplizierteren Fälle Frankreich – wo Oppositionelle öffentlich auftreten konnten und z.T. von Regierungsmitgliedern empfangen wurden – und USA – in deren Pekinger Botschaft sich immer noch Fang Lizhi samt Frau und Sohn aufhalten – werden feinfühliger behandelt, als es in der ersten Aufregung den Anschein hatte.

Es entsteht zumindest der Eindruck, daß sich die Kompromiß-Koalition, die vor und nach dem Massaker schrittweise die Führung der KPCh übernahm und so eine totale Spaltung der Partei verhinderte, zumindest stabilisiert. Auf der 4. Plenarsitzung des XIII. ZK am 23. und 24. Juni wurden die Formalia erledigt. Sie vermitteln uns einen Eindruck von den Bedingungen des Kompromisses: Zhao Ziyang verlor seinen Posten als Generalsekretär des ZK sowie seinen Sitz im Ständigen Ausschuß des Politbüros, im Politbüro und im ZK. Hu Qili wurde von der Mitgliedschaft im Ständigen Ausschuß des Politbüros, im Politbüro und im ZK-Sekretariat entbunden, seinen Sitz im ZK konnte er behalten. Gegen Zhao läuft noch ein Ermittlungsverfahren, das weitere Disziplinarmaßnahmen der Partei, aber auch strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen könnte. Mit Zhao, Hu Qili und dem verstorbenen Hu Yaobang verloren die stark reformorientierten Kräfte ihre wichtigsten Führungsköpfe, d.h. diese Fraktion ist nicht mehr im Ständigen Ausschuß des Politbüros, dem höchsten und machtvollsten Parteigremium, vertreten. Dort sitzen jetzt Li Peng (Ministerpräsident), Qiao Shi (Geheimdienst), Song Ping und Yao Yilin (Wirtschaft), die alle vier auf die eine oder andere Art mit den Parteiveteranen Chen Yun und Peng Zhen verbunden sind, Jiang Zemin (neuer Generalsekretär des ZK) und Li Ruihuan gegenüber, die beide von Deng Xiaoping favorisiert werden und – bisher noch ungeklärte – Beziehungen zu Li Xiannian (Ex-Staatspräsident) bzw. Wan Li (Parlamentspräsident) haben. Somit stehen sich »konservative Bürokraten«, die wieder mehr staatliche Planung wollen, und »ökonomische Reformer« der Deng-Linie im Verhältnis 4:2 gegenüber. Ihre Gemeinsamkeit liegt darin, daß sie keine Reform des politischen Systems wollen, die etwa »ungarische Verhältnisse« entstehen lassen könnte. Allerdings hat Li Ruihuan, der Ex-Bürgermeister von Tianjin – auch aufgrund seiner Beziehungen zu Wan Li – durchaus Sympathien für die Fraktion der »bürokratischen Reformer« des gestürzten Zhao Ziyang. Im Politbüro hat diese Fraktion immerhin noch fünf Mitglieder, nämlich Tian Jiyun, Wan Li, Yang Rudai, Wu Xueqian und Qin Jiwei (Verteidigungsminister), wobei aber zu berücksichtigen ist, daß keiner dieser fünf durch besondere Fähigkeiten oder Führungsqualitäten hervorsticht. Außerdem sind Wan Li und Qin Jiwei eigentlich alte Freunde Deng Xiaopings (Bridge-Partner). Auch wenn diese Freundschaft inzwischen Risse bekommen hat, haben sie sich doch in der Krise letztlich für Deng entschieden.

Dengs »ökonomische Reformer« haben außer Jiang Zemin und Li Ruihuan noch zwei weitere Sitze im Politbüro, nämlich Li Tieying (wahrscheinlich Dengs Sohn aus erster Ehe) und Ding Guan'gen, der allerdings nur Kandidat ist. Die »konservativen Bürokraten« verfügen außer über die vier bereits genannten Mitglieder im Ständigen Ausschuß noch über zwei weitere Politbüro-Sitze, die von Li Ximing (Bürgermeister von Peking) und Yang Shangkun (Staatspräsident) gehalten werden. Das bedeutet ein 5:4:6-Verhältnis im Politbüro, wobei die »ökonomischen Reformer« Dengs mit den »bürokratischen Reformern« koalieren werden, wenn es darum geht, die Rekonstruktion des Kapitalismus in Teilbereichen der chinesischen Wirtschaft fortzusetzen. Wenn es allerdings darum geht, politische Reformen zu verhindern und das Machtmonopol der Parteispitze zu sichern, werden sie mit den »konservativen Bürokraten« koalieren. Man kann es nicht anders nennen: Deng ist mal wieder eine glänzende Konstruktion gelungen, die in sich durchaus stabil sein könnte. Eine Voraussetzung dafür war, daß weder Yang Shangkun noch dessen jüngerer Bruder Yang Baibing (Direktor der Politischen Abteilung der VBA), die beide besondere Verantwortung für das blutige Massaker tragen, in den Ständigen Ausschuß bzw. ins Politbüro aufrückten. Eine solche Vorgehensweise hätte die Partei möglicherweise wirklich gespalten. Fraglich aber ist, wie lange sich der mächtige Yang-Klan, zu dem noch Yang Jianhua (Sohn Yang Baibings, Kommandeur des 27. Armeekorps, d.i. die Massaker-Armee) und der VBA-Generalstabschef Chi Haotian gehört, noch fügt und im Zaum halten läßt.

Noch spannender wird es, wenn man einen Blick auf das neue ZK-Sekretariat wirft, das zu einem Gegengewicht zum Ständigen Ausschuß werden könnte. Mit Jiang Zemin (Generalsekretär), Li Ruihuan und Ding Quan'gen stehen hier drei Mitglieder der Deng-Fraktion einem »konservativen Bürokraten«, nämlich Qiao Shi, gegenüber. Hinzu kommt noch der

Kandidat Wen Jiabao, der zu den »bürokratischen Reformern« zu zählen ist. Interessant an dieser 3:1:1 -Konstellation sind die »Doppelmitgliedschaften« in Ständigem Ausschuß und Sekretariat. Drei Personen sind Mitglieder beider Führungsgremien: natürlich der Generalsekretär Jiang, Li Ruihuan und Qiao Shi. Dabei ist Li Ruihuan »reformfreudiger«, Qiao Shi »konservativer« als Jiang Zemin, der wiederum zwei Eigenschaften hat, die ihn möglicherweise zu mehr als nur einem »Übergangskandidaten« machen: Er verfügt über eine ausgezeichnete Bildung und anscheinend überragende Fähigkeiten in der Handhabung des bürokratischen Apparats, und er steht in der »Mitte«, d.h. er könnte die ausgleichende Funktion Deng Xiaopings nach dessen Abtritt übernehmen.

Angeblich hat Deng auf der 4. Plenarsitzung seinen baldigen Rücktritt vom Posten des Vorsitzenden der Militärkommission angekündigt. Er soll gesagt haben, es ginge darum, einen Machtkampf nach seinem Tod zu vermeiden, d.h. einen ruhigen Übergang zu gewährleisten. Außerdem könne er ja weiterhin »um Rat gefragt werden«. Das Problem ist Yang Shangkun, der Ständige Stellvertretende Vorsitzende der Militärkommission, der einzige aussichtsreiche Kandidat für die Deng-Nachfolge und gleichzeitig eben einer der »Bluthunde« des 4. Juni. Würde Yang wirklich Nachfolger auf dem informellen Posten des »starken Mannes«, dann wäre das oben geschilderte Gleichgewicht ernsthaft gefährdet. Deng wird also versuchen, den Einfluß Jiang Zemins in der Armee zu stärken: ein schwieriges Unterfangen gegen den alles beherrschenden Yang-Klan. Genau an diesem Punkt liegt die potentielle Instabilität des gesamten Führungskonstrukts .

Hinzu kommt, daß sich diese politische und militärische Führung in den nächsten Jahren vor eine Reihe schwerwiegender Probleme gestellt sehen wird. Ein großes Problem ist der endgültige Vertrauensverlust der Partei und der Armee zumindest in den Städten. Nach dem Massaker, dessen zynischer wie lächerlicher Leugnung und aufgrund der jetzigen Repression steht die herrschende Clique mit dem Rücken zur Wand, d.h. es geht nicht mehr um Reformen, die Arbeiter, Studenten und andere Bevölkerungskreise gegen die Regierung durchsetzen wollen, sondern jetzt geht es weiten Kreisen um den revolutionären Sturz einer konterrevolutionären Bande, die die politische Macht nur noch mit militärischer Gewalt halten kann. Ganz egal welche Maßnahmen diese Regierung noch trifft, um etwa die Wirtschaftslage zu bessern oder die Korruption einzudämmen, sie werden zuerst auf passive Ablehnung bzw. tiefsitzendes Mißtrauen der Bevölkerung stoßen. In der Tat sind die Berichte über Erfolge in der Korruptionsbekämpfung, die jetzt in der chinesischen Presse zu lesen sind, ziemlich dürftig. Entweder wird die Korruption politisch bereits gestürzter Kader »aufgedeckt«, sozusagen eine Nebenerscheinung der Machtkämpfe, oder die Korruption wird durch Umstrukturierung vertuscht, wie z.B. bei der »Auflösung« des Kanghua-Konzerns von Dengs Sohn Deng Pufang.

Doch das wären noch lösbare Probleme, würden jetzt nicht auch die Bauern, die sich an den Massenprotesten in Peking so gut wie gar nicht beteiligt hatten, unruhig. Naturkatastrophen wie die Überschwemmungen in Süd-China und die große Dürre im Norden lassen sie befürchten, daß dieses Jahr nicht gerade eine Rekord-Ernte eingefahren wird. Da aufgrund der Reformpolitik die Getreideanbaufläche sowieso immer weiter zurückgeht, während sich z.B. die Tabak-Anbaufläche in den letzten zwei oder drei Jahren mehr als verdoppelt hat, muß China entweder wieder große Mengen Getreide gegen Devisen einführen oder eine Unterversorgung, um nicht zu sagen Hunger, in Kauf nehmen. Die Devisen sind das zweite Problem: Die Inlands- wie Auslandsverschuldung Chinas hat Ausmaße angenommen, die dazu führen, daß China 1992 etwa 50 Prozent des Staatshaushaltes für Zinsen und Tilgung wird aufwenden müssen, so Yan Jiaqi, ein ins Ausland geflüchteter führender Sozialwissenschaftler Chinas. 1989 werden die Bauern bereits zum zweiten Mal ihre Produkte vom Staat überwiegend nicht mit Geld, sondern mit Schuldscheinen bezahlt bekommen. Diese Maßnahme – Folge der leeren Staatskassen – hatte bereits im vergangenen Jahr Unzufriedenheit ausgelöst, da die Schuldscheine auch nicht gegen Saatgut einzutauschen waren und vor allen Dingen durch die Inflation an Wert verloren und weiter verlieren. Die Verschärfung der ökonomischen Probleme gekoppelt mit politischer Instabilität könnte in den nächsten Jahren durchaus zu einer Katastrophe in China führen.

Inzwischen haben vier oppositionelle Intellektuelle und ein Studentenführer, die über Hongkong geflohen waren bzw. sich sowieso im Ausland befanden, zur Gründung einer »Front für ein demokratisches China« aufgerufen. Die Unterzeichner des Aufrufs sind: Yan Jiaqi (ex-Direktor des Instituts für Politologie der Akademie der Sozialwissenschaften), Urkesh Daolet (Wu'er Kaixi, Student der Pädagogischen Universität Peking, Uigure), Wan Runnan, Su Shaozhi (ex-Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus der Akademie der Sozialwissenschaften) und Liu Binyan (Journalist, Vize-Vorsitzender der chinesischen Schriftsteller-Gesellschaft). Ziel des Aufrufs ist es, einen Dachverband für alle Organisationen und Einzelpersonen zu schaffen, die »die 89er Demokratiebewegung unterstützen« und »das Massaker vom 4. Juni verurteilen«, sowie den Aktionsgrundsätzen »rational, friedlich und gewaltfrei« zustimmen. Entsprechend enthält der Aufruf auch keine politischen Inhalte außer »gegen die Diktatur« und »für Demokratie und Freiheit«.

Trotz der Prominenz der Aufrufer und der Schwammigkeit ihres Textes halte ich es weder für wahrscheinlich noch für wünschenswert, daß das angestrebte Ziel, *alle* Oppositionskräfte in einem Verband zu vereinigen, erreicht wird. Sollte es der »Front« in Zukunft gelingen, eine Unterwanderung durch Taiwan (Guomindang) und CIA zu verhindern, wird sie – auch aufgrund ihrer personellen Verbindungen zum Flügel der »bürokratischen Reformer« – früher oder später eine politische Färbung annehmen, die ihr einen Beobachterstatus bei der Sozialistischen Internationale verschaffen könnte. Dafür, daß die »Front« bei den kommenden Klassenkämpfen in der VR China eine relevante Rolle spielen könnte, sehe ich

weder die objektiven (Massenbasis) noch die subjektiven (Analyse, theoretisches Konzept) Voraussetzungen. Hingegen mag sie von außen einen Einfluß auf »ihre« Fraktion in der KP gewinnen, und die ist eben genauso konterrevolutionär wie die anderen, nur nicht so blutbefleckt. Und das macht jetzt viel aus, in China.

konkret 09/89, S. 26

Jochen Hippler

Wie '78 im Iran

Was sind die Gründe dafür, daß nach dem Abzug der sowjetischen Truppen vor sechs Monaten der erwartete Zusammenbruch der afghanischen Regierung ausgeblieben ist und diese nun fest im Sattel zu sitzen scheint?

Seit meinem letzten Aufenthalt in Kabul und in Peshawar/Pakistan hat sich die Stimmung in beiden Städten verändert: während im November letzten Jahres der Abzug der sowjetischen Truppen noch bevorstand, ist er nun bereits seit sechs Monaten vollzogen. Bei den Mudjahedin in Peshawar und im US-amerikanischen Konsulat herrschte damals Zuversicht. Das »Regime in Kabul« werde nach dem Abzug der »Russen« wie ein Kartenhaus zusammenbrechen, die Glaubenskrieger und selbsternannte westliche Fachleute stritten nur noch darüber, ob dieser Zusammenbruch in wenigen Wochen oder doch erst in ein paar Monaten erfolgen würde. In Kabul selbst herrschten bis in den Februar/März 1989 hinein Unsicherheit und zunehmende Nervosität, die sich in Regierungsumbildungen und der Verhängung des Notstandes niederschlugen. Auch die sowjetischen Berater und Journalisten waren ziemlich skeptisch, was die Überlebensfähigkeit der afghanischen Regierung betraf.

Heute herrscht in Peshawar völlige Orientierungslosigkeit. Von einer Strategie zum Sturz der Regierung in Kabul kann bei den Mudjahedin zur Zeit keine Rede sein, zu sehr sind sie damit beschäftigt, interne Rechnungen zu begleichen und ihre Wunden zu lecken. Die US-Regierung, die noch vor Wochen auf eine neue militärische Großoffensive gesetzt und dafür die entsprechenden Waffen geliefert hatte, hat inzwischen erkannt, daß dafür momentan alle Voraussetzungen fehlen. Die Regierung in Kabul fühlt sich stark wie kaum jemals zuvor, ihre Position hat sich seit dem sowjetischen Rückzug politisch und militärisch gefestigt. Und der Erste Sekretär der sowjetischen Botschaft hält temperamentvolle Reden über die Qualität, die Unterstützung und die Stabilität der Regierung Najibullah, wie sie selbst deren Vertreter kaum formulieren.

Welche unvorhersehbaren Ereignisse haben dafür gesorgt, daß der so sicher scheinende Zusammenbruch der afghanischen Regierung ausgeblieben ist und diese nun fest im Sattel zu sitzen scheint?

Diese Frage habe ich Mudjahedin, US-Diplomaten (und vermutlichen Geheimdienstlern) und afghanischen Regierungsbeamten gestellt. Die Antworten waren erstaunlich einheitlich: So viel Neues habe sich objektiv gar nicht ereignet, aber die Wahrnehmung der Kräfteverhältnisse sei inzwischen eine andere. Die Mudjahedin, das pakistanische Militär, insbesondere dessen Geheimdienst ISI, die US-Regierung und in ihrem Gefolge der größte Teil der anderen westlichen Regierungen und Medien haben, so wird versichert, an die eigene Propaganda und die der Mudjahedin geglaubt. Sie haben also den klassischen Fehler begangen, die zweckgerichteten Thesen ihrer eigenen psychologischen Kriegsführung im Laufe der Zeit mit der Realität zu verwechseln. Und sie haben sich im hohen Maße von den Informationen der Mudjahedin abhängig gemacht. Damit ist den westlichen Diensten und Medien ein ähnlicher Fehler unterlaufen, wie 1978 im Iran: Wer immer nur mit seinen eigenen Freunden spricht, wird auch nur zu hören bekommen, was er oder sie gerne hören möchte(n). Und wer über das ISI die Siebenerparteien in Peshawar mit Dollar-Milliarden unterstützt, wird nicht erwarten dürfen, skeptische oder realistische Einschätzungen ausgerechnet von dort zu erhalten: Das politische und das ökonomische Interesse dieser Parteien spricht dagegen. Ein banaler Fall von interessegeleiteter Selbsttäuschung also. Aber das ist natürlich nicht alles.

Die Frage, nach den tatsächlichen materiellen Ursachen für die gegenwärtige Stabilität der afghanischen Regierung ist natürlich noch nicht mit der Erkenntnis beantwortet, daß die westlichen Länder – z.T. und aus sehr unterschiedlichen Gründen auch die Sowjetunion – diese nicht wahrhaben wollten. Diese Gründe sind überwiegend keineswegs neu: Daß etwa, was ihre militärischen Fähigkeiten betrifft, die Mudjahedin in der Lage sind, guerilla-artige Angriffs- und Hinterhaltsoperationen durchzuführen, daß sie aber für größere Operationen mit quasi-konventionellem Charakter über keinerlei Erfahrungen verfügen und – soweit feststellbar – dafür auch nicht geeignet sind, ist längst bekannt.

Zweitens konnte eigentlich kaum überraschen, daß die Mudjahedin primär lokal oder regional operieren. Mudjahedingruppen, die auf die Idee kämen, ihre eigene Provinz zu verlassen und weit entfernt im Gebiet anderer Stämme oder Ethnien kämpfen zu wollen, würden – und wurden – dort ebenso als Eindringlinge und Feinde behandelt wie die Regierungstruppen. Nur vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, daß die Großoffensive der Mudjahedin gegen die ostafghanische Provinzhauptstadt Jalalabad fast ausschließlich von Kämpfern aus der Provinz Nagahar – und natürlich dem nahegelegenen Peshawar – sowie arabischen »Freiwilligen« und pakistanischen Beratern bestritten wurde.

Von besonderer Bedeutung ist drittens die Tatsache, daß die Mudjahedin politisch hoffnungslos zersplittert sind und die internen Konflikte an Schärfe nichts zu wünschen übrig lassen. Die Konfliktlinien sind vielfältig und unübersichtlich: Es streiten die sunnitischen Parteien in Peshawar gegen die schiitischen in Teheran, fundamentalistisch-traditionalistische gegen fundamentalistisch-revolutionäre Gruppen, die Hisb des Gulbuddin Hekmatyar gegen alle anderen, interne Kommandanten gegen die Bevormundung durch sämtliche Exilparteien; hinzu kommen Konflikte innerhalb einzelner Parteien (etwa Jamiat) und ethnische Spannungen. Diese Auseinandersetzungen werden in einer Schärfe ausgetragen, die

größere militärische Gefechte und Massaker einschließt. Das größte bislang bekanntgewordene soll an einem einzigen Tag 700 tote Mudjahedin gefordert haben – mehr Tote jedenfalls als die Mudjahedin an einem Tag während der Gefechte mit der afghanischen Armee zu beklagen hatten.

Diese drei Argumente erklären die gegenwärtige Stabilität der Regierung mit der Schwäche ihrer Gegner. Auch wenn dies tatsächlich der wichtigste Grund für ihr Fortbestehen ist, darf doch nicht übersehen werden, daß die Regierung über Streitkräfte verfügt, die zumindest zum Teil durchaus als kompetent und motiviert gelten müssen, und daß dies für den Parteiapparat entsprechend gilt. In einem so zersplitterten Land wie Afghanistan ist der Wert einer gut organisierten und im Gegensatz zu den Mudjahedingruppen und -parteien im ganzen Land operierenden Kraft kaum zu unterschätzen – solange es gelingt, interne Fraktions- und Machtkämpfe in der DVPA (Demokratische Volkspartei Afghanistans) unter Kontrolle zu halten und zu begrenzen.

Vor diesem allgemeinen Hintergrund müssen die politischen und militärischen Veränderungen begriffen werden, die durch den sowjetischen Truppenabzug bewirkt wurden. Zuerst einmal erschien der Rückzug als eine militärische Schwächung der Regierung, da ihr nun 108.000 Soldaten weniger zur Verfügung standen. Dieser Nachteil verwandelte sich aber zunehmend in *einen politischen* Vorteil, der sich seinerseits bald militärisch niederschlagen sollte. So führte der Abzug der Sowjetunion zu einer nachdrücklichen Schwächung der politischen Position der Mudjahedin, da sie ihr gemeinsames und einheitsstiftendes Feindbild – »den Russen« – verloren. Aber es verschwand nicht nur der wichtigste gemeinsame Feind, sondern der damit verbundene Rückzug der afghanischen Armee aus bestimmten Provinzen (etwa Kunar) führte zu verstärkten Auseinandersetzungen innerhalb der Mudjahedin um den Einfluß in diesen Gebieten. Ein Mudjahedin-naher Beobachter in Peshawar formulierte treffend: »Der *Jihad* ist vorbei, der Kampf um die Macht hat begonnen« – womit er den Kampf unter den Mudjahedin meinte. Darüber hinaus hatten die sieben Exilparteien zunehmend Schwierigkeiten, die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes innerhalb Afghanistans ihren Anhängern, lokalen Kommandanten und der Zivilbevölkerung verständlich zu machen. Nach dem Abzug der Sowjetunion wird in Afghanistan – nicht in Peshawar – der Krieg zunehmend als Bruderkrieg begriffen, und die allgemeine Kriegsmüdigkeit hat sich verstärkt. Das Ergebnis: Rund 70 Prozent der Mudjahedin im Land selbst haben inzwischen die Kämpfe eingestellt, wie US-amerikanische Regierungsbeamte und ein hoher afghanischer General übereinstimmend bestätigen.

Zugleich ist unübersehbar, daß die Mudjahedin insgesamt und speziell die Parteien in Peshawar in den letzten sechs Monaten deutlich an Unterstützung verloren haben. Neben den bereits angesprochenen Gründen ist dies vor allem auf ihre Kriegsführungspraktiken zurückzuführen, die teilweise bestialisch sind. Bei der Eroberung von Kunduz im letzten Sommer wurde ein Waisenheim in die Luft gesprengt, weil die Kinder den Tod verdient hätten: Sie seien die Waisen von Regierungsbeamten und Mitgliedern der DVPA. Berichte von Plünderungen und Vergewaltigungen machen auch auf die Bevölkerung der nicht betroffenen Provinzen tiefen Eindruck, da sie ein bezeichnendes Licht auf den Charakter dieser heiligen islamischen Krieger zu werfen scheinen. Auch sehr konservative und islamisch geprägte Menschen in Afghanistan halten von solchen Verhaltensweisen gegenüber der Zivilbevölkerung nichts. Der exzessive Streit, die politischen Morde und sogar Massaker innerhalb der Mudjahedinparteien dienen ebenfalls nicht eben dazu, ihr Image als Regierungsalternative zu fördern.

Immer häufiger ist im Bazar von Kabul die Meinung zu hören, daß man nach all den Jahren des Krieges Einheit und eine starke Hand brauche, und daß alle Parteiführer in Peshawar ja nur selbst Präsident werden wollten, was eine Fortsetzung des Krieges auch nach einem Sturz der amtierenden Regierung wahrscheinlich mache. Es sei immer noch besser, einen – wenn auch unbeliebten – Präsidenten Najibullah zu haben, als sieben oder 15 sich bekämpfende Gegenpräsidenten der Parteien.

Ein besonders schwerwiegender Grund für die politische Schwächung der Mudjahedin sind die massiven Raketenangriffe auf Kabul und andere Städte. Diese Raketenangriffe erfolgen »blind«, d.h. die Mudjahedin richten ihre Geschosse ungefähr in die Richtung der Innenstadt von Kabul und feuern sie ab. Das Ergebnis: Fast alle Raketen schlagen in reinen Wohngebieten oder im Basar ein, fast alle Opfer sind Zivilisten, die mit der Regierung oder dem Militär überhaupt nichts zu tun haben. Dadurch wird auch tatsächlichen oder potentiellen Mudjahedinsympathisanten eine Identifikation mit diesen sehr erschwert: Jeder Bewohner Kabuls ist prinzipiell gleichermaßen in Gefahr, den Raketen der Mudjahedin zum Opfer zu fallen. Daraus resultiert ein Vorwurf an die Adresse der Regierung, die Bevölkerung nicht gegen diese Angriffe verteidigen zu können, der natürlich implizit die Regierung in ihrer Regierungsrolle akzeptiert. Wenn man am Ort solcher Raketeneinschläge betroffene Familien danach fragt, wer an ihrer Not Schuld sei, erhält man oft die Antwort: »Rußland und Amerika« seien verantwortlich, oder »die Regierung und die Mudjahedin« treffe die Schuld, wobei fast immer darauf hingewiesen wird, daß beide im gleichen Maße verantwortlich seien und der Krieg endlich aufhören müsse.

Aber nicht nur haben die politische Unterstützung der Mudjahedin in der Bevölkerung und ihr interner Zusammenhalt gelitten. Die Regierung ist aus den Auseinandersetzungen politisch und militärisch gestärkt hervorgegangen. Abdul Wakil, der afghanische Außenminister, drückte das so aus: Der Rückzug der Sowjetunion habe die Besinnung auf die eigene Kraft notwendig gemacht und der Armee das Gefühl gegeben, tatsächlich selbst verantwortlich zu sein. In der Tat sind Moral und

Motivation der Truppen gestiegen, seitdem diese sich nicht mehr als Hilfstruppen der Sowjetunion empfinden und den sowjetischen Truppen alle schwierigen Aufgaben überlassen können. Sie haben zunehmend nationalistische Argumentationen entwickelt, die zum Teil die früheren Konstellationen auf den Kopf stellen: Während früher die Mudjahedin gegen eine Intervention kämpften und daraus einen großen Teil ihrer Legitimation bezogen, hat die Regierung nun den Spieß umgedreht: Sie verteidige nun das Land gegen die äußere Aggression durch Pakistan, Saudi Arabien und die USA, während die Siebenerparteien in Peshawar nur künstliche Gebilde und Instrumente der ausländischen Intervention seien. Diese Argumente sind nicht wirkungslos, selbst Mudjahedin formulieren unter vier Augen offen und sehr nachdrücklich, daß sie die Gängelei durch den pakistanischen Geheimdienst ISI leid seien, auch die von Saudi-Arabien unterstützten und finanzierten »arabischen Freiwilligen« seien den afghanischen Traditionen fremd und ihre Praktiken oft kaum erträglich.

Dieser politische Auftrieb für die Regierung erhielt einen entscheidenden Schub durch den Verlauf der Schlacht um Jalalabad, seit Anfang März 1989. Vom ISI mit US- aber ohne afghanische Beteiligung beschlossen, sollte diese Großoffensive gegen die strategisch günstig gelegene Stadt (die drittgrößte des Landes) das Ende des Krieges einleiten: Die Regierungssoldaten würden sich aufgrund ihrer mutmaßlichen Demoralisierung nach dem kurz zuvor erfolgten Abzug der Sowjetunion kaum verteidigen und in großer Zahl desertieren. Dann könne man in Jalalabad – unweit Peshawar gelegen – die Gegenregierung der Mudjahedin installieren und bald zum Schlag gegen die Hauptstadt Kabul ausholen. Diese Kalkulation erwies sich, nach ersten Anfangserfolgen, als bloßes Wunschdenken. Die Generaloffensive der Mudjahedin wurde zu ihrer Katastrophe. Sowohl militärisch, als auch politisch.

Es läßt sich insgesamt feststellen, daß die sieben Mudjahedinparteien in Pakistan zunehmend orientierungslos sind. Nach der Niederlage vor Jalalabad fehlt ihnen heute eine glaubwürdige und erfolgversprechende Perspektive zum Sturz der Regierung. Nach einer solchen Strategie gefragt, antworten die traditionalistisch-fundamentalistischen Gruppen mit dem Hinweis, zuerst müsse man das Problem des Fundamentalistenführers Hekmatyar lösen, der sei ein »Krebsgeschwür«, das man dringend loswerden müsse. Alles andere komme dann mehr oder weniger von allein. Die revolutionär-fundamentalistischen Gruppen antworten auf die gleiche Frage mit dem Bekenntnis, »bis zum Endsieg weitermarschieren« zu wollen.

Auf der anderen Seite ist die Regierung unter den gegenwärtig herrschenden Bedingungen militärisch und politisch kaum zu schlagen – jedenfalls nicht von außen. Damit hängt auf ihrer Seite alles davon ab, ob sie einerseits in den Städten Aufstände vermeiden kann, wofür im Augenblick einiges spricht, und andererseits, ob sie die zum letzten Jahreswechsel erreichte und immer noch prekäre Einheit der Partei und Regierung erhalten kann. Die Regierung ist noch nicht so stabil, wie gerade diejenigen, die vor wenigen Monaten ihren Sturz in wenigen Wochen für unvermeidlich hielten, heute proklamieren. Aber ihre Stabilität hängt nun hauptsächlich davon ab, ob die Regierungspartei DVPA und die mit ihr verflochtenen Streitkräfte auf militante Machtkämpfe, Putschversuche und Spaltungen verzichten werden. Das ist noch schwer zu überblicken, da die erreichte Einheit zunächst nur durch die verzweifelte politische und militärische Lage erzwungen worden war. Ob, in welchem Maße und wann die Stabilisierung der Position der DVPA die alten Fraktionskämpfe wiederbeleben wird und welche Formen diese annehmen – das ist eine entscheidende aber offene Frage für die Zukunft Afghanistans.

konkret 09/89, S. 29

Heinz Thüer

Seife statt Demokratie

Nach dem vorläufigen Ende ihrer Streiks bekommen die sowjetischen Bergleute wie gewünscht mehr Seife, mehr Kleidung, höhere Löhne. Auf dem Papier erhalten sie von der Regierung sogar die wirtschaftliche und juristische Unabhängigkeit der Betriebe, ein höheres Maß an Autonomie bei der Kohleförderung, bei Selbstkosten, Arbeitsnormen, Arbeitsproduktivität. Im sibirischen Kusbas, dem Kohlerevier, in dem die Streiks begannen, übernehmen Streikkomitees in vielen Städten faktisch die örtliche Macht bis zu den Neuwahlen im Frühjahr 1990.

Das nützt ihnen nur nicht viel, denn den Bergleuten geht es wie den meisten sowjetischen Bürgern. Sie können sich für ihren Lohnzuwachs fast nichts von dem kaufen, was sie dringend benötigen: Arzneimittel, Getreide- und Fleischprodukte, Elektroartikel. Die für die Erfüllung der Streikforderungen aufzubringenden zusätzlichen Staatsausgaben in Höhe von 8 Milliarden Rubel finden keine Deckung in einer verbesserten Konsumgüterversorgung. Bei den wichtigsten Konsumgütern ist das Defizit im vergangenen Jahr sogar größer geworden. Kein Wunder also, daß zwischen Anfang und Mitte August neue Streiks in fast allen Bergbaurevieren aufflammten. Der Führer des Streikomitees im Kusbas, Teimuras Awaliani, kündigte die Gründung von staatsunabhängigen Gewerkschaften an und begründete diesen Schritt damit, daß man auf künftige Auseinandersetzungen besser vorbereitet sein wolle.

Auf dem sowjetischen Verbrauchermarkt tobt eine Inflation, die den Mangel an Konsumgütern weiter vergrößert. Ungefähr 150 Milliarden Rubel an heißem Geld finden keine Warendeckung; hinzu kommen die Spareinlagen der Sowjetbürger im Werte von 314 Milliarden Rubel. Der monetäre Überfluß führt dazu, daß – kaum zeigt sich Ware auf dem Markt – die Geldbesitzer sich auf das Angebot stürzen und die Läden leerräumen. Folge: neuer Mangel, neuer aggressiver Konsumismus. Das zur Befriedung streikender Arbeiter benötigte Geld heizt die Inflation zusätzlich an.

Die Gorbatschow-Führung steckt in einer Zwickmühle: Sie muß den Druck der Inflation auf den Markt so schnell wie möglich mindern. Das angestrebte rasche Wachstum hat sie aber ebensowenig verwirklichen können, wie eine durchgreifende Investitionsverlagerung von schwerindustriellen Großprojekten auf die konsumgüterproduzierende Leichtindustrie. Preiserhöhungen bei Lebensmitteln würde die Parteiführung politisch kaum überstehen, und so sieht sie die einzige Möglichkeit einer Entlastung momentan im Konsumgüterimport aus dem Westen, in einer Maßnahme also, die sie aufgrund der schlechten ungarischen und polnischen Erfahrungen mit Westkrediten eigentlich vermeiden wollte.

Gorbatschow spricht von Importen im Wert von zehn Milliarden Rubel in diesem Jahr, ohne bisher sagen zu können, wer dafür im Westen die Kredite gibt. »Prawda«-Kommentatoren und Wirtschaftswissenschaftler rechnen fest damit, daß die Sowjetunion in den nächsten drei bis maximal fünf Jahren einen jährlichen Konsumgüterimport in fast der gleichen Höhe benötigt und dieses Geld sowohl durch Westkredite wie durch staatliche Sparprogramme aufbringen muß. Erst danach, so Nikolai Schmeljow von der Moskauer Akademie der Wissenschaften, »können die neuen politischen Strukturen des Staates und die neuen ökonomischen Mechanismen spürbare Ergebnisse bringen.«

Hier aber liegt das Problem. Die neuen ökonomischen Mechanismen, von denen Schmeljow spricht, sind das Instrument, mit dem die Regierung die Wirtschaftskrise bekämpfen könnte. Von diesen Mechanismen ist wenig zu sehen, und die Bergleutekomitees bezeichnen genau diesen Zustand als Hauptursache für ihre Streiks. Zum Beispiel: Solange die Gorbatschow-Führung keine Preisreform durchführt (auch für den Produktionsmittel-Großhandel und Produktionsmittelmarkt), weil sie keinen Ausgleich weiß für die dann zu erwartenden Preiserhöhungen bei Lebensmitteln – solange muß die Staatsbürokratie willkürlich die Preise festlegen, solange gibt es keine Preisdifferenz nach Warenqualität und folglich keine sich über den Markt durchsetzende Motivation der Betriebe, mit weniger Energie- und Rohstoffverbrauch mehr und bessere Produktions- und Konsumgüter herzustellen.

Die Staatsführung schützt generell die Rechte und Privilegien der Nomenklatura. Seit dem 1. Januar 1988 ist das »Gesetz über den Staatsbetrieb« in Kraft. Es sieht einen eigenen Betriebs-Etat vor, Selbstfinanzierung, demokratische Auswahl des Leitungspersonals. Geändert aber hat sich bislang wenig. Die Selbstverwaltung wurde nicht von unten nach oben weiterentwickelt. Es fehlt außerdem den örtlichen Sowjets ein Veto- und Entscheidungsrecht gegenüber den Wirtschaftsleitern und der Partei. Die Branchenministerien können den Betrieben auch künftig, nun unter der Bezeichnung »Staatsaufträge«, ihre Produktionsauflagen erteilen, mit denen jeder Firma Rohmaterial zugewiesen, der Lieferant benannt, der Aufwand kalkuliert, der Preis verordnet, der Gewinn beziffert und abgeschöpft wird. Von dem im Kusbas erwirtschafteten Jahresgewinn 1988 in Höhe von 1,7 Milliarden Rubel flossen 1,4 Millionen Rubel in das örtliche Budget zurück, weniger als ein Tausendstel. Die Bergleute waren gezwungen, den Staat um Sozialleistungen und ökologische Investitionen zu bitten, weil kein Geld da ist, über dessen Verwendung sie mitentscheiden könnten.

Hier schließt sich der Kreis zur fehlenden Preisreform: Wenn ein Betrieb in neue Produktionstechnik investieren will, dann kann er sich die Materialien nicht auf dem Markt besorgen, sondern muß beim Ministerium die Zuteilung von Produktionsmitteln beantragen. Qualifizierte Arbeit wird, gesamtgesellschaftlich gesehen, durch unqualifizierte Arbeit ausgebeutet. Es stauen sich ungenutzte Reserven und ungenutzte Qualifikation. Der Übergang vom Prototyp zur Serienproduktion dauert zu lange, nicht etwa, weil überall Faulheit und Bildungsmangel herrschten, sondern als Konsequenz der Überzentralisierung. Steigen die offiziellen Produktionsziffern bei sinkender Versorgung der Konsumenten und geht dies noch mit erhöhter Verausgabung von Produktionsmitteln einher, dann funktioniert das System irrational.

Die Streikkomitees der Bergleute konzentrierten sich in ihren Forderungen alle auf den gleichen Punkt: Übergang von der Kommando- zur Selbstverwaltungswirtschaft – die ökonomische Funktion des Staates muß auf bloße Treuhänderschaft und auf Rahmenplanung beschränkt werden. Womit auch gesagt ist, daß die Marktdiskussion in der Sowjetunion anders verläuft als in Ungarn und in Polen. Niemand fordert die Abschaffung der zentralen Unionsplanung, die zwischen starken und schwachen Sektoren und Regionen ausgleichen soll, niemand denkt gegenwärtig daran, freie Arbeits- und Kapitalmärkte einzuführen. Die Markteuphorie bei einigen Parteitheoretikern der KPdSU ist nicht ganz ernst zu nehmen und noch keine Politik. Wenn Alexander Jakowlew zum Beispiel über das demokratische Wesen des freien Wirtschaftsmarktes schwadroniert, dann setzt er damit bloß die Tradition des sowjetischen Marxismus fort, der die Marxsche Analyse des Wertgesetzes und der Marktentfremdung immer schon vernachlässigt hat; sie stand auch dem administrativen System im Wege.

Für die Marktdiskussion spricht, daß selbst die verwirklichte Rätedemokratie nicht schon an sich produktiv wäre. Die Ergebnisse des hochtechnologischen Kapitalismus lassen den Einfluß erkennen, den der Konsum auf die Arbeitsmotivation und die Arbeitsproduktivität ausüben kann. Als Alternative bliebe der Sowjetunion ansonsten nur, sich als Schuldner konsequent dem kapitalistischen Weltmarkt auszusetzen. Neue Marktmechanismen, wirtschaftliche Selbstverwaltung können die staatlichen Behörden entlasten, sie können verhindern, daß die Verwaltung trotz demokratischer Kontrolle unter der Last der Planungs- und Steuerungsprobleme zusammenbricht und die Grundlagen der Planwirtschaft selbst gefährdet.

Heinz Thüer ist Redakteur der »Volkszeitung«

konkret 09/89, S. 30

Regine Geraedts

Hirnvolumen + Geburtskanal

Sie haben den nationalsozialistischen Ausmerze-Programmen den Schein wissenschaftlicher Seriosität geliefert und nach 1945 lediglich das Vokabular gewechselt: Noch immer treiben deutsche Anthropologen Rassenkunde, Humanbiologie und Evolutionsgeschichte, um sowohl die »Höherwertigkeit der weißen Rasse« als auch die »Minderwertigkeit« von Behinderten zu begründen und Frauen auf ihren »Brutpflegeinstinkt« festzulegen. Vom 19. bis 23. September werden sie sich zur 21. Tagung der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik in Bremen treffen und unter anderem ein Diagnosesystem diskutieren, das anhand von Fingerabdrücken das genetische Risiko bestimmter Krankheiten ermitteln soll

Der Kongreß der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik, über den hier vorausschauend berichtet werden soll, ist einer von der Sorte, deren Vorankündigung man leicht irritiert zur Kenntnis nimmt, um sie dann wieder zur Seite zu legen. Die dort verhandelten Themen wirken auf LaiInnen trocken und hochwissenschaftlich, unüberschaubar und verwirrend. Und dennoch ist es lohnend, einmal genauer hinzusehen. Dann enthüllt sich die Anthropologie als eine Wissenschaft mit einiger historischer und aktueller Brisanz.

Zuallererst aber stellt sich die Frage: Was ist das eigentlich, Anthropologie? Sie mit wenigen Worten zu beantworten, ist beinahe unmöglich. Grob verallgemeinernd läßt sich sagen, daß die hiesige Anthropologie sich als die naturwissenschaftliche Lehre vom Menschen betrachtet. Die wiederum zerfällt in unterschiedlichste Spezialgebiete wie die Paläoanthropologie, also die Abstammungslehre und Urgeschichte des Menschen, die Rassenkunde, auch Populationsgenetik genannt, die Ethnologie, sprich die vergleichende Verhaltensforschung, der es insbesondere um die Erblichkeit von Charakter und Verhalten geht, die Sozialanthropologie, die sich mit der Gesellschafts- und Bevölkerungswissenschaft auf biologischer Grundlage beschäftigt, schließlich auch die Humangenetik – um nur einige zu nennen. All diesen Teildisziplinen gemeinsam sind die anthropologischen Schlüsselbegriffe »Bevölkerung« und »Evolution«, um die sich letztlich alles dreht.

Die Anthropologie ist rassistisch

Die Anfänge der heutigen Anthropologie datieren aus der Zeit der »großen Entdeckungen und Eroberungen«, aus der Zeit der Kolonialisierung, Unterwerfung und Versklavung anderer Kontinente. Ihre ersten Verdienste erwarb sie sich durch die ideologische Legitimation des Niedermetzelns und Abschlachtens der farbigen Völker durch die weißen Kolonisatoren. Die Anthropologie schickte sich an, die »Höherwertigkeit der weißen Rasse« gegenüber allen anderen zu beweisen.

Von großer ökonomischer Bedeutung für die Expansion des kapitalistischen Welthandels war der Sklavenhandel, insbesondere der zwischen Afrika, Amerika und England. Ungezählte SchwarzafrikanerInnen wurden geraubt, verschleppt, verschachert. So wundert es nicht, daß die frühen Anthropologen besondere Mühe darauf verwandten zu beweisen, daß gerade die schwarzen Völker »in der Organisation und dem Seelen-Vermögen den Völkern der kaukasischen (d.h. der weißen) und anderen Rassen weit nachstehen, und den Affen nahe verwandt seyen«, wenn sie nicht gar als eine eigene Spezies – etwa zwischen Mensch und Affe stehend – aufgefaßt wurden.

So ließ sich mit Hilfe der Anthropologie auch in einer nach »Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit« schreienden Epoche begründen, warum der größte Teil der Menschheit selbstverständlich immer unfrei, ungleich und schwesterlich (also als weiblich, als zur Natur gehörig definiert und damit ja schon per se »minderwertig«) bleiben müsse.

Dieser Tradition ist die Anthropologie bis heute treu geblieben. Grundlage ihrer Theoriebildung ist noch immer der alte Kolonialgeist und Rassismus. Noch heute feiern renommierte Anthropologen ungeniert die »Verdrängung der Primitiven« durch die »europäischen Kolonisatoren des 17. und 19. Jahrhunderts«, denen es »dank ihrer wirksameren Waffen und ihrer effektiveren Wirtschaftsmethoden« gelungen sei, farbige Völker »geringerer technischer Ausrüstung und niedrigeren ökonomischen Niveaus zu verdrängen, zu dezimieren und z.T. auszurotten«, und die auf diese Weise der Evolution der Menschheit einen nicht zu unterschätzenden Dienst erwiesen hätten (Schwidetzky 1971; Schwidetzky ist Mitherausgeber der Zeitschrift HOMO, ehemals Verbandsorgan der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie).

Noch heute wird in anerkannten anthropologischen Lehrbüchern verbreitet, Schwarze – auf die sich der Rassismus der Anthropologen ja von Anbeginn an auf ganz besondere Weise zugespitzt hatte – seien »plattnasig«, »wulstlippig« und minderintelligent auf Grund ihrer »Rassezugehörigkeit« (Knußmann 1980; Knußmann ist Mitglied der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik). Und noch heute betreiben bundesdeutsche Anthropologen »Afrikaforschung«, um eben diesen rassistischen Theorien immer wieder neue Nahrung zu geben (Jürgens 1975; Jürgens ist Mitglied der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik und war von 1974-79 Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung).

Natürlich stimmten auch die hiesigen Anthropologen ab den 50er Jahren ein in das Geschrei derer, die die »Bevölkerungsexplosion« in Afrika, Asien und Lateinamerika als menschheitsbedrohendes »brennendes Problem« heraufbeschworen, »das zu bremsen von vordringlicher Wichtigkeit« sei. Zynischerweise allerdings nicht ohne darauf hinzuweisen, daß es gelte, die auszurottenden »Träger der Reste alter Kulturen« und die »aussterbenden primitiven

Bevölkerungen« noch schnell für die anthropologische Forschung auszuschlachten, »bevor es unwiderruflich zu spät« sei (Becker 1971; Becker ist Mitglied der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik, Zitate aus seiner Eröffnungsansprache zur 12. Tagung derselben 1971).

Ende des 19. Jahrhunderts wurden die rassistischen Denkmodelle der Anthropologie auch auf die europäischen Klassengesellschaften übertragen. Die Unterklassen und »Unproduktiven« wurden zu »rassisch Minderwertigen« gestempelt, der Sozialdarwinismus erklärte die hierarchischen Gesellschaftsstrukturen zum natürlichen Ergebnis »sozialer Selektion«; zur klassischen Rassenkunde gesellte sich bald die Eugenik (Galton 1883) und die Rassenhygiene (Ploetz 1895). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war sozialdarwinistisches Gedankengut bis in die Arbeiterbewegung verbreitet, und die eugenische Bewegung blühte. Überall waren Anthropologen an der dazugehörigen Theoriebildung und an deren praktischer Umsetzung in konkrete politische Programme beteiligt.

Im Nationalsozialismus schließlich wirkten namhafte Anthropologen in zentralen Positionen an den Ausmerz- und Vernichtungsprogrammen mit – der Großteil vom Schreibtisch, von den Anthropologischen Instituten an den Universitäten aus, manch einer aber auch direkt an der Rampe im KZ (wie in Auschwitz Mengele, langjähriger Assistent Verschuers, der wiederum nach dem Krieg Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie und von 1954-56 sogar deren Vorsitzender war, außerdem Mitglied der Gesellschaft für Konstitutionsforschung und schließlich Mitglied der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik).

Gerade in dieser Zeit wurde die biologische Anthropologie auf eine neue naturwissenschaftliche Grundlage gestellt. Die Phase der Anwendung der Mendelschen Regeln und der plumpen Zuordnung bestimmter Erscheinungsformen zur Erbsubstanz wurde abgelöst von der experimentellen Genetik. Der humangenetische Zweig der Anthropologie entwickelte sich von der spekulativen zur exakten Wissenschaft und zum immer komplexer werdenden Spezialgebiet. Nach dem 2. Weltkrieg verlagerte die Humangenetik ihre Schwerpunkte stärker auf den medizinischen Bereich, ab den 70er Jahren schließlich erfolgte die institutionelle Ausgliederung aus der Anthropologie. Bis 1980 wurden in der Bundesrepublik über 40 Humangenetische Beratungsstellen und Institute gegründet, die in der Regel an die medizinischen Fakultäten der Universitäten angeschlossen sind.

In eben diesen Beratungsstellen wird heute über die »Wertigkeit« (oder Verwertbarkeit) von Leben entschieden, wird heute rassistische und eugenische Auslese-Ausmerze-Politik betrieben. Ins Visier genommen sind vor allem Behinderte – wobei allerdings der Begriff der Behinderung ständig weiter ausgedehnt wird. »Tötung«, so Albrecht (Ärztin in der Humangenetischen Beratungsstelle in Bremen, Mitglied der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik) in einem »taz«-Interview von 1989 in bezug auf die Abtreibung nach eugenischer Indikation, »Tötung« sei »das geringere Übel, gemessen am Wiederholungsrisiko einer schweren Erkrankung«.

Die Anthropologie ist sexistisch

Die Anthropologie war nicht nur stets bemüht, durch ihre rassistischen Theorien die Unterwerfung und Ausbeutung der farbigen Völker und die Klassengesellschaft in den Metropolen zu legitimieren. Sie hat von Anfang an auch viel Mühe darauf verwandt, die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen aus einer naturgegebenen intellektuellen und physischen Unterlegenheit abzuleiten und zu rechtfertigen. Sie hat mit anderen Worten nicht nur schon immer den Imperialismus, sondern auch das Patriarchat gestützt.

Die Zeiten, in denen schlicht das etwas niedrigere Hirngewicht bei Frauen als Begründung und Beweis ihrer Minderwertigkeit herhalten mußte, sind vorläufig vorbei. Heutzutage wird der anthropologische Sexismus differenzierter, wenn auch nicht weniger platt an den Mann gebracht.

In der allgemeinen Intelligenz unterscheiden sich die Geschlechter nicht, so Knußmann, ein von seinen Wissenschaftskollegen allgemein geschätzter Verfasser anthropologischer Lehrbücher. Wohl aber in den speziellen Begabungen (Männer sollen besser logisch, mathematisch und analytisch denken können), in der Emotionalität (Männer sind demnach »aktiv«, »aggressiv« und »leistungsbezogen«, Frauen dagegen »passiv«, »toleranter« und »situations- und personenbezogen«) und auch im Verhalten (das »Weibliche«, so heißt es da, sei nicht nur bezüglich der äußeren Erscheinung dem »Kindlichen« ähnlich, auch im Verhalten würden Frauen deutlich infantile Züge aufweisen. Die kindliche und damit hilflose Ausstrahlung von Frauen solle natürlicherweise bezwecken, »daß sich der Mann in seiner Beschützerfunktion angesprochen fühlt«.)

Was die Körperkraft und Ausdauer anbelangt, seien Frauen den Männern bekannterweise ja sowieso unterlegen, meint Knußmann. Die Erklärung für all diese Unterschiede liegt natürlich in den Genen – von der Natur nun einmal so festgelegt und für das Individuum unveränderbar. Lebenslänglich.

Natürlich wird auch das Phänomen der geschlechtlichen Arbeitsteilung durch altbewährte biologistische Argumentationsmuster erklärt. Die »Anbindung der Frau an den Nachwuchs« und der mütterliche »Brutpflegeinstinkt« auf der einen, der Mann als »Jäger und Beschützer« auf der anderen Seite determinierten starr die gesellschaftliche Rollenverteilung. Als »soziale Zelle der menschlichen Gesellschaft« fungiere die monogame Familie, wobei

bemerkenswerterweise einzig die Integration des Mannes als »nicht in starkem Maß instinktiv verankert« begriffen wird. Er bleibt »Jäger«, mit großem »Bedürfnis zu ständiger Eroberung neuer Sexualpartner« . Stattdessen instinktiv verankert ist nach Knußmann beim Mann das »Bedürfnis zum Eindringen in den weiblichen Körper«. Und seine »anatomische Beschaffenheit« schließlich setze ihn, wie andere »Säugetiermännchen«, in die Lage, »den Koitus mehr oder weniger mit Gewalt zu erzwingen«. Auch Vergewaltigungen sind also nun biologisch zu erklären und damit zu verzeihen. Wer käme denn auch schon an gegen solch urmächtige Instinkte und Triebe... Aber halt, »mehr oder weniger Gewalt« heißt es. Der männliche »Eindringungsinstinkt« werde nämlich ergänzt durch einen »weiblichen Aufnahmeinstinkt«. Viel Gewalt ist da nicht nötig, denn anders als ihre äffischen Geschlechtsgenossinen befinde sich die »menschliche Frau weitgehend in sexueller Dauerbereitschaft«. Knußmann stellt Frauen als »ständig zur Verfügung stehend« dar, als trickreiche Wesen, die, besonders in Form ihrer Brüste, permanent »sexuell stimulierende Signale aussenden«, um so eine »konstantere Bindung« der ihnen erlegenen Männer zu erreichen. Den derart Umgarnten wird durch die »Verquickung weiblicher Koitusbereitschaft« mit der »Demutsgeste der Unterwürfigkeit« beim Beischlaf (soll heißen: sie liegt nun mal unten, er oben) »Selbstbestätigung«, »Erfolg« und »ein hohes Ranggefühl« vermittelt.

Patriarchale Gewaltverhältnisse gibt es einfach nicht. Geschlechterverhältnis und Arbeitsteilung sind schlicht Trieb, Instinkt, Biologie.

Aber selbst im einzigen den Frauen zugeschriebenen Kompetenzbereich, auf dem Gebiet der »fortpflanzungsbiologischen Aufgaben«, erweist sich die Frau als Mängelwesen. Seit der Jungsteinzeit nämlich hat sich der menschlich knöcherne Schädel nicht weiterentwickeln können, und aus diesem Grunde übersteigt das Hirnvolumen des »zivilisierten« Menschen nicht das etwa eines Neandertalers. Und das alles, weil die Schädelgröße ihre physiologische Begrenztheit im »Durchmesser des weiblichen Geburtskanals« fand.

Eine wahre evolutionäre Katastrophe! Die Grenze der Entwicklung des männlichen Geistes liegt im Unterleib der Frau. Unüberwindlich? Nun begnügt sich die Anthropologie nicht damit, die menschliche Evolution nachzuzeichnen und zu beschreiben – immer im Sinne von Herrschaftserhaltung versteht sich – , sie will in diesen Prozeß auch eingreifen, ihn lenken und beherrschbar machen. So hat sie auch ganz praktische Vorstellungen davon, wie diese »Begrenztheit« aufzuheben sei.

Nachdem nun schon die extrakorporale Befruchtung im Reagenzglas gelungen ist, käme es nun darauf an »der Frau die Schwangerschaft durch künstliche Aufzucht der Frucht in einer geeigneten Apparatur abzunehmen«, denn »durch Aufhebung der Abhängigkeit der Kopfgröße vom Durchmesser des Geburtskanals« stünden der Weiterentwicklung des Gehirns und damit der menschlichen Evolution ganz neue ungeahnte Möglichkeiten offen. Darüber hinaus, so Knußmanns Zukunftsvision, sei auch die Erzeugung von »speziellen Menschentypen« durch Gentherapie denkbar, »die für bestimmte Verrichtungen optimal geeignet sind«.

Frauen hätten in einer solchen Gesellschaft die ihnen zugeschriebene Funktion und damit auch ihren Wert verloren. Allenfalls als »optimale Spezialanpassung« für ganz bestimmte Zwecke wären sie noch interessant und verwertbar. Macht und Herrschaft über all diese »Spezialanpassungen« aber hätten weiße Männer mit überdimensionierten Köpfen und Hirnen. Was für Aussichten!

Die Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik

Zur 21. Tagung der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik hat deren derzeitiger Vorsitzender, der Populationsgenetiker Hubert Walter, alles, was Rang und Namen hat, nach Bremen eingeladen. Woher kommt diese Gesellschaft, in der der Großteil der bundesdeutschen Anthropologen und auch viele Humangenetiker organisiert sind? Wir brauchen nicht weit zurückzublicken.

Im Nationalsozialismus hatten die Anthropologen eine ausgesprochene Hochzeit erlebt. Sie hatten Sozial- und Bevölkerungspolitik im Dritten Reich maßgeblich beeinflußt und mitbestimmt, ihre Theorien waren zum »praktischen Einsatz« (v. Eickstedt) gelangt. Anthropologen wie Fischer, Lenz, von Verschuer und viele andere mehr wirkten mit an der Zwangssterilisation farbiger deutsche Kinder (der sogenannten »Rheinlandbastarde«, Folge des Europaeinsatzes der US-Armee im Ersten Weltkrieg), wirkten mit an der »Zigeunerforschung«, die zur Asylierung der Roma und Sinti und schließlich zu deren Verschleppung in die KZ' s und zur Vernichtung führte, sie arbeiteten mit an der Formulierung von Gesetzen wie dem zur »Verhütung erbkranken Nachwuchses« oder dem «Euthanasiegesetz«, sie erfaßten, registrierten, fotografierten, maßen aus, katalogisierten und erstellten schließlich »Rassegutachten«, die über Leben und Tod entschieden. Sie waren klassische Schreibtischtäter, ihre Hände waren mit Tinte, nicht mit wirklichem Blut befleckt, und die wuschen sie nach 1945 eifrig in Unschuld. Und sie blieben – wie könnte es auch anders sein – tatsächlich relativ unbehelligt.

Schon 1948 begannen sie mit ihrer Reorganisation. In Weinheim wurde die Deutsche Gesellschaft für Anthropologie gegründet. Erster Vorsitzender wurde v. Eickstedt, einer der führenden »Rassenkundler« und Gründer der »Zeitschrift für Rassekunde«, die von 1935 bis 1944 erschienen war. In der von ihm gehaltenen Grundsatz- und Eröffnungsrede wies er

alle Verantwortung der Anthropologen an »den Strömen von Blut, dem sinnlosen Rasen im verhängnisvollen Jahrzwölft« vehement zurück, ja mehr noch, er stilisierte sie hoch zu »den einzigen, die arbeiteten und dadurch hinderten und warnten« und doch ohnmächtig »die riesige Maschine diktatorischen Zwanges« nicht aufhalten konnten. Kein Wort davon, daß er selbst und seine Anthropologenkollegen als unentbehrliche Rädchen in dieser Maschinerie funktioniert hatten. Und weiter hieß es da: »Nicht aus Rassenkunde und Rassenwissen, sondern aus Rassenunwissen hat sich der Rassenwahn entwickelt.« So schafften sich die Anthropologen die Legitimation zum bruchlosen Weitermachen. Und sie machten weiter. In der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie und in der parallel dazu existierenden Gesellschaft für Konstitutionsforschung fanden sich all die Anthropologen und Humangenetiker wieder, die nur wenige Jahre zuvor im Sold des NS-Regimes gestanden hatten.

Natürlich wurden die Forschungsansätze modifiziert und den veränderten Bedingungen angepaßt. So wurde der Terminus »Rasse« zum Teil ersetzt durch den der »Population«, die »Rassenkunde« wurde zur »Populationsgenetik«. Statt von der »Selektion« wurde nun von »biologischen und sozialen Siebungsprozessen« gesprochen, der Begriff der »Eugenik« wurde gemieden und

das Auslese-Ausmerze-Prinzip zur »Verbesserung der Rasse« zumindest für die Weißen vorübergehend abgelöst durch »Pädagogik« und »Verhaltensmodifikation«.

1965 fusionierten die Deutsche Gesellschaft für Anthropologie und die Gesellschaft für Konstitutionsforschung zur Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik und damit zur wichtigsten Standesorganisation von Anthropologen und Humangenetikern in der BRD.

Die Humangenetik hat sich seither immer mehr von einem Teilgebiet der Anthropologie zu einer eigenständigen Wissenschaft entwickelt, was letztlich auch seinen organisatorischen Ausdruck fand. Es gibt inzwischen eine separate Gesellschaft nur für Humangenetiker. Der engen Verbundenheit der beiden wissenschaftlichen Disziplinen tut das aber keinen Abbruch. Die eine ist Teil der anderen und umgekehrt. Auf der personellen Ebene heißt das, Humangenetiker sind noch immer in der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik vertreten und fühlen sich durch sie repräsentiert.

Dementsprechend gemischt wird auch das wissenschaftliche Programm der 21. Tagung der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik sein. Ein bißchen Rassenkunde hier, ein wenig Primatologie und vergleichende Verhaltensforschung da, bevölkerungspolitische Fragestellungen und Evolutionsgeschichte, Humanbiologie und Humangenetik, von allem wird etwas dabei sein. Auch aktuelle, zukunftsweisende Forschungsergebnisse werden vorgestellt und diskutiert werden, so z.B. ein neu entwickeltes Diagnosesystem, daß über Finger- und Handrückenabdrücke Auskunft über das genetische Risiko für bestimmte Erkrankungen geben soll. Es wurde übrigens mit finanzieller Unterstützung des BKA entwickelt.

Die Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik hat ihren Tagungsort offensichtlich mit Bedacht gewählt. Das Land Bremen baut gerade seine Kapazitäten im Bereich Humangenetik, Gen- und Biotechnologie an der Universität aus. Da kommt ein solcher Kongreß natürlich gerade recht. Bremen will sich ins Gespräch bringen, als Standort für zukunftsweisende Forschung und deren gewinnträchtiger Verwertung.

Doch stattdessen ist die Stadt erst einmal ins Gerede gekommen. Anfang dieses Sommers mußten mehrfach die Anhörungen für die Berufung eines Gentechnologen an die Uni Bremen abgebrochen werden. StudentInnen hatten sie mit lautstarkem Protest und Trillerpfeifenkonzerten zu verhindern gewußt. Bis heute konnten sie nicht fortgesetzt werden. So steht zu erwarten, daß auch die Tagung der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik mit der entsprechenden Aufmerksamkeit bedacht wird.

konkret 09/89, S. 34

Günther Schwarberg

Olga Mariechens Menschenwürde

Weil der Deutsche Bundestag das Erbgesundheitsgesetz der Nazis noch immer nicht aufgehoben hat, mußte sich in Hamburg ein Amtsgericht als Erbgesundheitsgericht konstituieren

Zweimal mußte Olga Mariechen vor das Erbgesundheitsgericht der Nazis. 1934, da war sie 14, und als sie 69 war, ein zweites Mal, 1989. Das ist kein Schreibfehler. 1989, in Hamburg. Vors Erbgesundheitsgericht. Um das zu erklären, muß man die Geschichte von vorn anfangen.

Olga Mariechen ist ein armes Kind einer armen Mutter. In Hamburg unehelich geboren, ins Waisenhaus gebracht. Unsere gute Gesellschaft tut so, als hülle sie arme und schwache Kinder mit besonderer Liebe ein. Aber uneheliche Mädchen galten als haltlos, und weil Olga Mariechen lebenslustig war, verdächtigte man sie, debil zu sein. Nach dem Neuen Brockhaus ist Debilität »ein leichter Grad der angeborenen Intelligenzschwäche«. Olga Mariechen kann von Glück sagen, daß sie überhaupt noch lebt. Denn debile Kinder wurden damals gern abgespritzt und verbrannt. Bei Olga wurde vom Direktor des Hamburger Jugendamtes und vom Amtsarzt der Antrag auf Sterilisation gestellt. Die Nazis hatten ihr Erbgesundheitsgesetz, das viele heute noch gut finden, weil man damit Menschen vernichten kann, die nicht ins gesunde Schema des gesunden Bürgers passen. Das Gesetz hatten sie schon am 15. Juli 1933 erlassen, als sie noch nicht einmal ein halbes Jahr an der Macht waren. Lebensunwertes Leben konnte nun von Staats wegen vernichtet werden.

Vernichtet wurde die Gebärfähigkeit des 14jährigen Mädchens Olga Mariechen am 1. September 1934 im angesehenen Hamburger Krankenhaus Sankt Georg. Der Arzt, der an ihrem Unterleib herumschnippelte, arbeitete nicht einmal steril: Olga Mariechen bekam eine eitrige Bauchfellentzündung, lag monatelang in der Klinik, wurde mit einer offenen Wunde entlassen und leidet heute noch, 55 Jahre später, an den Schmerzen der vielen Verwachsungen.

Es gab damals viele Ärzte, die sich an Sterilisationen kleiner Mädchen goldene Nasen verdienten. Unter ihnen gab es viele Pfuscher. Ein Bremer Arzt hatte so viele Mädchen zu Tode sterilisiert, daß ihm schließlich die einträglichen Operationen entzogen wurden. Würde man diese Leute heute Verbrecher nennen, dann würden sie wohl wegen übler Nachrede klagen, weil sie niemals verurteilt worden sind und keinen Pfennig ihres Verbrecherlohnes zurückzahlen mußten.

Olga Mariechen wurde zwangsweise auf einen Bauernhof geschickt. Aber sie konnte wegen ihrer Schmerzen nicht schwer arbeiten, also schimpfte man sie faul. Sie lief weg, wurde aufgegriffen und in die Alsterdorfer Anstalten eingewiesen . 1937 stellte die Anstalt den Antrag auf Entmündigung, da war sie 20. Und noch einmal gesagt: Damals fuhren die Kindertransporte aus diesen Alsterdorfer Anstalten regelmäßig in die Vernichtungsanstalt Hadamar, und die Kinder kamen nie wieder. Sie hatte also großes Glück in dieser evangelischen Anstalt: Zwar wurde sie geschlagen und gefesselt und mit Handschellen angekettet. Aber bei der Befreiung war sie noch am Leben. Glück hatte sie auch, weil ein Arzt sie seit 1941 als Haushälterin anforderte. Sechs Kinder hatte sie in seinem Haus zu betreuen, und sie »verrichtete schwierige und übersichtsfordernde Arbeit zur vollsten Zufriedenheit«. So überlebte sie die Verbrecher und das Erbgesundheitsgesetz. Blieb als Haushälterin in der Arztfamilie, 34 Jahre lang. 1959 heiratete sie. Ihr Mann war Ingenieur. Sie waren glücklich. Nur, daß sie keine Kinder haben konnte, machte sie traurig. Zwanzig Jahre Ehe, dann starb ihr Mann.

In all diesen Jahren wurde in der stolzen Bundesrepublik Deutschland viel von Menschenrechten gesprochen, von der unantastbaren Würde, aber Olga Mariechen mit ihrem angetasteten Leib hatte wenig davon. Außer, daß die Entmündigung 1952 wieder aufgehoben wurde, weil sie nicht debil sei, sondern »einen ordentlichen und ausgeglichenen Eindruck machte«.

1980, als der Faschismus seit 35 Jahren vorbei war, bekamen auch die Zwangssterilisierten eine Entschädigung. Fünftausend Mark. Nimms und halt den Mund!

Aber für Olga Mariechen war das Geld nicht das Wichtige, auch wenn sie nur eine ganz kleine Rente bekommt, – denn natürlich hatte man sie während ihrer Zwangsarbeit in den Alsterdorfer Anstalten nicht rentenversichert. Olga Mariechen fühlte sich durch den Sterilisationsbeschluß von 1934 all die Jahre und Jahrzehnte entwürdigt. Und weil kein Gesundheitsamt, kein Land Hamburg, keine Bundesrepublik von sich aus diese Würde wiederherstellte, beantragte Olga Mariechen am 17. Februar 1987 beim Amtsgericht Hamburg, den Beschluß auf Unfruchtbarmachung aufzuheben.

Ihre Bitte gerät an den Richter Dr. Rüdiger Sameluck. Der ist alles andere als ein alter oder neuer Nazi. Aber schwierig ist die Sache für ihn. Denn, siehe da, dieser Staat hat das Erbgesundheitsgesetz der Nazis nie aufgehoben. Es lebt heute noch. Nur die Engländer hatten 1947 eine Verordnung für die britische Zone über die beschränkte Weitergeltung dieses Gesetzes erlassen, um den Betroffenen die Wiederaufnahme der Verfahren und die gerichtliche Feststellung des Unrechts zu ermöglichen. So erfährt man, daß es heute noch Zonen gibt in der BRD und daß Hamburg in der britischen liegt. Um das Erbgesundheitsunrecht aufzuheben, muß sich also das Amtsgericht als Erbgesundheitsgericht konstituieren. Richter Sameluck beschließt am 15. September 1987, Olga Mariechen solle in der Psychiatrie der Universitätsklinik Hamburg-

Eppendorf begutachtet werden, ob »sie an einer Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933« leidet.

Empört schreibt Olga Mariechen dem Gericht: »Mit diesem Beschluß beruft man sich auf ein Gesetz aus der Nazizeit. Meine Empörung ist insofern groß, als man keinerlei Rücksicht auf die durchgemachten Jahre während der Nazizeit nimmt. Heute bin ich 67 Jahre alt. Ich habe 20 Jahre eine gute Ehe geführt, mein Ehemann war Ingenieur. Sicherlich werden Sie verstehen, daß mich die Aufforderung, einem Nervenarzt vorgeführt zu werden, empört. Ich habe die ganzen Jahre als vollkommen normaler Mensch gelebt und mir nie etwas zuschulden kommen lassen. Mein Leben wurde zerstört durch die Zwangssterilisation. Ich habe sechs Kinder einer Arztfamilie betreut und erzogen.« Gleichzeitig fragt sie auch den Eingabenausschuß der Hamburgischen Bürgerschaft, warum für ihr Verfahren ein Nazigesetz angewendet wird. »Durch diesen Beschluß sind erneut alle Ängste und Mißhandlungen, die ich durchmachen mußte, zurückgekehrt. In meinen Augen ist es beschämend, wenn an die Opfer solche Beschlüsse gesandt werden . «

Vier Monate später bekommt sie Antwort. Der Vorsitzende H. Sanders schreibt ihr, daß ihre Eingabe »nicht abhilfefähig« sei. Erstens handele es sich um ein schwebendes Verfahren, zweitens gebe es politische Bestrebungen, im Bundestag das Erbgesundheitsgesetz aufheben zu lassen. »Ob der zuständige Bundesgesetzgeber den Bestrebungen Rechnung tragen wird, kann nicht abgesehen werden.« Das schreibt man einer verstümmelten Frau am 15. Januar 1988, 55 Jahre nach dem Erlaß des Verstümmelungsgesetzes .

Abhilfefähig aber ist es doch. Inzwischen hat Olga Mariechen eine Rechtsanwältin, und inzwischen hat auch Richter Sameluck eingesehen, daß es so nicht geht. Es gibt Stellungnahmen der Anwältin, der Ärztin und einer Medizinaldirektorin vom Gesundheitsamt. Will Richter Sameluck den verbrecherischen Beschluß von 1934 aufheben, bleibt ihm nichts übrig, als ein dreiköpfiges Gericht in der Besetzung der Erbgesundheitsgerichte zu konstituieren: ein Richter, ein Amtsarzt, ein praktischer Arzt.

Es gibt eine kurze Anhörung. Die Gutachterin Gabriele Griep führt aus, daß dieses Erbgesundheitsgesetz »eindeutig faschistischen Charakter trägt« und nur dazu diene, »lebensunwertes Leben« zu eliminieren. Deshalb könne heute nicht ärztlich oder psychiatrisch geprüft werden, ob das Opfer etwa an einer Erbkrankheit im Sinne des Nazigesetzes leide. Im übrigen habe das Gespräch mit Olga Mariechen »mit eindeutiger Klarheit ergeben, daß weder Anhalt für mangelnde Intelligenz, noch Anhalte für psychische Morbidität vorliegen«.

Nur die Hamburger Gesundheitsbehörde macht noch kleinpiffrige Schwierigkeiten und will die Anwaltskosten nicht übernehmen, weil die Amtsärzte, die damals die Zwangssterilisation beantragten, heute nicht der Gesundheitsbehörde, sondern den Gesundheitsämtern unterstellt seien. Doch das wischt Richter Sameluck beiseite. Er bildet ein richterliches Gremium aus sich selbst, der Amtsärztin Dr. Nielsen und der frei praktizierenden Ärztin Dr. Barfuth, und dieses Hamburger »Erbgesundheitsgericht« beschließt jetzt: Der Beschluß des sogenannten Erbgesundheitsgerichts vom 13. Juni 1934 betreffend die »Unfruchtbarmachung« der Betroffenen wird aufgehoben. Die Kosten des Verfahrens einschließlich der notwendigen Auslagen, zum Beispiel Rechtsanwaltskosten, »trägt die Staatskasse. . . Die Zwangssterilisation von Frau ... ist nationalsozialistisches Unrecht«.

Der Beschluß ist inzwischen rechtskräftig geworden. Der deutsche Bundestag hat das Erbgesundheitsgesetz der Nazis immer noch nicht aufgehoben.

Nachbemerkung: Ich wollte wissen, wie die DDR mit diesem Erbgesundheitsgesetz der Nazis umgegangen ist. Brief vom Staatsanwalt Plath beim Generalstaatsanwalt der DDR: »In der Tätigkeit der Justiz hat diese Frage – soweit ich ermitteln konnte – auch unmittelbar nach 1945 keine Rolle gespielt. Auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens war übrigens dieses Gesetz (wie andere auch) wegen seines faschistischen Inhalts nicht mehr gültig. Dessen ungeachtet haben einige Länder in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (z.B. Thüringen, soweit mir bekannt ist) das Erbgesundheitsgesetz ausdrücklich außer Kraft gesetzt.«

konkret 09/89, S. 34

Termine

30., 31. August, Bonn-Beuel, Brotfabrik, Theaterabend für Deserteure und Wehrkraftzersetzer mit Hanne Hiob

I. September, Bonn, Marktplatz, 11 Uhr, Enthüllung des Denkmals für den unbekannten Deserteur

2. September, vormittags in Bitburg, nachmittags auf dem Rhein und in Bonn, Brechts Legende vom toten Soldaten in szenischer Lesung. Diese Veranstaltung, bei der der Soldat des Zweiten Weltkriegs auf dem Soldatenfriedhof ausgegraben werden soll, hat diverse Behörden und Politiker zu Verbotsforderungen und gerichtlichen Schritten provoziert. Kontakt: Redaktion Kämpfende Jugend, 089-502 83 57

12. bis 14. September, Kassel: »An uns Alten kommt niemand vorbei« – Bundeskongreß der älteren Generation. Kontakt: Kongreßbüro, Postfach 100665, 35 Kassel 1.

15. bis 17. September, Amsterdam, Europa gegen den Strom. Im ehemaligen Börsengebäude wird eine Messe linker und alternativer europäischer Medien stattfinden; es soll Diskussionsveranstaltungen, Aktionen und ein umfassendes Kulturprogramm geben. Kontakt: Stiftung Europa gegen den Strom, Jodenbreestraat 24, 1011 NK Amsterdam, Niederlande. Telefon: (0)20 – 25 89 79.

19.-23. September, Bremen, 21. Tagung der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik (siehe Artikel in diesem Heft). Am 19. September soll ein zwangloses Beisammensein aller Tagungsteilnehmer im Bremer Ratskeller stattfinden, am 22. September ein hochoffizieller Gesellschaftsabend.

28. **September,** Essen, 20 Uhr, Zeche Carl: »Ausländer-Fremde-Mitbürger-Sündenböcke«. Eine Podiumsdiskussion zum Thema Multikulturelle Gesellschaft und Rechtsradikalismus.

5. bis 8. Oktober, Frankfurt, Universität, Internationaler Frauenkongreß »Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht: 200 Jahre Aufklärung, 200 Jahre Französische Revolution«. Organisiert wird dieser Kongreß, auf dem die Erkenntnisse feministischer Forschung über Konzeptionen der Aufklärung von Vernunft, menschlicher Natur und bürgerlicher Identität diskutiert werden sollen, vom Frauenlehrstuhl des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften. Anmeldungen müssen bis zum 10. **September** erfolgt sein. Kontakt: Prof. Ute Gerhard, Uni Frankfurt, Robert-Mayer-Str. 6, 6 Frankfurt 11. Rückfragen: Donnerstag und Freitag 16 bis 18.30 Uhr, 069-798 25 43

konkret 09/89, S. 36

Udo Sierck

»Saubere Selektion«

Mit Hilfe des »Gesetzes über die Betreuung Volljähriger«, das im nächsten Jahr in Kraft treten soll, wollen bundesdeutsche Humangenetiker, Ärzte und Juristen die Zwangssterilisation »Erbkranker« legalisieren – ganz in der Tradition des nationalsozialistischen »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«

Der Vormundschaftsrichter ist ratlos: Dreimal hat er die vor ihm sitzende Frau gefragt, ob sie gegen die Sterilisation etwas einzuwenden hätte, ohne eine Antwort zu bekommen. Er blättert nochmals durch die zwei medizinischen Fachgutachten, die der Vorgeführten eine geistige Behinderung mit ausdauernder Einsichtsunfähigkeit attestieren. Nach kurzem Zögern gibt sich die Amtsperson einen Stoß und unterzeichnet das Dokument: Die Sterilisation der behinderten Frau ohne ihre Einwilligung ist beschlossene Sache.

So oder so ähnlich wird es in einem Planspiel zugehen, das in wenigen Monaten im Rechtsausschuß des Bundestages stattfinden soll. Und nichts deutet darauf hin, daß diese gestellte Szene keine Wirklichkeit werden wird. Denn nach dem parlamentarischen Geplänkel will der freidemokratische Justizminister Engelhard noch im Verlauf des nächsten Jahres die Zwangssterilisation wieder zum legalen Akt erklären lassen. Verpackt in das harmlos klingende »Gesetz über die Betreuung Volljähriger« sollen Regelungen eingeführt werden, nach denen künftig auch ohne persönliche Zustimmung Menschen unfruchtbar gemacht werden dürfen, wenn sie als »dauernd einwilligungsunfähig« gelten, keinen gegenteiligen Willen äußern und wenn damit eine Schwangerschaft vermieden wird, die eine Lebensgefahr oder eine schwerwiegende Beeinträchtigung des seelischen Gesundheitszustandes darstellen würde. Was unter dieser »Gefahr eines schweren und nachhaltigen Leides« zu verstehen ist, erläutert das Gesetz anhand der Situation, die »drohen würde bei vormundschaftlichen Maßnahmen, die mit der Trennung vom Kind verbunden wären«. Es läßt sich an den Fingern abzählen, daß vornehmlich Frauen die Opfer der Zwangsmaßnahmen sein werden. Daß gerade bei ihnen aus Angst vor den Folgen (innerfamiliärer) sexueller Gewalt die Unfruchtbarmachung bisher vielfach »prophylaktisch« vorgenommen wurde, bleibt ebenso tabu wie die Tatsache des sexuellen Mißbrauchs selbst.

Mit der Verabschiedung des Sterilisationsgesetzes soll ein Schlußstrich unter eine Diskussion gezogen werden, die vor nunmehr fünf Jahren begann: Durch einen Einbruch in eine Hamburger humangenetische Beratungsstelle gelangten Akten in die Öffentlichkeit, die belegen, daß die beratende Genetikerin serienweise zur Zwangssterilisation geraten hatte, um die Fortpflanzung der von ihr diagnostizierten »Erbleiden« zu verhindern. Die Beraterin Marianne Stoeckenius geriet seinerzeit ins Kreuzfeuer der Kritik, weil sie angebliche Anlagen für endogene Psychosen mit sozialen »Auffälligkeiten« in der Verwandtschaft der Untersuchten begründete und penibel in Stammbäumen festhielt: Die schon fast klassischen Notierungen (»Vater Trinker«, »Vetter Dauerstudent«, »Onkel arbeitslos«, »Tante suizidgefährdet«) führten dazu, daß selbst die eigene Zunft die Beraterin als schwarzes Schaf der Humangenetik zu diskreditieren trachtete. Eine 1988 in der renommierten »Münchener Medizinischen Wochenschrift« publizierte Beitragsserie eröffnet da noch ganz andere Perspektiven, die auch für das bevorstehende Sterilisationsgesetz von immenser Bedeutung sind. Während sich GegnerInnen und BefürworterInnen des körperverletzenden Eingriffs im allgemeinen um die Fähigkeiten von Erwachsenen mit etwa einem Down-Syndrom streiten, schieben die HumangenetikerInnen diese Fragestellung schnell beiseite, weil es derart behinderte Menschen dank der pränatalen Diagnose künftig nicht mehr zu geben brauche. Sie interessieren sich für die neuen weitergehenden Dimensionen der psychiatrischen Genetik.

Ohne viel Federlesen zu machen, knüpfen anerkannte Größen bundesdeutscher Humangenetik dabei an das 1916 erschienene Werk »Erkrankungsrisiko von Blutverwandten Schizophrener« von Ernst Rüdin an. Unerwähnt bleibt die herausragende Rolle Rüdins als Sozial- und Rassehygieniker und Kommentator des nationalsozialistischen »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«, dem mehrere hunderttausend Menschen zum Opfer fielen. Der Bonner Humangenetiker Peter Propping sieht zum Beispiel in der »Verwandtschaft« »eines schizophrenen Patienten« diejenigen, die über das »Krankheitsrisiko einer Person« Auskunft geben können. Denn letztlich »besteht kein Zweifel mehr daran, daß eine genetische Komponente« bei vielen psychischen Krankheiten den Ausschlag gebe. Noch deutlicher äußert sich Proppings Züricher Kollege J. Angst: Wenn bei Jugendlichen »störendes Verhalten in der Schule, Disziplinlosigkeit, Haltlosigkeit, Konzentrationsunfähigkeit, Aggressivität« auftauchen, weise das au f depressive Erkrankungen hin, für die »eine vererbte Disposition« nachgewiesen sei.

Wie beiläufig pressen die Koryphäen des Faches soziale Phänomene in biologistische Erklärungsmuster, in denen der Umwelt nur mehr die Rolle der Symptomausprägung zufällt. Wie problemlos gesellschaftliche »Auffälligkeiten« in das Weltbild von der unterschiedlichen Wertigkeit menschlichen Lebens eingepaßt werden, demonstrierte der Heidelberger Humangenetiker Friedrich Vogel 1988: »Schizoide« Abweichungen von der Durchschnittsnorm wie der Alkoholismus sind für ihn als genetischen Berater Alarmsignale, und zwar »unabhängig davon, ob in einer Familie die Schwierigkeiten mehr biologisch-genetisch oder mehr durch die Umwelt im weitesten Sinne verursacht sind, was man in der Regel im Einzelfall nicht auseinanderhalten kann.« Für die Umsetzung der psychiatrisch-genetischen Forschung in die Praxis der

humangenetischen Beratung lehnt Vogel Zurückhaltung ab, weil das »bei psychisch Kranken oft an der Wirklichkeit vorbeigeht.« Schließlich habe er die Frage zu klären: »Wird denn mein Patient in der Lage sein, zusammen mit seinem Ehepartner ein häusliches Klima zu schaffen, das der Erziehung von Kindern zuträglich ist?« Die Antwort müsse in die Richtung laufen, »von Kindern überhaupt abzuraten«. Es bedarf keiner großen Phantasie, um den Zusammenhang derartiger Aussagen mit dem Passus der Mutter-Kind-Trennung bei vermeintlicher Unfähigkeit zur Kindererziehung im kommenden Sterilisationsgesetz zu erkennen.

Der Kunst der Überredung der Klientin/des Klienten, daß die Sterilisation dem eigenen Willen entspreche, steht eine Blütezeit bevor. Unabhängig davon, ob bei Bedarf künftig geäußerter Widerspruch als Bestätigung einer bescheinigten Einwilligungsunfähigkeit gewertet und gewichtet wird, verstärken sich gesellschaftliche Ausgrenzungstendenzen, die mit einer Institutionalisierung sozialer Probleme einhergehen. Voraussetzung für die Aussonderung »überflüssiger« Menschen ist allerdings deren Pathologisierung, die etwa der erwähnte Prof. Vogel konsequent betreibt: »In einer Zeit wie der unseren, in der die Enge auf dem Arbeitsmarkt ein langfristiges Strukturproblem.... Arbeitslosigkeit ungewöhnlich häufig ist«, da »steigen gerade Schizophrene wegen ihrer Krankheit sozial ab.« Es folgt der drängende Rat, auf eigene Kinder zu verzichten. Solche Appelle schaffen – zusammen mit immer weiteren »Erkenntnissen« der genetisch-psychiatrischen Forschung – ein Bewußtsein für freiwillige Eugenik.

Unterstützung erhalten diese Vorstöße neuerdings von Kinder- und Jugendpsychiatern wie dem Marburger Prof. Helmut Remschmidt: Nach seiner Überzeugung sind 11 Prozent, in Sonderschulen gar 43 Prozent aller Kinder und Jugendlichen behandlungsbedürftig psychisch krank, weil sie Ungehorsam, Streitsucht, Schulängste oder Minderwertigkeitsgefühle an den Tag legen. Hauptschüler gelten für Remschmidt dabei als besondere Risikogruppe, soziale Ursachen stehen für ihn trotzdem nicht im Vordergrund. Damit befindet er sich im Einklang mit seinem Vorgänger Werner Villinger, der in Marburg in den fünfziger Jahren ein Zentrum kinder- und jugendpsychiatrischer Forschung etablierte. Schon in der Weimarer Republik hatte Villinger mit der Erfassung, Internierung und Sonderbehandlung sozial »auffälliger« Jugendlicher begonnen, um dann nach 1933 als Beisitzer am Erbgesundheitsgericht und als Gutachter der Euthanasie-Aktion »T 4« sich an der Verstümmelung und Ermordung behinderter Menschen zu beteiligen. Befragt danach, wie er sich zum Täter Villinger verhalte, kam die Antwort von Remschmidt prompt: »Ich bin erst '38 geboren.« Präziser als seine Haltung zu seinem Vorgänger ist sein aktueller Forderungskatalog: Mindestens 250 Spezialisten samt Anlaufstellen und Einrichtungen sollen, ganz im Sinne der bewährten Methode der Psychiatrisierung sozial Unangepaßter, flächendeckend in der BRD tätig werden.

Mit dem Slogan »Hoffen wir das Beste. Mädchen oder Junge, Hauptsache gesund« unter dem Foto einer hochschwangeren Frau werben die Hamburger Alsterdorfer Anstalten in einer großangelegten überregionalen Anzeigenkampagne um Unterstützung und Spenden. Denn, so heißt es weiter in dem Text, trotz aller Voruntersuchungen werden noch immer 6 von 1000 Babys geistig behindert geboren. »Noch immer nicht verhindert«, heißt diese Botschaft – eine Meinung, der sich anzuschließen die internationalen humangenetischen Forschungsgruppen nur allzu gern bereit sind. Ihr 60 Millionen Mark teures EG-Projekt »Prädikative Medizin: Analyse des menschlichen Genoms«, ausgetüftelt unter der Federführung des damaligen bundesdeutschen Kommissars Karl-Heinz Narjes, liegt zwar momentan auf Eis, weil man unbedacht zu forsch formuliert hatte, worum es ehrlicherweise tatsächlich geht: darum, »gegebenenfalls die Weitergabe der genetischen Disponiertheit an die folgende Generation zu verhindern«. Bleibt das EG-Projekt blockiert, sollen auf westeuropäischer Ebene jedoch wenigstens die Vorhaben koordiniert werden, die in den einzelnen Ländern ohnehin bereits laufen oder in der Planung sind. Eine Arbeitsgruppe der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat gerade vom Bonner Forschungsministerium 100 Millionen Mark jährlich für die Sequentierung des Genoms verlangt.

Der kommende europäische Binnenmarkt wird in seinen Auswirkungen auf gesundheits- und sozialpolitische Entwicklungen vollkommen unterschätzt. Eine wissenschaftliche Planungsgruppe »Nordrhein-Westfalen 2000« prognostiziert die Aufteilung der Bevölkerung in ein Drittel hochqualifizierter Arbeitskräfte, in ein zweites Drittel, das sich ständig neu orientieren muß, und in ein letztes Drittel, das nur von kurzfristigen Arbeitsverhältnissen existieren oder als »beschäftigungsunfähig« gelten wird. Von allen Arbeitnehmern wird stete Mobilität, Flexibilität und ständiger Fortbildungswille erwartet. Weitere Rationalisierungen verlangen wachsende Leistungsbereitschaft, schon um die Informationsflut bei zunehmendem Zeitdruck bewältigen zu können. Nur wer, wie die bundesdeutsche Wirtschaft, eine große Zahl qualifizierter Fachkräfte vorweisen kann, wird die ökonomische Vormachtstellung erreichen oder ausbauen können. Da geht die bundesdeutsche Wirtschaft gut gerüstet in das Jahr 1992.

Fehlt bloß noch der Anschluß dort, wo zur Disposition steht, wie mit denjenigen zu verfahren sei, die dem ungeheuren Leistungs- und Konkurrenzdruck aufgrund einer Behinderung, des hohen Alters oder einer chronischen Krankheit nicht standhalten können oder wollen. Es gilt also, aus dem Schatten der Vergangenheit zu treten und die prekären Fragen der Humangenetik, der Zwangssterilisation und der aktiven Sterbehilfe offensiv anzugehen, um auch hier den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern. Dabei muß tunlichst vermieden werden, was nach Herrenmenschen-Mentalität und staatlicher Selektion riecht. Die angelaufenen Kampagnen zum Fortpflanzungsverzicht aus eigener Verantwortung und zur Sterbehilfe als einem Akt der Selbstbestimmung weisen den Weg zur »sauberen« Auslese. Das Sterilisationsgesetz erfüllt in

diesem Zusammenhang die brisante Funktion, den Abbau moralisch-ethischer Bedenken gegen körperliche Verletzungen derart zu forcieren, das es zulässig erscheint, auch über die Tötung bestimmter Personen laut nachzudenken, sie in bahnbrechenden Präzedenzfällen zu praktizieren und zuletzt juristisch abzusichern. Diese Erkenntnis wäre aus der Abfolge der Verbrechen während des deutschen Faschismus abzulesen. Sie wird aber nicht zugelassen, weil sie mit der niemals ernsthaft aufgebenenen Überzeugung von der Notwendigkeit einer Selektion kollidieren müßte.

Derweil läßt sich der Fortgang dieses Prozesses innerhalb der Grenzen der EG verfolgen: Das englische »House of Lords« hat im Frühjahr 1987 die Sterilisation einer siebzehnjährigen Frau mit der Begründung genehmigt, es sei »kaum mit der Realität des täglichen Lebens zu vereinbaren, von einem Grundrecht auf Fortpflanzung zu sprechen, wenn die geistig behinderte Frau den Sinn einer Schwangerschaft nicht begreifen, den Zweck einer Entmündigung nicht überschauen, keine mütterlichen Gefühle entwickeln und sich nicht um das Kind kümmern könne.« Dieser Entziehung eines Menschenrechtes folgte vor wenigen Monaten das Urteil eines Londoner Gerichts, das einem Krankenhaus gestattete, auf die Bemühungen zur Lebensverlängerung eines viermonatigen behinderten Säuglings zu verzichten.

In den Niederlanden wird die fremdbestimmte Sterilisation längst großzügig gehandhabt. Richtlinien für die medizinischen Aufsichtsbehörden geben vor, daß Unfruchtbarmachungen behinderter Menschen mit Zustimmung der Eltern und einem Vertreter der Behinderteneinrichtung nach einem Beratungsgespräch durchgeführt werden dürfen, sobald sexuelle Kontakte entstehen könnten und die oder der Betroffene unfähig zur Kindererziehung erscheint. Gleichzeitig werden behinderte Neugeborene in unbekannter Zahl von niederländischen Ärzten durch die Vergabe entsprechender Mittel getötet. Ein Ausschuß der Königlich-Niederländischen »Gesellschaft zur Förderung der Heilkunde« stellte dazu fest, daß die Lebenserhaltung schwerbehinderter Babys ohne Aussicht auf Heilung oder Leidlinderung dem Tatbestand einer Mißhandlung gleichzusetzen sei. Und schon seit geraumer Zeit dulden holländische Gerichte trotz offiziellen Verbotes die aktive Sterbehilfe an Krankenhauspatienten durch Ärzte, die tödliche Injektionen spritzen.

Frappierend ist nicht nur das Tempo, mit dem der Eingriff der Zwangssterilisation zur Euthanasie wird, sondern auch die Übereinstimmung dieser Praxis mit den Begründungen, die sich im bundesdeutschen Sterilisationsgesetz finden: Dreh- und Angelpunkt ist die Fähigkeit zur Kindererziehung, ein soziales Argument, dessen Diagnosevielfalt grenzenlos ist. Hier stehen die auffangende Fürsorge, die ermittelnde Genetik und die Psychiatrie bereit. Die treibenden eugenischen und ökonomischen Interessen aber bleiben unerwähnt, weil sie nicht per Gesetz oder Verfügung wirksam ins Bewußtsein gepflanzt werden können. Für die Akzeptanz solcher Motive für eine Selektion bedarf es der langsamen Veränderung ethischer Überzeugungen, wie sie exemplarisch der Philosoph und Euthanasie-Propagandist Peter Singer intendiert. Ein Mann, dessen Auftritt – und der einiger seiner Anhänger – bei einem Symposium der Marburger »Lebenshilfe« für geistig behinderte Menschen kürzlich noch verhindert werden konnte. Es ist sicher kein Zufall, daß der aufgrund von scharfen Protesten der Krüppel- und Behindertenbewegung in Marburg abgesagte Kongreß im vollen Umfang nachgeholt werden soll: im niederländischen Utrecht, und zwar vom 8. bis 10. November 1989.

Udo Sierck ist Mitarbeiter des Vereins zur Erforschung der nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik e.V., Hamburg

konkret 09/89, S. 39

Klaus Bednarz, Heide Gerstenberger, Oliver Tolmein, Georgia Tornow

Konkret-Streitgespäch: »Was wollen Sie denn, wir senden das doch!«

Wozu taugt die Öffentlichkeit? – Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion: Klaus Bednarz, Leiter der »Monitor«-Redaktion beim Westdeutschen Rundfunk in Köln; Heide Gerstenberger, Professorin für Sozialwissenschaften an der Universität Bremen; Oliver Tolmein, KONKRET-Redakteur; Georgia Tornow, Chefredakteurin der »tageszeitung«

Tolmein: Die Frage, welche Rolle die Medien aktuell in der BRD spielen, ist in den letzten Monaten bei so unterschiedlichen Anlässen wie der Geiselnahme in Gladbeck, dem Hungerstreik oder bei Interviews mit »Republikanern« immer wieder in die Diskussion gekommen. Ein Schlagwort, das dabei oft gebraucht worden ist, eine Frage, eine Forderung, eine Feststellung lautet: Medien – die vierte Staatsgewalt. Fühlen Sie sich, Herr Bednarz, als Vertreter eines öffentlich-rechtlichen Mediums, bei Ihrer Arbeit als vierte Staatsgewalt?

Bednarz: Ich halte die Formulierung von der Presse als 4. Staatsgewalt für ziemlichen Quatsch. Laut Verfassung sind die Staatsgewalten genau definiert, und jeder, der in der Presse aktiv ist und glaubt, er wäre Teil einer 4. Staatsgewalt, hat, wie ich meine, seinen Job verfehlt. Sicher ist die Presse ein Faktor im staatlichen, politischen, gesellschaftlichen Leben. Sie kann eine Kraft sein, aber sie ist kein Machtfaktor. Die Machtfaktoren sind etwa die Wirtschaft, sind bestimmte politische Interessengruppierungen, sind möglicherweise auch Kirchen, Gewerkschaften. Die Presse kann, anders als diese Gruppen, nur mittelbar über andere, durch die Weitergabe von Informationen, Wirkung erzielen und nicht, wie etwa die Legislative oder die Wirtschaft – siehe Wackersdorf – unmittelbar handeln und damit Fakten schaffen. Mit unseren Informationen müssen dann Dritte agieren, aktiv werden. Wenn sie's nicht tun, er

fahren wir die Wirkungslosigkeit unserer eigenen Arbeit. Aber Presse als 4. Staatsgewalt wäre eine Anmaßung und entspricht auch nicht den faktischen Realitäten in unserem Land.

Tolmein: Akzeptieren Sie das zähneknirschend, oder finden Sie das völlig in Ordnung, daß die Presse keine Macht hat?

Bednarz: Also, ich halte zunächst einmal die Aufteilung der Staatsgewalten in unserem System für ganz sinnvoll und sehe die Funktion der Presse darin, die Mächtigen zu kontrollieren, und damit sollte sie sich auch bescheiden.

Tornow: Man muß zwischen der Macht unterschiedlicher Presseerzeugnisse unterscheiden. Der Plural ist mir da unheimlich: *der* Journalismus, *die* Presse, *die* Medien etc. Das ist alles Ausdruck von Gesellschaft, Staatsgewalt ist es auf gar keinen Fall. Was diese Macht betrifft, widerspreche ich Herrn Bednarz. Ich erinnere mich sehr gut, die Springerpresse hatte Macht. Ich würde sagen, daß sie sie heute viel weniger hat. Ein Slogan hieß: »'Bild' hat mitgeschossen!«, damals auf Rudi Dutschke, und das hat gestimmt. Bezogen auf dieses Anheizen von Stimmung und das Umgehen damit, hat Presse immer Manipulations-Macht, aber nicht nur, indem sie an niedere Instinkte, Ressentiment appelliert, sondern auch, indem sie direkt Kampagnen inszeniert.

Bednarz: Einverstanden. Sie kann zu Zeiten in bestimmten politischen, gesellschaftlichen Konstellationen ein Machtfaktor sein und auch sich selber ganz bewußt als Machtfaktor verstehen und als Machtfaktor agieren. Das hat sicher die Springerpresse in einer bestimmten historischen Situation getan, aber ich meine, das kann eigentlich nicht das Selbstverständnis der Presse sein. Wenn ich Macht haben wollte, dann wäre ich rechtzeitig in eine der großen Parteien eingetreten oder hätte eine Lehre bei der Deutschen Bank begonnen. Ich finde, gerade das Beispiel, das Sie nennen, ist eins für 5 Mißbrauch jener Macht, die Presse haben kann.

Tolmein: Ich finde es überhaupt nicht problematisch, wenn ich mit den Medien, in denen ich arbeite, zum Beispiel hätte bewirken können, daß beim Hungerstreik der politischen Gefangenen menschliche und humane Haftbedingungen durchgesetzt werden. Da zeigt sich eben, daß diese Zweiteilung, die Sie machen, einerseits Machthaben als etwas Abzulehnendes und andererseits Kontrolle der Mächtigen als etwas Positives, nicht mehr durchzuhalten ist. Kontrolle der Mächtigen, wenn sie denn wirkungsvoll sein soll, hieße in diesem Fall durchzusetzen, daß inhumane Haftbedingungen tatsächlich verändert werden.

Tornow: Ja, aber über welchen Weg? Da machst du es dir jetzt auch ein bißchen einfach. Hinter die Gewaltenteilung falle ich nicht zurück, und ich würde dafür kämpfen, daß dahinter nicht zurückgefallen wird. Das wäre Regression, wenn dann wirklich die Öffentlichkeit – und wir sind den Mehrheitsmeinungen gegenüber ja mit Recht skeptisch – direkt Einfluß nimmt. Wie soll das da denn weiterlaufen? Selbst wenn es eine große Einigkeit in der Bevölkerung darüber gibt, daß Haftbedingungen dieser Art inhuman sind, was dann? Wie übersetzt sich das dann in Handeln, das wirklich diese Haftbedingungen verändert?

Tolmein: Wie sich das übersetzt? Wie hat »Bild« mitgeschossen? Das ist genau die gleiche Frage. . .

Tornow: Nein, nein, nein...

Gerstenberger: Das sind zwei verschiedene Fragen. Das eine ist die Wirkung von Presse auf Meinung, eine Beeinflussung der Inhalte der Öffentlichkeit, und das andere ist die Wirkung von Presse auf den Staat. Unsere Ausgangsfrage nach der Presse als 4. Staatsgewalt ist ja sehr alt. Sie stammt vom Anfang des 19. Jahrhunderts, und sie war damals schon falsch. In bürgerlichen Gesellschaften existiert die Vorstellung, und das ist real auch so organisiert, daß Öffentlichkeit die Basis des Staates ist. Und tatsächlich vermittelt sich das immer wieder zurück über die Wahlen. Die Presse gibt sich aus als ein besonderes, zwischen den Wahlen fungierendes Sprachrohr der Öffentlichkeit. Sie ist marktförmig organisiert, und deshalb können manche Inhalte eher veröffentlicht werden als andere. Aber die Wirkung auf die Staatsgewalt funktioniert nur so, daß diejenigen, die gerade dran sind, denken, wir müssen reagieren, sonst sind wir nicht mehr dran. Einfluß vermittelt sich also über die Form der staatlichen Organisationen.

Tornow: Das ganze ist ein System von check and balance, und das ist gut so.

Tolmein: Der Scheck bestimmt die Balance...

Tornow: Wobei es natürlich völlig richtig ist zu sagen, daß die Rücksichtnahme auf Wählerstimmen auch was damit zu tun hat, daß Machtpositionen aufgegeben werden, die sich dann in klingender Münze niederschlagen. Insofern hat das alles was damit zu tun, daß da auch Tauschgeschäfte stattfinden, aber das ist für unsere Gesellschaft insgesamt charakteristisch.

Bednarz: Sie müssen nicht immer mit den Standardbeispielen kommen, Herr Tolmein: mit dem, was Sie politische Gefangene nennen, was ich erstmal RAF-Gefangene nennen würde. Rücksicht auf die öffentliche Meinung wird überall da genommen, wo Machtverlust oder -einbuße oder -beeinträchtigung zu fürchten ist. Nehmen Sie ein so banales Beispiel wie den Versuch der Einführung der Flugbenzinsteuer. Da hat sich die öffentliche Meinung artikuliert, da haben die Mächtigen Einbußen befürchtet, und sie haben reagiert.

Tornow: Manchmal sollten wir uns aber auch selber mal fragen, auf was für Themen wir als Medium, als Zeitung in diesem Fall, anspringen. Es gibt Themen, die halte ich für Spielmaterial. Dieses Flugbenzinthema habe ich im Zusammenhang der ganzen Steuerreform, das war ja der Hintergrund, für eines der Themen gehalten, wo eine große Auseinandersetzung zugelassen und das Ding dann auch fallengelassen wird. Da durften die Leute sich aufregen. Dabei ist, was die tatsächlichen Dimensionen des Steuerthemas betrifft, die Flugbenzin-Geschichte einfach lächerlich. Und trotzdem hat sie die Gefühle hochgepuscht, weil es auch um besondere Privilegien gegangen ist, die an einzelnen Leuten festgemacht werden können. Der dichotomische Reflex funktioniert immer: die da oben und wir hier unten.

Tolmein: Ich möchte jetzt aber trotzdem auf die Standardthemen, die ich nicht für Standardthemen halte, zurückkommen, weil ich denke, daß da was anderes deutlich wird. Bei so einem Thema wie Flugbenzin oder auch bei Öko-Themen gibt es eine ökonomische Interessenabwägung, die bei verschiedenen Fraktionen des bürgerlichen Staates unterschiedliche Ergebnisse zeitigt. Der Streit, den die Medien wiedergeben und anheizen, geht darum, welche der Positionen der verschiedenen Fraktionen der Mächtigen ziehen aus bestimmten Konflikten Vorteile, welche müssen Nachteile hinnehmen. Das spielt sich alles auf dem Grundkonsens der Herrschenden in diesem Staat ab, zwischen Grünen und CDU. Bei einem Thema wie den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF, aber es sind ja nicht nur Gefangene aus der RAF, sondern es sind auch Gefangene aus dem autonomen Spektrum, aus sozialen Bewegungen, also eben wirklich politische Gefangene, stehen die Menschenrechte in einer sich als bürgerlich verstehenden Gesellschaft in Frage. Da ist man in einer Situation, in der die Interessen, die dort durchgesetzt werden sollen, Interessen sind, die sich gegen sämtliche Fraktionen des Staates und des Herrschaftsapparates richten. Das sind Interessen, aus denen z.B. auch keine neuentstehende Umweltschutzindustrie Profite ziehen kann. Wenn überhaupt, kann es hier nur eine Kraft geben, nämlich die Öffentlichkeit, die Haftverbesserungen durch Information und den daraus eventuell entstehenden Meinungsdruck auf den Herrschaftsapparat durchsetzen kann. Gerade an so einem Punkt, finde ich, funktioniert Öffentlichkeit in diesem Land aber überhaupt nicht.

Tornow: Das liegt zum Teil auch an den Leuten, die sich um diese Themen kontinuierlich kümmern. Das sind die verschiedenen Komitees oder auch die Familienmitglieder von RAF- und anderen Gefangenen. Für mich ist das ein ganz großes Problem, das ich gerade auch bei der letzten Kampagne sehr deutlich gesehen habe. Öffentlichkeit heißt für mich aber nicht, eine Öffentlichkeit der Komitees, sozusagen eine Öffentlichkeit der Erklärungen, der beiderseitigen meinetwegen, herzustellen. Sondern Öffentlichkeit heißt, gesellschaftliche Konflikte aufzuzeigen und zu dokumentieren, vor allem aber in diesen Konflikt einzugreifen. Und das, was ich da gesehen habe, ist mir zu sehr, das muß ich schon sagen, nach dem Muster des Stellungskrieges abgelaufen. Da haben auch zu guten Teilen die Betroffenen selbst Öffentlichkeit verhindert, die sich wirklich stärker mit der Thematik hätte auseinandersetzen können, und damit auch ein Stück mehr an Aufklärung. Das kann ich gerade für die »taz« und ihre Hungerstreik-Berichterstattung ganz deutlich sagen.

Bednarz: Also, es tut mir leid, Herr Tolmein, ich kann die Reduzierung des Problems Staat und Presse auf die Frage der RAF-Gefangenen nicht nachvollziehen, und ich habe das Gefühl, Sie sprechen von einem anderen Staat als dem, in dem ich glaube zu leben. Vielleicht haben Sie da nähere und bessere Informationen, das weiß ich nicht, aber die Art, wie Sie pauschal über beispielsweise die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen sprechen, scheint mir ein Hinweis darauf zu sein,

daß Sie zwar sehr stark in Ideologie aber nicht allzu stark in den Fakten sind. Denn de facto sind die Haftbedingungen auch bei diesem Personenkreis sehr unterschiedlich, von Bundesland zu Bundesland, von Haftanstalt zu Haftanstalt. Und so eine große Flagge auf die Barrikade zu pflanzen und zu sagen, am Problem der Haftbedingungen der RAF-Gefangenen mache ich das Verhältnis von Presse und Staat fest, das ist mir eine Verengung, die ich nicht mitzumachen bereit bin, dann sollten wir uns ein andres Diskussionsthema suchen.

Gerstenberger: Das ist tatsächlich ein bißchen zu moralisch-rigoristisch und etwas zu wenig analytisch. Es ist ja doch so, daß es heute sehr viele unterschiedliche Öffentlichkeiten gibt, und jeder von uns hat vermutlich ein Gebiet, das ihn ganz besonders schrecklich aufregt. Bei mir sind das beispielsweise die wohnungslosen Menschen. Die kommen zwar inzwischen in Fernsehkrimis vor als hübsche Figuren, aber wirklich Öffentlichkeit für ihre Not herzustellen ist sehr schwierig. Heute morgen stand zum Beispiel eine kleine Notiz in der »taz«, in den letzten zwei Tagen seien im Iran 41 Menschen hingerichtet worden. Keiner von uns schafft es, auch nur eine Minute an jeden einzelnen von ihnen zu denken, und trotzdem werden wir uns wahrscheinlich alle einig sein, es ist ein Gebiet, für das es auch hier eine größere Öffentlichkeit bräuchte. Es gibt eine ganze Reihe – beispielsweise christliche Frauengruppen – Menschen, die sich seit Jahren um diesen Zusammenhang von Bankgeschäften und Südafrika kümmern. Da gibt es immer mal wieder eine kleine Öffentlichkeit, eine breite gibt es nicht. Ich glaube, daß die Öffentlichkeiten zum Teil einfach zersplitterter sind als das Bild, das wir noch im Kopf haben, und jeder denkt, für die Frage, die er nun ganz besonders wichtig findet, soll es eine ganz große geben. Das ist auch durchaus richtig, aber es gibt sie einfach nicht. Meines Erachtens liegt das nicht an der Presse, sondern es liegt an einer Aufspaltung der Öffentlichkeiten, die etwas mit unserer Gesellschaft zu tun hat. Es gibt heutzutage diese Vereinheitlichung von politischen Interessen nicht mehr. Das ist ein Bild, das wir aber immer noch im Kopf haben, wenn wir von breiter Öffentlichkeit reden, als ob man sich in der Gesellschaft auf bestimmte Themen einigen könnte, für die wir jetzt alle eine ganz große Kampagne machen.

Tornow: Ich glaube auch, daß das eine Frage von Relevanzkriterien ist und vielleicht auch etwas mit dem allgemeinen Niedergehen des Sozialismus als Gesellschaftsmodell zu tun hat, weil damit eine der letzten Gesamtutopien, die auch Bedeutungshierarchien in einem säkularisierten Zusammenhang aufgestellt hat, ihren Wert verloren hat. Ich denke, daß es heute bei den jeweiligen Medien nachzufragen gilt: Was ist eure Bedeutungshierarchie, und die das auch offenlegen zu lassen. Unter diesem Gesichtspunkt würde ich sagen, daß die »taz« immer noch – ich weiß, daß sind mittlerweile ein bißchen altfränkische Begriffe – beleidigte, entrechtete Menschen vertreten und denen ein Sprachrohr sein will.

Tolmein: Dem rot-grünen Westberliner Senat zum Beispiel...

Tornow: Das finde ich Unsinn, das tun wir ja nun wirklich sehr bedingt. Daß wir über die auch informieren, ist richtig, und daß das auch Momente von Verbreitung dieser Inhalte hat, läßt sich ja wohl kaum vermeiden. Ich meine es ganz ernst mit dem Sprachrohr. Das heißt dann aber auch, der Gesellschaft einen Spiegel vorzuhalten, und in dem Zusammenhang finde ich dein Insistieren darauf schief, daß RAF-Gefangene, Ingrid Strobl, Hungerstreik, daß das die Gesellschaftsthemen sind, sozusagen der Brenn- und Springpunkt für die Frage, wie es hier um die Menschenrechte, die Bedeutung des Individuums und den Schutz von Grundrechten bestellt ist. Mir fallen eine Menge von anderen Fragen ein, an die ich das Lakmuspapier genauso anlegen könnte: Kinder in dieser Gesellschaft z. B. Es ist mir völlig schleierhaft, wie so eine schiefe Orientierung zustande kommt, und ich glaube, das hat was damit zu tun, daß du staatsfixiert und relativ wenig auf Gesellschaft bezogen fragst.

Tolmein: Ich finde es nicht staatsfixiert, die Frage der Einhaltung von Menschenrechten bei den Leuten, die dem Staat restlos ausgeliefert sind, zu einem zentralen öffentlichen Thema zu machen. Die Frage der Garantie von Menschrechten stellt sich natürlich nicht nur im Bereich Knast, ich will das an diesem Punkt aber keineswegs gegen andere Menschenrechtsverletzungen, z.B. in der Psychiatrie, ausspielen lassen. Fest steht, daß dort, wo der Staat besonders nachhaltig in individuelle Freiheiten eingreift, z.B. jetzt wieder mit der geplanten Festschreibung der Zwangssterilisation, JournalistInnen ein besonderes Verantwortungsgefühl haben müßten. Das ist andererseits ein Bereich, und da würde mich interessieren, ob diese Diagnose von Ihnen geteilt wird, wo der Journalismus, die Medien oder die Öffentlichkeit sich insgesamt als auffallend wirkungslos erweisen.

Bednarz: Ich habe das Gefühl, ich sage es mal bewußt zugespitzt, Sie leiden persönlich als Journalist ein bißchen an der Tatsache, daß Sie der nachgeborenen Generation angehören. Sie leiden darunter, daß wir hier im Moment keine 68er Situation in unserem Land haben, und suchen, aus welchen Motiven auch immer, krampfhaft nach Feindbildern. Alles das, was Sie eben als Themen für, ich möchte es mal engagierten Journalismus nennen, aufgezählt haben, alle diese Themen, ohne Ausnahme, von der Frage der Haftbedingungen über die Frage der Wohnungslosen und die Frage der Behindertengesetzgebung, haben Sie in den beiden Organen, die hier außer Ihrem Organ am Tisch vertreten sind, nämlich in der »taz« oder in unserer »Monitor«-Redaktion, ausnahmslos gehabt und werden sie immer wieder haben. Wogegen rennen Sie eigentlich an?

Tolmein: Ich denke, wenn Sie als Programm haben, mit »Monitor« eine Teilkontrolle der Mächtigen zu leisten, wenn Georgia das Programm hat, mit der »taz« Sprachrohr von Gruppen zu sein, die sonst keine Artikulationsmöglichkeiten

haben, dann stellt sich die Frage, ob das ein Anspruch ist, der dadurch abgedeckt wird, daß bestimmte Themen behandelt werden? Nicht, ob es Beiträge zu diesen Themen gibt ist der Streitpunkt, sondern das Problem besteht darin, daß, obwohl diese Themen abgehandelt werden, faktisch zumindest in den Bereichen, die ich hier eben aufgeführt habe, so gut wie kein öffentlicher Druck entsteht, der in irgendeiner Weise auf den Staat wirken würde. Wenn Sie jetzt sagen, was wollen Sie eigentlich, wir senden das doch, ist das in gewisser Hinsicht eine bequeme, ich kann auch sagen systemstabilisierende Haltung. Sie sagen, wir hatten die Themen, und damit ist das für uns beendet. Solange daraus aber nichts resultiert, ist die Frage einfach, ob nicht eine Redaktion wie »Monitor« in einem Gesamtkomplex »WDR« oder die »taz« in einem Gesamtbereich BRD nicht auch in gewisser Hinsicht eine Alibifunktion haben.

Bednarz: Ich habe das Gefühl, Sie würden gerne Pressezar und Bundeskanzler in einem sein und vergessen dabei, daß wir in unserer Gesellschaft Rollenteilung, Arbeitsteilung haben. Wir haben keine Einheitsgesellschaft. Das mögen Sie bedauern, ich bedaure das nicht, ich finde so eine pluralistische Gesellschaft eigentlich etwas ganz Erfreuliches, aber Sie möchten in Ihrem Presseverständnis offenbar die gleichen Kompetenzen haben, die ein Richter in der Judikative hat, die ein Bundeskanzler in seiner Richtlinienkompetenz hat, das alles möchten Sie als Journalist haben, und da finde ich, haben Sie dann den falschen Beruf gewählt.

Tornow: Mir kommt das alles ein bißchen renaissanceartig vor. Das ist so, wie Fürst oder Papst sich damals um die Definitionsmacht über etwas stritten, damit ex cathedra dies und jenes verkündet werden konnte, was dann direkt Herrschaft ausmachte. Ich finde ganz wichtig zu sehen, daß es nicht mehr wie in obrigkeitsstaatlichen gesellschaftlichen Zuständen eine Reduktion politischen Handelns auf kleine gesellschaftliche Gruppen und Parteien gibt, sondern daß hier viele Bewegungen und Initiativen agieren, in denen Leute an Ort und Stelle etwas machen. Und die erschließen dann auch jeweils, und jetzt komme ich nochmal auf das, was Heide Gerstenberger sagte, eine Teilöffentlichkeit für sich. Dort verbinden sich Handeln und Denken zu einer Analyse, wie begrenzt auch immer. Und die Frage ist jetzt, wie wird das wieder in einen Zusammenhang gebracht, wo Öffentlichkeit weiter reicht. Ich bin dafür, daß wir auch in unserer Zeitung, also der »taz«, den Konflikt initiieren und inszenieren zwischen verschiedenen Sichtweisen eines Problems. Mir ist es immer sehr unheimlich, wenn es nur eine Sichtweise gibt. Das möchte ich gerne ausgetragen sehen gesellschaftlich, und eben nicht vorab entschieden. Und dann gibt es noch die Frage der Folgen anstehender Entscheidungen in einer gesellschaftlichen Situation heute, die keiner überblickt. Das ist die ganze Frage der Technologie, der Geschwindigkeit und des Zeithorizonts von Veränderungen, die überhaupt niemand verantworten *kann.* Da sehe ich ein großes Demokratiedefizit, und dafür Bewußtheit zu schaffen, halte ich für eine enorm wichtige Funktion der Medien. Nicht nur eine direkte Kontrolle von Mächtigen, wo die ihre ganz spezifischen Schweinereien machen. Gesellschaftliche Prozesse sind wirklich viel komplizierter, als daß man immer nur diese direkte Kontrolle einzelner Personen im Blick haben sollte. Oliver, so wie du das beschreibst, hast du eine Omnipotenzphantasie, was die Presse und ihre Wirkung betrifft. Die habe ich nicht.

Gerstenberger: Ich würde gern nochmal bei Herrn Bednarz ansetzen. In »Monitor« kommen solche Beispiele vor, und sie haben keine Wirkung. Wenn das so ist, dann ist das nicht das Problem von »Monitor«. Kluge Kommunikationswissenschaftler sagen, es können jede Menge kritische Themen vorkommen, die Rezeption ist eine Gesamtprogrammrezeption, und wenn von 9 Uhr bis 9.15 Uhr das eine kommt, dann kommt später was anderes. Aber was folgert man daraus? Daraus folgert man doch nicht: Das ist repressive Toleranz, also lassen wir auch die kritischen Themen weg. Journalisten geht es doch wie Hochschullehrern auch. Beide können keine politischen Ansichten prägen. Auch nicht dadurch, daß sie etwas immer wieder sagen. Trotzdem sind sie nicht ohne Verantwortung. Denn bestimmte Aussagen entfalten Wirkungen, wenn sie auf Fragen antworten, die sich Hörer und Leser selbst schon gestellt haben, oder auch, indem sie ein Problem erstmal bewußt machen. Wenn die Behandlung bestimmter Themen keine Wirkung hat, so belegt das also nicht, daß die Themen eben nicht gut abgehandelt worden sind oder das richtige Engagement fehlt.

Tolmein: Das denke ich auch. Marcuse hat das in der »Repressiven Toleranz« aber auch präziser auf den Punkt gebracht. Er stellt fest, daß es eine widersprüchliche Sache ist, in diesem System politische Freiheiten für sich in Anspruch zu nehmen. Zum einen bestätigt man das System, das ja einen Gutteil seiner Legitimation daraus bezieht, diese Freiheiten zu gewähren, die in der Regel keine wirklichen Veränderungen schaffen. Zum anderen muß man sie in Anspruch nehmen, um eine Basis aufzubauen, von der aus das System möglicherweise überwunden werden kann. Deswegen wäre es Blödsinn, Bednarz zu kritisieren, weil er dazu aufruft, in der ersten Stunde des Krieges die Waffen niederzulegen. Ich kritisiere allerdings, daß der zweite Teil des Marcuse-Gedankens nicht thematisiert wird: daß nämlich auch kritischer Journalismus, wenn er seine stabilisierende Rolle in diesem System nicht thematisiert, auch seinen kritischen Gehalt tendenziell verliert. Ich habe gesagt, daß das bloße Vorhandensein bestimmter Themen noch keine Kontrolle der Mächtigen bewirkt, und das in zentralen Fragen die weitgehende Wirkungslosigkeit der von uns produzierten Öffentlichkeit konstatiert werden muß. Daraufhin werden mir wahlweise Omnipotenzphantasien und Pressezarambitionen attestiert. Das finde ich eine Verdrehung: Wenn ich sage, ich will den Staat an seinem eigenen Anspruch, an den Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, und dazu gehört die Einhaltung der Menschenrechte, messen, und mich mit den real stattfindenden Menschenrechtsverletzungen nicht abfinden, dann ist das linksradikale Propaganda und Machtwahn.

Bednarz: Vielleicht bin ich ungeübt in solchen Diskussionen, aber ich habe gewisse Schwierigkeiten, Ihnen zu folgen. Einmal sprechen Sie vom Überwinden des Systems, dann sprechen Sie davon, den Staat an den Errungenschaften bürgerlicher Revolutionen messen zu wollen, also, wenn Sie mit Journalismus das System überwinden wollen, dann müssen Sie z.B. mal erklären, welches System Sie dann anstelle dessen, was wir grundsätzlich, und das meine ich wörtlich, im Sinne von Grundgesetz, hier haben, setzen wollen. Ein ganz andres Problem scheint mir zu sein, daß Sie sich nicht ganz darüber im klaren sind, was Sie tatsächlich wollen, und ein Dilemma haben, das, glaube ich, wir alle mit Ihnen teilen, daß wir eigentlich nicht genau wissen, wie Information und Aufklärung im einzelnen auf Öffentlichkeit wirkt. Ich habe mal mit Päpsten der Kommunikationsforschung in unserem Land darüber diskutiert und sie irgendwann gefragt, wißt ihr eigentlich, wie Informationen wirken, und die haben gesagt, wir wissen es nicht. Wenn wir es wüßten, würden wir hier nicht als – pardon – armselige Hochschulprofs durch die Gegend laufen, sondern würden hochbezahlte Beraterverträge bei den großen Werbeagenturen von Industrie und politischen Parteien haben. Das heißt, und in der Praxis bestätigt sich das immer wieder, wie wir wirken, unterliegt Gesetzen, die für mich, bisher jedenfalls, rational nicht nachvollziehbar sind.

Ich möchte ein Beispiel nennen: Wir bringen eine aus unserer Sicht eher exotische Geschichte über ein paar kleine Würmchen in irgendwelchen Fischen. Am nächsten Tag droht der deutschen Fischindustrie der Kollaps. Wir bringen einen Bericht darüber, daß entgegen wiederholten Ankündigungen der Bundesrepublik die USA bereits praktisch damit begonnen haben, in unserem Land neutronenfähige Waffensysteme zu stationieren. In unserem bis dahin sehr naiven Verständnis von Nachricht und Wirkung erwarten wir, daß nun am nächsten Tag ein Sternmarsch auf Bonn spontan stattfindet, daß entweder der Verteidigungsminister demissioniert oder der Kanzler die Vertrauensfrage stellt – nichts passiert! Nicht einer macht sich auf zum Sternmarsch, das Verteidigungsministerium reagiert nicht einmal, nichtmal mit einem Dementi. Nach mehreren solchen Erfahrungen wird man sehr skeptisch in der Beurteilung der Frage, was kannst du tatsächlich bewirken. Allerdings, und das ist für unser Selbstverständnis konstitutiv, man muß immer wieder versuchen aufzuklären, immer wieder mit Beharrlichkeit, und hin und wieder hat man ja auch in dem Sinne Erfolg, daß man sieht, in der politischen Landschaft, in der Gesellschaft oder auch in der Marktwirtschaft bewegt sich etwas. Aber das Feld, auf dem wir uns bewegen, und das wir so schön 'Öffentlichkeit' nennen, ist nicht irgendwie per Knopfdruck in die eine oder andere Richtung massenhaft bewegbar. Das macht mich für die Gesamtperspektive dieses Staates ganz hoffnungsfroh.

Tornow: Ich sehe auch, daß es Widerständiges gibt, ich glaube auch, daß das unterstützt werden muß und daß das eine Aufgabe der Presse ist. Im Unterschied zu Ihnen, Herr Bednarz, nehme ich durchaus Manipulationstechniken wahr, glaube auch, daß es die gibt, und zwar bis in die Form des Layouts von Zeitungen, der Plazierung von Nachrichten, farblicher Heraushebung etc. Aber was mir wichtiger erscheint, ist die Frage, was es eigentlich bedeutet, im Rahmen dieser Informationsflut mit einem Medium aufzutreten – so paradox sich das im ersten Moment anhört. Die »taz« ist eine Tageszeitung, und sicherlich wollen wir auch aktuell sein, aber ich glaube, daß es völlig richtig ist, in solch einem Medium gegen etwas anzutreten, was man die Tendenz zum schnellen Vergessen, zur kurzen Halbwertzeit von Nachrichten nennen könnte. Ich finde es sehr wichtig, follow-ups zu bringen, also zu fragen, was ist eigentlich aus der und der Geschichte geworden. Und das nicht erst, wenn in Herborn der Prozeß gegen den Tanklastwagen beginnt, sondern auch mal zwischendurch...

Bednarz: Wir haben uns oft gefragt, ob wir nicht in jeder Sendung ein »Nachgefragt« machen sollten. Das ist eine ganz wichtige Sache. Als wir zum ersten Mal berichteten über Gefahren, die von Boehringer Hamburg ausgingen, war die übliche Reaktion des Betriebes zunächst: alles erstunken und erlogen, und der Hamburger Senat schloß sich dem mit den gleichen Formulierungen an. Und als wir das sechste Mal darüber berichtet hatten und immer bei unserer Linie – leider waren die Fakten so, daß es gar keine andere Linie gab – geblieben waren, wurde letztendlich dieser Betrieb zugemacht . Das ist eine Erfahrung, die wir bei »Monitor« gemacht haben. Man muß an einem Thema dranbleiben, es ist mit einmaligen Berichten nicht getan und hat in den meisten Fällen auch gar nichts bewirkt.

Tornow: Wir haben beispielsweise diskutiert, daß es nötig ist, an den Entwicklungen in China stärker, als es der allgemeine Nachrichtenfluß garantiert, dranzubleiben, antizyklisch sozusagen zum Nachrichtenfluß. Gern würden wir auch eine Kampagne dazu machen, aber da sind die Möglichkeiten einer Zeitung halt begrenzt. Es gibt dafür bessere Träger...

Bednarz: Es ist auch nicht die Aufgabe der Presse, Kampagnen zu machen...

Tornow: Es ist nicht generell die Aufgabe der Presse, aber es gibt Ausnahmen, und bei China denke ich, daß es eine Reihe von Möglichkeiten gibt, z.B. die deutsch-chinesischen Gesellschaften, verschiedene Organisationen der chinesischen Studenten und Wissenschaftler hier etc., die wir zusammenfassen könnten. Auch ist es für Zeitungen möglich, Themenkampagnen zu machen. Ich wünsche mir eine »taz«-Kampagne für ein neues soziales Netz, eine Debatte über Mindesteinkommen und Grundrente. Das Problem ist aber, daß es ganz selten eine Gelegenheit gibt, eine Kampagne zu machen mit einer ganz klaren Forderung. Zola hat gesagt: J'accuse, und er hat nicht gesagt, laßt Dreyfus sofort raus, macht dies, macht jenes, er hat gesagt: Neuaufnahme des Prozesses, sofortige Neuaufnahme, und das ist schon ein Unterschied.

Tolmein: Das hätte die »taz« doch z.B. beim Hungerstreik auch machen können, das wäre doch überhaupt kein Problem gewesen...

Tornow: Es kann doch nicht nur um ein Remake von Zola gehen...

Tolmein: ... aber darum, daß es Möglichkeiten gibt, solche Kampagnen zu machen, und daß die »taz« es eben an durchaus naheliegenden Punkten nicht macht. Das ist auch so eine Frage der Bedeutungshierarchie. Du nennst China, das ist natürlich richtig, das ist ein wichtiges und aktuelles Thema, allerdings muß sich die »taz« auch fragen, wieso sie eigentlich jahrelang die Politik eines Deng Xiaoping gelobt hat, und derselbe Chinakorrespondent, der das gemacht hat, jetzt sagt...

Tornow: Das Hinterher-Besserwissen hat wieder Konjunktur...

Bednarz: Das ist so wie mit den Steinen und dem Glashaus. Da sollte man erstmal jedem grundsätzlich das Recht auf Irrtum und den Anspruch auf Lernprozesse zubilligen, und da ist, glaube ich, die Position, aus der Sie und Ihr Blatt heraus argumentieren, nicht die überzeugendste. Sie kommen immer wieder auf dieses Thema, auf das sich bei Ihnen alles verengt, auf die RAF-Gefangenen, zurück: Da wollen Sie etwas bewirken. Da drängt sich doch die Frage auf, ob der Weg, den Sie da praktisch beschreiten, der richtige ist, oder ob das nicht ein Holzweg ist, denn die durchschlagende Wirkungslosigkeit, mit der etwa KONKRET sich seit Jahren bestimmter Themen annimmt, stellt für mich zumindest die Frage, ob dieser aus durchaus ehrenwerten Motiven resultierende Journalismus nicht in Gefahr ist, noch wirkungsloser zu werden. Denn je sektiererischer Sie werden, je enger Sie das Themenfeld sehen, für das Sie sich engagieren, umso wirkungsloser werden Sie.

Tolmein: Ich würde mich überhaupt nicht darum reißen, in KONKRET solche Themen wie den Prozeß gegen Ingrid Strobl, den Hungerstreik, das Startbahnverfahren so beharrlich aufzugreifen, wenn es denn eine Öffentlichkeit, deren eigentliche Aufgabe so etwas wäre, stattdessen machte. Wenn Sie mir Sektierertum in dieser Frage vorwerfen, frage ich, was denn eigentlich das Sektiererische daran ist. Das Sektiererische ist, daß in einem Prozeß wie dem gegen Ingrid Strobl eine Zeitschrift wie KONKRET gefordert hat, die ganz banalen Rechtsgrundsätze dieses Staates einzuhalten.

Bednarz: Ihre Strategie, Herr Tolmein, scheint mir aus einem ganz gravierenden Realitätsverlust zu resultieren, denn alles, was Sie gerade postuliert haben, habe ich so in der »taz« gelesen, ich habe es in der »FR« gelesen, ich habe es selbst im öffentlich-rechtlichen Medium gesehen, wo wiederholt über Strobl, über RAF-Gefangene und und und berichtet wurde. Dieser Orden, den Sie sich jetzt überdimensional an die Brust heften wollen und mit dem Sie die Verengung Ihres Themenspektrums begründen wollen, den haben Sie nicht verdient. Unsere Berichterstattung braucht keine Bevormundung und braucht auch nicht die »clockwork 129a«, sondern wir haben selbst gelernt zu recherchieren und können uns selber ein Urteil bilden. Also, danke für Ihr Hilfsangebot, aber gehen Sie davon aus, daß wir auch ohne dieses unsere Geschichten machen können.

Tolmein: Das bestreite ich überhaupt nicht. Es ist nur ein Fakt, daß z.B. über den Strobl-Prozeß seit der Verurteilung eine Berichterstattung nicht mehr stattfindet. Es ist ein Fakt, daß auch über den Hungerstreik nach dessen Abbruch, obwohl sich die Haftbedingungen nicht wesentlich verändert haben und drei der Haftunfähigen weiterhin im Knast sind, nur noch wenig berichtet worden ist.

Bednarz: Also dann empfehle ich Ihnen mal wirklich die Lektüre der gesamten Presse, bevor Sie solche Behauptungen in die Welt setzen, die der Nachprüfung nicht standhalten. Ich habe laufend gelesen, wie sich die Haftbedingungen geändert haben, wie Zusammenlegungen dort und dort erfolgt sind, das haben Sie offensichtlich alles Bar nicht registriert, weil Sie wirklich, pardon, es tut mir leid, es Ihnen so sagen zu müssen, sektiererisch eine Verengung Ihres Blickfeldes auf zwei, drei Themen haben und auf das Blatt, für das Sie jetzt gerade arbeiten.

Gerstenberger: Ich weiß nicht, ob wir über diese Kritik am Sektiererischen viel weiter kommen. Wenn KONKRET sich nun antizyklisch für bestimmte Themen entscheidet, dann muß man doch erstmal sagen, daß das eine wichtige Geschichte ist.

Bednarz: Was wir übrigens auch machen. Wir suchen ganz bewußt Themen, die sonst niemand aufgreift und setzen sie ganz bewußt antizyklisch gegen den generellen Trend der Presse.

Gerstenberger: Das heißt natürlich auch, daß man den Kreis begrenzt, den man erreicht, nämlich auf das gesellschaftlich dafür vorhandene Reservoir. Das kann man für eine richtige politische Strategie halten, aber man soll dann nicht allen anderen vorwerfen, daß sie es nicht genauso machen. Das entscheidende Problem für die Beurteilung solcher Strategien ist, daß niemand so genau weiß, wie heutzutage politische Themen entstehen. Wenn man die Konsequenzen aus der marktförmigen Institutionalisierung von Presse nicht ziehen will, verzichtet man auf eine breite Abnehmerschaft und damit auch auf eine breite Wirkung. Es ist einfach eine Entscheidung, die nichts zu tun hat mit irgendwelchem Engagement von Journalisten, sondern damit, daß es heutzutage keine breit organisierbaren Interessen gibt, die einer bestimmten Schicht oder Klasse zugeordnet werden können.

Tornow: Das ist im Umbruch. Ich denke, daß es da heute Prozesse von Neuformierung gibt. Ich sehe neue Gruppen entstehen, die sich freigemacht haben von dem, was früher lebenslange Verurteilung zu einem

Klassenschicksal war. Das ist schon ein Stück Unübersichtlichkeit, aber trotzdem ist es wichtig zu sehen, daß es unterschiedliche Grundhaltungen gibt. Es gibt heute immer noch eine Grundhaltung, die aufklärerischen Überlegungen verhaftet ist, und es gibt eine andere, die sich eher in fundamentalistische und traditionelle Bezüge rettet. Übrigens überall.

Tolmein: Aufklärung hat auch was Traditionelles.

Tornow: Na klar. Für mich ist die Tatsache, daß es sehr unterschiedliche Presseerzeugnisse gibt, eine Chance, verschiedene Gruppierungen der Gesellschaft heute besser wahrnehmen zu können, als man es im 19. Jahrhundert konnte, obgleich es damals ja auch sehr viele Zeitungen gab. Ich denke, die Berichterstattung war damals stärker an bestimmten politischen Großthemen orientiert als an sozialen Zusammenhängen. Das vermischt sich jetzt mehr.

Gerstenberger: Was wir im Moment feststellen, ist die Auflösung der Gewißheit, daß der politische Erfolg bestimmter sozialer Gruppen, zu denen man selbst gehört oder mit denen man sich identifiziert, die Welt verbessern werde. Das hat eine sehr starke Fixierung des bürgerlichen Mittelstandes, zu dem wir ja gehören, auf das Individuum bewirkt. Zum Maßstab für ernste Politik ist so der Habitus der Betroffenheit geworden. Nicht mehr in der Verfolgung bestimmter Ziele erweist man sich als ernsthafter politischer Mensch, da gibt es sehr viele unterschiedliche, sondern durch diese Verhaltensweise 'Betroffenheit' . Und parallel dazu werden als Themen im Grunde immer neue Bedrohungs-Konjunkturen gehandelt.

Tornow: Aber dagegen ist doch gerade die stärkere Betonung des Individuums ein Fortschritt. Denn dahinter steckt nicht nur dieser Alarmismo, diese allgemeine Katastrophenstimmung, sondern auch die Frage: Wie wollen wir denn eigentlich leben? Das Berät uns ja bei den ganzen angeblichen Naturkatastrophen, die ja alle von Menschen gemacht sind, völlig aus dem Blick, während bei Themen wie Sterbehilfe oder Gentechnologie oder Leben im Alter eine Dimension des menschlichen Maßes in die Politik gebracht wird. In diesen Themenstellungen drückt sich nicht mehr die Heilserwartung für spätere Generationen aus, die wir noch mit dem Großthema 'Sozialismus' verbanden. Daß sowas teilweise verkommt zu einer Betroffenheits-Masche, das ist richtig. Was bleibt von der bürgerlichen Revolution? Ich würde für liberté auf die Barrikade gehen, klar, fraternité ist so eine Sache, und egalité, das ist Gleichheit vor dem Gesetz – darüber hinaus: vive la difference.

Tolmein: Ich darf ja wegen Staatsfixiertheit zu Gesetzen nichts mehr sagen. Aber gerade bei Themen wie Sterbehilfe oder Gentechnologie kannst du die öffentliche Diskussion nicht am individuellen Schicksal führen. Daß heute Sterbehilfe und sogar die Tötung schwerbehinderter Neugeborener diskutiert wird, hat seine Ursache schließlich in Planungen zur sogenannten Kostendämpfung im Gesundheitswesen und steht im Zusammenhang einer Diskussion, die eine geschichtliche Dimension hat. Die Auseinandersetzung damit muß zumindest zu einem wesentlichen Teil auch eine mit der Verfaßtheit dieses Staates sein. Dieser individuelle Ansatz, der sowohl die Geschichte ausblendet als auch die mögliche Ansprache an Kollektive, ist gefährlich.

Bednarz: Wieder so ein Schlagwort. Welche Kollektive oder Klassen gibt es denn noch?

Tolmein: Es gibt z.B. eine Arbeiterklasse, und es gibt eine bürgerliche Klasse, zu der wir gehören...

Bednarz: Und die Arbeiterklasse verhält sich konform . . .

Tolmein: Sie verhält sich natürlich nicht konform. . .

Bednarz: Zur Klasse gehört doch aber als konstituierendes Merkmal ein gewisses konformes Verhalten. Und Sie stellen fest, daß das, was Sie Arbeiterklasse nennen, sowohl CDU, SPD als auch die »Republikaner« wählt und, glaube ich, weniger zahlreich die Grünen. Ich kann es nur noch einmal wiederholen: Ihr Problem besteht darin, daß wir heute leider keine 68er oder keine 1875er Situation mehr haben, und Sie trauern dem nach, dem festgefügten Freund- und Feindbild. Sie stoßen immer wieder auf dasselbe Problem: Sie möchten mit dem Journalismus die Machtfrage stellen. Sie möchten eigentlich – was Frau Tornow gesagt hat, ist völlig richtig – als Journalist omnipotent sein. Sie möchten wirklich Macht ausüben und die Machtstrukturen in diesem Staat verändern, und da scheiden sich unsere journalistischen Wege.

Tolmein: Ich kann Sie trösten, ich bin ganz froh, daß 68 vorbei ist, vor allem wenn ich mir anschaue, wohin der Lange Marsch die 68er so geführt hat. Was ich allerdings als Journalist möchte, ist, so viel an Öffentlichkeit zu schaffen, daß bestimmte Sachen, z.B. die Zwangssterilisierung, hierzulande einfach nicht durchsetzbar sind. Und diese Themen muß ich mir leider nicht suchen, und ich brauche mir auch kein festgefügtes Feindbild aufzubauen: Ich muß lediglich die realen Verhältnisse in diesem Land wahrnehmen, und die scheinen mir andere zu sein als die, die Sie hier behaupten.

Gerstenberger: Es kann auch etwas richtig sein, wenn es wenig Wirkung hat, das würde ich auch sagen. Ich bin auch durchaus der Ansicht, daß es noch Klassen gibt heute.

Bednarz: Aber diese Termini...

Gerstenberger: ... die gab es auch im 19. Jahrhundert nicht, da muß man den Marx in Schutz nehmen, der hat nie eine konkrete Gesellschaft analysiert und dabei den Begriff 'Klasse' benutzt. Er hat immer von den Bauern und von anderen ganz konkreten sozialen Gruppen geredet. Falsch war seine Hoffnung, daß irgendwann einmal die strukturell analysierte Klasse der Proletarier eine Handlungseinheit sein würde. Historisch war und ist eine Klasse nie eine Handlungseinheit. Politik hat sich noch nie nach Klassen organisiert, was nicht heißt, daß es Klassen nicht gibt oder daß die klassenmäßigen Widersprüche in der Gesellschaft nicht schlicht und einfach eine wichtige Bedingung dafür sind, wie sich Interessen konstituieren. Nur insgesamt konstituieren sie sich nicht nur nach Klasseninteressen. Das heißt natürlich, wenn wir heute rumlaufen und sagen, ich mach jetzt Journalismus im Sinne eines Klasseninteresses...

Tolmein: Was zumindest hier am Tisch niemand sagt.

Gerstenberger: Es hörte sich vorhin ein klein bißchen so an.

Tornow: Natürlich gibt es eine spezifische Abhängigkeit einer Zeitung von den gesellschaftlichen Gruppen, auf die sie sich bezieht. Und wenn ein Auflagenrückgang zu verzeichnen ist, wie bei uns im letzten Jahr, dann ist das ein guter Grund zu massivem Nachdenken: Was wollen wir hier eigentlich bewirken, und welches Verhältnis haben wir zu unserer Leserschaft? Dazu gehört auch festzustellen, daß sich gesellschaftlich etwas bewegt, wir uns bewegen, und sich auch unsere Leserschaft bewegt. Das bedeutet, daß jemand, der Journalismus macht, auswählt, gezielt interveniert und in diesem Sinne sein Verhältnis zur Gesellschaft organisiert. Die »taz« ist natürlich nicht in jeder Situation ein intervenierendes Medium, aber manchmal eben doch. Im Fall Rushdie fand ich unsere Intervention notwendig. Wir haben uns schon überlegt, daß das auch einen Teil – das soll man ruhig sagen – »taz«-Image ausmacht. Und jeder weiß, daß das für den Verkauf des Produkts etwas bedeutet, das ist klar. Wichtig bei dieser Marktorientierung ist mir aber, weil es sonst einen falschen Zungenschlag bekommt: Was sich am Markt verkauft, muß einen Gebrauchswert haben, und nicht nur als Klopapier. Markt bedeutet für mich deswegen auch immer Rückmeldung über den Gebrauchswert des Mediums, mit dem und für das ich arbeite.

Gerstenberger: Das ist ja richtig. Aber die Presse hat auch ein erhebliches Maß an Definitionsherrschaft, die auch die Wahrnehmungsbereitschaft für den Gebrauchswert eines Mediums bestimmt. Wir haben das in Bremen wirklich praktisch gelernt. Wir sind ja auch mit den ganzen Aufklärungsillusionen der 68er Bewegung in diese Gründungsphase der Uni gegangen, wobei ich glaube, daß man Politik überhaupt nur mit Aufklärungsillusionen machen kann. Wir hatten eben die Vorstellung, die damals insgesamt in dieser Hochschulreformbewegung grassierte, daß man eben durch eine breite Öffentlichkeit die überkommenen Strukturen auflösen könne. Wir haben gedacht, indem wir alles öffentlich diskutieren, können wir damit einen kritischen Inhalt deutlich machen. Am nächsten Tag stand es aber immer ganz anders in der »FAZ«. Das heißt: Die Öffentlichkeit, die hergestellt wurde, war nicht unsere, sondern die, die von einem anderen definiert und weitergegeben wurde. Das war natürlich ein richtiges Lehrstück über Definitionsherrschaft. Da ist nicht falsch berichtet worden, aber es sind, wie immer in langen Diskussionen, idiotische Bemerkungen gefallen, und die standen mit hundertprozentiger Sicherheit am nächsten Tag in der Zeitung.

Tornow: Aber es gab ja mehrere Zeitungen. Auch bei der Gründung der roten Kaderschmiede Bremen, von der heute keiner mehr sagt, daß es die Kaderschmiede Bremen ist: Es gab auch noch den »Weserkurier« und die »Bremer Nachrichten«. Und der »Weserkurier« war sehr liberal, und die »FR« war eigentlich auch auf Seiten der Planer, also es gab insofern auch einen Pluralismus. Ich sage ja auch nicht, daß der Gebrauchswert alles rechtfertigt. Aber wir sollten nicht vergessen: Die »Bildzeitung« hat augenscheinlich für die Leser auch einen Gebrauchswert.

Tolmein: Diese gesellschaftliche Definitionsmacht, die die Presse hat, die hat ja auch die »taz«. Und da muß man feststellen, daß ein politisches Spektrum, von dem ich vermute, daß es im Augenblick das mobilisierungsfähigste linke Potential darstellt, nämlich die Autonomen, über keinen eigenen Zugang zur Öffentlichkeit verfügt. Genau dort hört der Pluralismus der Medienlandschaft auf. Dort macht die »taz« heute das, was früher die »FAZ« bei der Uni Bremen gemacht hat.

Tornow: Das finde ich schief. Erstmal: Ich gebe den Autonomen nicht diesen Stellenwert von Vorreitern. Und was die Öffentlichkeit betrifft: Ich weiß, daß wir große Schwierigkeiten haben, von Leuten aus diesem Spektrum Interviews zu kriegen, bei ihren Treffen dabei zu sein etc. Ich sagte bereits zu Anfang, ich bin nicht für einen Verlautbarungsjournalismus. Wir hatten diese Auseinandersetzung ja während des Hungerstreiks, daß eine Gruppe dreimal die Woche eine Seite selbst gestalten wollte, und da haben wir nein gesagt. Wir wollen dokumentieren, wir wollen die unterschiedlichsten Gruppenäußerungen haben, aber wir geben nichts, keinen Teil der Zeitung aus der Hand. Wir lassen Leute Kolumnen schreiben, und das verantworten wir, aber wir geben die Zeitung nicht aus der Hand. Das finde ich nach wie vor richtig. Wenn du sagst, die Autonomen haben keinen Zugang zur Öffentlichkeit, dann stimmt das zwar außerhalb der von denen selbst gesetzten Großkampftage, aber es hat auch was damit zu tun, wie sich autonome Politik darstellt. Und zur Zeit versteckt sich autonome Politik vor allem.

Bednarz: Ich finde Ihre Fragestellung sehr heuchlerisch und bin gespannt, ob Sie jetzt meine Antwort hinterher rausschneiden. Wo gibt es denn in KONKRET das permanente Forum für die Autonomen, dessen Fehlen Sie jetzt der »taz« vorwerfen? Das ist ein Widerspruch, der mich zumindest ein bißchen verstört. Die Frage, wo die Autonomen ihre eigene Zeitung haben, kann ich zunächst mal so beantworten: Wenn sie eine haben wollen, sollen sie eine machen. Dann kann ich aber auch fragen: Wo haben denn die Arbeitslosen in unserem Land eine eigene Zeitung, wo haben die Menschen ohne Wohnung, die Flüchtlinge, die Aussiedler etc. ihre eigene Zeitung? Sie reduzieren die Fragestellung immer wieder auf Einzelprobleme, und bei den Autonomen bin ich mir gar nicht sicher, ob das wirklich eines der Grundprobleme unserer Gesellschaft ist.

Tolmein: Der erste Teil der Frage ist ziemlich leicht zu beantworten: Als die »taz« den Gruppen, die autonome Hungerstreikseiten machen wollten, diese nicht gegeben hat...

Bednarz: Zurecht, zurecht.

Tolmein: ... hat KONKRET ihnen autonome Seiten zur Verfügung gestellt. Während des Hungerstreiks haben wir eine Gruppe von Frauen, die den Streik in der Justizvollzugsanstalt Plötzensee unterstützt hat, gebeten, dazu einen Artikel zu schreiben, das haben sie dann auch getan; nach dem 1. Mai in Kreuzberg war

KONKRET das einzige Presseorgan, das mit den Leuten, die an der Durchführung dieser revolutionären 1. Mai-Demo beteiligt waren, aus der heraus sich die Auseinandersetzungen entwickelt haben, ein ausführliches Gespräch geführt hat – wir versuchen, im Rahmen unserer Möglichkeiten durchaus authentische Positionen aus diesem Spektrum abzubilden.

Tornow: Bevor ich einer politischen Gruppierung die Möglichkeit einer Selbstdarstellung einräume, möchte ich wirklich wissen, was sie will und wie sie nach innen funktioniert. Diese Anonymität der Autonomen ist da nicht akzeptabel. Ich will so eine Gruppe anhand meiner Kriterien bewerten können, denn rein aus der Selbstdarstellung ist für mich ihr Anliegen nicht glaubhaft – wie bei jeder anderen politischen Gruppe auch.

Tolmein: Nun ist das autonome Spektrum, wie sich im letzten Jahr gezeigt hat, eine Gruppe, die, anders als die Grünen und anders als wir, die wir hier sitzen, in ihrer politischen Arbeit und von ihren Strukturen erstmal einer massiven Kriminalisierung ausgesetzt ist.

Bednarz: Möglicherweise begeben sie sich selbst ganz bewußt in diese Zone der Kriminalität..

Gerstenberger: Es kann ja ohne Zweifel auch ein Teil politischer Strategie sein...

Tolmein: Das hat auf jeden Fall zur Folge, daß das, was du jetzt reklamierst, also eine Öffnung der Strukturen, so ohne weiteres nicht machbar ist.

Tornow: Ich habe auch nicht gesagt, die sollen jetzt einen Schatzmeister wählen. Ich möchte aber zeigen können, wie sie funktionieren. Die Frage ist: Wie schaffe ich als Journalistin Transparenz? Das möchte ich, weil ich glaube, daß es von Interesse ist für ein Lesepublikum, das wissen will, was für andere Möglichkeiten politischen Denkens es gibt, das neugierig ist. Aber das muß eben scharf ausgeleuchtet werden, und daran gibt es im Moment gerade innerhalb dieser Gruppierung relativ wenig Interesse.

konkret 09/89, S. 46

Sinn ohn´ Form - interim, intersport, interskop

Von Haus aus heißt das Blatt »interim« und nennt sich bescheiden: »Wöchentliches Berlin-Info« . Intervenieren will die »interim«-Redaktion, deren Blatt auch schon als »intersport«, »interskop« und »interregnum« auf den Broschürentisch gelangte, vor allem in die autonomen, antiimperialistischen, anarchistischen und kommunistischen Debatten.

Angesichts einer rapide und ohne Halt ins bürgerliche Lager driftenden »taz«, den kommerzialisierten Stadtzeitungen »Tip« und »Zitty« und der meinungsbildenden Springer-Presse erwies sich, um wenigstens die Information und Diskussion in den eigenen Reihen aufrechtzuerhalten eine eigene Berliner Zeitung als notwendig. Angesichts massiver Vorbehalte gegen »professionellen Journalismus« sowie äußerst knapper finanzieller Ressourcen bekam das Info ein etwas liebloses outfit verpaßt. Die Texte, die abgedruckt werden, werden nicht neu gesetzt, sondern bestenfalls verkleinert, um noch ein paar mehr Beiträge in das um die 30 Din A4 Seiten starke Heft packen zu können. Redaktionell bearbeitet werden die Artikel aus grundsätzlichen Erwägungen nicht – die redaktionellen Kommentare im Editorial oder unter einzelnen Beiträgen fallen dafür gelegentlich um so schärfer aus. Nach Lektüre der Texte zu so unterschiedlichen Themen wie Hungerstreik-Solidarität, Shell-Boykott, Flüchtlingspolitik, Geschlechterkampf innerhalb und außerhalb der Szene, I .Mai in Kreuzberg oder Antifa-Politik weiß man jedenfalls, daß Streitkultur keine Erfindung grün-alternativer Kreise ist, und hat einen guten Überblick über theoretische Diskussionen und praktische Politik des linksradikalen Spektrums. Damit ist die »interim« weit über Westberlin hinaus von Bedeutung. Daß die Zeitung, das Schicksal der »radikal« vor Augen und die Verfolgungspraxis der Staatsschutzkammern im Kopf, halblegal produziert wird, nur schriftlich zu erreichen ist und über keine direkt ansprechbare Redaktion verfügt, ist zwar bedauerlich, aber verständlich. Die über sechzig bisher erschienenen Ausgaben machen die »interim« in der ansonsten publizistisch kurzlebigen Szene fast schon zu einer dauerhaften Institution.

Die Massaker in der VR China haben viele Deng-Fans zumindest zeitweilig in Erklärungsnöte gebracht. Es hat schon einen gewissen Unterhaltungswert, zu sehen, wie Karl Grobe in der »Frankfurter Rundschau« Deng vor dem Massaker als »großen Staatsmann« feiert und danach als unwürdigen alten Greis abtut, wie die »taz« über Jahre Deng als Reformer lobt und heute als alten Kommunisten verdammt. Interessiert man sich allerdings für die realen Entwicklungen in China seit der Revolution, hilft einem das Amüsement über die Begriffsverbieger wenig weiter. Der »Kommunistische Bund« hat jetzt zwei Publikationen herausgebracht, die durch sorgfältige und vorsichtige Analysen überzeugen und den unschätzbaren Vorteil haben, sich nicht den Vorwurf des »ja hinterher weiß man alles besser« gefallen lassen zu müssen: In »China zwischen 1971 und 1989« sind alte »Arbeiterkampf«-Artikel zur innenpolitischen Entwicklung in China nachgedruckt. In ihnen wird weitgehend erfolgreich versucht, die Schwenks der KP Chinas zu analysieren. »Rebellion ist gerechtfertigt« sammelt alte und neue Texte zur Kulturrevolution.

interim, zu beziehen über Gneisenaustrasse 2, 1 Westberlin 61, 2.50 Mark pro Ausgabe;

Kommunistischer Bund (Hg.), Rebellion ist gerechtfertigt, Texte zur chinesischen Kulturrevolution, 40 Seiten, 6 Mark; China zwischen 1971 und 1989 – Materialien zur innenpolitischen Entwicklung, 40 Seiten Din A3, 10 Mark, beides zu beziehen über: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Lindenalle 4, 2 Hamburg 20

konkret 09/89, S. 48

Michael Weisfeld

Stammheim - Düsseldorf

Die RAF hat ausgedient. Der Generalbundesanwalt hat einen neuen Hauptfeind der Inneren Sicherheit der BRD ausgemacht: ausländische Terroristen. Die ersten Opfer seiner Strategie sind 14 inhaftierte Kurden, denen er vorwirft, innerhalb der PKK eine »terroristische Vereinigung« gegründet zu haben. Im Oktober soll der Mammut-Prozeß in Düsseldorf unter Bedingungen eröffnet werden, die Stammheim als freundlichen Ort erscheinen lassen

Die Terroristenfahnder der Bundesrepublik haben einen neuen Feind. Seit mindestens zwei Jahren verfolgen die Bundesanwaltschaft und die Kriminalämter mit enormem Aufwand und auf internationaler Ebene die kurdische Guerilla-Organisation PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). 14 Kurden sitzen seit Anfang 1988 streng isoliert in Untersuchungshaft. Außer ihnen sind noch drei weitere angeklagt, als Funktionäre oder Helfer der PKK eine terroristische Vereinigung unterstützt zu haben (Paragraph 1 29a des Strafgesetzbuches) . Zwar richtet sich der Vorwurf des 129a nicht gegen die gesamte Partei, sondern nur gegen Teilorganisationen, denen die Bundesanwaltschaft vorwirft, »Revolutionsgerichte« organisiert und abtrünnige Parteimitglieder bestraft zu haben. Dennoch: Werden die gefangenen Kurden gemäß der Anklage verurteilt, dann wird ihre gesamte Partei für kriminell erklärt und müßte ihre legale Tätigkeit in der Bundesrepublik einstellen.

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann und seine Behörde betreten hier rechtspolitisches Neuland: Erstmals wird die nationale Befreiungsbewegung eines anderes Landes in der Bundesrepublik als »terroristische Vereinigung« verfolgt. Warum gerade die PKK? Die Gründergeneration der Partei stammt aus der kurdischen Studentenbewegung der 70er Jahre. Von Anfang an bekannte sich die PKK zu »revolutionärer Gewalt«, nicht nur gegen die türkische Armee, sondern auch gegen »Agenten und Kollaborateure«. In den Jahren kurz vor dem Militärputsch von 1980 war die PKK in bewaffnete Konflikte mit anderen kurdischen Organisationen verwickelt, wofür aber sicher nicht sie allein die Schuld trifft. Gewalt zwischen Linken war in der Türkei dieser Zeit nichts Besonderes. Bündnisse der PKK mit anderen Parteien dauerten jeweils nur kurz. Sie allein nahm 1984 den Partisanenkampf in den kurdischen Bergen auf, gegen die entschiedene Kritik der gesamten kurdischen und türkischen Linken. Dennoch war sie zumindest insoweit erfolgreich, als sie ihre Operationen bis heute aufrechterhalten konnte. Für viele junge Kurden sind die Partisanen in den Bergen zu einer Hoffnung geworden. Denn die Jugendlichen sind nicht nur in materiellem Elend aufgewachsen, sondern auch unter dem Kriegsrecht: in einem Klima der Angst, der willkürlichen Verhaftungen, der Folter. Eine Hoffnung ist die PKK für sie vielleicht weniger wegen der glänzenden Zukunft in einem unabhängigen kurdischen Staat, für den sie kämpft. Eher schon als Partei der sozialen und nationalen Revanche.

Im Partisanenkampfgebiet und in ihren libanesischen Ausbildungscamps schreibt die PKK die Gesetze und hat ihre eigenen »Revolutionsgerichte«, die auch Todesstrafen verhängen. Und in Europa? Hier arbeitet sie politisch unter den kurdischen Emigranten und organisiert Unterstützung für den ostanatolischen Kleinkrieg. Aber Gewalt würde sie hier nicht anwenden, sondern die Gesetze der jeweiligen Länder respektieren. Das hat die PKK immer wieder erklärt.

Tatsächlich konnten ihr bisher keine politisch motivierten Gewalttaten nachgewiesen werden. Hans Holmer, Polizeichef von Stockholm, hat sich energisch bemüht, der PKK den Mord an Ministerpräsident Olof Palme anzuhängen, aber darüber hinaus auch Terrorakte gegen abtrünnige Mitglieder. Ohne Erfolg. Nun nimmt Kurt Rebmann den Faden wieder auf: Einer seiner Gefangenen ist jener Hasan Güler, den die türkische Boulevardzeitung »Hüriyet« 1986 fälschlich als Palme-Mörder ausgemacht hatte. Hans Holmer hat zwölf Morde aufgelistet, die in Westeuropa an Exilkurden begangen worden sind. Die PKK sei die Drahtzieherin bei diesen Bluttaten gewesen, raunt Holmer noch in seinem Buch »Tod in Stockholm«, das er nach dem Debakel seiner Palme-Ermittlungen und nach seiner Demission als Polizeichef schrieb. Beweisen konnte er nichts. »Warum hat es noch kein Rechtsstaat gewagt, mit einer Organisation wie der PKK in den Clinch zu gehen?«, fragt er in seinem Buch. Die Bundesrepublik wagt es nun: Die meisten der zwölf Mordtaten auf Holmers Liste kommen in Rebmanns Ermittlungsakte vor.

Im Juli und August 1987 durchsucht die Polizei in 40 Städten der Bundesrepublik Lokale kurdischer Vereine, die der PKK nahestehen, sowie die Wohnungen von Funktionären. Sie beschlagnahmt umfangreiches Material: Diskussionspapiere, Briefe, Adressen, Tonbandmitschnitte von PKK-internen Diskussionen, einen Koffer mit Utensilien zum Fälschen von Pässen. Darin enthalten sind zahlreiche Fotos von führenden PKK-Leuten. Außerdem fallen der Polizei Devisen und Schmuck im Wert von rund 700.000 Mark in die Hände. Ein halbes Jahr später, im Februar 1988, stellen sich zwei ehemalige PKK-Mitglieder der Polizei. Nusret A. und Hasan D. berichten übereinstimmend, daß sie von ihrer früheren Partei festgenommen worden seien und soeben hätten fliehen können. Die PKK habe ein Gerichtsverfahren gegen sie inszeniert, das mit ihrer Hinrichtung hätte enden sollen. Die Vernehmungen der beiden dauern mehrere Wochen. Im Lauf dieser Zeit entsteht ein Bild von Spezialeinheiten innerhalb der PKK, die offiziell für »Parteisicherheit, Nachrichtendienst und Kontrolle« zuständig gewesen seien, tatsächlich aber Abtrünnige und politische Gegner verfolgt und bestraft hätten. Die beiden Kronzeugen nennen auch Namen von Kurden, die sie während ihrer Parteigefangenschaft bewacht oder die zu

diesen Spezialeinheiten gehört haben sollen. Auch Mitglieder der Europa-Führung der PKK sind unter den 14 Leuten, die daraufhin im Februar und März in Untersuchungshaft genommen werden. Den Vorwurf der »terroristischen Vereinigung« erhebt Rebmann nur gegen die genannten Spezialeinheiten, nicht gegen die gesamte PKK. Das offensichtlich, weil die Genfer Konvention über das Kriegsvölkerrecht es verbietet, daß eine Befreiungsorganisation für ihren Kampf im Ausland verfolgt wird. Tatsächlich aber ist die gesamte Partei im Visier der Terroristenfahnder. Denn die Abteilungen für »Parteisicherheit, Nachrichtendienst und Kontrolle« bleiben merkwürdig nebulös, sowohl in den Aussagen der Kronzeugen, als auch in der Anklage. Wer kommandierte diese Abteilungen, wer gab die unterstellten Mordbefehle? Die Antworten darauf sind so vielfältig wie widersprüchlich: Die »europäische Führungsebene« heißt es da in der Anklageschrift, an anderer Stelle ist die Rede von einer »Führungsriege« oder einem »europäischen Zentralkomitee«. Immer wieder betont die Bundesanwaltschaft, daß die entscheidenden Befehle von oben gekommen seien, vom Generalsekretär Abdullah Öcalan selbst.

Kurden im Hungerstreik

Im Oktober 1988 erhebt der Generalbundesanwalt Anklage beim Oberlandesgericht Düsseldorf. Postwendend erläßt das Gericht ein Haftstatut mit 57 Einzelvorschriften: Jeglicher Kontakt mit anderen Gefangenen wird unterbunden, die Zellenfenster der PKK-Verdächtigen werden mit Fliegendraht oder Lochblenden verschlossen, Verteidigerakten werden bei Besuchen gefilzt, die Gefangenen Tag und Nacht unauffällig beobachtet. Nach Hungerstreiks der Gefangenen und Protesten ihrer Anwälte werden einige dieser Punkte fallengelassen. Die Isolation jedoch bleibt. Auch der Kontakt zum Verteidiger wird schikanös behindert. Die Post eines Anwalts an seinen Mandanten, der nicht deutsch kann, wird vom Gericht festgehalten. Begründung: »Der Brief ist in einer Sprache, vermutlich türkisch, abgefaßt, die dem zuständigen Kontrollrichter nicht geläufig ist.« Einen Dolmetscher einzuschalten, das widerspreche der »Verpflichtung des Überwachungsrichters zur Verschwiegenheit«. Also bleibt die Post bei Gericht.

Neun der 14 Untersuchungsgefangenen beginnen im April dieses Jahres erneut einen Hungerstreik. Sie wollen erreichen, daß sie Zeitungen und Bücher der PKK bekommen, und daß sie zusammengelegt werden. Einer der Hungerstreikenden, der 30jährige Selahattin Erdem, wird Ende Mai ins Hamburger Gefängniskrankenhaus eingeliefert. Im Juni brechen alle Gefangenen ihre Aktion wieder ab. Bessere Bedingungen konnten sie nicht durchsetzen

Zusammengelegt sollen sie erst werden, wenn ihr Prozeß – voraussichtlich im Oktober dieses Jahres – beginnt: in einem Hochsicherheitsgefängnis, daß zur Zeit direkt an das Düsseldorfer Oberlandesgericht angebaut wird. Verhandelt wird dann gegen sie in einem unterirdischen, bombensicheren Saal. Kosten der Umbauten: bisher schon mehr als sieben Millionen Mark.

Der Kronzeuge

Nusret A. ist bisher der wichtigste Belastungszeuge der Bundesanwaltschaft gegen die PKK. Eigenen Angaben nach kommt er aus dem Herzen der Partei, sogar eine Verwandtschaft mit PKK-Chef Abdullah Öcalan gibt er zu Protokoll. Auf seine Aussagen soll hier näher eingegangen werden.

Ihnen zufolge ist Nusret A. im Ausbildungs-Camp Barlias im Libanon tätig, das die PKK von der »Demokratischen Front Palästinas« übernommen haben soll. Von dort aus versucht er, mit einer Guerillagruppe der PKK in Türkisch-Kurdistan als Partisan Fuß zu fassen. Wie es ihm dabei erging, beschreibt er in einem Bericht, den die deutsche Polizei wenige Monate später bei einem der Angeklagten findet. Nusret A. hat diesen Bericht offensichtlich verfaßt, um sich vor seiner Partei zu rechtfertigen, nachdem seine Mission in den kurdischen Bergen gescheitert und er von dort in die Bundesrepublik gekommen war. Hier Einzelheiten aus seinem Rapport: Mit Autos sei die Partisanengruppe an die syrisch-türkische Grenze gebracht worden, schreibt Nusret A. Im Schutz der Dunkelheit überschreiten die Männer die wenig bewachte Demarkationslinie. Bei ihren Heimatdörfern wollen sie einen Stützpunkt der Guerilla errichten: Unterstände (Bunker) bauen und unter den Bauern für ein selbständiges Kurdistan und die PKK werben. Beladen mit Gewehren, Pistolen und Handgranaten marschieren sie durch die Berge. Zu kämpfen haben sie vorerst nicht mit den türkischen Gendarmen, sondern mit dem Hunger und der Orientierung im Gelände. Um Lebensmittel zu besorgen, sind sie immer wieder gezwungen, in die Dörfer zu gehen. Die Hilfsbereitschaft der verängstigten Bauern ist gering. Einmal müssen die Partisanen von ferne zusehen, wie einer ihrer Genossen im Dorf von Polizisten abtransportiert wird. In einem anderen Dorf werden zwei Partisanen freundlich zum Essen eingeladen. Die beiden haben sich nicht als PKK-Leute zu erkennen gegeben. Das Essen wird angerichtet, der Dorfvorsteher plaudert, aber: Soldaten sind schon unterwegs. Als das gegenseitige Mißtrauen unerträglich wird, zieht der Dorfvorsteher seine Pistole aus der Tasche und verlangt die Personalausweise der Fremden. Wild um sich schießend können die beiden aus dem Dorf fliehen. Ein Teil ihrer Ausrüstung bleibt zurück.

Einige Tage ernähren sie sich von einer Schildkröte, die sie erlegt haben. Als sie die Fernstraße Adana – Gaziantep überqueren, vergessen die Partisanen alle Vorsicht und kaufen sich in einem Restaurant an der Straße etwas zu essen. Nach vielen Irrwegen kommen sie schließlich in ihrem Zielgebiet an. Doch die türkischen Behörden sind bereits alarmiert. Die

Gendamerie hat ihre Verwandten schon verhört, das heißt gefoltert. Die Häuser von mehreren Familien werden überwacht.

Die Gruppe bezieht in einer Höhle Quartier. Aber – hier wird der Guerillakampf familiär – die Kinder eines mutmaßlichen Kollaborateurs entdecken sie auf der Suche nach einem entlaufenen Schaf. Die Partisanen beschließen, ihre Gruppe aufzulösen und sich erst nach mehreren Tagen wieder zu treffen. Er habe sich in den Bergen versteckt, schreibt Nusret A. in dem Bericht an seine Partei, und sei dann zum verabredeten Treffpunkt gegangen, habe dort aber vergeblich auf die anderen gewartet.

Nun setzt sich der einsame Partisan in die nächste Großstadt ab, nach Gaziantep. Von einem dort lebenden Verwandten, zu dem er über seinen Bruder Kontakt aufnimmt, läßt er sich mit dem Auto abholen. Er habe dann versucht, in den Libanon zurückzukommen, aber keine Möglichkeit gesehen, schreibt A. Dann sei ihm ein falscher Paß mit Einreisevisum in die Bundesrepublik und ein Flugticket nach Frankfurt angeboten worden. Preis des Fluchtpakets: Sechs Millionen türkische Lira, etwa 9.000 Mark. Am 23. Dezember 1987 kommt er in Frankfurt an und beantragt politisches Asyl. In einem Lager in Braunschweig wird er untergebracht. Er meldet sich telefonisch bei PKK-Leuten in Hannover. Ein in der Bundesrepublik lebender Neffe habe ihn dann vom Flüchtlingslager nach Hannover gebracht, heißt es in seinem Bericht.

Wenige Wochen später berichtet Nusret A. den Beamten des Bundeskriminalamtes etwas anderes: PKK-Leute hätten ihn aus dem Braunschweiger Flüchtlingslager gelockt und ihm auf der Straße eine Pistole in die Rippen gedrückt. Sie hätten ihn in einen BMW gestoßen, ihn gefesselt und ihm die Augen verbunden. Ziel der Fahrt soll ein »Revolutionsgericht« bei der Kölner PKK-Zentrale gewesen sein. Bei einem Tankstopp auf der Autobahnraststätte Garbsen (bei Hannover) habe er seinen beiden Entführern entkommen und sich bei der Autobahnpolizei in Sicherheit bringen können.

Das alles sei gelogen, meinen die Verteidiger der beschuldigten Kurden, und dazu noch schlecht: Wer eine Entführung plant, wird nicht mit leerem Tank starten, so daß er die nächste Tankstelle ansteuern muß. Mit einem gefesselten und geknebelten Opfer auf dem Rücksitz läßt wohl kein Entführer sich den Tank füllen, zudem noch an einer Raststätte, wo es eine Polizeistation gibt. Der Tankwart und die Autobahnpolizisten sind deshalb auch die wichtigsten Zeugen der Verteidigung: Die drei Insassen des BMW hätten geraume Zeit miteinander gesprochen, Nusret A. neben dem Auto stehend, die anderen beiden im Wageninneren, sagten die Autobahnpolizisten aus. Dann sei Nusret A. ohne Hast auf die Wache gekommen. Dort machte er den verdutzten Beamten in Zeichensprache klar, daß seine ehemaligen Genossen ihn gekidnappt hätten. Seitdem ist er der Kronzeuge des Bundesanwalts gegen die PKK.

Die Anwälte der beschuldigten PKK-Leute vermuten hinter A's wundersamer Reise in die Bundesrepublik und seinen belastenden Aussagen die helfende Hand des türkischen Geheimdienstes. Woher soll ein verzweifelter Guerillero, der abgerissen und halb verhungert aus den Bergen nach Gaziantep kommt, sechs Millionen Lira haben? Auch den deutschen Kripobeamten ist das aufgefallen. Auf ihre Frage nach der Herkunft des Geldes antwortet Nusret A., als wolle er ein deutsches Klischee über die Türken karikieren: »Aus dem Verkauf von Pistazien«. Die Kripobeamten legen ihm einen PKK-internen Bericht vor, aus dem hervorgeht, daß er Paß und Ticket ausgerechnet von einem Hauptmann der türkischen Armee bekommen hat. Nusret A. bestätigt das. Auf die Frage der Polizisten, ob er jemals Kontakt zum türkischen Geheimdienst MIT gehabt habe, antwortet Nusret A. mit »Nein«. Reaktion der vernehmenden Polizisten: »Das glauben wir nicht«.

So manches Haar haben die Verteidiger in der Anklagesuppe Rebmanns gefunden: Unter anderem bemängeln sie die ungenaue und tendenziöse Übersetzung von Schriftstücken. Hier nur ein Beispiel: Als Beweis für die Existenz des »Revolutionsgerichts« in Köln dient der Bundesanwaltschaft ein Dienstplan, der in der Küche des dortigen »Kurdistan-Komitess« an der Wand hing. Hier sei festgelegt, welcher PKK-Mann jeweils mit der Bewachung der Gefangenen dran sei, folgern die Ankläger, denn die Überschrift »nobet cizelcesi« bedeute »Plan der Wache«. Die Verteidiger machen sich einen harmloseren Reim darauf: Hier sei nur der Küchendienst eingeteilt worden, auch das kann die Überschrift bedeuten, fanden sie heraus.

PKK ausgespäht

Daß der türkische Geheimdienst der eigentliche Nutznießer des PKK-Prozesses ist, das vermuten die Verteidiger. Denn aus den zahlreichen Schriftstücken, die die Polizei fand, als sie Wohnungen und Büros filzte, ergibt sich ein sehr detailliertes Bild der kurdischen Guerilla-Organisation. Ergänzt wird es von den Aussagen der beiden Kronzeugen. Wieviele »Profis« kämpfen für die PKK, wieviele Sympathisanten hat sie unter den kurdischen Gastarbeitern in Libyen und in der Bundesrepublik? Wo beschafft sie sich ihr Geld, wo ihre Waffen? Hinter welchen Firmen steckt die PKK? Wie werden Material und Informationen aus Europa zur Zentrale in Syrien geschafft, wie gelangen sie ins Guerilla-Kampfgebiet, welche Codes werden zur Nachrichten-Übermittlung benutzt? Alle diese Fragen werden den beiden Zeugen gestellt, und die Antworten, verbunden mit den Erkenntnissen aus den beschlagnahmten Schriftstücken der PKK, werden zu Papier gebracht. Erstmal nur für die Gerichtsakten – die bisher schon mehr als 40.000 Blatt umfassen – , aber, so fragt Hans-Eberhard Schultz, einer der Verteidiger, in einer öffentlichen Erklärung: »Will jemand behaupten, die türkischen Militär-

Behörden hätten keine Möglichkeit, an diese Unterlagen zu kommen?« In den Ermittlungen gegen die Angeklagten, das gehe aus den Akten hervor, arbeiten deutsche und türkische Polizeistellen zusammen. Über die Razzien gegen die PKK im Sommer 1987 war die offizielle Türkei jedenfalls hocherfreut. »Gegen die PKK wurde noch eine Front eröffnet«, heißt es im Untertitel eines Berichts der Zeitung »Milliyet« vom August 1987. Türkische Polizisten hätten zusammen mit deutschen viele Informationsmaterialien über die PKK sichergestellt. »Milliyet« triumphiert: »Wir schlagen gegen die Bande auch in Europa zu«.

konkret 09/89, S. 52

Ronald M. Schernika□

Dieser Scheitel, das ist die DDR

Seit September 1986 st□ diert der Westberliner Schriftsteller Ronald M. Schernika□ Literat□ r am Johannes R. Becher Instit□ t i Leip□ ig. Seine Erfahr□ ngen mit diesem □ Gren□ □ bertritt□ haben ihn □ eranla□ t, ein B□ ch □ □ schreiben □ dar□ ber, da□ die BRD sich niemals □ erst□ ndigen k□ nnen, gesch□ eige mittels ihrer Literat□ r.□ A□ s dem Te□ t, der Anfang September □ dem Titel □ Die Tage in L.□ im Konkret Literat□ r Verlag erscheinen □ ird, dr□ cken □ ir das Kapitel □ BRD sieht DDR. Die Lange□ eile□ leicht gek□ r□ t □ orab

1

antikommunismus ist ja immer ein bißchen langweilig. es sind schon die härteren formen der verbrüderung nötig, sich überhaupt an ihn zu erinnern. die gesichter widerten sich leicht an, wenn bei den westberliner schriftstellern die ddrdissidenten den mund aufmachten. es ist so schwer, mit kaltem kaffee unterhaltsam zu sein.

politik kann literatur erledigen. allein, daß bis vor kurzem die hauptstadt der ddr in den klappentexten der westausgaben ostberlin genannt wurde, hat die ddrliteratur in ihrer wirkung restlos zerstört. der klappentext bedeutete: zwar handelt dieses buch in einer welt, die es nicht gibt, aber du darfst es lesen, ohne daß du selbst auch nur in den kleinsten kleinigkeiten anders denken mußt als vorher. – ich will nicht darüber rechten, daß stefan heym seine memoiren im westen erscheinen läßt. wirklich übel ist aber, daß er die falschen bibliografischen angaben hintendrin offenbar nicht durchgesehen hat. diese angaben verschweigen mehrere ddr-ausgaben seiner bücher, und ganz genau dieser umstand wird den text des buches unweigerlich zerstören. jetzt kann drinstehen, was will. der text hat gegen die verpackung verloren.

als der westen noch glaubte, daß stephan hermlin ein abtrünniger ist, verlegte hanser aufsätze von ihm, und sofort dachte natürlich jeder, also die müssen ja dermaßen brisant sein, die muß ich mir auf der stelle von meinem geliebten walter zum geburtstag schenken lassen: so auch ich. – zwei jahre später erscheint in der ddr ein band äußerungen des besagten hermlin, dreifacher umfang, philologisch perfekt. wieder zwanzig westmark in den wind. – dergl. mit fühmann und den allen andern. – ich hatte mal, fällt mir an dieser stelle ein, die ehre, mit peggy parnass einen hotelflur entlangzugehen. peggy parnass erzählte die geschichte, in der örtlichen autorenbuchhandlung sei franz fühmann auf sie zu gekommen und habe ihr mit emphatischen worten eines seiner bücher geschenkt: und zum abschluß legte peggy parnass eine hand auf den arm ihrer freundin erika und sagte: was hat dieser fühmann denn so geschrieben?

als ich noch in dem wahn lebte, man könne das glück mit den menschen teilen, belegte ich auf der universität einen kurs über ddrliteratur. ich betrat einen raum mit rosa gekleideten gymnasiasten, und der gähnende professor sprach die worte: also mit christa wolf das ist ja nun alles sehr traurig und warum ist das bloß alles so traurig das ist deshalb alles so traurig weil christa wolf und der sozialismus das hat ja nun alles nicht so hingehauen und da denkt sich nun natürlich christa wolf wenn das alles mit dem sozialismus nicht so hingehauen hat dann ist das ja alles sehr traurig, und deshalb.

heiner müller hielt einmal eine rede, und in dieser rede erwähnte er, weil der da noch dafür zu halten war, den kommunistischen dramatiker franz xaver kroetz. die rede wurde von der tageszeitung die tageszeitung abgedruckt; gekürzt um genau diesen einen satz.

in einer ausstellung über salomon geßner liegen die geßnereditionen der letzten zweihundert jahre, eine lange reihe. in der reihe fehlt das reclambuch, das ulrich berkes herausgegeben hat, wo anders. sie kennen es einfach nicht. es ist zwei kilometer weit weg und unbekannt.

eine ausnehmend gut gekleidete dame in der feinschmeckerabteilung des kadewe, mit ihrer ebenso gut gekleideten begleiterin steuert sie quer durch sie auf anatolij rybakows kinder vom arbat zu, hält es über ihren kopf und ruft: war zwanzig jahre verboten!, nimmt es wieder runter, blättert unschlüssig darin, legt es zurück, nimmt es dann doch und bezahlt. – das buch ist teuer. ich kann es mir nicht leisten. – diese frau interessiert sich doch einen scheißdreck für die kinder von irgendwem. nein, man hat ihr mitgeteilt, dieses buch war zwanzig jahre verboten, und jetzt muß sie es eben kaufen. lesen wird sie es nicht, darauf wette ich meinen rechten hoden, es sei denn – und alles deutet darauf hin – , das zeugs ist so hochdramatisch, daß ihr entsprechend die eine oder andere träne runterrollt dabei.

die feinschmeckeretage des kadewe nun immer vorneweg mit dem imperialismus, aber eine spezialität fehlt, das hat mich immer gewundert, das haben sie noch nicht begriffen, daß da etwas zu holen ist: sie haben keine ddrkola, nicht nur die massen von ddrexern würden sie kaufen; vor allem die leute, die ihr leben mit der suche nach dem neuen verbringen, nach dem schrillen und abgefahrenen. klubkola zu trinken wäre dann das endgültige zeichen von antikommunismus, und es wird, wir alle wissen es, so weit kommen.

antikommunismus als zeichen von stärke. in der tageszeitung steht ein bericht über polinnen, die mit touristenvisum ein vierteljahr in westberlin sind und dort putzen gehen. sie mieten für horrorpreise ein zimmerchen, putzen ein vierteljahr und fahren wieder zurück. die taz interviewt diese frauen, und natürlich sollte man meinen, die sind nun ganz unglücklich und

kämpferisch, aber nein, diese frauen schwärmen dem reporter was vor, wie toll es im westen ist, wo man soviel geld fürs putzen kriegt, daß man zuhause die alte großmutter noch gleich miternähren kann, das sozialwesen. – wie hätte die sozialistische tageszeitung die wahrheit über diese unleugbar wahre begebenheit berichtet? die sozialistische tageszeitung die wahrheit hätte über diese unleugbar wahre begebenheit gar nicht berichtet. wie hätte sie sie auch kommentieren sollen? – sie hätte sie marxistisch kommentieren sollen. aber natürlich ist uns angesichts des übermächtigen feindes der mut ausgegangen.

ich muß mir am wochenende im westen erzählen lassen, daß ein russischer film, den ich drei tage vorher in leipzig gesehen habe, plötzlich verboten ist. natürlich glaube ich es nicht, sage: ich habe diesen film drei tage vorher in leipzig gesehen. das nun wiederum interessiert den erzähler überhaupt nicht, er hört diesen einwand gar nicht, er hat es ja im radio gehört. das radio siegt über die erfahrung. und ich, auch ich glaube es nicht, ich glaube die nachricht nicht, bis ich in leipzig vor dem kino stehe und die ankündigung überklebt ist, mit einem weißen streifen papier, der kleber quillt unter ihm hervor.

einmal in leipzig ruft jemand meinen namen im antiquariat. ich drehe mich um und erblicke einen antiquar aus westberlin, er steht vor einem regal und hält den kopf schief, damit er die titel lesen kann, und ohne den blick von den büchern zu nehmen sagt er, als einzigen satz: hast du was gekriegt? ich bin vollkommen starr und sage: wolkenstein. illustrationen von zander, sagt er, noch immer den kopf schief von mir weg, und plötzlich weiß ich, was er getan hat: er hat am bahnhof zoo für lächerliche hundertfünfzig westmark eintausend ddrmark gekauft und räumt jetzt hier die läden leer. – ich gehe, ich gehe und weiß, der imperialismus macht spaß.

eine junge genossin ruft bei der kommunistischen autorin erika runge an und fragt: sehr gerne möchte ich die laufbahn eines schriftstellers einschlagen, habe aber leider nichts schriftliches aufzuweisen außer meinen tagebüchern und da wollte ich mal fragen, also es soll bloß eine frage sein, soll man tagebücher veröffentlichen? erika runge, um selbstverwirklichung niemals verlegen, ruft munter ins telefon: aber na klar! man darf ausnahmslos alles veröffentlichen! äußere dich! steh zu dir! glaub an dich selbst und dein leben beginnt ! daraufhin nimmt die junge genossin ihr parteibuch, stellt sich ans meer wie später jane stanislawski fonda in dem film julia, holt weit aus und wirft ihr parteibuch auf die offene see. das ist karin struck. später wundert sie sich dann, vierzehn bücher und nichts dazugelernt.

eine junge genossin schreibt über den russischen ästhetiker kagan, lobt die marxistischen kategorien – beim nachblättern fragt man sich, wo sie die gesehen hat – , dann schreibt sie über den klassenstandpunkt bei günter wallraff – auch viele personen können keinen standpunkt haben – , dann schreibt sie mehrere gedichte, in denen sie versucht, einhundertprozentig sarah kirsch zu sein, dann lernt sie marcel reich-ranicki kennen, dann lobt marcel reich-ranicki ihre gedichte. daraufhin nimmt die junge genossin ihr parteibuch, stellt sich ans meer wie später jane stanislawski fonda in dem film julia, holt weit aus und wirft ihr parteibuch auf die offene see. das ist ulla hahn. später wundert sie sich dann. warum bin ich immer noch nicht sarah kirsch. aber ein verhältnis mit einem ddrlyriker habe ich schon.

stephan hermlin im westen, das ist immer bloß seine biografie. wenn ich lange genug kommunist war, dann schieben es die umstehenden auf die lange zeit. er hat so viel durchgemacht! wer die welt siebzig jahre lang ausgehalten hat, wie will man dem etwas sagen? es gibt nichts zu sagen. er kann nicht mehr anders. das schicksal. – es gibt nichts, wirklich nichts, das mich erreichen kann. der sozialismus kann machen was er will: ich werde ihm nicht glauben. er kann als stephan hermlin verkleidet kommen oder als erich honecker, es ist völlig gleich. die verweigerung von kommunikation. die verweigerung von kunst. nichts gilt mehr. – kunstfeindlichkeit heißt ja auch: es gilt kein beweis. die suche nach klartext als ende der mitteilungen. es gibt keinen inhalt, den literatur noch haben könnte. weil es die literatur der ddr nicht gibt, gibt es natürlich auch die ddr nicht. wozu auf etwas sehen, das es nicht gibt.

sie lachen sich kaputt über die filme aus dem osten, in denen noch getrauert wird. im theater wird ja nicht mehr getrauert, auch die schauspieler grinsen an den möglichen stellen verlegen. und im leben, wird im leben getrauert? sowieso nicht.

die bayerischen schüler, die im rudel die funktionsweise der ddrbezahlautomaten in den straßenbahnen verstehen: daß da gar nicht kontrolliert werden kann, ob da wirklich geld eingeworfen wurde; und die nur noch lachen, lachen über diesen mangel, über ein land voller vertrauensseliger, lachen über ein land voll mit idioten.

was die ddr ist? die ddr ist, irmtraud morgner hat ein fernsehen im westen, hinterher geht man etwas essen mit den redakteuren, und auf einmal holt irmtraud morgner aus ihrer tasche zwei kleine päckchen, und die sauköppe von redakteuren packen aus, ein anflug von peinlichkeit, man bedankt sich hier nicht, es sind medaillen von goethe, dem lieblingsautor der morgner, was die redakteure aber nicht wissen, weil sie morgner nicht gelesen haben, ein beschämter deshalb leicht herablassender dank, all dies ignoriert von morgner. das ist die ddr.

der lustige sinologiestudent, der plötzlich auf einer fete in der hauptstadt sitzt, auf eine art lächelnd, die ihn sofort als westler ausweist: was kostet die welt? ich werde sie kaufen. ich werde sie niemals kaufen können, aber jemand aus der welthälfte, die als die meine zu bezeichnen ich nicht die sekunde zögern werde, hat sie längst gekauft oder tut erfolgreich so. – als der lustige sinologiestudent gegangen ist, weil sein tagesvisum abläuft und es nachts ist, da liegt sein geliebter auf dem sofa und fängt an, mich zu beschimpfen. ein anderer dafür bietet sich nicht an, ich bin schuld, ich bin schuld, weil ich

noch nicht abreisen muß, ich bin schuld an der sinologie, ich bin schuld an der nacht, ich bin schuld an stalins toten, ich bin schuld an allen toten, ich bin schuld an der welt. und vor allem bin ich schuld daran, daß der lustige sinologiestudent fröhlich sagt: ich finde die ddr wirklich prima, aber ich kann ja auch wieder weg haha.

einmal, ein einziges mal habe ich etwas aus dem westen gesehen, das die ddr darstellte. das war inmitten eines blöden antikommunistischen films der kabarettist dieter hildebrandt. dieter hildebrandt hatte den unvermeidlichen kellner zu spielen, der ausnahmslos jedem beim thema ddr einfällt. und ganz weg von dem primitiven text und dem primitiven film hatte sich dieser dieter hildebrandt also überlegt: wie sieht ein ddrkellner aus. und dieter hildebrandt hat etwas gemacht, das einfach die wahrheit über die ddr ist: er hat sein ansonsten nach hinten gekämmtes haar genommen, hat über dem linken ohr einen scheitel gemacht, also unmittelbar über dem linken ohr, und hat dann die haare der linken kopfhälfte auf die rechte herübergekämmt. – dieser scheitel, das ist durchaus die ddr.

auch gilt es von einer verunsicherung zu berichten, die die klügeren westleute in der ddr ergreift. musicalfettklops angelika milster im dt 64 popcafé erzählt etwas von einer mucke, hält inne und sagt: mucke, sagt man das hier auch? – das interview, das hanna schygulla in moskau der rundfunkjournalistin margit voss gibt, da hört man diese produktive unsicherheit auch. schygulla spricht ganz ruhig, sie spricht über die arbeit, sie spricht über ihr land, über paris, wo sie lebt, sie sagt: ich weiß ja nicht, wie das bei euch ist. schygulla ist klug genug, eine verschiedenheit überhaupt einzurechnen. das ist selten. das ist, in dieser dummen welt, wunderbar.

die chansonette georgette dee hat eine nummer, in der singt sie ich bin von kopf bis fuß auf liebe eingestellt, und im lied fängt sie an, sich bei kopf an die stirn zu klapsen, bei fuß abfällig die hand nach unten zu schlagen, bei liebe ein großes herz in die luft zu malen etcetera. im westen kommt das, wie die ganze person, mit einem großen angekotztsein. die dee macht das lied fertig. – als georgette dee in der ddr auftrat, blieb ihr stirneklapsen plötzlich kleiner, ein blick war da von: ihr wißt schon; die nach unten geschlagene hand signalisierte ein nabitte, das herz in der luft war unser aller herz. diese veränderte haltung war natürlich zuerst ein einfaches nichtwissen. kennt das publikum die lieder? wie findet es sie? wie finden sie mich? aber zusätzlich war da offenbar auch, in diesem singen, das verwundernde gefühl: die sind nicht gegen mich. ich muß, um ihnen etwas zu erzählen, nicht gegen sie kämpfen.

als ich nach leipzig gehe, die reaktionen. Ieipzig ist unbekannt, das ist das erste. mehrere verwechseln es mit dresden, versprechen sich andauernd, einer fragt: warum gehst du nicht in eine großstadt. alle, das muß ich sagen, wollen wissen, warum ich dahin gehe. aber keiner hört zu, wenn ich antworte.

nur einer fragt danach, was die anderen gesagt haben zu meinem umzug, marlies. ich sage ihr nicht die ganze wahrheit. die ganze wahrheit ist mir peinlich für sie.

der einwand ist natürlich: mit was für leuten gibst du dich ab. – dies ist der moment der höflichkeit. ich werde, nachdem ich acht jahre in derselben stadt gelebt habe wie er, dem filmemacher rosa von praunheim vorgestellt. du studierst in leipzig?, fragt er, ich sage: ja, er sagt: muß man da nicht immer sedhymnen schreiben? – der autor josef winkler lebt für ein jahr in westberlin, ich erzähle, daß ich oft rüberfahre ins theater, er sagt: da spielen sie doch nur brecht. – es gibt eine frau, die heißt frau bahlsen, es ist die besitzerin der kekse, einmal sitzt sie mit peter lilienthal am tisch, es ist die rede von der weimarer republik, peter lilienthal sagt zu ihr: thälmann hat ja damals schon gesagt, wer hitler wählt wählt krieg. ach, sagt da frau bahlsen, hat er das damals schon gesagt? – sie sind nicht böse, sie sind nur blöd.

eine kleine schicht von selbstbewußten, der welt bewußten, relativ stabilen leuten, extrem, im rahmen freundlich, ungebildet, privilegiert. in ihr habe ich gelebt. besseres war nicht zu haben, keine klage über konkretes kommt über meine lippen, nur daß ich anderes wußte. etwas anderes kam r.re vor, immer nur das was war, kein kleinster schritt hinaus. dieses war es, das das leben zu etwas machte, das ich niemals ertrug, zu einer hölle.

ich bringe thomas eine zahnbürste mit, weil hier alles so billig ist, und beim ersten benutzen fallen die borsten raus. ich fange an, die ddr zu verteidigen.

2

das furchtbare ist, daß wir uns unterhalten können. ich kucke fernsehn und du weißt, was das ist. woher weißt du das? hat der sozialismus fernsehn? das ist zu und zu schrecklich.

ich habe nicht den eindruck, daß michail gorbatschow den genossen von der humanité sich verständlich machen kann auf die frage nach den verhältnissen in den sowjetischen betrieben. – natürlich bekommt erich honecker einen lang anhaltenden ehrlichen beifall, wenn er dem weltgewerkschaftskongreß von den sozialen errungenschaften der ddr erzählt. aber begreift der ddrzuschauer, warum der kongreß zu selbstverständlichkeiten applaudiert, und begreifen die applaudierenden, warum da noch etwas weiteres ist hinter den vielen billigen wohnungen und den paradiesischen rechten am arbeitsplatz?

empört erzählt eine junge frau von den tagen, da sie hannes wader auf seiner ddrtournee begleitet. hannes wader fängt immer an, ihr böse absichten zu unterstellen, wenn sie von widersprüchen des landes beginnt zu erzählen. auch wundert

sich hannes wader, wenn keiner bei den stellen gegen den usimperialismus klatscht. hier, sagt hannes wader, hier müßten doch endlich alle einig sein. weil hier die richtige seite ist, mul3 da doch eine freude sein über die richtige seite.

es war einmal vor langer zeit, da ging ich mit günter amendt ein bügeleisen kaufen. wir betraten in der aufgeräumtesten stimmung das hamburger geschäft tausend töpfe und ließen uns die ungefähr fünfunddreißig verschiedenen bügeleisen vorführen, eine galerie. nach einem längeren schweigen straffte günter amendt seine schultern und fragte die mehr als gelangweilt kuckende verkäuferin: wo liegen denn die unterschiede zwischen diesen fünfunddreißig bügeleisen? daraufhin zeigte die verkäuferin ebenso gelangweilt wie bisher auf eines in der langen reihe und sagte: dies ist aus der zone, woraufhin günter amendt freudig rief: na, dann nehmen wir das doch!

soll ich die schokolade hier in leipzig kaufen, obwohl sie teuer und schlecht ist? die mitarbeiterin des schriftstellerverbandes erklärt mir, es sei für die ddr weitaus günstiger, wenn ich meinen joghurt im intershop kaufe statt in der kaufhalle. stärke die ddr! aber ich mag gar keinen joghurt. – vielleicht stärke ich die ddr am meisten, wenn ich weder subventionierte bücher kaufe noch subventionierte wohnungen bewohne? jedes transitvisum eine parteispende! das hat mich immer aufrecht gehalten.

einmal liegt b. mit leyla auf dem sofa, und b. hat eine ddrzeitung für jugendliche, sie lesen sie und kommen an ein kreuzworträtsel. b. holt einen stift, leyla hat schon angefangen und sagt: das kann ich nicht. b. sagt: das ist für junge personen geschaffen, das lösen wir mit links. dann versuchen sie, das kreuzworträtsel auszufüllen. sie wissen kein einziges wort. ihre unwissenheit ist dermaßen verblüffend, daß sie anfangen zu lachen, sie lachen und lachen immer mehr über diese andere gebildete welt der jugendlichen, sie lachen und fallen vom sofa und lachen.

das drückende gefühl, das die westler in der ddr befällt, es gilt vor allem ihnen selbst: die bewußtheit ist ihnen unangenehm. hier sieht die welt die welt, und das wollen sie nicht. weil sie wissen, was sie selber dann machen müßten: anfangen.

die österreichische anthologie über glück hat vorne drauf das fdjemblem, aufgehende sonne vor blauem himmel. hat kein partisan gemacht, bloß ein unwissender.

ein kommunistischer buchhändler in westdeutschland bescheißt einen ddrautor um sein honorar.

mein ehemaliger geliebter, der mir eine karte schreibt aus der türkei nach leipzig, und der bei der adresse bei rda ein ausrufezeichen macht nach dem d; eine liebeserklärung, wenn auch nur an mich.

3

ich hatte immer geglaubt, am meisten über die welt wüßten die ddrleute in der brd. ich glaubte, auch die unwahrheit könne die wahrheit sein, wenn eine andere nicht zu kriegen wäre. wäre, wenn eineiige zwillinge sich gar nicht ähnlich sehen – und sie sehen sich nicht ähnlich – , wäre dann nicht jedes mittel recht?

es ist recht. – es gibt einen wirklich berühmten mann in der ddr; sein ruhm ist sehr exklusiv, und die ihn verstehen, lächeln einander an verlegen und wissend. der mann blinzelt immer über seine brille, er will über ihren rand kucken, uns an, und hält sie vorn auf seiner nase, den rand vor seinen pupillen, parkstraße einundvierzig. der mann denkt vollkommen pragmatisch, es gilt eine liste mit büchern zu machen, cassetten sind eigentlich nicht erlaubt mitzubringen, aber das regeln wir schon, melden sie sich noch nicht ab. arbeit, wissen sie, arbeit finden sie hier immer. – auf dem rückweg ein antiquariat, in ihm ein buch, das thomas sucht, seit ich ihn kenne. ich kaufe es.

man kann ja zu niemandem darüber reden, aber natürlich ist die welt nur in privilegien erträglich. ich brauche richtige ungerechte ausnahmeregelungen, nur für mich.

zb mino. mino treffe ich auf der hohenzollernklappe, er steht drinnen, es ist leer, und wartet. ich stelle mich dazu, gleich lächelt er, ich deute mit dem kopf auf die kabinen, er macht die nase kraus, deutet mit dem kopf nach draußen, ich kucke fragend, er flüstert: wohne ich gleich in der nähe. wir gehen, er ist italiener, seine wohnung ist klein, fast so klein wie meine in leipzig, es ist ein bett in ihr, eine anlage, viele platten und ein heinrichmannbuch in italienisch. mino ist kellner. ich suche eine platte von mina aus, du kennst mina?, ruft er, die einigkeit. er spielt mir alles vor, kommentiert, erzählt geschichten über sie, singt mit. während die platte läuft, schlafen wir zusammen, ein italienischer kellner, der heinrich mann liest, von nachmittags vier bis nachts um zwei arbeitet jeden tag, das telefon ist super gestylt, einmal im jahr fährt er nachhause. er gibt mir seine telefonnummer, als ich danach frage, steckt den zettel in eine minakassette und gibt sie mir, ich sage: für mich?, wir lachen, ich gehe. wenn ich anrufe, ist er nicht da. tatsächlich geht es überall zu leben.

manchmal glaube ich auf der straße jemanden zu erkennen plötzlich, ist das nicht der postbote meiner letzten wohnung, dann fällt mir ein, ich bin in leipzig. – am wochenende in westberlin glaube ich für eine zehntelsekunde meinen parteisekretär zu sehen, ein irrtum. – ich weiß, daß die verkäuferin am käsestand der kaufhalle hier immer da ist, immer kaufe ich zweihundert gramm käsesalat. einmal sehe ich jemanden auf einer bank liegen in der sonne, und ehe ich denken kann, weiß ich, es ist nicht wahr, aber eine hundertstelsekunde war das ein obdachloser. aber ich bin ja hier. – der stämmige

vorsteher des edekaladens in dem haus, in dem thomas wohnt, er kennt mich noch, obwohl ich doch gar nicht dort wohne, wir sehen einander an. alle personen sind an ihrem ort.

konkret 09/89, S. 56

Uwe Klußmann; Otto Reinhold

Rostock, Tbilissi

Während Aufstände und Militäraktionen von Armenien bis China Länder des realen Sozialismus erschüttern, proklamiert die SED in der DDR in deutlicher Distanz zur sowjetischen Perestroika einen »Sozialismus in den Farben der DDR« und beschwört die Stabilität ihrer Politik. Prof. Otto Reinhold, geboren 1925, gelernter Schreibmaschinenmechaniker und 1946 Gründungsmitglied der SED, ist seit 1962 Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und gehört seit Mai 1967 dem Zentralkomitee der SED als Mitglied an. Reinhold gehört zu den Beratern des SED-Generalsekretärs Erich Honecker und gilt als einer der »Chefideologen« der Partei. KONKRET-Mitarbeiter Uwe Klußmann sprach in Berlin (DDR) mit Otto Reinhold über den Zustand des realen Sozialismus, die Massenmedien in der DDR, die Entwicklungen in China und Ungarn und die Stalinzeit

KONKRET: Im Programm der SED von 1976 heißt es, unsere Epoche sei die des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Wenn man sich die Entwicklungen in einigen osteuropäischen Ländern, in Ungarn, Polen und Jugoslawien ansieht, gewinnt man den Eindruck, es sei mittlerweile umgekehrt.

Reinhold: Wir sehen ja nicht nur die Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus, wir haben in den Entwicklungsländern den Übergang von feudalen und vorfeudalen Verhältnissen zum Kapitalismus. Es geht darum, zu analysieren, was die dominierende Entwicklung ist und welche Kräfte sie bestimmen. Da meinen wir schon, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nach wie vor für unsere Epoche bestimmend ist. Bei uns gab es manchmal primitive Vorstellungen, daß dieser Übergang nur durch eine territoriale Entwicklung geprägt sei. Wenn mal ein Jahrzehnt kein neues Land zum Sozialismus hinzugekommen ist, wurde gefragt, ob die Epoche noch durch diesen Charakter bestimmt sei. Das ist eine unsinnige Herangehensweise.

Wenn wir uns heute die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der Welt ansehen, hat der Sozialismus trotz aller Widersprüche seinen Einfluß bedeutend erweitert. Die Auseinandersetzung der beiden Systeme ist nach wie vor eine der bestimmenden Entwicklungstendenzen unserer Zeit.

KONKRET: Führende Vertreter der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei haben erklärt, sie müßten damit rechnen, bei künftigen Parlamentswahlen die Mehrheit und damit auch die politische Macht zu verlieren. Können Sie sich ähnliches für die DDR vorstellen ?

Reinhold: Nein, ich kann mir nicht vorstellen, daß das geschieht.

KONKRET: Was bleibt von den Errungenschaften des realen Sozialismus, wenn, wie jetzt in Ungarn, Massenarbeitslosigkeit entsteht?

Reinhold: Das weiß ich auch nicht, was dann noch vom Sozialismus bleibt. Wir haben in jedem Fall prinzipiell andere Positionen. Einen Sozialismus mit Arbeitslosigkeit können wir uns nicht vorstellen. Wir gehen davon aus, daß wir den Sozialismus nicht irgendwelcher Ziele wegen erkämpft haben, sondern in erster Linie deshalb, um einige der Grundübel des Kapitalismus zu beseitigen. Warum sollte man denn den Sozialismus wollen, wenn er dieselben Übel hat wie die kapitalistische Gesellschaft?

KONKRET: Vor dem Zentralkomitee der SED haben Sie vor einigen Monaten erklärt, in einigen sozialistischen Ländern werde in der öffentlichen Diskussion der Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie verwischt. Besteht die Gefahr, daß die DDR eines Tages außer Albanien das einzige im traditionellen Sinne sozialistische Land in Europa sein wird ?

Reinhold: Das glaube ich nicht. Trotz aller unterschiedlichen und vielfältigen Entwicklungen bin ich mir sicher, daß die Sowjetunion ein sozialistisches Land bleibt.

KONKRET: Und Polen, Ungarn?

Reinhold: Was Ungarn angeht, weiß ich nicht genau, wo die Entwicklung heute hingeht. In Polen ist die Lage etwas anders. Aber es gibt Prozesse, von denen ich heute nicht eindeutig sagen kann, wie sie ausgehen. Doch es gibt für mich überhaupt keinen Zweifel, daß die Sowjetunion ein sozialistisches Land bleibt. Die gesamte Umgestaltung in der Sowjetunion ist darauf gerichtet, den Sozialismus zu festigen.

KONKRET: Sie haben Gorbatschows »Perestroika«-Buch im theoretischen Organ der SED »Einheit« sehr positiv besprochen und in ihrer Rezension erklärt, die SED halte den Umgestaltungsprozeß in der Sowjetunion für unbedingt notwendig und verfolge die Entwicklung mit Interesse und Sympathie. Das für Ideologie zuständige Mitglied des Politbüros, Kurt Hager, hat in einem Interview mit dem »Stern« über die Perestroika in der Sowjetunion geäußert, wenn der Nachbar seine Wohnung neu tapeziere, sei das für die SED kein Grund, ebenfalls neu zu tapezieren.

Reinhold: Zwischen beiden Aussagen besteht kein Widerspruch. Wir gehen davon aus, daß dieser Umgestaltungsprozess in der Sowjetunion unbedingt notwendig ist und daß es zur Umgestaltung keine Alternative gibt. Wir wären Abenteurer,

wenn wir nicht begreifen würden, daß das gesamte Schicksal des Weltsozialismus in den nächsten Jahrzehnten vom Erfolg dieses Umgestaltungsprozesses in der Sowjetunion abhängt. Deshalb verfolgen wir die Umgestaltung nicht nur mit Sympathie, wir tun alles, um diesen Prozeß zu unterstützen.

Das Erste, was wir für den Erfolg dieses Prozesses tun, ist, daß wir an dieser sensibelsten Grenze, zur Bundesrepublik, zur Nato, zum anderen gesellschaftlichen System Stabilität und Sicherheit gewährleisten. Jeder kann sich ausmalen, was passieren würde, wenn in Rostock oder Erfurt ein Tbilissi entstünde, mit Konfrontationen und Unruhen wie etwa in Georgien, mit allen Folgen, die mit dieser Entwicklung verbunden wären.

Das Zweite, was wir für die Umgestaltung in der Sowjetunion tun, ist die außerordentliche Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet. Die KPdSU und die SED gehen beide davon aus, daß es kein allgemeingültiges Modell des Sozialismus gibt. Jede Partei ist für die Bestimmung ihrer Politik verantwortlich. Wir bestimmen unsere Strategie und unsere Politik entsprechend unseren Bedingungen und werden das auch künftig tun.

KONKRET: Die Wachstumsraten der Volkswirtschaft in der DDR sind in den vergangenen Jahren gesunken, dramatisch ist vor allem die Akkumulationsrate abgesackt. Vielen Betrieben und Wirtschaftszweigen in der DDR fehlen Investitionsmittel für die Modernisierung der Produktion und die geforderte beschleunigte Einführung von Mikroelektronik .

Reinhold: Ich bestreite, daß die Wachstumsraten radikal gesunken sind. Wir hatten in den achtziger Jahren ein Wachstum zwischen vier und fünf Prozent. 1988 hatten wir ein Wachstum von drei Prozent. Wir sind zuversichtlich, daß wir jetzt wieder 4 Prozent erreichen. Bei der Akkumulationsrate hat es in der Tat ein Absinken gegeben, aber schon im vorigen Jahr hatten wir eine bedeutende Erhöhung, in diesem Jahr erreichen wir eine Akkumulationsrate von mehr als 20 Prozent. Das Problem der Akkumulationsrate ist für uns eine zentrale Frage, das wird auch in den neunziger Jahren so bleiben. Die Akkumulationsrate ist für das Wachstum unserer Wirtschaft zu klein.

(Die Akkumulationsrate kennzeichnet den Anteil des verfügbaren Nationaleinkommens, der für Investitionen und Wachstum ausgegeben wird, d. Red.)

KONKRET: Erliegt die DDR nicht zunehmend dem Konkurrenzdruck des Kapitalismus, dessen Vorgaben sie als Maßstab für die eigene Produktivkraftentwicklung nimmt? Mußte die DDR den Weg der massenhaften Produktion von Privat-Pkw und Spraydosen beschreiten?

Reinhold: Es ist eine problematische Frage, ob wir private Autos produzieren oder nicht. Wir sind in die internationale Entwicklung eingebunden, in der eine Gesellschaft ohne Auto kaum noch vorstellbar ist. Die internationale Entwicklung bestimmt viele Maßstäbe unserer ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung. 1988 haben DDR- Bürger 7,2 Millionen Reisen in die BRD und nach Westberlin durchgeführt. Subtrahiert man davon die Doppelreisen, waren es mindestens 5 Millionen, also fast jeder dritte Bürger unseres Landes, die in der Bundesrepublik oder Westberlin waren. In diesem Jahr werden es eher noch mehr sein. Die meisten DDR-Bürger wissen, wie es in einem Kaufhaus in Westberlin, in Hamburg oder München aussieht und was dort angeboten wird. Von daher besteht für uns ein großer Unterschied zur Sowjetunion und zu einigen anderen sozialistischen Ländern. Das bestimmt natürlich auch die Erwartungen und Vorstellungen.

KONKRET: Ist die Planwirtschaft des realen Sozialismus in der Lage, der Effektivität der Konkurrenz des Silicon-Valley etwas entgegen zu setzen ?

Reinhold: Davon bin ich überzeugt. Wenn es uns gelingt, die Konzeption für die Entwicklung der modernen Hochtechnologien durchzusetzen, vor allem bei Mikroelektronik, der Automatisierung und Veredelung, dann ist die DDR auch in den neunziger Jahren konkurrenzfähig.

KONKRET: Es gibt zur Zeit in der DDR, in der SED, unter Ökonomen, aber auch in der gesamten Bevölkerung eine kontroverse Debatte über die bisherige Preispolitik. Bislang werden Grundnahrungsmittel, Wohnungsmieten, Babywäsche und öffentliche Verkehrsmittel aus dem Staatshaushalt mit 50 bis 60 Milliarden Mark pro Jahr bezuschußt. Es mehren sich bis in die Parteiführung der SED hinein Stimmen, die fordern, diese Preispolitik zu revidieren, da sie nicht mehr bezahlbar sei und der Modernisierung der Wirtschaft Mittel entziehe. Sie haben Vorschläge zur Revision der Preispolitik mehrfach öffentlich zurückgewiesen. Warum?

Reinhold: Ich habe in Diskussionen und im »Neuen Deutschland« die Meinung vertreten, daß wir diese Politik im Prinzip beibehalten, aber einige Aspekte überdenken sollten. Daraufhin habe ich mehr als 400 Briefe bekommen, in denen erst einmal alle begrüßen, daß diese Frage öffentlich diskutiert wird. 90 bis 95 Prozent derjenigen, die mir geschrieben haben, sind der Ansicht, daß wir diese Politik fortsetzen sollen, sprechen sich aber dafür aus, die große Summe von 50 bis 60 Milliarden Mark effektiver einzusetzen. So sehen es viele als problematisch an, daß eine Kilowattstunde bei uns seit mehr

als 40 Jahren acht Pfennige kostet. Es geht darum, soziale Sicherheit, das Leistungsprinzip und soziale Gerechtigkeit besser in Übereinstimmung zu bringen.

Eine Einzelperson, die eine 5-Zimmer-Wohnung mietet, müßte auch etwas mehr dafür bezahlen. Beim Brotpreis wird sehr deutlich, daß dies ein widersprüchliches Problem ist. Alle sagen bei uns in der Diskussion: Der Brotpreis müßte so hoch sein, daß jeder nur soviel Brot kauft, wie er selbst verzehrt, und nicht um seine Kaninchen damit zu füttern. Vom ökonomischen Standpunkt aus könnte man eine solche Auffassung unbedingt akzeptieren. Dann muß man aber die zweite Frage beantworten, um wieviel der Brotpreis erhöht werden müßte. Eine hundertprozentige Preiserhöhung hätte in dieser Hinsicht gar keine Auswirkung. Ob ein Brötchen statt 5 Pfennigen nun 10 Pfennige kostet, macht keinen erheblichen Unterschied. Um auf ökonomischem Wege einen sparsamen Verbrauch von Brot zu erreichen, müßte die Preiserhöhung schon mindestens 400 bis 500 Prozent betragen. Damit wird das Ganze zu einer politischen Frage: Welche Arbeiterpartei möchte den Brotpreis um 500 Prozent erhöhen? Ich glaube, wir werden im Prinzip unsere Preispolitik beibehalten, aber dabei einiges anders gestalten.

KONKRET: Eine »marktwirtschaftliche« Preisgestaltung wie etwa in Polen oder Ungarn können Sie für die Zukunft in der DDR ausschließen ?

Reinhold: Das würde ich ausschließen, wobei es hier nicht um die Frage des Marktes geht. Wir schätzen die Bedeutung des Marktes sehr hoch ein. Aber wir wollen nicht an die Stelle der Planung den Markt setzen, sondern wollen ein richtiges Verhältnis von Plan und Markt finden. Wir können uns beispielsweise nicht vorstellen, daß die Wohnung zur Ware wird.

KONKRET: Wie das in Ungarn und auch in China wieder der Fall ist, wo der Staat Wohnungen an Privatpersonen verkauft.

Reinhold: Wir haben bestimmte Traditionen zu vertreten. Wenn Sie die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei Deutschlands von der Gründung 1918 bis 1933 untersuchen, gab es auf sozialem Gebiet zwei grundlegende Forderungen: den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Verbesserungen der Wohnbedingungen für die Arbeiter, die Bekämpfung des Mietwuchers. Diese beiden Fragen spielten immer eine dominierende Rolle in den Kämpfen der Kommunisten. Wir können uns nur eine sozialistische Gesellschaft vorstellen, die diese Probleme konsequent löst.

KONKRET: »Die Rationalität der sozialistischen Wirtschaft hängt entscheidend von der demokratischen Gestaltung der Wirtschaftsorganisation ab«: Das haben Sie 1968 im SED- Theorieorgan »Einheit« geschrieben. Liegt hier nicht nach wie vor ein ungelöstes Kernproblem der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR ?

Reinhold: Dieses Zitat ist heute noch genau so aktuell wie 1968. Ich bin der festen Überzeugung, daß ohne die Entwicklung und weitere Vervollkommnung der Demokratie in der Wirtschaft unsere Ökonomie nicht erfolgreich sein kann. Ein wesentlicher Forschungsbereich unserer Gesellschaftswissenschaftler und Ökonomen ist in der DDR das Thema »technologischer Wandel und Demokratie«. Wir gehen davon aus, daß jeder Betroffene von Anfang an beteiligt werden muß an Entscheidungen über neue Technologien und nicht nur nachträglich informiert wird.

KONKRET: Der Marxismus-Leninismus, wie ihn die SED interpretiert, ist nach 40 Jahren DDR Millionen ihrer Bürger fremd geblieben. Ist die SED heute wirklich nicht nur als Inhaberin des Staatsapparates, sondern auch geistig die führende Kraft in der DDR?

Reinhold: Ich bezweifele Ihre Feststellung stark. Ich glaube, daß der Marxismus-Leninismus nicht nur unseren Vorstellungen nach, sondern auch im Leben unseres Landes die dominierende Ideologie ist. Daß es neben Marxisten auch viele Leute gibt, die eine andere Auffassung haben, betrachten wir als völlig natürlich. Wir hatten niemals die Vorstellung, daß alle Bürger dieser sozialistischen Gesellschaft Marxisten-Leninisten werden.

KONKRET: Eine Sozialdemokratie wie jetzt in Ungarn oder eine andere sozialistische Partei soll es auch in den neunziger Jahren in der DDR nicht geben?

Reinhold: Das würde ich ausschließen. Wir gehen davon aus, daß zu den wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterbewegung bei uns in der Nachkriegszeit die Tatsache gehört, daß wir einheitliche Gewerkschaften und eine einheitliche Arbeiterpartei geschaffen haben. Kein normaler Gewerkschafter in der Bundesrepublik würde an der Einheit der Gewerkschaften rütteln.

KONKRET: Seit einigen Monaten ist seitens der SED häufig die Rede von einem »Sozialismus in den Farben der DDR«. Sie haben noch im vorigen Jahr in Ihrem Buch »Die Gestaltung unserer Gesellschaft« erklärt, »nationale Theorien« seien für den Marxismus-Leninismus »unvorstellbar«. Warum wurden solche Akzente in der Propaganda nun überraschend doch vorstellbar?

Reinhold: Ich kann mir auch heute keine nationale Theorie des Sozialismus vorstellen. Ich gehe nach wie vor davon aus, daß eine sozialistische Gesellschaft bestimmte grundlegende Fundamente haben muß, ohne die sie sich nicht erfolgreich entwickeln kann. Diese Grundlagen sind die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen, das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, die gesellschaftliche Leitung und Planung der

Wirtschaft und Gesellschaft, die führende Rolle der Partei und der dominierende Einfluß der sozialistischen Ideologie. Ohne diese Bedingungen können wir uns den Sozialismus nicht vorstellen.

Wenn wir vom »Sozialismus in den Farben der DDR« sprechen, so meinen wir immer die Anwendung dieser Prinzipien unter spezifischen Bedingungen. Wir stehen bei der Auseinandersetzung der Systeme nicht irgend einem Land gegenüber, nicht Griechenland oder der Türkei, sondern der Bundesrepublik mit den höchsten wirtschaftlichen Potenzen und dem höchsten materiellen Lebensniveau. Das erfordert schon spezifische Wege der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft.

KONKRET: Der Mitarbeiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Nikolai Portugalow, hat im »Spiegel« erklärt, daß die Sowjetunion »die historische Dimension aller Fragen, die mit der deutschen Nation und ihrer künftigen Existenz zusammenhängen«, ausdrücklich anerkenne. Können Sie ausschließen, daß es in der Sowjetunion unter dem Etikett des »neuen Denkens« wieder Überlegungen gibt, wie einst zu Zeiten Stalins und Berijas, die staatliche Souveränität der DDR als Verhandlungsmasse zur Disposition zu stellen ?

Reinhold: Ich kann nicht ausschließen, daß es in der Sowjetunion einzelne Leute gibt, die eine solche Meinung vertreten. Aber objektiv kann ich mir das heute nicht vorstellen. Man muß berücksichtigen, daß die sowjetischen Vorschläge 1952 und 1954 in einer Situation gemacht wurden, als die Bundesrepublik noch nicht Mitglied der Nato war. Heute hat sich die Situation grundlegend geändert, vor allem dadurch, daß sich in beiden Staaten unterschiedliche Gesellschaftsordnungen entwickelt haben, der Kapitalismus in der Bundesrepublik und die sozialistische Gesellschaft in der DDR. Damit und durch viele andere Faktoren wurde die ehemalige Einheit der deutschen Nation zerstört. Es entwickeln sich in einem sehr langfristigen Prozeß zwei unterschiedliche Nationen auf deutschem Boden, eine kapitalistische und eine sozialistische Nation. Solange Kapitalismus und Sozialismus bestehen, schließe ich eine Wiederherstellung einer Einheit der beiden deutschen Staaten völlig aus.

KONKRET: Die SED und die FDJ sind zunehmend mit Andersdenkenden konfrontiert, die ihre Ansichten nicht mehr verschweigen. Kritik mit marxistischem Anspruch ist dabei, zumal bei Jugendlichen, heute eher seltener als früher zu hören. Bei vielen Jugendlichen und auch bei anderen DDR-Bürgern macht sich Entpolitisierung und Konsumorientierung breit, bei einer Minderheit zeigt sich sogar aggressiver Rassismus und Neonazismus.

Reinhold: In der Tat ist bei uns ein neues Selbstbewußtsein entstanden, vor allem bei jungen Leuten. Natürlich hat die Erhöhung des Bildungsniveaus neben internationalen Prozessen darauf einen maßgeblichen Einfluß. Es ist unser Ziel, selbstbewußte Bürger zu erziehen. Das gewachsene Selbstbewußtsein hat dazu geführt, daß heute niemand mehr eine kritische Frage hinter vorgehaltener Hand vorbringt, sondern öffentlich diskutiert. Das ist eine neue, wichtige Entwicklung, die wir als sehr positiv einschätzen. Daß dies manchmal auch für negative Positionen genutzt wird, damit muß man leben und damit können wir sicher leben. Es gab auch einzelne Faschisten und Skinheads, die bei uns aufgetreten sind. Nur besteht der große Unterschied zur Bundesrepublik darin, daß wir mit großer Schärfe gegen diese Erscheinungen vorgehen und bei uns keinerlei Ausländerhaß und faschistische Positionen dulden. Solche Kräfte haben bei uns auch in den neunziger Jahren mit Sicherheit nicht die Möglichkeit, wie in der Bundesrepublik bei Wahlen zu kandidieren und sich ihre Hetze aus Steuergeldern als Wahlkampfkostenerstattung bezahlen zu lassen.

KONKRET: Dennoch gibt es in Teilbereichen der Bevölkerung der DDR wachsende Ressentiments gegen Ausländer, etwa gegen Vietnamesen und Algerier, die sich zur Arbeit oder Ausbildung in der DDR aufhalten.

Reinhold: Ich bezweifle, daß diese Tendenzen wachsen. Wir führen dort, wo sich so etwas zeigt, eine sehr harte Auseinandersetzung. Wir tun alles, um ein gleichberechtigtes Miteinander von einheimischen und ausländischen Bürgern bei uns zu erreichen. So gehört die DDR anders als die Bundesrepublik zu den wenigen Ländern, die das aktive und passive kommunale Wahlrecht für alle Ausländer eingeführt hat.

KONKRET: Ihre Schwesterpartei in der Bundesrepublik, die DKP, befindet sich gegenwärtig in einem Prozeß der Spaltung. Heftig umstritten sind die Bedeutung des Klassenkampfes, die Lehren aus der Perestroika, eine Annäherung an sozialdemokratische Positionen und nicht zuletzt das Verhältnis zur DDR.

Reinhold: Manche Entwicklungsprozesse in der DKP sind bedauerlich und in mancher Hinsicht tragisch. Das ist die innere Angelegenheit der Kommunisten der Bundesrepublik .

KONKRET: Die SED hat bei den Auseinandersetzungen in der DKP sehr eindeutig Position gegen die »Erneuerer« bezogen.

Reinhold: Wir sind der Meinung, daß die Lösung der Probleme Sache der DKP selbst ist und daß eine Spaltung sehr tragisch wäre. Wir würden es als sehr positiv einschätzen, wenn es gelänge, eine solche Spaltung zu verhindern.

KONKRET: Die Geschichte der Stalinzeit und der Verbrechen Stalins wird gegenwärtig von Historikern der Sowjetunion und der DDR kontrovers diskutiert. Wie gehen Sie mit der Tatsache um, daß auch zahlreiche deutsche Kommunisten, die vor den Nazis in die Sowjetunion geflohen waren, in den dreißiger Jahren von der Stalinschen Geheimpolizei unter absurden Anschuldigungen verhaftet und in vielen Fällen ermordet wurden ?

Reinhold: Ich kann die pauschale These nicht akzeptieren, daß die sowjetischen und die DDR-Historiker kontrovers diskutieren. Wir haben eine gute und enge Zusammenarbeit mit vielen sowjetischen Historikern, die eine fundierte und sehr solide Arbeit machen. Dabei berücksichtigen wir, daß erst im vorigen Jahr die Archive für die Historiker beider Länder geöffnet wurden. Um wissenschaftlich fundierte Ergebnisse zu erreichen, ist sicher eine bestimmte Zeit notwendig. Inzwischen haben eine Reihe von sowjetischen Historikern und Publizisten mit Halbwahrheiten, Verdrehungen und Nichtwahrheiten versucht, Sensationen zu erzeugen. Mit diesem Sensationshistorismus sind wir nicht einverstanden. Wir wollen eine solide Forschung machen, gemeinsam mit sowjetischen Kollegen, und wollen diese Forschungen auch gemeinsam vorlegen.

Unsere Partei hat sich zum ersten Mal 1956 sehr gründlich mit der Stalinzeit und den Ermordungen und dem Terror gegen deutsche Kommunisten befaßt. Schon damals haben wir unter Leitung des Politbüromitgliedes Hermann Matern eine Kommission gebildet, die sechs Jahre lang, von 1956 bis 1962, gearbeitet hat. Diese Kommission hat alle damals bekannten Fälle untersucht und alle Betroffenen rehabilitiert. Viele der Überlebenden sind heute in führenden Funktionen unserer Partei tätig. Ich gehe davon aus, daß wir sicher noch nicht alle Fälle kennen.

konkret 09/89, S. 60

Martin Fischer

Links, Bits, Bytes

Der Computer ist über die Linke gekommen. Aber gefragt ist nicht Kritik, sondern Know how. Ein Streifzug durch die digitale Welt der GenossInnen

Der fatale Hang der Linken, technizistische Allmachtsphantasien mit gesellschaftlichem Fortschritt zu verwechseln, ist noch immer ungebrochen. Das kategorische Nein zu AKWs, Gen- und Reproduktionstechniken und ökologischem Raubbau, Ergebnis eines ebenso schmerzhaften wie plakativen Lernprozesses der Linken, hat nicht zu einer generellen politischen Kritik der Naturwissenschaften geführt. Nun sorgt die Computerisierung für linke Begeisterung an reduktionistischen Modellen der exakten Wissenschaften.

Seit Anfang der 80er Jahre dringen die Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien) massenhaft in gesellschaftliche Bereiche vor, die bislang gegenüber militärischen oder wirtschaftlichen Organisationsprinzipien weitgehend resistent waren. 1,3 Millionen Personal Computer oder Home Computer wurden allein 1988 in der BRD verkauft, hunderttausende davon an private Haushalte.

Die von den IuK-Technologien ausgehenden Umwälzungen sind, wenn überhaupt, nur mit der Einführung des Buchdrucks vergleichbar. Zentralisierung der Daten, Rationalisierung der Produktion, Dequalifikation der Arbeitsplätze, Zerstückelung der Arbeitsprozesse, Effektivierung der staatlichen Kontrolle, explosive Vervielfältigung der Information, Verarmung der Kommunikation, Virtualisierung der Sexualität und Pornographisierung des Alltags sind nur einige Phänomene der globalen Digitalisierung.

Gleichzeitig sind viele Vorzüge dieser Technologie nicht zu bestreiten: Computer können stumpfsinnige und monotone Arbeiten erleichtern (Administration, Rechnungswesen, Textverarbeitung). Weltweite Überkapazitäten und rasche Vereinheitlichung technischer Standards haben zudem seit der Markteinführung der Mikrocomputer zu Beginn der 80er Jahre schnell den Traum einer low-cost High-Tech wahr werden lassen. Nie zuvor war eine neue Technologie so vielen verschiedenen sozialen Gruppen gleichzeitig zugänglich.

Längst hat sich die Computer-Regenbogenpresse an den Kiosken mächtig breit gemacht. Ganzseitige Anzeigen für »Workstations« und »Laptops« finden sich immer häufiger auch in »Spiegel« und »Zeit«. Nun kämpft KONKRET mit einem »Computer für lange Winterabende« erfolgreich um neue AbonnentInnen. »Überraschend viele KonkretleserInnen« meinen, für den »ausgelobten« Home Computer auch Verwendung zu haben. Den von der Glücksfee Enttäuschten bietet der Verlag das »Chaos Computer Buch« als Trostpreis an. Was konsequent ist. Immerhin endet in dem Bändchen ein Beitrag zur »Künstlichen Intelligenz« (KI), der die Ideologie und den Imperialismus der KI-Hardliner verschweigt, mit einer Liebeserklärung an den Mikrocomputer: »Das Ding ist mir irgendwie sympathisch.«

Ist, so ist zu fragen, die eher moralische denn politische Computerkritik früherer Jahre auch bei jenen einem fröhlichen Pragmatismus gewichen, die noch immer meinen, mit ihrer politischen Praxis den bundesdeutschen Modernisierungskonsens radikal in Frage zu stellen?

Ich habe mich umgesehen unter den Linken im Land. Und unter den Hackern, die bei Linken wie Grünen nach wie vor als »unsere Experten« gelten. Der Systembetreiber des Kölner Knotens der Linkssystem-Mailboxen nimmt mich mit zu einem Treffen von HackerInnen aus Holland, Heidelberg und Hamburg. Wau Holland vom Hamburger Chaos Computer Club begrüßt mich unter allgemeinem Gelächter mit einer Schlagzeile aus der »Süddeutschen Zeitung«: »Ein Gespenst geht am Stock.« Für ihn ist die Linke »historisch überholt«. Aber, sagt er mit ernster Miene, »die Umweltinitiativen begreifen jetzt, daß die Computer ihnen Möglichkeiten bieten«. Als Beispiel nennt er die rund sechzig Computer des Zerberus-Netzes, über die die Müslis vor Ort ihre lokalen Öko-Meßdaten schnell und kostengünstig via Telefon und Btx in die Mailbox des Münchner »Global Challenge Network« (GCN) senden können.

Binnen Jahresfrist werden sich nach Schätzungen der GCN-Zentrale 20.000 bis 50.000 Ökos auf eigene Rechnung mit Hard- und Software ausstatten. Die digitale Vermessung des ökologisch ausgepowerten Landes verspricht den Öko-Sheriffs Lebenssinn, der Computer-Industrie Zugang zu ungeahnten Marktressourcen. Im Vorstand des cleveren Vereins sitzt der Träger des alternativen Nobelpreises Hans-Peter Dürr neben dem Software-Vertreiber Fritz Heimsoeth (Borland).

Am selben Wochenende trifft sich im grünen Hause Wittgenstein bei Bonn die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Computer und Medien. Mein Informant will mich darüber nicht informiert haben. Denn die Diskussion berührt empfindliche Stellen: Die Pressestelle der Partei hat seit fast zwei Jahren einen Mailbox-Anschluß. Im März beschließt die Grüne Fraktion, am Modellversuch Parlakom II teilzunehmen, beschränkt sich aber nach heftigen BAG-Protesten auf die Anschaffung von PCs für ParlamentarierInnen und Büros. Nun soll die BAG ihre grundsätzliche Haltung zu den Mailboxen klären, die im grün-alternativen Spektrum immer populärer werden. Udo Schacht, Ökobroker und Spezialist für »sinnvolle Computeranwendung«, stellt der intimen Runde sein »bundesweites Computer-Netzwerk für Frieden, Ökologie

etc.« vor. In einem vorbereitenden Papier («nur für Leute im kleinen Verteiler«) wird Klartext gesprochen: »Entweder gelingt es uns, gute Argumente gegen Mailboxen zu finden, oder es wird sowieso niemand auf uns hören.«

Doch obwohl die grünen ExpertInnen sich alle »seit acht Jahren kennen«, haben sie von ihrem Thema keine Ahnung. Statt in die Niederungen der Praxis zu steigen, wird im Hause Wittgenstein versucht »herauszufinden, ob Mailboxen ein Teil der Gesellschaft sein könnten, die wir uns als Utopie vorstellen«. Dabei wiederholt sich derzeit in den Mailboxen nur, was schon Bertolt Brecht für die Radiodiskussion formulierte: »Man hatte plötzlich die Möglichkeit, allen alles zu sagen, aber man hatte, wenn man es sich überlegte, nichts zu sagen.«

Im kleinen Büro von Helga Genrich, der wissenschaftlichen Angestellten der »Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung« (GMD) organisiert sich Kritik. Zusammen mit anderen hat sie 1984 das »Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung« (FIFF) gegründet, das heute über 900 Mitglieder zählt. Die Poster der Friedensbewegung in Genrichs Zimmer heben sich ab von der unterkühlten Funktionalität der bundesdeutschen Großforschungseinrichtung in Birlinghoven bei Bonn. Mit einem Etat von 160 Millionen Mark basteln hier ca. 950 Menschen an »technizistischen Visionen« (Genrich) wie Supercomputer, Softwarefabrik, massiver Parallelität und künstlicher Intelligenz.

»Wir versuchen als Linke mit der Technik zu leben«, gibt die stellvertretende FIFF-Vorsitzende ihren Pragmatismus zu, »sich ihr zu verweigern, würde ja bedeuten, aus dem Beruf auszusteigen«. Aber auch Genrich ist stolz, daß es »für uns« jetzt möglich ist, mit Nicaragua über ein Computernetz via Washington in Kontakt zu treten. »Antwort und Rückantwort binnen 48 Stunden, das war auf keinem anderen Weg bisher möglich. Das finden wir schön.« Das FIFF unterstützt ein nicht unumstrittenes Projekt von BRD- und USA-Linken, das dem sandinistischen Nicaragua bei der Computerisierung unter die Arme greift. Die aus der Somoza-Zeit stammenden und nunmehr verwaisten IBM-Rechner sollen wieder in Betrieb genommen werden. In der Soli-Zeit kamen 1.500 BRD-PCs dazu. Geleitet wird das Projekt von einem ehemaligen DKP-Mitglied, der sich aus der GMD beurlaubt hat. Der Aufbau des sandinistischen Nicaraguas biete, so Genrich, dem »Technikfreak« eine »sinnvolle Möglichkeit, seinen technischen Ambitionen nachzugehen«. Die Not ist groß, Arbeitskräfte fehlen, »da kann Technik den Mangel ein wenig beheben«.

Hierzulande herrscht Mangel vor allem in den kleinen linken Projekten. In einem Kölner Hinterhof wird die »Sozialistische Zeitung SOZ« der aus maoistischen und trotzkistischen Parteien der 70er Jahre hervorgegangenen »Vereinigten Sozialistischen Partei« gemacht. Gedruckte Auflage alle vierzehn Tage: 3000 Stück. Vor zwei Jahren wurde mit der Computerisierung der »SOZ« begonnen. Heute arbeiten alle sechs in der »SOZ« beschäftigten Männer und Frauen an PCs. »Wir haben klar eine Stelle eingespart«, resümiert »SOZ«-Chefredakteur Winfried Wolf, der als pragmatischer Computer-Anwender sehr lange an seiner Schreibmaschine festhielt und noch heute »bei wichtigen Sachen« im Büro auf seinem antiquierten Schreibgerät besteht. Doch das Büro ist gespalten. Zwei avancierte Computerleute gehen, so Wolf, »kreativ und spielerisch« mit den Geräten um und sind »immer auf neue Systeme und neue Software aus«.

Daß es im »SOZ«-Team weniger Trennung von Technik- und Kopfarbeit gibt, werde von ihnen als »Riesenerfolg verkauft«. Das linke Dilemma im Umgang mit Bits und Bytes kennt Wolf gut: »Leute wie ich, die konservativ sind und eine bestimmte natürliche Abwehr gegen Computer haben, haben davon keine Ahnung. Und diejenigen, die weniger kritisch sind, sind die Könner.« Wolf weiß natürlich: »Rebellion ist gerechtfertigt, unbedingt«. Also wäre jeder Kampf gegen eingeführte Computertechnik legitim. Die Notwendigkeit einer politischen Kritik an den IuK-Technologien sieht er »im Moment« trotzdem nicht. Denn die Computertechnologie sei im Gegensatz zu Atomenergie und automobiler Gesellschaft »als Grundtechnologie für beide antagonistischen Möglichkeiten nutzbar«. Im Sinne der privatkapitalistischen und diktatorischen Herrschaftssicherung und Rationalisierung ebenso wie im Sinne der Mandel'schen Massendemokratie. »Für Sozialismus«, sinniert der Chefredakteur andererseits, »wäre keinerlei Wachstum notwendig«. Wirklich beschäftigt aber habe er sich mit den Folgen der Computerisierung nicht: »Ich müßte wissen, was die Chaos-Computer-Leute so diskutieren.«

Die Computerisierung des links-alternativen Spektrums hat vielen angenehme Jobs eingebracht. Die Nachfrage nach PC-Beratung und Service steigt. Der linksradikale Computer-Berater Beppo hat sich vor zwei Jahren selbständig gemacht. Für die Computerszene sei er nicht ganz typisch, betont er. Als Mathematik-Student ist er schon 1973 auf die Computer gestoßen. In den siebziger Jahren hatte Beppo das Gefühl, seinen Umgang mit Computern vor einem Großteil der Linken geheim halten zu müssen. »Wenn ich mir 1978 in der WG einen PC gekauft hätte, hätte er da nicht lange gestanden.« 1985 habe das dann »völlig umgeschlagen«. Nun waren die »Frischbekehrten« die Schlimmsten. Sobald sie »so ein Ding zu Hause hatten«, war die Distanz dahin.

Beppo hält die Hacker-Szene für »absolut unpolitisch«: »Die Chaos-Leute werden immer überschätzt.« Er selbst ist pessimistisch. Der PC werde nicht mehr in Frage gestellt. Viele Alternativbetriebe setzen aus Rationalisierungsgründen auf Computer. »Es läuft darauf hinaus, daß diese Betriebe eine Vorreiterrolle spielen.« Linke, meint Beppo, orientieren sich am IBM-Standard, »man ist ja Profi«. Für viele Männer sei das Tolle am Computer, »daß er Probleme schafft, die man mit

seiner Hilfe wieder lösen kann«. Obwohl es »für den Privatmenschen« eigentlich keine Computer-Anwendungen gebe, könne er das den Leuten kaum vermitteln.

Bonn, Bad-Godesberg. Im Bundeshaus ist Ruhe eingekehrt, längst sind die MdBs ins Wochenende. Mein Gesprächspartner aber betritt sein Büro erst nach 19 Uhr. Ulrich Briefs, der für die IuK-Technologien zuständige grüne MdB, hat an der grünen Mailbox-Diskussion im Hause Wittgenstein nicht teil genommen. »Bei den IWF-Aktionen«, erzählt Briefs, »habe ich mir ständig überlegt, was hättest du jetzt gewonnen mit den Mailboxen. Soll ich ein tragbares Ding rumschleppen? Was soll ich damit, wenn ich vor den Polizisten weglaufen muß, oder wenn ich mich bei den anderen einhake?« Er hält die ganze Diskussion für »gefährlich«: »Der typische Hacker ist für mich jemand, der eigentlich der sozialen Bewegung fern ist. Das sind nicht die kommunikativen Typen, sondern eher Leute, die am PC sitzen.«

Briefs hat die »ersten Goldgräberjahre der EDV« als Spezialist für technisch-wissenschaftliche Anwendungen bei IBM verbracht. Die Faszination der universellen Maschine ist ihm vertraut.

»Große Teile der Linken«, sagt Briefs, »haben die Wachstumskritik ja immer als kleinbürgerliche Variante abgetan«. Andererseits »erlauben die IuK-Technologien auch einen kleinen Ausweg«: Das sei doch »eine saubere, umweltfreundliche Technik«. Die Linke müsse die Entwicklung der Technik kontrollieren, verändern und an bestimmten Punkten unterbinden, an anderen Punkten aber auch fördern. In den Gewerkschaften seien die kritischen Stimmen gegen die »technologiepolitische Wende« verstummt. Doch Briefs hofft, »daß wir Grünen es noch hinkriegen«. Sein Büro ist (noch) nicht computerisiert.

Szenenwechsel. Eine Stadt in NRW. Die Straßenbahn bringt mich in ein Sanierungsviertel. Die Mauern der verwahrlosten Mietskasernen schicken »feurige Grüße an unsere Gefangenen«. Im zweiten Stock einer ehemaligen Fabrik legt mein junger Gesprächspartner Wert auf Datenschutz. Als sein Kollektiv sich vor drei Jahren Computer anschaffte, »wurden wir in unserem besetzten Haus schon komisch angeguckt«. Doch mit den PCs werde »unheimlich vielen Leuten für relativ wenig Geld Möglichkeiten zur Verfügung gestellt, die früher monopolisiert waren«. Ihre dezentrale Zeitung, »die aus der Praxis gemacht wird«, kommt aus einem Laserdrucker. Das sei zwar attraktiv, aber »das bedeutet nicht, daß diese Technologie Demokratisierung bringt«. Genau da verlaufe die »Trennlinie zwischen Reformismus und revolutionärer Politik«. Ihm gehe es nicht um die »Veränderung der Arbeitsinhalte«, sondern um die »Zurückdrängung und Abschaffung der Arbeit«.

Der Computer habe »eine Gefährlichkeit, die weit über die einer Schreibmaschine hinausgeht«: »Immer wieder erzählen Leute, die am Computer arbeiten, daß sie dabei die Zeit vergessen.« Hinter den IuK-Technologien stecke ein »widersprüchlicher Prozeß von Atomisierung und Vergesellschaftung«.

Mehr als zwei Millionen Bildschirmarbeitsplätze existieren heute in der BRD. Die Daten- und Texteingabe wird vorwiegend Frauen überlassen. In linken Projekten ist es nicht anders. Aber der Druck auf Frauen, in die digitale Männerwelt einzusteigen, ist groß. Das Bändchen »Go Stop Run« aus dem neuen Programmschwerpunkt des Berliner Orlanda-Frauenverlags »Verständlich geschriebene Computerbücher mit ganzheitlichem Lernstil« ist mit 16.000 verkauften Exemplaren ein Renner.

Seit vier Jahren hält die Informatik-Studentin Ingrid Willms Computerkurse für Frauen an der Kölner Volkshochschule ab. Zwei Gruppen von Frauen besuchen ihre Kurse, die Einführung in die Technik mit Kritik an den Anwendungen verbinden. Die einen müssen oder wollen die Technik im Büro oder im Studium benützen, die anderen kommen »aus der linken politischen Ecke«. Ihnen will Willms ein »Grundgerüst zur Verfügung stellen, damit sie über die politischen Gefahren besser reden können«. Computerfreaks sind männlich, sagt sie. Keine der Frauen in den Kursen sei »je darauf abgefahren«. In Frauenprojekten haben sich Computer »noch lange nicht so durchgesetzt« wie in linken Projekten.

Ingrid Willms' Informatik-Studium ist auch eine Folge des wirtschaftlichen Drucks: »Da kann ich noch hoffen, nach dem Studium einen Job zu bekommen«. Im Gegensatz zu meinen männlichen Gesprächspartnern betont sie daß »mit dem Computer Dinge machbar sind, die ohne ihn nicht zu machen sind«. Die wesentliche Gefahr sieht sie nicht darin, daß die Computer jemals so intelligent werden könnten wie Menschen sondern darin, daß menschliche Intelligenz auf Rationalität und Logik reduziert werde. »Eigentlich müßten alle die Augen aufreißen und sagen, nein, Computer nicht.« Aber »ganz viele Leute sind ausgepowert, weil sich an den Arbeits- und Lebensstrukturen nicht viel geändert hat«. Da haben sich »linke Träume zerschlagen«.

Unser Biedermeier heißt Computer. Diesmal ist die Gemütlichkeit streng militärisch organisiert. Links, Bits, Bytes. Der Krieg ist der Vater aller Dinge. Doch der Personal Computer ist nicht nur ein Abfallprodukt militärischer Technologiekonzepte er nistet auch militärische Strukturen im beruflichen und privaten Alltag ein. Denn die ideale Maschine für Verwaltung, Kontrolle und Herrschaft vereint die reduktionistischen Modelle der Naturwissenschaft mit den Denkmustern der Generalität.

Die Maschine funktioniert nur wenn die BenutzerInnen akzeptieren, daß es zwischen Ja und Nein nichts geben darf. Nichtberechenbares und Mehrdeutiges wird zur Fiktion. Selbst die am höchsten entwickelten Programmiersprachen haben

mit Sprache im Wortsinn nur so viel gemein wie machistische Rülpser auf dem Kasernenhof. Die Maschine ist hierarchisch organisiert. Auch der Computerjargon ist klar, knapp und eindeutig. Programmabläufe sind notfalls zu »killen«. Mitunter läuft die Maschine im »Slave«-Modus. Ohne »Befehlsinterpreter« ist auch eine biedere Textverarbeitung nicht lauffähig.

Ein tatsächlich harmloses Beispiel: Ich schreibe diesen Text mit einem Computer. Ich werde zu »Eingaben« aufgefordert und lasse »Befehle« ausführen. Die Arbeit am Text verflüchtigt sich im Augenblick seines Entstehens. Ob Rohfassung, Überarbeitung, fertiges Manuskript, Original oder Kopie, die Form ist immer makellos perfekt, unabhängig vom Inhalt. Veränderungen des Textes sind jederzeit zu bewerkstelligen, von wem auch immer. Meine Festplatte ist indiziert, in Sekundenschnelle ist zu erfahren, daß ich in diesem Jahr 100 mal »Kultur«, 17 mal »129a« und ein mal »Kopfschmerz« eingetippt habe. Was für das BKA zwar interessant sein mag, über inhaltliche Zusammenhänge aber nichts verrät.

Ich hatte mich immer geweigert »Eingaben« zu machen und »Befehle« zu erteilen. »Ja« und »Nein« waren für mich eine unzulässige Verkürzung. Die Lust am Widerspruch und die Freude am Mehrdeutigen hielt mich lebendig. Fast alle in meiner Umgebung arbeiten mit Computer. Wenn sie Probleme haben, rufen sie an. Dann höre ich mich Befehlsfolgen aufsagen, gedankenlos und mit schlafwandlerischer Sicherheit. Statt darüber zu sprechen, wie diese Maschine unser Leben, Denken und Handeln verändert, helfe ich mit, daß sich ihr alle bedingungslos unterwerfen.

Die politische Kritik an der globalen Diffusion der IuK-Technologien ist erst zu leisten. Der Versuch einer widerständischen Annäherung an den Computer steht noch aus. Auch auf die Gefahr hin, daß unsere digitale Welt empfindlich gestört wird. Gelingt es uns nicht, die Computerisierung der Politik durch die Politisierung der Computer zu ersetzen, sind wir auf dem besten Weg, zu biologischen Datenendgeräten zu mutieren.

konkret 09/89, S. 64

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

Daß einer, Schumann, schon 1837 mit Eichendorff in op. 39 seinen eingeborenen Kopfbruder und poetischen Schwippschwager gefunden, dann aber dann, drei Jahre später in der »Dichterliebe« op. 48 mit Heine eine ganz furchtbare, auf einem furchtbaren Grundmißverständnis fehlgründende Mesalliance einging: Es, der Mißgriff, bliebe auch dann unerklärlich, vollkommen inkommensurabel, hätte der Komponist nicht vorher schon, mit dem sog. Kleinen Heine-Zyklus op. 24 den späteren Irrweg gleichsam halluzinatorisch antizipiert, selbst wenn diese Lieder dann auch erst 1840 veröffentlicht wurden und deshalb

(Fragment; Gedanke offenbar unhaltbar oder unklar oder wie)

&

Ob der Dirigent im ausgehenden 20. Jahrhundert mehrheitlich nichts anderes sei als, von ein bißchen Musikalität und Technik zu schweigen, der zumeist Magier genannte Schamane als zumal schöner Greis: das wäre von Celibidiache über Bernstein bis H. v. Karajan abermals und dringend zu erwägen; zieht man vor allem die Medienstimmen zum Ableben des letzteren, der nach der Formel Adornos seit einem Vierteljahrhundert wesentlich nur als der »Dirigent des Wirtschaftswunders« fungierte, in nachdenklichen Betracht. Danach war Karajan vom »Teutonen« bis zum »germanischen Titanen« so ungefähr alles, was der journalistische Unverstand sich lotteriespielartig einfallen zu lassen vermag, was der »Jourgestank« (Karl Kraus) an Dreck und ranschmeißerischem Schleim auszudünsten in der Lage ist und dies auch immer wieder gern öffentlich vorführt – vor allem aber war er auch immer wieder ein »Wunder« ohne Wirtschaft. Für die Münchner »Abendzeitung« und 378 ähnlich gesinnte Gremien ebenso wie für den Springer-Journalisten Klaus Geitel, dem dies im ARD-Fernsehen mitzuteilen ohne zu schwanken vorbehalten blieb: »Er blieb das Wunder Karajan bis zum letzten Tag!«

»Schon in der Schule bildet sich die Rasse« (Franz Grillparzer). Und vervollkommnet sich allerspätestens im zweiten Volontariatsjahr zur Ehernheit. Zäh und unnachgiebig, wie besessen von ihren längst habituell gewordenen Lügen, lügt sie noch über den eigenen letzten Tag ihrer Weltsekunde stramm hinaus. Wenigen ist der ungetrübte Blick auf die Rasse so sehr zu danken wie H. v. Karajan. Überhaupt ein Wunder: Unter anderer Branchenbezeichnung stand er ihr als oberster Boß ja allzeit vor. Als innovativ systemsprengende Kraft. Denn: »Nur die Lumpe sind bescheiden« (Goethe).

&

Adorno, vor einem Vierteljahrhundert, redete sich (im »Spiegel« und in Radio-Interviews) darauf hinaus, Karajans damals schon nicht mehr negierbare Blendkraft sei eins mit seinem »mimetischen Vermögen«: Wenn er die von ihm dirigierten Werke »strukturell«, geschichtlich usw. schon nicht »verstehe«, so suggeriere er um so vehementer und auf seine Art genial den oberflächlich puren Schein: »als ob« er sie verstehe.

Für den heutigen Platten- und jetzt noch häufiger für den CD-Sammler offenbart sich dies durchaus Ambiguische noch viel akuter. Denn Karajan hat nicht nur manchmal unter vielen die objektiv beste, sondern – im Zuge seiner perfektionierten Strategie der Marktbeherrschung – auch oft die weitaus preiswerteste Einspielung hinterlassen; und dies nicht nur im Fall der »Moldau« und der Kleinen Nachtmusik. Soll nun aber also der ideologiekritisch halbwegs geschulte und gefestigte Musikfreund, der Diskophile ausgerechnet die obersten Werke des reinen Geistes – Brahms, Bruckners Achte und Neunte, Beethovens Missa, Richard Strauss' Metamorphosen und Vier Letzte Lieder, Verdis Requiem, das Karajan gleich dreimal aufgenommen hat – sich auf eine noch im schieren Schönen doppelt obskure Manier von einem nachweislich flachköpfigen Alpen-Playboy und Ex-Nazi-Karrieristen vorgeigen lassen? Zumal den Nachlaßschwall, den nun die Deutsche Grammophon unters Volk zu schleudern mächtig hofft?

In der Praxis wird die Dialektik immer hanebüchener; und fast heischt Nietzsche rechtens: »Fort, fort, Musik!« Oder mit Thomas Mann schwanend zu ahnen: Musik und Blödheit bilden schon ein ziemlich unzertrennliches Pärchen. Auch und gerade heute wieder.

&

Hans Dietrich Genscher (siehe Mai-Plaudertasche) liebt heiß Beethovens Neunte. Kohl (vergleiche Juli-Plaudertasche) macht sich stark für die Fünfte, die, so Kohl, »optimistische«. Und ER, der oberste, der hehrste aller Deutschen, Weizsäcker? Na, der wird sich, so mein Verdacht, zwischen der heroischen Dritten, der sanft pastoralen Sechsten und der wild rauschig ekstatischen Siebenten nicht recht entscheiden können. So wie zwischen der abgründigen Schubertschen Achten, Bruckners dämonischer Neunter und, weil's schon wurscht ist und um die Kontinuität zu Karl Carstens fester noch zu knüpfen, Mahlers verzweifelt wanderseliger Erster.

Sowie auch zwischen Mozarts staatsaktpräsidial affinem Requiem, dem Lied »Wenn ich ein Vöglein wär« und, natürlich natürlich, Smetanas unsterblicher »Moldau« – – –

ach, aber ach, was liest man in der »FAZ«? Daß auch Weizsäcker bei seiner jüngsten USA-Reise mit Beethovens »Freude schöner Götterfunken« eingedeckt und ichidentifiziert wurde, ja laut »Spiegel« soll der alte Kirchentags-Schleimi sogar »aus voller Brust« mitgesungen haben!

Jaja, die Wirklichkeit ist wirklich noch dümmer als die Polizei erlaubt.

&

Was, o fernöstlicher Dirigent und möglicher Berliner Karajan-Beerber Seiji Ozawa, könnte sich der derzeit absolut spaltenbeherrschende »Spiegel«-Musikredakteur Klaus Umbach gedacht, was könnte er gemeint haben, als er Ihnen, Seiji Ozawa, unlängst eine »imponierende Mischung aus sportivem Elan, intelligenter Souveränität und meditativer Gelassenheit« bescheinigte?

Neijio suma waschi? Abra ka muschi okasa? Nakashoni abgatakla? Itzi sajunara pitzi tiniwini hokusai o wantarim viloj hokuspokusai?

Ach so, *so* hat er das gemeint, der Umbach Klaus. Danke, Seiji Ozawa.

&

Stimmt es eigentlich, stimmt es wirklich, Reemtsma & Rauschenbach, daß die Arno Schmidt-Stiftung Kompositionsaufträge für die Vertonung von Schmidt-Texten ausgeschrieben hat und daß, im Rahmen der ersten Durchgangsriege, was man so klingeln hört, u.a. Maurizio Kagel einen solchen gekriegt – und auch genommen hat? Stimmt das wirklich und wahrhaftig?

Und – wenn ja: Ließ sich das wirklich nicht – äh – : vermeiden?

Nein? Na, dann ist's schon gut. Augen zu, Schamröte abklingen lassen. Und weitermachen.

&

»Zwei Dinge noch: Die USA & UdSSR werden bald dicke Freunde sein, und die Jugend der Welt braucht im Leben nicht mehr *Soldat zu* spielen, weil sie sich schon jetzt freiwillig 24 Stunden am Tag etwas vortrommeln läßt, was man, glaube ich, *»Popmusic«* nennt. Früher hieß sowas *»Marschmusik«* – und das höllische Ump-Ta-Ump-Ta kam doch irgendwie noch etwas *menschlicher* daher.»

So Teddy Hecht schon im März '86; und auf die schön langsam bevorstehende Taschenbuch-Ausgabe seiner bedeutenden, die Achtziger Jahre wie nichts Gutes auf ihre begrifflich-metaphorische Stichhaltigkeit bringende Glosse »Teddy's Trends« möchte ich Sie heute schon sanft, aber eher verwiesen haben.

&

Mein Gott, was ein Schmarren auf der Welt zusammengeseiert wird; und dies täglich, täglich. Hier im gottseidank nur wöchentlich hervortretenden »Rheinischen Merkur« über Hans Wollschlägers Neuausgabe der Friedrich Rückertschen »Kindertodtenlieder« bei Greno; und über den mitzudenkenden Mahler-Hintergrund:

»Bevor die großen religiösen Systeme wurden, herrschte das königliche Benennen der Welt: Beschwörung und Bann. Dichtung ist auch für Hans Wollschläger – wie das Pfeifen im Dunkeln – Bannung der unheimlichen Weltnacht durch Beschwörung einer Gegenwelt (...) Die rituelle Funktion der Dichtung ist kein Postulat, sondern für die Hörer des Rezitators Wollschläger ein Erfahrungsmoment. Das gesprochene Wort reißt für einen Augenblick den Himmel auf (...) Rückerts Dichtung, so der Herausgeber, ist das Paradigma einer Kunst, die als 'Bannspruch und therapeutische Beschwörung' kultische Funktion hat (...) Von Schopenhauer über die Gnosis bis zur jahwistischen Erzählung von Paradies und Sündenfall bewahrt sich jenes Existenzgefühl der Geworfenheit in eine Welt, die dem Menschen (...) Neben dem Hiob und den Psalmen sind die 'Kindertodtenlieder' das ergreifendste Dokument der Klage in der Weltliteratur. Durch Gustav Mahler teilweise vertont, und hier – unheimlich – eine Vorwegnahme des Todes der Tochter des Komponisten (...) Wollschläger überbietet die romantische These vom kranken Genie, dessen Prototyp Friedrich Nietzsche werden sollte, indem er den Anfang der Kunst mit dem Austritt aus dem Paradies, der uterinen Geborgenheit zusammenfallen läßt (...) Das Paradies ist für Wollschläger wie Rückert auch Chiffre der Lebenswelt des Orients, die Ernst Jünger anläßlich seiner wiederholten Lektüre von...«

Nein, es hört und hört nicht auf. So tödtlich bei wiederholter Lektüre es auch ist. Und uns eines nahen Tages wirklich noch und trotz aller paradiesisch-paradigmatischen Geborgenheit maustodt machdt.

&

»Die Nixen auf dem Grund/Die geben's flüsternd kund,/Was alles sie erschaut...« (Joh. Strauß, Donauwalzer) – –

es dürfte, was alles sie erschaut, allerdings herzlich banal sein: Sigmaringen, Ulm, Gundelfingen, Donauwörth, Kelhelm, Regensburg, Straubing, Passau, Linz, Melk, Klosterneuburg, Wien usw., furchtbar – –

nein, das durchaus faszinierende, berückende, berauschende Leben dieser Nixen gründet, die Musik mal fast beiseite, einzig in ihrer heimlich-unheimlichen Wörterrealität: »Nixen«, »flüstern«, »Grund«, »erschaut« – –

ah! Erschauerlich!

konkret 09/89, S. 66

Berndt W. Wessling

Arteigen

Der Komponist Hans Pfitzner galt nicht zu unrecht als »dem großen Führer seelenverwandt«. Er war ein übler Denunziant und fanatischer Anhänger der Nazis. Jetzt versucht eine neue Biographie ihn weißzuwaschen

Wenn einer ihn nicht mit »Heil Hitler« grüßte, wurde er fuchsteufelswild. Briefe unterschrieb er stets mit dem »deutschen Gruß«, ob sie nun an Furtwängler gerichtet waren oder an seinen Busenfreund Hans Frank, der das polnische Judentum liquidierte. Er initiierte und unterschrieb einen gegen Thomas Mann (den er früher als seinen Intimfreund bezeichnet hatte) gerichteten Protestbrief im Frühjahr 1933, der diesem die Existenzgrundlage in Deutschland nahm. Dem bekannten Musikschriftsteller Paul Bekker (»Frankfurter Zeitung«) sagte er nach, jener leite die »international-jüdische Bewegung in der Kunst«. In einem Anfall von Geilheit Alma Mahler begatten wollend, fragte er die Verblüffte, wie »es« die Juden Mahler und Zemlinsky »gemacht« hätten (letzterer war ziemlich »arisch«). Sein Vokabular war dem der Nazi-Ideologen adäquat: Er kämpfte »um die Erhaltung unserer Wesensart« und beschimpfte in einem Atemzug Atonalität, den deutschen Pazifismus, Bolschewismus, Jazz, Amerikanismus, Sozialismus und Homosexualität als abartig und »volksfremd«. Seine Hauptschrift, »Die Ästhetik der musikalischen Impotenz«, richtete sich gegen die Juden und »Sozialisten« Schönberg, Mahler, Schreker. Für ihn war es »symptomatisch«, daß ihn der oben erwähnte Paul Bekker ob dieses Pamphlets hart anging: »Wer das nihilistische Geseire seiner Frankfurter Zeitungslieblinge für die legitime Nachfolge der Werke Beethovens und Wagners hält, kann geschissen von gemalt nicht unterscheiden.«

Hans Pfitzner, der Schöpfer der Oper »Palestrina« (1917) und der Kantate »Von deutscher Seele« (1921), der im Kriegsjahr 1941 einen gewaltigen Hymnus auf den Text des »Schillers der Nation« (Goebbels), nämlich Edwin Guido Kolbenheyers, komponierte, der dem »JUDEN-Frank« Kammermusikalisches widmete und sich's gefallen ließ, daß ihn einer der vernebeltsten, rachsüchtigsten und verbohrtesten »Schriftleiter« der braunen Jahre, Walter Abendroth, wie einen teutonischen Orpheus redivivus feierte, wo immer dazu eine Möglichkeit bestand, war einer der fürchterlichsten und übelsten Zuträger, Gesinnungskumpane und eine der aktivsten Dreckschleudern des nationalsozialistischen Regimes.

Pfitzner-»Fans« gibt es noch heute en masse. Er hat sogar Funktionärstum gezeugt, das sich in der »Pfitzner-Gesellschaft« niederschlägt, der so gestandene Künstler wie der hannoversche Generalmusikdirektor George Alexander Albrecht und der Hamburger Musikhochschulpräsident Hermann Rauhe angehören. Sie haben mit vielen anderen eine todsichere Lobby für den Mann aufgebaut, den 1933 die gesamten reichsdeutschen »Schriftleiter« als den »arteigensten« lebenden Komponisten deutscher Zunge lobpriesen, als Mann der »alten Garde«, der zwar seine Macken und Verschrobenheiten habe, »niemals« der NSDAP beitrat, aber mit der Machtübernahme endlich seine Zeit angebrochen sah. Er kochte vor Rachegelüsten über, huldigte dem »Führer« in glühenden Worten und trat – wie er sich auszudrücken beliebte – den Juden in den Arsch, wo er nur konnte. Was hat er sich über Otto Klemperer und Kleiber ausgeschleimt, gegen die »Ausländer«, die im deutschen Kunstbetrieb den »Germanen« das Brot wegnähmen! Klemperer berichtet, wie Pfitzner 1920 (!) empört die Wohnung verließ, als ein Gedicht des »Ausländers« Paul Claudel vorgelesen wurde. Wie nationalsozialistisch eingestellt Pfitzner lange vor der sogenannten Machtübernahme war, geht daraus hervor, daß er 1923, gallekrank zu Bett liegend, von Hitler besucht wurde. Abendroth schrieb dazu, daß sich »beider Gedanken in gleicher Weise« getroffen hätten. Und 1938 erklärte jener Abendroth in dem Aufsatz »Hört auf Hans Pfitzner!«, der alte Kämpe sei selber eine ausgesprochene Führernatur und daher »dem großen Führer seelenverwandt«.

In der »wildesten Linkszeit« (1919) habe er seine »neue Ästhetik« entworfen, schrieb Pfitzner dem Staatskommissar Hans Hinkel, der von allen Kulturbonzen am schlimmsten wütete, Schönberg und Schreker die Existenz nahm und, wenn's drauf ankam, auch schon mal einen »Gegner« höchstpersönlich mit der Pistole erledigte. Wenn Pfitzner mit Hans Frank, Hinkel und ein paar Damen mit »Olympiarolle« beim Rotspon beisammensaß, wußte der Komponist die perversesten Witze zu erzählen. Er schrie, zeterte, spuckte und geiferte, wie der Sänger Rudolf Bockelmann berichtet. Und er schrie, spuckte und geiferte, wenn ihm die Nazi-Großkopfeten nicht willig genug waren, wenn sie ihn, den »Schreihals« (Rosenberg) beiseiteschoben, weil seine Forderungen allzu großmannssüchtig waren. Dann waren die Nazi-Genossen plötzlich »Scheißer« und »Mucker« und »Banausen«. Von derartigen Nicklichkeiten abgesehen aber feierte er sie als Helden, Genossen und große Männer der großen deutschen Geschichte. Davon brachte ihn auch der Zusammenbruch 1945 nicht ab, das Wissen um Auschwitz oder Treblinka (»Das geht mich nichts an!«). Er erklärte, rüstig und resignierend zugleich: »Ich habe Zeit meines Lebens in diese Kerbe gehauen, die heute als theoretische Voraussetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung gilt..., aber mit 90 Jahren kann ich es nicht mehr schaffen!«

Nachdem in den sechziger Jahren die große Wagner-»Revision« einsetzte (Schadewaldt, Mayer, Bloch und Co.), die dazu geführt hat, daß der Bayreuther »Meister« nicht länger als absolutistischer Chauvinist, Antisemit und Herald des Nationalsozialismus gilt (er wurde ob seiner Beteiligung an der 48er und 49er Revolution, seiner Bekanntschaft mit Röckel und ähnlichen Bakunin-Apologeten zu einem frühen Linken umgepolt), nachdem man den schlüpfrigen Briefwechsel zwischen Richard Strauss und Cosima Wagner eher als gründerzeitliche Schmonzette mit Amüsement zur Kenntnis

genommen und dabei bewußt übersehen hat, daß diese Korrespondenzen so ziemlich das Widerwärtigste an billigem Antisemitismus seit Bartels, Langbehn, von Schröder und Chamberlain darstellen, konnte es schließlich nicht ausbleiben, daß nun auch Hans Pfitzner weißgewaschen wird.

Offensichtlich von der Pfitzner-Gesellschaft angespitzt, hat sich ein gewisser Johann Peter Vogel, Rechtsanwalt und Honorarprofessor, beeilt, in der Reihe von »rowohlts monographien« eine solche über Pfitzner abzuliefern. Nun sollte man meinen, daß ein Jurist in der Lage wäre, der historischen Persönlichkeit Pfitzners Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, das heißt: sie politisch-moralisch zu disqualifizieren. Doch dergleichen geschieht in dem 158 Seiten starken Bändchen nicht. Zwar kommt Vogel nicht drum herum, zum politischen Verhalten Pfitzners das eine oder andere anzumerken, doch er bewahrt dem Mann, dem er, wie er in seinem Vorwort schreibt »Zuwendungen...nicht verbergen« kann, seine ungebrochene Loyalität, um nicht zu sagen, er habe aus Hans Pfitzner ein Opfer der Braunen gemacht, anstatt ihn als den Nazi-Kumpel zu beschreiben, der er tatsächlich gewesen ist.

Vogel beugt vor. Im Vorwort weist er auf die angebliche »Legendenbildung« hin, die Pfitzner »mit einem Firnis« überzogen habe. Er sei zum nationalen Kämpfer stilisiert worden, was ja zunächst nur bedeutet, daß er's in Wirklichkeit nicht gewesen ist. Da liest man dann solch apokryphe Sätze wie diesen: »In der wechselhaften Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts exponierte er sich deutlicher als Richard Strauss und Schönberg auf Positionen, die dann im 'Dritten Reich' pervertiert und ex post als faschistisch oder präfaschistisch eingestuft wurden.« Wie denn, der Jude Schönberg so ungefähr auf einer ideologischen Linie mit Pfitzner? Und was heißt hier »ex post«? Vogel erwähnt Pfitzners Freundschaft zu dem Massenmörder Frank nur in einem Nebensatz und unterschlägt nahezu alles, was hier eingangs über dessen »Verhältnis« zu den Nazis aufgelistet wurde und wofür ungezählte Zeitungsartikel und diverse Bücher bürgen.

Gewiß, hier und da muß auch Vogel den Zeigefinger heben und im Vorübergehen auf einige angeblich unwichtige, naive Fehltritte des Meisters hinweisen. Doch sein Bild des »Kompromisten«, wie ihn Schönberg einmal nannte, bleibt sauber, sauber wie der »deutsche Mensch«, den Pfitzner so gern verkörpern wollte. Und natürlich weiß sein Biograph auch anzugeben, wie denn und durch wen das Pfitznerbild in der Geschichte so verdunkelt worden sei. Die Kritiker! Vogel: »Kritiker verallgemeinern negative Einzelzüge; danach ist er ein Querulant und Misanthrop, ein Reaktionär und Nazi.« Das alles aber sei jener Mann nicht gewesen, der von sich behauptete: »Ich bin ein böser Kerl, und in meinen Adern fließt nicht gerade Limonade!«

Wie läßt sich am geschicktesten ein Nazi rechtfertigen, der dieses bis zu seinem letzten Atemzug geblieben ist? Man suche nach Juden in seiner Umgebung. Juden, denen er »wohlgesonnen« war. Und die hat Vogel gefunden. Da war der Jugendfreund Cossmann, der sogar im KZ umkam. Und hat Pfitzner nicht auch mit Bruno Walter »gekonnt«? Und wie! Bis 1933. Dann war auch dieser Ofen aus. Wie hat sich Walter Abendroth 1935 bemüht, nicht zugeben zu müssen, daß Pfitzners erste Frau, Mimi, geb. Kwast, eine »Teil-Jüdin« war. Ausgerechnet der Jude Alfred Einstein hatte auf die »unschöne« Abkunft der 1926 verstorbenen Mimi Pfitzner hingewiesen. Abendroth erklärte im Einverständnis mit dem Komponisten, daß die »halbjüdische« Tochter des Juden Ferdinand Hiller den »Vollblut-Holländer« James Kwast geheiratet habe. Mimi Pfitzner sei daher die Tochter eines »Vollgermanen und einer Halbjüdin«, dürfe also »unter keinen Umständen als Jüdin bezeichnet werden«. Natürlich kriegte Einstein sein Fell voll, weil er sich unterstanden hatte: »...Einstein ist unter allen Musikwissenschaftlern des damaligen Deutschland der konsequenteste und fanatischste Bekämpfer alles Deutschen und der einseitigste, programmgetreueste Wegbereiter seiner Rasse gewesen.«

Wie hieß es doch gleich? »Pfitzner, die reinste Inkarnation deutschen Wesens!« Dabei bleibt es bei Dr. Vogel, und der Rowohlt-Verlag segnet das ab.

Die gröbste Klitterei aber unternimmt der Pfitzner-Biograph, wo es um den »Fall« Thomas Mann geht, um jenen bösartigen Protest gegen Manns Vorltag »Leiden und Größe Richard Wagners«, den dieser anläßlich des 50. Todestages des »Meisters« in München und dann in Brüssel gehalten hatte. Neben Strauss, Knappertsbusch, Gulbransson und vielen anderen unterschrieb auch Pfitzner diese Tirade, die er – wie Thomas Mann glaubte – auch initiiert hatte, was Vogel natürlich in Abrede stellt. Geradezu akrobatisch windet sich dieser Autor um die Erkenntnis herum, daß Pfitzner ein fanatischer Mitdenker der Nazis war. Da wird dem Leser Aberwitziges zugemutet: »Zum Nationalismus tritt bei Pfitzner – wie bei Nationalisten fast zwangsläufig – ein Antisemitismus hin*zu.« – Ein* Antisemitismus! Pfitzners Äußerungen zum »internationalen Judentum«: Da stoße man rasch auf ein »logisches Problem«. Es sei ihm, Pfitzner, ja lediglich um den Gegensatz »national-international« gegangen und nicht um den Gegensatz »arisch-jüdisch«. Anders als Wagner, so Vogel, habe Pfitzner niemanden angegriffen oder verurteilt, bloß weil er Jude war. Vermutlich kennt Vogel die Polemik gegen Paul Bekker nicht. Oder er will sie nicht kennen. Und Pfitzners widerliche Attacken gegen Franz Schreker oder Gustav Brecher, Arnold Rosé und Dutzende von anderen in den Gazetten der braunen Diktatur? Man müßte eben recherchieren können und wollen, wenn man sich an eine Figur wie Pfitzner heranmacht. Der sei doch nur ein »nationaler Mahner« gewesen, sonst nichts?

Nicht ohne Grund ist Pfitzner 1948 von der Spruchkammer München »als vom Gesetz nicht betroffen« eingestuft worden. Wie seine lieben Freunde, die radikalsten Sprücheklopfer der gleichgeschaltenen braunen Presse, Walter Abendroth und

Alexander Berrsche. Seine »deutsche Seele« ging im Mai 1949 auf nach Walhall. Achtzig Jahre lang hatte sie im Körper eines despotischen Chauvinisten gesteckt. Im Jahr 1989 wird sie befeiert: an allen Rundfunksendern und von Dr. Vogel im Rowohlt-Verlag, der offensichtlich keine Skrupel hat, es jenem rechtslastigen Konkurrenten nachzutun, der sich mit den Werken Schönhubers, der Nazi-Witwe Luise Jodl und ähnlichen »Literaten« eine goldene Nase verdient.

Hans Pfitzner mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, dargestellt von Johann Peter Vogel, Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek 1989

Musik im Dritten Reich. Eine Dokumentation von Joseph Wulf, Sigbert Mohn-Verlag, Gütersloh 1963

konkret 09/89, S. 68

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats - Ein Stück vom Kuchen

Boogie Down Productions: Ghetto Music: The Blueprint of HipHop

Das erste Kapitel der Boogie Down Productions hieß »Criminal minded« und zeigte die Beteiligten auf dem Cover als bis an die Zähne bewaffnete Gangster. Das Gangster-Image, das noch bis vor kurzem das Erscheinungsbild von HipHop für die außenstehende Grobwahrnehmung prägte, hat keiner so bewußt ausgestaltet wie KRS One, Chef und Stimme der Gruppe, und sein damals noch entscheidender Partner Scott La Rock, der im August 1987 bei einer Bronx-Schießerei als Unbeteiligter ums Leben kam. Waren für den durchschnittlichen Rapper diese Accessoires in der Regel nicht mehr als eine der vielen Moden, die völlig legitim Soforthilfe gegen Macht- und Bedeutungslosigkeit in den Ghettos und Elendsvierteln dieser Welt zu garantieren pflegen, wurde es für BDP und KRS zum Konzept, zum wichtigen Begriff »Criminal Minded«, der einerseits zu denen (auch musikalisch härter und direkter) sprechen sollte, die tatsächlich nur noch jenseits des Gesetzes überleben können (und für die die Alternative zum Gesetzesbruch Selbstaufgabe hieße), der andererseits auch aus deren Not/Zwangslage den Namen für ein besonderes Bewußtsein, eine besondere Qualität und Stärke zu gewinnen versuchte. Criminal minded hieß emphatisch genau beides: verhaltensgestört und klassenbewußt, und wie das eine aus dem anderen hervorgeht. Da sich das europäische Hirn immer nicht vorstellen kann, wie eine Gangster-Haltung und eine, von KRS One mitinitiierte »Stop The Violence«-Bewegung sich eben gerade nicht widersprechen, ist es umso wichtiger, daß KRS One mit der Reihenfolge seiner Platten klarstellt, daß und wie das korrekte Bewußtsein aus dem kriminellen entsteht.

Das zweite Kapitel hieß, nach dem Tode von Scott La Rock, den KRS One, selber in Drogendingen vorbestraft, als seinen Bewährungshelfer kennengelernt hatte, »By All Means Necessary« (vgl. hierzu Lothar Gorris: »Tod eines Bewährungshelfers« in: SPEX 7/88) und zitierte auf dem Cover ein berühmtes Malcolm-X-Plakat aus den 60er Jahren. Verkürzt gesagt handelt auch dieses Kapitel von einem dialektischen Problem des Widerstands, diesmal von Radikalität und Gewalt. Wieso Peace gerade nach der Bereitschaft zu revolutionärer Gewalt verlange (die er so nicht nennt, sondern: »mit allen nötigen Mitteln«) und die Bereitschaft zu revolutionärer Gewalt andererseits die Gewaltlosigkeit in den Clubs und untereinander. Dies kam nicht als in einen populären, aber essentiell sinnlosen Groove eingepackte, diesem fremde, ihm etwas aufzwingende Botschaft – wie sonst so oft, wenn in der Rock/Pop-Geschichte einer »politisch« werden will, üblich und Zeichen von deren Gekauftheit durch Macht und Staat – , sondern nicht nur von der Glaubwürdigkeit, die sich BDP im ersten Kapitel über die Kriminalität erworben haben, getragen, sondern auch mit einer Argumentation, die sich aus dem Wesen des Rap ergibt: dem Herumreiten auf der sinnlichen Ebene der Worte, ihrer Etymologie oder vermeintlichen Etymologie, der konventionellen Bedeutung skeptisch und fremd gegenüberstehend und damit beschäftigt, wie man eine neue erzielt, wenn man nur einen Buchstaben verschiebt etc.: die ganze, für Außenstehende fast heideggerisch anmutende Methode, wie sie die legendären Last Poets schon seit den späten Sechzigern bei ihren zu Conga-Begleitung gesprochenen Gedichten benutzten, das Tanzen und Tänzeln auf dem Signifikanten, das schließlich über Spiele mit dem Signifikanten zu einem neuen Inhalt kommt. Themen: Legalität/Illegalität, Rassismus, Stop The Violence.

Das nun vorliegende dritte Kapitel geht ähnlich vor, indem es die klassische Selbstreflexivität des normalen unambitionierten alten HipHop aufgreift, bei der der Rapper meistens nur leicht variiert sich selbst und seinen DJ vorstellte, seine Herkunft aus welchem New Yorker Borough auch immer pries, seine sexuelle Attraktivität und den Stil Musik, den man gerade hört (vgl. LP-Titel wie »He's The DJ, I Am The Rapper«) und im Prinzip nur davon sprach, was durch den Rap gerade in dieser Sekunde passierte, und diese Selbstreflexivität auf die von KRS One eingeführte Begrifflichkeit der Ghetto-Music bezieht, indem er seinen neuen, erweiterten HipHop-Begriff zu Musik erläutert, die ihn erst exekutiert.

KRS One hat sich indes nicht jenseits der Bewegung entwickelt, die ja ihrerseits die Stadien und Kapitel des Boogie-Down-Romans durchlaufen hat. 1988 sah es so aus, als wären verschiedene mehr oder weniger militante Auslegungen der alten Black-Muslim-Ideologie und darum herum geisternde selbstgemachte Afrika-Bezüge am aussichtsreichsten darin, den politischen Horizont der neuen, schwarzen, städtischen Jugend-Kultur abzustecken. Ohne das Extra-Problem zu erörtern, inwieweit die nach außen hin teilweise tauglichen Ideologien von Black Muslim nach innen nur bestimmte Widersprüche in der Community verschärfen (Frauen- und Schwulenfeindlichkeit, ein gerade bei Professor Griff, dem ehemaligen »Propagandaminister« von Public Enemy, der musikalisch innovativsten Gruppe, ausgeprägter Anti-Semitismus, der neulich mit einer typischen Rap-Schlußfolgerung für Aufsehen und seine Entfernung aus der Gruppe sorgte, als er in einem Interview mit der »Washington Post« erklärte, es sei kein Wunder, daß Juden den internationalen Juwelenhandel beherrschten und damit die Brüder in Südafrika unterdrückten, schließlich käme das Wort »Jewellery« von »Jew«) und ohne auf das Recht, mit dem man sich als an dem Kampf nicht unmittelbar Beteiligter zur Eignung bestimmter Kampfmethoden äußert, einzugehen, ist es interessant und wichtig festzustellen, daß KRS One gerade einer der wenigen ist, der über Black Muslim eben genau die wahrscheinlich richtige und klare Vorstellung hat, daß diese Bewegung eine

Funktion als nützlicher Schritt habe, den man unter dieser Einschränkung, daß er begrenzt und funktional bleibe, empfehlen müsse, ohne grundsätzlich daran zu glauben. Mittlerweile ist KRS One nämlich auch beim Abschied von der zentralen Stellung des Rassismus als Dreh- und Angelpunkt allen schwarzen radikalen Denkens angekommen.

Der neue Begriff heißt Ghetto Music und er spricht davon, daß »es mehr und mehr ein arm/reich als ein schwarz/weiß-Problem geworden sei«, was natürlich allein deswegen problematisch ist, weil der konkrete Ansatzpunkt jeder schwarzen Politisierung natürlich der Rassismus bleiben muß, jeder weitere Schritt zur Abstraktion ist ein Schritt weg von der Mobilisierbarkeit. Auf der anderen Seite ist eine gar nicht seltene, interessante Form intellektuellen Rassismus', jemandem wie KRS One – wie manche weiße Kritiker das tun – das Recht zu verweigern, Differenzierungen und Weiterentwicklungen seiner Position zu betreiben, die die pittoreske Radikalität der Malcolm-X-Pose, die den Kids und den Kritikern so gut gefiel, überschreitet. KRS One hat ja schon früher gezeigt, daß er ein dialektischer »Philosopher« (wie er sich selbst nennt) ist: gerade diese Erkenntnis, daß es für den Fortschritt des Bewußtseins, dem es am Anfang genügte, um einen ersten Schritt zu tun, *criminal minded zu* sein, entscheidend ist, jede rassenbezogene Definition der eigenen Position zu überwinden, führt zum um so zwingenderen Zugriff der neuen, stattdessen eingeführten besseren Kategorie: Ghetto Music. Nur Leute mit einem Ghetto-Bewußtsein können sie verstehen.

Ghetto-Musik und Ghetto-Bewußtsein definiert einen Zusammenhang, der zutreffender ist als das zuvor von etwa Public Enemy und anderen ausgegebene Bild einer schwarzen Geschichte, von Elijah Muhammed bis John Coltrane, also von schwarzer Intellektuellenkultur der 60er bis zu ersten Anfängen der Black-Muslim-Bewegung, die erstens auf die heutige Situation bezogen auf ihre symbolische Funktion beschränkt bleiben müssen und zweitens zu ihrer Zeit aus ganz anderen Bedingungen entstanden sind. Ghetto-Musik beschreibt stattdessen einen Zusammenhang, zu dem alle möglichen, vergleichbaren kulturellen und politischen Bewegungen gehören, die einer höchst wirklichen Entwicklung der Lebensbedingungen in der ersten Welt zum Opfer gefallen sind und eine entsprechende Kultur entwickeln. »Ghetto Music« ist die zeitgemäße Definition von Klassenbewußtsein.

Klassenbewußtsein ist immer mehr als Rassenbewußtsein. Letzteres immer auch um atavistische Positionen gruppiert: KRS One hat die Radikalität, die Aggressivität und die Notwendigkeit einer gewissen Hermetik gegen weiße Medien und Establishment-Kulturverwertung, die den Gangstern und den Muslims eignet, also deren Bestes, in seinen Begriff aufgenommen, um deren Nachteile, Atavismen und Beschränktheiten zu überwinden. Dazu gehört auch, daß er seinen persönlichen Weg mehr als zuvor als Beispiel oder musikalische Färbung in den Mittelpunkt stellt.

Die Referenzen an Reggae und andere Epochen schwarzer (Ghetto) Musik beziehen sich bezeichnenderweise nicht nur auf die ohnehin stattfindende Verschmelzung des HipHop mit den Dancehall- und Computer-Grooves der zeitgenössischen Ragamuffins, sondern auch auf Roots-Reggae und Ska, die auf die Herkunft KRS One's verweisen, dessen Vater Jamaikaner ist. Seine ausschweifenden Interviews, seine Ankündigung, ein Buch der schwarzen Philosophie zu verfassen, seine Pläne und Projekte vom Aufbau einer schwarzen Unterhaltungsindustrie haben ihm natürlich in letzter Zeit auch den Vorwurf von der Street-Seite eingetragen, »abzuheben«, sich mit dem Establishment einzulassen. Das Problem ist schwierig, weil die einerseits fällige gedanklich-begriffliche Erweiterung der HipHop-Idee und ein hervorragendes politisch-taktisches, kulturstrategisches Denken bei KRS One zusammenfallen mit ersten Schritten zu damit natürlich zusammenhängenden Leader-Posen. Die man ihm allerdings zutrauen kann, historisch-strategisch zu verstehen: Seine gegenwärtige Situation ist die eines Bob Dylan des HipHop kurz nach dem Newport-Festival. Das geht von seinem ähnlich wie bei Dylan erstaunlich bis gefälscht klingenden mythologischen Lebenslauf (seit dem 13. Lebensjahr homeless auf den Straßen der Bronx gelebt; von Scott La Rock aufgelesen und zum Metaphysician geworden) bis zu seinem gesunden und freundlich-bestimmten Egoismus, der ihn nicht nur vor der verlogenen altruistischen Pose bewahrt, die unsere carring Rockstars auszeichnet, sondern für sich gedanklichen und weltlichen Luxus verlangen läßt. Ersterer wäre eben auch die abstraktere Vorstellung davon, welche Funktion und historische Rolle HipHop künftig spielen könnte, ohne sich von den alltäglichen Notwendigkeiten der Straße nur leiten zu lassen: denn das habe er lange genug getan und die entsprechenden Lektionen gelernt und weitergegeben.

Während er heute zwar noch nicht auf dem Rücksitz eines Cadillac sitzt und siamesische Katzen streichelt, erzählt er SPEX-Autor Ralf Niemczyk schon kluge bis weise Fabeln (die wie Dylans Spätsechziger-Sentenzen die Chance haben, zu den kanonischen Sprüchen einer Generation zu werden) wie die von dem Kuchen und dem Messer: Die Black-Muslim- und/oder HipHop-Aktivisten wie Public Enemy oder der Journalist Harry Allen interessierten sich nur für das Messer, für seine Gestaltung und seine Schärfe, es ginge ihm aber als Aktivist darum, den Kuchen (Frieden, Emanzipationen etc.) nicht aus den Augen zu verlieren. Den Kids dürfe man hingegen niemals den Kuchen zeigen, sondern immer nur klar machen, wie man das Messer benutzt (nicht wie schön es ist, sondern wie man es benutzt, um an den Kuchen zu kommen). Diese Metaphorik ist typisch für den HipHop-Künstler, der einerseits in der Lage ist, das bitter nötige und bitter nötig hermetische Symbolsystem seiner Kultur zu respektieren, dessen Regeln einzuhalten, weil er ihren Sinn kennt und am eigenen Leibe erfahren hat, andererseits aber in der Lage ist, auf dieser symbolischen Ebene etwas zu bewegen, nicht nur an der reinen Erfüllung, Verschärfung und Durchsetzung interessiert ist, sondern in Phasen, Operationen und Strategien

denkt. Natürlich können nicht alle Kids, die ihm *criminal minded* gefolgt sind, heute ihm noch ohne weiteres folgen, aber fast noch wichtiger ist, daß er HipHop eine Perspektive gibt, die über das Wechseln der

Mode von Goldketten zu Afrika-Anhängern (so wichtig und nicht zu unterschätzen auch dieser Schritt ist) hinausgeht, indem seine Platten und sein Weg zeigen, daß gerade der kriminelle Impuls und das daraus entstehende Bewußtsein als der entscheidende erste Schritt zu überhaupt etwas aus der Lethargie, dem Fatalen Herausführenden zu schätzen und zu begrüßen sind. Dazu muß er, der Erfinder der Criminal Mind, nicht irgendwer, diesen Schritt tun, der zeigt, wie aus dem individualanarchistischen ein politisches Bewußtsein entsteht.

Dem HipHop hat immer ein Superstar gefehlt, der inhaltlich über seine Grenzen hinausdachte und andrerseits einem Weltpublikum bekannt ist. Das mag Vorteile haben, weil so die notwendige Verflachung, die der Blick der Weltsinnindustrie auf eine Superstars hervorbringende Szene zur Folge hat, ausbleibt. Auf der anderen Seite hat so ein Superstar, der aus einer minoritären Szene herausgewachsen ist, immer auch die Funktion der Geisel gehabt, die die Bewegung von der Kulturindustrie nimmt. Im Schatten von Bob Marley flossen plötzlich Gelder in jamaikanische Studios, entstand ein Weltpublikum für Reggae, das Platten möglich machte, die sonst nie entstanden wären, auch wenn Marley für seinen Weltruhm mit einem gewissen künstlerischen Niedergang zahlen mußte. Bei KRS One ist ein solcher Niedergang nicht einmal abzusehen, wohl aber die Bereitschaft und die Fähigkeit, die Weltsuperstarrolle zu übernehmen. Die neue Boogie Down Productions Platte ist die, die man denjenigen empfiehlt, die sonst keinen HipHop hören können. Sie ist teilweise wunderschön wie idealistisch-religiöser Free Jazz oder Soul. Es könnte sein, daß die idealistische Falle schon zu weit geöffnet ist, daß er mit dieser Platte schon zuviel vom Kuchen gezeigt hat. Aber dann: Nur mit einem Ghetto-Bewußtsein kann man diese Platte verstehen.

konkret 09/89, S. 70

Eberhard Hübner

»Die Fahrt hinaus«

Die Texte der englischen Schriftstellerin Virginia Woolf markieren den Übergang zur literarischen Moderne: Sie beschreiben die Welt, »als sähe man sie zum ersten oder letzten Mal«. Die ersten Bände einer neuen Ausgabe der Gesammelten Werte Woolfs sind jetzt erschienen

»Hier auf der Welt saß man, dachte sie, weil sie das Gefühl nicht abschütteln konnte, es geschehe alles heute morgen zum erstenmal; vielleicht zum letztenmal; wie ein Reisender, sogar schon halb eingeschlafen, wenn er aus dem Fenster des Abteils blickt, weiß, daß er jetzt hinausschauen muß, denn nie wieder wird er dieses Städtchen oder diesen Mauleselkarren oder diese Frau bei ihrer Feldarbeit sehen.«

Was Lily Briscoe als Lebensgefühl oder Augenblicksstimmung in dem Roman »Die Fahrt zum Leuchtturm« vor sich hin formuliert, läßt sich auch als Motiv im ästhetischen Programm seiner Autorin Virginia Woolf lesen. Die Welt so zu betrachten, als sähe man sie zum ersten oder letzten Mal (beides ein Blick aus der Fremde), das heißt zumindest, sie einer Ordnung des Sehens zu entreißen, denn Ordnungen leben davon, das, was ist, auf das, was war oder kommt, zu beziehen. Diese Absicht, Neues zumindest in der Wahrnehmung, wenn schon nicht in der Wirklichkeit, zu gewinnen, ist geläufige ästhetische Utopie am Beginn der Moderne. Für Virginia Woolf entsteht die neue, moderne Literatur (wenn man also die vorgeschlagene Lesart akzeptiert) aus dem Geist der Melancholie. Denn ihr Vergleich akzentuiert ja nicht den ersten, hoffnungsvollen Blick, sondern den letzten, der die Dinge im Moment ihres Verschwindens notiert als etwas, das so nie wieder sein wird. Erst dem Bewußtsein, das sich von der Wirklichkeit entfernt in eine alles verschlingende Einsamkeit hinein, eröffnen sich Menschen und Dinge – sozusagen im Kontrast zur zunehmenden Dunkelheit – in einer Leuchtkraft und Eindringlichkeit, die innerhalb der alten Ordnungen verblaßt waren: so als sei die drohende Gefahr, die Wirklichkeit aus den Augen zu verlieren, die Bedingung dafür, sie sich noch einmal poetisch neu vergegenwärtigen zu können. In fast allen Romanen Virginia Woolfs gibt es allerdings auch den Punkt, wo der Faden reißt. »Die Außenwelt war so weit weg,« heißt es zum Beispiel von Rachel Vinrace, Hauptfigur in dem Roman »The Voyage Out«, kurz vor ihrem Tod. »Sie war völlig von allem abgeschnitten und außerstande, Verbindung mit der übrigen Welt aufzunehmen.« Diese allerletzte Unmöglichkeit, einen Zusammenhang mit den Dingen herzustellen, diese Resignation des Bewußtseins, ist der Fluchtpunkt für Virginia Woolfs Schreiben – biographisch und ästhetisch.

Das läuft – am Anfang des Jahrhunderts – auf einen Bruch mit dem traditionellen Erzählen hinaus, das in der Logik der Handlungsführung den Dingen Bedeutung und Funktion und damit einen festen Platz gab. Virginia Woolf löst in ihren Romanen Erzählen und Beschreiben in die subjektive Wahrnehmung der Figuren auf; ihr Gegenstand ist nicht der Gang der Ereignisse, sondern die Bewegung des Bewußtseins. Wenn sie dann doch auf die alten Muster zurückgreift, betont sie geradezu die Mühe, die es kostet, die Erzählmaschine in Gang zu bringen: »Eines Nachmittags Anfang Oktober, als der Verkehr lebhaft wurde, schritt ein großer Mann mit einer Dame am Arm am Rand des Trottoirs entlang. . .«, so heißt einer der ersten Sätze in »The Voyage Out«. Diese Überpointierung der Anfangssatz-Konventionalität zeigt an, daß es hier um eine schon abgestorbene Form geht, deren Aufgabe es gerade noch ist, den Leser auf den Weg zu setzen in eine literarische Welt hinein, deren Fülle von Perspektiven und Bildern seinen Orientierungssinn verwirren könnte.

»The Voyage Out«, Virginia Woolfs erster Roman und erster Erfolg, ist 1915 erschienen. Die Arbeit an ihm war unerwartet schwierig, von vielen Depressionen unterbrochen; siebenmal mußte er umgeschrieben werden. Jetzt, 74 Jahre nach seinem ersten Erscheinen, ist er, als letzter von ihren Romanen, mit dem Titel »Die Fahrt hinaus« auch ins Deutsche übersetzt worden (von Karin Kersten), als Band 2 der von Klaus Reichert neu herausgegebenen »Gesammelten Werke«. Das Buch zählt zu den reizvollsten Virginia Woolfs, zu jenen geglückten Werken des Übergangs zur Moderne, in denen die neue Sprache die Ausdrucksfähigkeit der alten Formen ausweitet und zugleich unterminiert und durch diese innere Oppostion ihre eigene Sinnfülle so plausibel machen kann, wie später, wenn der traditionelle Formballast ganz abgeworfen ist, so leicht nicht mehr.

»Die Fahrt hinaus« (wohin? Ein Ziel nennt der Titel nicht) ist der Roman einer ersten Begegnung mit der Welt. Er trägt autobiographische Züge, verarbeitet die Schwierigkeiten der Autorin, sich aus der spätviktorianischen Atmosphäre ihres Elternhauses zu lösen. Die Hauptfigur Rachel Vinrace ist Tochter eines reichen Geschäftsmannes, die nach dem Tod der Mutter behütet und weit weg von allem bei ihren vornehmen und jungfräulichen Tanten, »kleinen, zierlich blassen Frauen«, aufwächst. Von ihnen wird sie erzogen »wie die Mehrzahl der Mädchen aus wohlhabendem Hause in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts«: Sie erlernt das Klavierspiel und sonst fast gar nichts und geht mit dem Hund im Park spazieren. Später, im Rückblick, sieht sie dieses Leben »als etwas Geducktes, Umhegtes, das vorsichtig zwischen hohen Mauern umhergeführt und dann wieder beiseitegeschoben und ins Dunkel gestoßen und auf alle Zeiten abgestumpft und verkrüppelt wurde.« Vierundzwanzig Jahre ist sie alt, als sie auf einem Schiff ihres Vaters, von Verwandten beschützt, zu einer Südamerikareise aufbricht. Schon hier macht sie, die »kaum wußte, daß Männer Frauen begehren», eine vage erotische Erfahrung, die sie zwar kaum versteht, die aber immerhin an den viktorianischen Fesseln ihrer Seele zerrt. »Die

Vision ihrer eigenen Persönlichkeit« tritt zum ersten Mal in ihr Bewußtsein, und »bei dem Gedanken, daß sie lebte, ergriff sie eine ungeheure Erregung.«

In einem gesichtslosen (weil allein aus Reiseberichten konstruierten) südamerikanischen Santa Marina angekommen, trifft Rachel auf ein Hotel, das voll ist von versnobten und vornehmen Engländern, die dort ihre Ferien verbringen und die Langeweile mit Teetrinken, Flirts und banalen Konversationen zu vertreiben versuchen: ein Konzentrat englischer Zivilisation inmitten der Wildnis. In diesen internationalen Hotelgesprächen, in denen die geistige Entfernung zwischen dem Tod häuslicher Goldhamster und der Unverzichtbarkeit klassischer Bildung nicht allzu groß ist, entfaltet sich eine exotische Trivialität, in die Virginia Woolf ihren ganzen Spott auf die englische Oberschicht hineinlegt. Zu Gesellschaftskritik bringt es dieser Spott allerdings nicht, weil Virginia Woolf ihre Figuren gar nicht primär gesellschaftlich sehen will. Ihr geht es vielmehr darum, die Figuren in ihren karikierten Zügen nicht aufgehen zu lassen, das Bild, das der distanzierende Entwurf von ihnen macht, immer wieder zu überschreiten. Hier wie überall versucht Virginia Woolf, jedes »So ist es« in Blickverschiebungen zu unterlaufen.

Voller Neugier und voller Enttäuschung beobachtet Rachel all diese Menschen, die für sie das so heiß ersehnte, aber immer nur vag geahnte Leben darstellen sollen, bis sie einen Schriftsteller, Terence Hewet, kennenlernt (der an einem dieser Romane arbeitet, die über ihren Titel nie hinauskommen: »Das Schweigen oder Die ungesagten Dinge«). Auf einem Ausflug in den Dschungel gestehen sie einander ihre Liebe, träumen von Zukünften, planen ein gemeinsames Leben. Dann wird Rachel plötzlich krank und stirbt einige Tage später.

Ein Tod aus der Verzagtheit unüberwundener Prüderie? Oder aus anspruchsvoller Enttäuschung über die gesellschaftlichen Verengungen des Lebens? Solche Fragen, die ein Ergebnis der Geschichte wollen, sind hier falsch gestellt; sie rechnen innerhalb einer anderen literarischen Logik, als es die von Virginia Woolf ist. Ihr Buch ist ein Roman der Undeutlichkeiten. Sie läßt ihre Figuren im Fluß ihrer Empfindungen treiben, der zwar eine Richtung zu haben scheint (mit überraschenden Verzweigungen und Kehrtwendungen), aber kein Ziel, das ein Angekommensein feststellbar machte.

So ist die Liebesgeschichte zwischen Rachel und Terence ganz zweideutig angelegt. Für Rachels Lebensneugier sind die neuen Gefühle ein Ereignis, das »irgendeine Decke von der Oberfläche der Dinge« zieht: »Sie sah auf einmal alles mit einer ungeheuren Intensität«. Als es dann jedoch zu den ersten Liebesgeständnissen kommt, sind die Empfindungen mehr als moderat: »Im Anschluß an einen dieser Blicke murmelte sie: 'Ja, ich bin verliebt. Daran gibt es keinen Zweifel; ich bin verliebt in dich'«, so, als wolle sie nicht Terence, sondern vor allem sich selbst von ihrem Gefühl überzeugen und wüßte doch, daß das vergeblich ist. Ohnehin ist diese Liebe seltsam frei von Begierde, eher eine notwendige Stufe zu einem Lebensprojekt, das ganz konturlos bleibt. Rachel empfindet sich auf der Suche »nach etwas, von dem sie nicht wußte, was es war«; deutlich ist ihr nur, »daß sie noch ganz andere Dinge wollte als die Liebe eines einzigen Menschen«. Aber was? »Das Meer, den Himmel«, kann man erfahren und weiß dadurch nur, daß sie in einer Bewegung eher von der Welt weg als zu ihr hin begriffen ist.

Noch weniger gradlinig stellen sich Terences Gefühle dar. An Rachels Krankenlager breitet sich in seinem Innern alles aus, von kalter Gleichgültigkeit bis zu höchster Entrücktheit, die – widersinnig – ihn gerade im Moment von Rachels Tod überfällt: »Es war das vollkommenste Glück. Sie hatten nun, was sie immer wollten, die Vereinigung...« Als romantisches Motiv ist diese Liebeserfüllung am Totenbett nicht gedacht, denn es ist ja der Überlebende, der so denkt; ohnehin kommt Terence nur ein paar Zeilen später zu der »Erkenntnis, das es hier noch eine Welt gab, in der er Rachel niemals mehr wiedersehen würde.« Solch abrupter Wechsel soll das Unendlichkeitsgefühl davor nicht unbedingt als Illusion entlarven, sondern nur in die Veränderbarkeit eines Seelenlebens hineinstellen, das nicht aus der Vorstellung von Endgültigkeiten heraus entwickelt ist.

Denn darauf kommt es an. Innerhalb ihrer fast konventionellen Liebesgeschichte entwirft Virginia Woolf eine neue Dramaturgie des Seelenlebens. Ihr Blick ins Innere der Menschen ist nicht mehr an Psychologie orientiert. Ihr geht es nämlich gar nicht um plausible Motivierung von sonst nur schwer verstehbaren Handlungen oder um die komplizierte Verschlungenheit von Seelentiefen, in die hinein sich die Authentizität der Figuren verkrochen hat. Die gesamte literarische Psychologie, dieser vormoderne Katalysator der modernen Literatur, ist in die Schwerkraft von Vordergrund und Hintergrund, von eigentlichen und uneigentlichen Regungen hineingestellt, also von der Idee einer seelischen Wahrheit her gedacht, die die verwirrenden Rindenphänomene des Bewußtseins auf einen Angelpunkt hin ordnen soll. Von der Herrschaft dieser Seelenlogik will Virginia Woolf ihr Schreiben in »Die Fahrt hinaus« schon deshalb befreien, weil sie ihr zu grob ist für Zwischenlagen. Sie sprengt damit aber zugleich das ganze System hergebrachter Gewichtungen, weil sie jetzt das Eigentliche in den Diffusitäten, das Authentische in den Verschwommenheiten und das literarisch Interessante in den Mittelmäßigkeiten des Erlebens entdeckt.

Gegen die Vorstellung einer Subjektivität, die die Innenwelt mit bewußten oder unbewußten Absichten durchdringt, setzt Virginia Woolf die schöne Oberflächlichkeit eines strömenden Bewußtseins, das von der Unentschiedenheit des nächsten Augenblicks bestimmt wird und sich an den Ereignissen jeweils entzünden kann, weil es nicht in jedem Moment sich charakteristisch und bedeutungsvoll äußern muß. »Das war das Seltsame«, so drückt Rachel das für sich selber aus, »das

man nicht wußte, wohin man ging und was man wollte, und blind seinem Weg folgte, dabei insgeheim so sehr litt und immer unvorbereitet und erstaunt war und nie irgend etwas wußte.«

Seine interessantesten Stellen hat der Roman dann, wenn er von Bewußtsein zu Bewußtsein gleitet, seine Aufmerksamkeit von dem, was geschieht, abzieht und in überraschenden Perspektivenbrüchen zeigt, wie ganz anders dieselbe (dieselbe?) Wirklichkeit sich einem anderen Bewußtsein präsentiert. Der Transatlantikdampfer, eben noch (und gleich wieder) sicherer Schauplatz der Ereignisse, erscheint am Anfang eines neuen Kapitels plötzlich im Fernglas unbenannter Reisender, die auf einem anderen Schiff vorbeifahren: undeutlich und »ungeheuer winzig«; plötzlich werden etwa drei Sätze mit den niemals wieder aufgegriffenen Gedanken irgendeiner Nebenfigur gefüllt; und mit dem Tod Rachels endet der Roman nicht, sondern mit zwei Kapiteln, die zeigen, wie das Hotelleben ohne sie weitergeht. All das sind Versuche, die Hauptfigur zu entmachten und sie in den Kontext ganz anderer Subjektivitäten hineinzustellen, die alle das gleiche Recht auf einen Roman hätten, weil sie eine ganz eigene Wirklichkeit hervorbringen. Das Einzelbewußtsein bläht sich bei Virginia Woolf nicht zum Inbegriff der Welt auf: das ist ja die subjektivistische Täuschung aller empfindsamen Seelenliteratur des 20. Jahrhunderts. Bei Virginia Woolf bricht und relativiert es sich an all den anderen und wird dadurch erst zum wirklich vereinzelten Bewußtsein: ferner poetischer Reflex des Umbruchs zur Industriegesellschaft am Beginn der Moderne.

Dieses Paradox, der Blick aus weiter Ferne auf Figuren, die sie doch von innen heraus beschreibt, macht die Melancholie von Virginia Woolfs Büchern aus. Die Nähe zum Leben realisiert sich erst im Abstand zu ihm. »Und das Leben, was war das?«, denkt Rachel im fremden Südamerika. »Es war nur Licht, das über die Erdoberfläche glitt und verschwand, so wie sie mit der Zeit verschwinden würde, auch wenn die Möbel im Zimmer fortbestanden.« Um im Bild zu bleiben: Virginia Woolfs poetische Idee ist, die Wirklichkeit sozusagen aus der Sicht dieser Möbel zu erfassen, die, unter den verschiedenen Lichtern und Blicken immer anders, trotzdem überdauern und alles an sich abgleiten lassen.

.

Die Ausgabe der »Gesammelten Werke« von Virginia Woolf, deren erste Bände, unter ihnen »Die Fahrt hinaus«, im Frühjahr erschienen sind, verfolgt zwei Ziele. Sie will zum einen die schon vorliegenden Woolf-Übersetzungen durch neue ersetzen. Zum anderen geht es darum, endlich das umfangreiche, noch unübersetzte Werk der Autorin hier bekannt zu machen. Dazu gehört neben dem Erstlingsroman ein guter Teil Kurzprosa. »Das Mal an der Wand«, Band I der Ausgabe, enthält Erzählungen, Skizzen, Impressionen aus den Jahren 1906 bis 1941, gibt also einen Überblick über die gesamte Schreibentwicklung der Autorin. Fünf Bände Tagebücher, drei Bände Briefe sind geplant. In Deutschland fast unbekannt ist die Tatsache, daß Virginia Woolf eine hervorragende Essayistin war. Eine Auswahl ihrer über 1000 Essays soll in der neuen Ausgabe erscheinen, ein erster Teilband liegt vor: »Der gewöhnliche Leser«, eine Sammlung, die Virginia Woolf 1925 selber zusammengestellt und in ihrem eigenen Verlag, »The Hogarth Press«, herausgegeben hat. Die meisten dieser Essays sind aus überarbeiteten Rezensionen entstanden – etwa für »The Times Literary Supplement« – , mit denen Virginia Woolf einen Teil ihres Geldes verdiente. Sie beschäftigen sich hauptsächlich mit der englischen Literatur vom 14. bis zum 19. Jahrhundert und versuchen, so das Vorwort, darüber nicht gelehrt und wissenschaftlich zu handeln, sondern aus der Perspektive des gewöhnlichen Lesers eben, der »von einem Instinkt geleitet wird, aus allem Zufälligen, das ihm in die Hände fällt, eine Art Ganzes für sich zu erschaffen.« Dieses quasi dilettantische Interesse an Literatur (auf das alles wissenschaftliche sowieso letztlich hinauslaufen muß) führt in diesen Essays denn auch nicht zu gespitzten Argumenten und ausgefeilten Theorien, sondern zu einer Sprache, in der Gedanke und Bild so miteinander zusammengeschlossen werden, daß ihre Getrenntheit aufgehoben scheint. Manches ist auch nur englisch-umständlich

entwickelt, manches funkelnd und bösartig-ironisch. Ganz unter der Hand ergibt sich aus diesen Aufsätzen eine Art Poetik der Nebensächlichkeiten, nicht explizit, sondern in den Akzenten, die Virginia Woolf bei der Beschreibung fremder Bücher setzt. An Chaucer lobt sie etwa, daß er einem erzählt, »was seine Personen anhatten, wie sie aussahen, was sie aßen und tranken«, »als ob seine Dichtung«, so fügt sie hinzu, »die gewöhnlichen Tatsachen bewältigen könnte, ohne sich die Hände schmutzig zu machen.« Das ist natürlich ein Selbst-Kommentar, denn es ist Virginia Woolf, die die gewöhnlichen Tatsachen retten will, indem sie ihnen die Würde des uneingeschränkt Lebendigen verleiht. Die Ausgabe der »Gesammelten Werke« soll – 26-bändig – 1995 abgeschlossen sein.

Virginia Woolf: Gesammelte Werke. Herausgegeben von Klaus Reichert. S. Fischer- Verlag, Frankfurt am Main

»Das Mal an der Wand«. Prosa. 386 S.,48 Mark;

»Die Fahrt hinaus«. Roman. 447 S., 48 Mark; »Der gewöhnliche Leser«. Essays, Band 1. 287 S., 28.80 Mark

konkret 09/89, S. 74

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Anekdote aus dem Preußischen. II. – Acht Wochen lang habe A., arbeitslos und eben auf etwas über den Sozialhilfesatz heruntergestuft, das noch unerprobte Mittel eines Schweizer Pharmakonzerns an sich ausprobieren lassen, habe Kopfschmerzen, Schwindelgefühl in Kauf genommen, sagt er, um sich ein Zubrot zu verdienen für am Ende insgesamt DM 400.-, nach Weimar fahren zu können davon, endlich, wie gewohnt einmal in zwei Jahren zur Tagung der Goethe-Gesellschaft.

A. fühlt sich im Ungewissen bis zuletzt, ob das Institut, dem die Untersuchung obliegt, das Geld nicht doch am Ende ihm werde schuldig bleiben. Doch er erhält die Summe einen Tag vor der geplanten Abreise; er fährt, er verlebt bei Freunden ein paar heitere Tage, eine Pflanze, die Blüten und Samen an den Blatträndern treibt, erregt im Garten des Dichters seine besondere Aufmerksamkeit. . . Er ist schon auf dem Weg zurück, unweit Erfurts, Richtung Eisenach, er wundert sich eben noch, wieso auf einmal der Beschilderung nach, runter mit dem Tempo von hundert über sechzig auf vierzig, und das auf einer Länge von kaum mehr als dreißig Metern! als Polizei ihn stoppt. Daß er zu schnell gefahren, wird ihm vorgehalten. Vierzehn Kilometer pro Stunde zu schnell. Und daß er zu zahlen habe, 50 Mark, und zwar wuppdich.

A. bittet. Er empört sich. Ob man so einen westdeutschen Arbeitslosen. . . Er fleht. Allein, man bleibt hart: man besteht wegen Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung der Republik, an die auch ein westdeutscher Arbeitsloser sich zu halten..., auf der Strafe; und daß er sie zahle in der Währung *seines* Staates, natürlich, versteht sich.

A. zahlt. Und nun, sagt er, frage er sich denn doch, ob er denen da auch nur noch ein Eckchen in seinem Herzen solle offenhalten wie bisher, von wegen die Not von einem wie ihm, hier, ständig anprangern! und dann ihm abknöpfen das bißchen Handgeld, für das er seine Gesundheit habe riskiert, damit Großkonzerne ihren Reibach. . ! Und das, wo doch nun jeder wisse, daß es ginge ums Devisenabzocken allein; daß Beamte sich Prämien erschlichen pro Anzeige... Und wo er sogar auf westdeutschen Autobahnen seine alte Schleuder nicht einmal noch hochbrächte auf über Hundert; 108.000 Kilometer, wie sie draufhabe, noch dazu.

Nein, sagt A. und streicht mit der Innenkante der Rechten sich am Kinn vorbei, nun stünden sie ihm endgültig... bis *hier !*

*

Die Macht hat, wer die Macht hat zu definieren. Eine der wundersamsten Begriffsprägungen der Neuzeit (nach »Erzeugungsschlacht«, »Kohlenklau«, »Arbeitgeber/Arbeitnehmer«, »Entwicklungsländer« und »Entsorgungspark«): »Radikalreformer« für den Moskauer Boris Jelzin.

Hm. Man weiß ja noch zu wenig. Aber wenn ich, zunächstmal ganz schlicht, als Dichter, ihn mir so anschaue mit seinen gepflegten weißen Schläfen, diesem Herrenausstatter-Flair... Wie gesagt, man irrt ja gern, aber:

Ist Wallmann eigentlich noch in Hessen?

*

Das Lokal heißt »Dorschtlöscher«. Der Ort: Scheißheim-Eichwald/Main. Und sie sitzen um den Stammtisch, da wodiehoggedieimmerdahogge. Der Wirt, ein großer, breitschultriger Dicker. Ein Rentnerpaar. Und einer, den sie Mohammed nennen. Mohammed, ruft der Wirt und zeigt auf eine südländisch aussehende Frau am Tresen, Mohammed, gib mir drei Kamele: kriegst meine Frau ! Er lacht . Die Rentner lachen . Es lacht das ganze Lokal. Mohammed steht auf. Er ist ein untersetzter, sehniger Mann; aber nun ganz Demut. Er geht in die Hocke. Er ahmt einen Reiter nach: Du wollen..? Geh her! ruft der Wirt. Habt's ihr vielleischt net in jedem Dorf e Waach, mit zwei Schale links und rechts, und uf die aane kimt das Kamel und uf die annere die Fraa? Er lacht. Die Rentner lachen. Und Mohammed. Und nun mal Spaß beiseite! sagt der Wirt und hebt den Zeigefinger: Das Kamel, da geht denen nichts darüber. Da machen sie alles daraus: Häute, Felle, Zelte, Käse, Fleisch, Butter... Sogar die Kacke: Da machen sie ihre Häuser daraus; und Briketts... Er steht auf und schlägt seiner Frau auf den Hintern. . . Oder vielleicht net? Eh? Ah, sagt sie, ich kann nicht lachen.

*

Bei Freunden an der Wand Indienbilder von Günter Grass. Und jemand meint, es sei pervers, sich diese Szenen als Schmuck an die Wand zu hängen. Es ist doch wohl eher so, daß sie sich als Wandschmuck eignen, gerade weil sie, auf ihre täppisch-expressionistische Art, eben das Grauen, auf das sie auch noch aus sind, so bloß gutwillig verfehlt haben.

Trotzdem: Wer wagt sich überhaupt noch an sowas! Wo es doch kaum mehr noch zu besichtigen gibt als exaltiertmickriges Gelingen aus nichtigen Anlässen. . .

*

Zu den ungezählten Sekundärtugenden, mit denen man, dem einmaligen Lichtblick irgendeines Referenten eines ehemaligen Bundeskanzlers zufolge, auch KZs verwalten kann oder den Sender RTL plus oder die Deutsche Bank, gehört natürlich auch die, na? richtig: Intensität.

Er/sie ist ja sooo intensiv!

Innerhalb der Piwittschen fünf-Meter-Zone *das!* in Zukunft bitte nicht mehr, klar?

Und auch für vier spendierte Glückstädter Matjes auf einmal nicht!

*

Immer öfter, daß einen neuerdings kids zur Ordnung rufen: –

Hier ist das Rauchen verboten! –

Sie müssen sich anstellen hier, hinter dieser gelben Linie!

Ring im Ohr; und auch sonst, ganz autonom, immer schon ihr eigener Hintermann.

Daß man's ihnen doch mal auf die alte Art besorgen könnte, diesen Staatstreuhanseln, wie Joel McCrea und Randolph Scott in »Sacramento«...

*

Allgemeines öffentliches Frohlocken, daß die Sowjetunion sich gezwungen sehen könnte, die baltischen Republiken aufzugeben. Wunderbar. Jetzt geben die USA nur noch die USA zurück, und alles ist in Butter.

*

Original und Kopie, unbekannter Erfinder, illustrer Verwerter: die Kunstgeschichte kennt solche Fälle.

Was ist eigentlich mit dem berühmten und bei Geschäftsleuten so hochgeschätzten Antes?

Mir, im Vertrauen, ist Antes im Original lieber!

Schanz, Heinz, Maler

Kennt keiner? Eben.

*

Der Vater säuft und schlägt das Kind. Es flüchtet in die Arme der Mutter. Die säuft und schlägt es. Und beide zerren an ihm herum. Und jeder will es für sich haben. Und Freiheit ist fortan immer nur Freiheit von dem, der es gerade nicht in der Mangel hat. Es nervt. Alles geht ihm durcheinander. Aber hinreißender zerissen ist keiner. Findet es. Und finden die, die es nur zu gern als Mündel zurückhätten.

Und wer es zunächst einmal einfach »schwer verhaltensgestört« nennt, ist ein »Feind der Freiheit«.

Apropos Polen: Von den »unbezahlten Rechnungen« dort, schreibt der »Stern« und meint die, die Polen noch zu präsentieren hätte: Den Kommunisten, der Sowjetunion. Weiß Gott. Kein Wort dagegen von der Schuldenfalle, in die der »Westen«, die BRD voran, das Land hat hineintappen lassen. Zehntgrößtes Industrieland der Erde, das es hatte werden sollen... Und wo es doch nun mal anders, nämlich militärisch, nicht ging, das Land wieder einmal zu ruinieren... Von Freiheit, Demokratie, Pluralismus schwärmt der »Stern«. Is scho recht. Warum ist von Geld nicht die Rede? Fehlt es der Materie an menschlicher »Anmutung«? Wie? Wie Polen fast das Doppelte der geliehenen Dollarmillionen an Kreditraten und Zinsen zurückzahlen muß: das sollte dem Land nicht von Herzen nachfühlen können jeder unter den zigmillionen Verhaltensgestörten hier, der auch schon mal Kredithaien in die Fänge geraten ist?

*

Im April 87 trägt »Emma« den Schwanz, im Juli 89 der »Stern« den Kommunismus zu Grabe.

Scheint, als hätten wir uns darauf einzurichten, daß vorläufig mal wieder nur Ewigkeitswerte überleben: Möse und Kies.

Na, denn Prost.

konkret 09/89, S. 76

Reinhold F. Bertlein

Eine Art Neger

»Cinema and New Thinking«: Auf dem 16. Moskauer Filmfestival, das Anfang Juli stattfand, hat sich gezeigt, daß die Filmwirtschaft das Experimentierfeld bietet, auf dem jene Reformen getestet werden, die es der Sowjetunion ermöglichen sollen, mit den kapitalistischen Staaten ins Geschäft zu kommen

Ich treffe mich mit Nadeshda und Sergej, die mich zu einem Kinobesuch einladen wollen. Die Entscheidung, in welches Kino wir gehen, ist angesichts der vielen neuen Möglichkeiten nicht einfach. Verlockend sind vor allem die Erstaufführungen amerikanischer und sowjetischer Spielfilme in den ASK-Kinos der US-Majors – mit Airconditioning und Getränkebons für Pepsi-Cola, Wodka-Juice und Champanski. »ASK – war das nicht die Abkürzung für American-Soviet-Kino-Initiative?«, frage ich Sergej. »Ja, richtig, sie machte während des 16. Filmfestivals von Moskau erstmals von sich reden: mit einer Retrospektive 'Sex in the Cinema', die am Puschkin-Platz für ausverkaufte Häuser gesorgt hatte.« Die ASK wurde zum Geheimtip unter der Jugend. ASK, das war nicht nur eine Abkürzung, sondern auch eine Aufforderung: ask the question, frage, was du schon immer wissen wolltest, aber nie zu fragen gewagt hattest. Das gute Image des Namens haben die amerikanischen Marketingstrategen sofort erkannt und für sich eingebunden, daher heute der Name ASK-Kinos.

»Wir haben inzwischen zehn neue western-style-Kinos in Moskau«, verkündet Nadeshda stolz. »Im 'Chaplin' zeigen sie 'Batman IV', den wirst du wahrscheinlich schon bei dir im Westen gesehen haben«. Nadeshda reicht mir ein Programmblatt im A3-Format herüber mit einem farbigen Time Table, die Texte – links kyrillisch, rechts in englisch – produziert auf einer importierten japanischen Fotokopiermaschine. »Auch die Europäer hatten doch angekündigt, eigene Kinos in der Sowjetunion zu errichten?« Nadeshda: »Das stimmt, sie haben mittlerweile Kinos in Moskau, Leningrad und in Sotschi am Schwarzen Meer eröffnet: die Italiener, die Franzosen, die West-Deutschen und auch die Skandinavier.« »Wir könnten zum 'Italiener' ins 'Roma' gehen«, mischt sich Sergej wieder ins Gespräch. »Dort zeigen sie 'Siege of Leningrad'. Erinnerst du dich, Reinhold, das ist der Film, den Sergio Leone kurz vor seinem Tod über einen amerikanischen Kriegsberichterstatter im von den Deutschen belagerten Leningrad drehen wollte, mit Robert de Niro in der Hauptrolle. Ein anderer italienischer Regisseur hat das Projekt übernommen, und der Progress-Verlag hat jetzt zur Premiere Adamowitsch' 'Blockadebuch' neu aufgelegt.«

Die sowjetischen Kinos sind nur noch selten ausverkauft. Sie müssen nicht nur gegen die neuen »western-style«-Filmtheater konkurrieren, sondern auch mit Video und Fernsehen. Sergej begeistert: »Wir können jetzt sogar vier West-Spielfilme wöchentlich in zwei Programmblöcken im Fernsehen sehen: allerdings alle halbe Stunde unterbrochen von 3-minütigen Werbespots der westlichen Programm-Sponsoren. Das ist ärgerlich, wenn ich etwas auf Video aufnehmen will.« – »Werbespots wie in Maurizio Nichetti's 'Seifendiebe', der eben den Wettbewerb gewonnen hat?«, schießt es mir durch den Kopf. – »Eben?« . – Schweißgebadet wache ich in meinem Zimmer im Hotel »Rossija« auf. Könnte denn so die 'new brave (media-) world' nach Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion aussehen? Etwa 1992, in dem Jahr, in dem wir in unserem Teil des 'gemeinsamen europäischen Hauses' (Gorbatschow) die Zwischentüren aus den Angeln heben, um den gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt Wirklichkeit werden zu lassen? Ist dieser (Alp-) Traum der Preis der Freiheit?

The West goes Glasnost

Moskau 1989. Eine Diskussionsrunde während des 16. Internationalen Filmfestivals im 'Dom Kino', dem Haus des sowjetischen Filmemacherverbandes. Thema: »Cinema and New Thinking«. Anwesend: Filmemacher, Wissenschaftler, Philosophen, Literaten, kurz: Vertreter der Moskauer Intelligenzija. Gesprächsleiter Valentin Tolstih bringt es in seinen einleitenden Worten auf den Punkt: »Ein Filmemacher wie Michalkov sagt, wir müssen lernen, Filme wie im Westen zu machen. Elem Klimov hingegen sagt, wir müssen 'wir selbst' bleiben im Kino«. Eine hochaktuelle Frage, die sowjetische Variante einer Diskussion, wie sie auch im Westen geführt wird mit Stichworten wie »Kulturelle Kolonisation«, »Euro-film«, »Europudding« etcetera. Alexander Sokurow aus Leningrad warnt den Westen zu Recht davor, die Sowjetunion als eine Art römische Provinz zu betrachten. Die jungen sowjetischen Filmemacher würden dies nicht hinnehmen. Sein Kollege Solovjev hingegen sieht das völlig anders. »Wir leben in einer Welt der Mega-Kultur, in die die Sowjetunion als eine Art Neger jetzt hineintritt. Es gilt unseren Platz in dieser neuen Welt-Gemeinschaft einzunehmen. Darum müssen wir soviel Geld wie möglich machen – wo auch immer!«.

Während im Haus des Filmemacherverbandes noch geredet wird, kommt man im eleganten Kongreßzentrum »Meshdunarodnaja« bereits zur Sache. Dort wird der Filmmarkt abgehalten, der unter dem Motto »The West goes Glasnost« zu stehen scheint: ein Cannes an der Moskwa. »Are Russians ready to deal, or full of borscht?« – fragt »Variety« rhetorisch. Die meisten westlichen Marktteilnehmer bejahen den ersten Teil der Frage. Die Sowjetunion sei ein Markt, den man nicht länger links liegen lassen dürfe, heißt es.

Auf dem 15. Filmfestival von Moskau, vor zwei Jahren, wurde das Startzeichen zur Erneuerung der sowjetischen Filmindustrie gegeben. Mittlerweile wurden 'Deals' angekündigt mit den US-Majors wie der FOX (wechselseitiges Verleihabkommen), der Warner Film und Universal International Pictures (UIP) (Pläne für den Bau westlich geführter moderner Kinozentren in Moskau und Leningrad). Die Großen verharren noch in Wartestellung. Doch erste Koproduktionen, einst die Domäne kleiner, ideologisch linientreuer westlicher Independents, haben sich mittlerweile profiliert, und west-östliche Joint Ventures gehören inzwischen zur Tagesordnung. »Uncle Sam« war der erste, der den russischen Filmbären nach der Melodie der Perestroika tanzen ließ. Dort wurde – nachdem Hauptdarstellerin Natalja Negoda publizitätsträchtig für den »Playboy« posierte – der Perestrojka-Hit »Kleine Vera« zum Kassenschlager in den Art-houses: Erstmalig erreichte ein sowjetischer Spielfilm bei der Kinoauswertung die Grenzmarke von 850.000 Dollar! Die USA sind es auch, die dieses Jahr das größte Kontingent westlicher Marktbesucher stellen. Unter der Koordination der American Film Marketing Association (AFMA) besuchte eine Delegation mit Vertretern von mehr als zwanzig US-Firmen erstmalig den Filmmarkt in Moskau. Darüberhinaus frequentieren Firmen, die bereits seit Jahren mit den Sowjets kooperieren, zusätzlich den Markt. Die guten Kontakte führten bereits jetzt zu einer dramatischen Steigerung der Filmauswertung amerikanischer Filme in der Sowjetunion. Jerry Rapaport: »Sovexportfilm hat bereits mehr US-Titel in den ersten sechs Monaten dieses Jahres angekauft als im gesamten Buchjahr 1988.« Und sein Kollege Ralph Alexander ergänzt: »Ein Festival ist ein Festival, doch ein Markt, das ist wichtig. Moskau könnte in Zukunft ein sehr wichtiger Markt werden«.

Dies haben auch die West-Europäer erkannt. So debütierte auf dem Filmmarkt beispielsweise die Joint Venture-Unternehmung »Starlight«: ein Zusammenschluß der britischen Vision Ventures International und der schwedischen Nordisk Tonefilm A.B. mit Contact, der Produktionsabteilung des Moskauer Gorki-Studios. Ziel: die Produktion autobiographischer Spielfilme über Alfred Nobel und den russischen Dichter Anton Tschechow. Italien präsentierte Carlo Lizzani's »Dear Gorbachov« und kündigte italienisch-sowjetische Koproduktionen an. Dabei handelt es sich immerhin um so unterschiedliche Regisseure wie Gleb Panfilov (»Tema«), der Gorki's Klassiker »Mutter« mit Antonela Interlenghi und Mario Adorf verfilmen will, und Sergei Bondartschuk, den zum Helden der Perestroika mutierten russischen Altmeister und Oscarpreisträger (»Krieg und Frieden«), der »Und ruhig fließt der Don« nach dem gleichnamigen Buch von Sholokov verfilmen will. Auch das nächste Projekt von Michalkov kündigte Produzentin Silvia D'Amico in Moskau an: »Pavilion No. 6«, eine Tschechow-Story mit Marcello Mastroianni in der Hauptrolle. Literaturverfilmungen als Ingredienzfilme nach dem Credo der Produzentin: »Sie fügen den Kaviar hinzu, wir die Spaghetti« ?

Wie macht man aus Rubel Dollar?

»Das kommerzielle Potential in der Sowjetunion ist enorm«, sagt Micha Lambert, der frischgebackene Direktor einer neuen Filmgesellschaft, der Primodessa-Film mit Sitz in München. »Einen Film wie 'Kleine Vera' sahen 60 Millionen Zuschauer allein in den ersten drei Monaten des Kino-Einsatzes. Fernsehen ist in der SU keine Alternative zum Kino. Kino ist hier noch immer Nummer eins.« In der Tat: 1988 wurden 3 Milliarden 920 Millionen Kino-Eintrittskarten (Durchschnittspreis 29 Kopeken, ungefähr I Mark) verkauft, viermal soviel wie in den USA und Kanada zusammen, achtmal soviel wie in ganz Westeuropa. Die Primodessa-Film ist ein Kind der Perestroika. Die neuen Gesetze, die seit dem 1. Januar dieses Jahres in der Sowjetunion in Kraft getreten sind, erlauben es den nunmehr eigenverantwortlich operierenden sowjetischen Filmstudios, kulturelle und wirtschaftliche Kooperationen mit westlichen Partnern einzugehen. Die fünf größten Studios des Landes haben dazu 'Interdet' ins Leben gerufen, eine Korporation, die zusammen mit westlichen Partnern die Primodessa-Film (Pof) gegründet hat – mit vollständiger Rückendeckung des sowjetischen Staates. Pof ist Verleih- und Produktionseinrichtung in einem und hat als wesentliche Aufgabe, sowjetische Filme im Westen sowie in der Sowjetunion auszuwerten, Westfilme für den Filmverleih in der SU zu beschaffen und, last but not least, Filme in der Sowjetunion zu produzieren. Dabei läuft die Finanzierung auf 50/50-Basis: Der westliche Koproduzent bringt seinen Geschäftsanteil in westlicher Währung ein, Pof bezahlt das Equipment, den Mitarbeiterstab, Büro-, Hotel- und Herstellungskosten auf Rubel-Basis.

Auch der westdeutsche Verleiher von Glasnost-Hits wie »Kleine Vera«, »Die Kommissarin« und anderer Filme, Theo Hintz von Futura/Filmverlag der Autoren, bildet zusammen mit der sowjetischen Firma Cosmos, Sitz in West-Berlin, ein Joint Venture, genannt »Felix« – 'der Glückliche'. Ziel ist es, europäische Filme in die Sowjetunion zu exportieren und sowjetische Filme für den europäischen Markt zu importieren. Dazu wird man sogar ab September eine ständige Niederlassung in Moskau einrichten. Seit dem Besuch von Gorbatschow in der Bundesrepublik scheint man hierzulande mehr an die Perestroika (und an ein damit verbundenes Goldgräber-Abenteuer) zu glauben als im Ursprungsland dieses Begriffs. Der Vorsitzende der American Film Market Association, Bill Shields, sieht es nüchtern: »Wir versuchen unseren Mitgliedern zu verdeutlichen, daß sie keine unrealistischen Erwartungen haben sollen. Jedesmal, wenn man einen neuen Markt betritt, sollte man dies als eine Investition in die Zukunft betrachten...« Man hofft auf die Zukunft, denn derzeit gilt: »Rubels, da – Dollar, njet«.

Westlichen Kooperationspartnern stellt sich »das unlösbare alchimistische Problem: Wie macht man aus Rubel Dollar?«. Bei der Primodessa-Film werden die Rubelkonten westlicher Partner über eine westdeutsche Handelsfirma in harte Währung konvertiert. Die Einkünfte von Westverkäufen verbleiben auf westlichen Konten, ebenso wie die Einnahmen aus Produkt-Placement und Sponsorship. Im jetzigen Niemandsland zwischen Plan und Markt gelten mithin komplizierte Verträge. Sie reichen von Prozentbeteiligungen bei den Einspielergebnissen in nicht konvertierbaren Rubeln bis zu Tauschgeschäften. Mit Shields glauben jedoch die meisten Filmkaufleute daran, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis der Rubel zumindest zur Semi-konvertiblen Währung wird. Selbst die Abwertung des Rubels und seine gänzlich freie Konvertierbarkeit werden in den nächsten fünf bis zehn Jahren erwartet.

Wird die Filmkunst dem 'Marktsozialismus' geopfert?

»Wirtschaftliche Veränderungen sind ein Kinderspiel im Vergleich zu der Aufgabe, die Mentalität in der Bevölkerung zu verändern«, sagt Vladimir Dostal, der Generaldirektor der riesigen Mosfilm-Studios in Moskau. Ein Satz, der in seiner Vieldeutigkeit sehr eindeutig begriffen werden kann: Da gibt es eine Bürokratie, die nur daran interessiert zu sein scheint, sich selbst zu verwalten; da gibt es eine Kaste von Apparatschiks, die die Entwicklung zurückdrehen will; da sind Korruption und Kriminalität die pubertären Geschwister von Apathie und Desinteresse, deren gemeinsame Basis die Privilegienkultur der Nomenklatura und das asoziale Recht des Stärkeren über den Schwächeren ist. Dazu gehört auch die in den Hotels und auf der Straße außer Rand und Band geratene kapitalistische Anarchie mit ihrem Schwarzgeldmarkt, ihrer Hotelprostitution, mit Korruption und offener Kriminalität. Vor diesem Hintergrund sind die Versuche, die zu klein gewordenen Verhältnisse aufzusprengen, nur zu bewundern. Die Filmwirtschaft bietet dafür das Experimentierfeld. Hier wird erprobt, was in anderen Industriezweigen folgen soll.

Die meisten Mitglieder des sowjetischen Verbands der Filmemacher sind sich einig darüber, daß »nur eine sich selbst regelnde Marktwirtschaft« die sowjetische Filmindustrie aus der Malaise holen kann, in der sie sich zur Zeit befindet. Zu den Pionieren der Eigeninitiative gehört Ada Staviskaja mit ihrem ersten unabhängigen Studio in der Sowjetunion: dem Studio PANORAMA in Leningrad. Es finanziert sich unter Mitwirkung sowjetischer Betriebe, die Gelder unter harten Konzessionen bereitstellen, selbst. Auf dem Filmmarkt stellte sie ihren ersten Film vor: eine brisante Dokumentation über einen Sicherheitsagenten Stalins – der bereits im Lande selbst über 150 Mal verkauft wurde und jetzt dem (devisenbringenden) Ausland zum Kauf angeboten wird. Der Zwang zum Erfolg ist für Ada Staviskaja groß. Aber auch die traditionellen Studios, seit dem 1. Januar mit Eigenverantwortlichkeit ausgestattet, müssen sich umorientieren. Vladimir Dostal: »Jetzt bekommen die Studio-Units einen bestimmten Geldbetrag, mit dem sie Filme produzieren können. Damit können sie nur einen Film machen oder so viele wie sie wollen – am Ende jedoch müssen sie das erhaltene Geld zurückzahlen plus einen Teil des erwirtschafteten Gewinns.« Das führt zu einer Orientierung am Markt, zur Ausrichtung auf's Machbare. Dostal: »Wo Worte nicht überzeugten, da überzeugt heutzutage vielleicht der Bankrott«.

Dem Sekretär des sowjetischen Filmemacherverbandes zufolge müssen die Kinos zukünftig »Gebrauchsartikel« produzieren. Dies wäre der Untergang etwa des georgischen Filmstudios, dessen Filme jedes Jahr die meisten Preise bekommen, das wirtschaftlich jedoch schon heute zu den verlustbringenden Produktionsstätten gezählt wird. Jetzt komme es darauf an, meint Deminyi in der Zeitschrift »Argumenty i fakty«, »Filme zu machen, die bereits aufgrund ihres vereinfachten Stils und ihrer äußersten Durchsichtigkeit zum Erfolg 'verdammt' sind«.

Schon warnen westliche Ratgeber, die Reformer der Film-Intelligenzija sollten die Leistungen des Marktes nicht überschätzen und das, was den Reiz des sowjetischen Films für ein westliches Publikum ausmacht, nicht leichtfertig – durch Übernahme von Hollywood-Klischees etwa – aufs Spiel setzen. Dieses Interesse westlicher Kultur-Importeure deckt sich. wie der Leningrader Regisseur Alexander Sukorow festgestellt hat, mit dem der sowjetischen Filmschaffenden: »Schließlich bleiben wir nur dann füreinander interessant, wenn wir es schaffen, unsere kulturelle Eigenart zu bewahren.«

konkret 09/89, S. 82

Thomas Neumann

SBZ von A bis Z

In den fünfziger Jahren diente dem Gemeinschaftskunde-Lehrer, der sich über die DDR informieren mußte, das Wörterbuch »SBZ von A bis Z«. SBZ heißt Sowjetisch Besetzte Zone. Wer sich da Rat holte, wußte, mit diesem Gebilde wird es keine Dauer haben. Außerdem konnte er sich vergewissern, daß Rot gleich Braun ist, drüben die 'unselige Vergangenheit' fortlebt, während auf unserer Seite des 'geteilten Vaterlandes' die Stunde Null geschlagen hatte, die 'Heimsuchung der dunklen Jahre' hinter uns lag. Das Wörterbuch war ein Trostspender, eine von der Wirklichkeit in erheblichem Abstand gehaltene Verheißung.

Damals lebte Walter Ulbricht noch, vormaliger Staatsratsvorsitzender der DDR, der immer wieder empfahl, Tatsache und Wunsch auseinanderzuhalten, um nicht in die Irre zu gehen. Mit Hinweis auf die Tatsache pflegte er zu sagen: »Das ist der Fakt.« In diesem Sinne stellt sich angesichts der neuen Spannungen zwischen BRD und DDR die Frage, was der Fakt ist, denn das »Problem« scheint offenkundig zu sein.

Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung mit verschiedenen Systemeigenschaften, die Übersiedlung und gelungene oder mißlungene Flucht eines Teils der Unzufriedenen aus der DDR in die Bundesrepublik und die geringe Bereitschaft der hiesigen Bevölkerung und Behörden, diese Flüchtlinge aufzunehmen, werden zu dem einzigen Thema vereinfacht: Der Sozialismus in der DDR bricht zusammen. Die »Lösung von diesem Problem« erscheint ebenso schlicht. Die DDR muß sich reformieren.

In der Vereinfachung, und sie ist nicht hergeholt, treffen sich alle politischen Positionen. Im »Presseclub« der ARD vom 12. August stimmten die bundesdeutschen Teilnehmer Enno von Löwenstein in der Behauptung zu, das DDR-Regime stünde vor dem Zusammenbruch, so heftig sie ihm sonst widersprachen. Und daß es mit dem Sozialismus der DDR zu Ende gehe, ist an linken Stammtischen ein Gemeinplatz. Die pompöse Prognose stützt sich auf die schnelle Dialektik des gesunden Menschenverstands, den Unordnung erschüttert. Mit dem Fakt hat das wenig zu tun.

Die Politik der DDR und die Politik der Bundesrepublik sind zwei Paar Schuh. Dem Grundgesetz der Bundesrepublik ist als präambelhafter Wunsch, und in dieser abgehobenen Stellung als Staatswunsch, als grundgesetzliche Verpflichtung des Staatshandelns, die Auflösung der DDR vorangeschickt. Die Verfassung der DDR geht umgekehrt nicht so weit, sie verpflichtet ihre Bürger nur zum Aufbau des eigenen DDR-Sozialismus. Die beiden Verfassungsziele schließen sich so weitgehend aus, daß für die Verfassung der Bundesrepublik der Bürger der DDR-Verfassung nicht existiert.

Die »Festgesetzten« in den Botschaften der BRD – in Ungarn, in der DDR und anderswo – sind nach dem Grundgesetz, und falls sie es wünschen, was sie tun, Bürger der Bundesrepublik Deutschland und können natürlich nicht aus ihren eigenen Botschaften hinausgeworfen werden. Es ist einfältig oder verlogen, wenn die Botschafter und die Bundesregierung diese Besetzungen beklagen und weiteren Bürgern der DDR raten, davon abzulassen. Es genügte, deren Staatsbürgerschaft anzuerkennen, und schon könnte man sie mit aller Höflichkeit zur Tür geleiten.

Bei Erinnerung an solche Dinge, die Langeweile verbreiten, weil es »darum eigentlich nicht geht«, möchte man sich fast entschuldigen, aber wiederum nicht mehr, als diejenigen sich zu entschuldigen haben, die vor 1933 darauf aufmerksam machten, daß die Entscheidung für Hitler eine für den Krieg sei.

Eine weitere langweilige Sache und eng mit der Staatsbürgerfrage verbunden ist das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Unter globalen und Menschheitsvisionen ist in Vergessenheit geraten, daß die Bundesregierung das Ziel nicht nur nicht aufgegeben hat, sondern dies ihr gelobtes Menschheitsziel ist. Man muß nicht alle Politiker aufzählen, die in den letzten Wochen an die Verpflichtung der Bundesregierung erinnerten, sich dieses grundgesetzlichen Auftrags entschiedener anzunehmen.

Soweit also Einigkeit besteht, daß die Bundesregierung nicht ohne Wohlwollen und grundgesetzlich abgesichert in der DDR ihre Staatsbürger in spe unruhig werden sieht, kann man die Bemerkungen vielleicht ernster nehmen, die in den letzten Wochen in der Angelegenheit gemacht worden sind. Da ist zum Beispiel Erhard Eppler, der die »Streitkultur« mit der SED vereinbarte, zur Feier des 17. Juni im Bundestag davon dann abrückte und erklärte, die DDR sei nicht reformfähig. Da ist der Bundespräsident von Weizsäcker, der die Frage eines DDR-Journalisten nach dem Erfolg der »Republikaner« im Europawahlkampf etwa so beantwortete: Die Zeit des Kalten Krieges ist vorbei, vorbei ist die Einbindung der divergierenden Kräfte; die Rechten als eigenständige Partei, das ist der Normalfall. Da ist der Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig, der sich an die Situation vor dem »Volksaufstand am 17. Juni 1953« erinnert fühlt und der SED empfiehlt, »ihren politischen Kurs dringend zu ändern«; und deutlicher noch sein Kollege in diesem Phantasie-Ministerium, Walter Priesnitz: »Die Menschen sollen möglichst drüben bleiben, wo sie sind, damit die Wiedervereinigung nicht in der Bundesrepublik stattfinden muß.«

In einem Satz: Die nicht reformfähige DDR-Führung soll ihren Kurs dringend ändern, soll zurücktreten, dem Normalfall angepaßt, damit die Bundesrepublik die Reform leiten, die Sache wiedervereinigen kann. So der Fakt hüben. Und drüben? Sozialismus kaputt?

Das ist ein anderes Thema, meins nicht oder nur insoweit: Zu den Tatsachen auf der anderen Seite gehört, was zu allgemeinen historischen Tatsachen gehört. Politische System lösen sich nicht auf, weil andere es wünschen. Die DDR löst sich nicht auf, weil die Politik der Bundesrepublik raumgreifend angelegt ist.

Von der DDR hat man oft gesagt, die sozialistische Revolution habe nicht stattgefunden, sondern sei oktroyiert. Und das ist richtig. I945 hat in Deutschland weder im Osten noch im Westen eine Revolution stattgefunden, der Staat mußte bedingungslos kapitulieren. Auf unserer Seite wurde, wie Eugen Kogon 1946 in den »Frankfurter Heften« unter dem Titel »Die deutsche Revolution« schrieb, »dem deutschen Volk nach seiner militärischen Niederlage von den Siegern die Demokratie als Strafe auferlegt.... Möchten wir doch aus der Bürde ein Instrument der Freiheit machen.« Auf der anderen Seite wurde ihnen auferlegt, die Revolution zu machen. Und sie haben sie gemacht. Sie haben z.B., was zu einer Revolution gehört, den Staatsapparat vollständig umgekrempelt. Der ist nun das mißliche Instrument, dem Hennig die Revision vorschlägt und dessen Unreformierbarkeit Eppler konstatiert. Woraus die Wiedervereinigung als Vollstreckung von Perestroika sich fast von selbst ergibt. Wem das gefällt, dem kann man ohne tiefere Eingebung sagen, so wird es nicht gehen; dann schon eher Wiedervereinigung in der Bundesrepublik.

Die DDR-Schriftstellerin Monika Maron scheint das begriffen zu haben. Im »Spiegel« (14.8.89), der das Thema unter der Überschrift abhandelt: »Die DDR läuft aus« – man kann an Badewasser oder an ein abgestochenes Schwein denken – , schreibt sie: »Es ist den Westdeutschen erspart geblieben, die Nachkriegsgeschichte der Ostdeutschen zu teilen. Die Aussicht, nun ihren Wohlstand mit ihnen teilen zu müssen, versetzt sie in Schrecken. Dabei wäre es nur gerecht, wenn auch die Westdeutschen von ihrer, von unser aller Geschichte, aus der sie sich so folgenlos davon stehlen durften, noch eingeholt würden.« Sie befürchtet, daß die großdeutsche Lösung nicht kommen wird und möchte für das falsche Versprechen eine kleindeutsche Wiedergutmachung kassieren.